



Landtag von Baden-Württemberg

36. Sitzung

16. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 21. Juni 2017 • Haus des Landtags

Beginn: 10:02 Uhr

Mittagspause: 13:37 bis 14:45 Uhr

Schluss: 18:05 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen der Präsidentin	1941	3. a) Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes – Drucksache 16/1955	
Glückwünsche zum Geburtstag der Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch	1941	Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Verkehr – Drucksache 16/2117	
Glückwünsche zum Geburtstag der Abg. Sabine Wölfe SPD	1941	b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Verkehr – Was wird aus dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz? – Drucksache 16/936	
1. Aktuelle Debatte – Ist Datenschutz Verbrecherschutz? – Wie glaubwürdig ist Grün-Schwarz bei diesem Thema? – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP	1941	c) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Verkehr – Zukunft des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes nach 2019 sichern – Drucksache 16/1827. . .	1990
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP	1941, 1952	Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE	1990, 1995
Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE	1943	Abg. August Schuler CDU	1991
Abg. Nicole Razavi CDU	1945	Abg. Bernd Gögel AfD	1992
Abg. Dr. Heiner Merz AfD	1946	Abg. Martin Rivoir SPD	1992
Abg. Andreas Stoch SPD	1948, 1952	Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP	1994
Minister Thomas Strobl	1950	Minister Winfried Hermann	1994
Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos)	1953	Beschluss	1995
2. Aktuelle Debatte – Erhalten, was uns erhält: Baden-Württemberg für biologische Vielfalt – beantragt von der Fraktion GRÜNE	1953	4. Regierungsbefragung	
Abg. Andreas Schwarz GRÜNE	1953, 1972	4.1 Zulassungsverbot von Kfz mit Verbrennungsmotoren ab 2030 und Dieselfahrverbote ab 2018	1980
Abg. Raimund Haser CDU	1955	Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP	1980, 1984
Abg. Thomas Axel Palka AfD	1957	Minister Winfried Hermann	1980, 1982, 1983, 1984, 1985
Abg. Gabi Rolland SPD	1959	Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE	1982
Abg. Andreas Glück FDP/DVP	1960	Abg. Felix Schreiner CDU	1983
Ministerpräsident Winfried Kretschmann	1962	Abg. Dr. Christina Baum AfD	1983
Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE (zur Geschäftsordnung)	1966	Abg. Martin Rivoir SPD	1984
Abg. Rüdiger Klos AfD	1966	Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE	1985
Abg. Andreas Stoch SPD	1969		
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke	1970		
Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU	1975		
Minister Franz Untersteller	1977		

4.2	Digitale Wege ins Museum	1985		
	Abg. Manfred Kern GRÜNE	1985		
	Staatssekretärin Petra Olschowski	1986, 1987		
	Abg. Marion Gentges CDU	1986		
	Abg. Martin Rivoir SPD	1987		
4.3	Armut- und Reichtumsberichterstattung in Baden-Württemberg	1987		
	Abg. Rainer Hinderer SPD	1987		
	Staatssekretärin Bärtl Mielich	1988, 1989, 1990		
	Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP	1988, 1989		
	Abg. Sabine Wölfl SPD	1989		
5.	Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes Baden-Württemberg und weiterer dienstrechtlicher Vorschriften – Drucksache 16/2144	1996		
	Beschluss	1996		
6. a)	Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Prognosekriterium Vierzügigkeit für die gymnasiale Oberstufe an Gemeinschaftsschulen – Drucksache 16/563			
b)	Antrag der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Oberstufen an den Gemeinschaftsschulen – Drucksache 16/1738	1996		
	Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD	1996, 2005		
	Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP	1998, 2005		
	Abg. Sandra Boser GRÜNE	1999		
	Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU	2001		
	Abg. Dr. Rainer Balzer AfD	2002		
	Ministerin Dr. Susanne Eisenmann	2003		
	Beschluss	2006		
7.	Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Soziales und Integration zu			
a)	der Mitteilung der Landesregierung vom 26. Oktober 2016 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Bewertung der Handlungsempfehlungen der Enquetekommission „Pfleger in Baden-Württemberg zukunftsorientiert und generationengerecht gestalten (Pfleger)“			
	Abschnitt 3.1 – Pflege und Gesellschaft			
	Abschnitt 3.2 – Prävention, Rehabilitation und Akutversorgung			
	Abschnitt 3.3 – Lebensgestaltung bei Pflege- und Unterstützungsbedarf			
	Abschnitt 3.4 – Besondere Aspekte bei der Pflege und Betreuung			
	Abschnitt 3.5 – Arbeitsbedingungen			
	Abschnitt 3.6 – Aus- und Weiterbildung			
	Abschnitt 3.7 – Bürokratie, Dokumentation und Qualitätssicherung			
	Abschnitt 3.8 – Generationengerechte Finanzierung			
	Drucksachen 16/881, 16/2000, 16/2065	2006		
	Abg. Petra Krebs GRÜNE	2007		
	Abg. Dr. Patrick Rapp CDU	2008		
	Abg. Dr. Christina Baum AfD	2009		
	Abg. Rainer Hinderer SPD	2010		
	Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP	2011		
	Staatssekretärin Bärtl Mielich	2012		
	Abg. Carola Wolle AfD	2014		
	Beschluss	2014		
	Nächste Sitzung	2014		

Protokoll

über die 36. Sitzung vom 21. Juni 2017

Beginn: 10:02 Uhr

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, nehmen Sie bitte die Plätze ein, und stellen Sie Ihre Gespräche ein oder verlagern diese nach außerhalb des Plenarsaals, damit wir beginnen können.

Guten Morgen. Ich eröffne die 36. Sitzung des 16. Landtags von Baden-Württemberg.

Von der Teilnahmepflicht befreit sind Herr Abg. Dürr, Frau Abg. Erikli, Herr Abg. Herre, Herr Abg. Kopp sowie Frau Abg. Lindlohr.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt haben sich ganztägig Herr Minister Lucha, Herr Minister Wolf, Frau Staatssekretärin Schütz, Frau Staatsrätin Erler sowie Herr Abg. Dr. Aden und Herr Abg. Hentschel, die Frau Staatsrätin Erler auf ihrer Delegationsreise nach Italien begleiten.

Ab 13 Uhr entschuldigt ist Herr Staatssekretär Dr. Baumann, ab 15:30 Uhr Herr Minister Untersteller und ab 16 Uhr Herr Minister Hermann.

Im Eingang befindet sich das Schreiben des Verfassungsgerichtshofs vom 24. Mai 2017, Az.: 1 GR 35/17 – Organstreitverfahren eines Abgeordneten gegen seine Fraktion wegen Abberufung aus Ausschüssen und Erteilung eines Redeverbots für die Fraktion im Plenum. Ich schlage vor, dieses Schreiben an den Ständigen Ausschuss zu überweisen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir haben heute zwei Geburtstagskinder in unseren Reihen. Ich beginne mit Frau Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Liebe Frau Gurr-Hirsch, im Namen des ganzen Hauses gratuliere ich Ihnen sehr herzlich. Schön, dass Sie Ihren Geburtstag mit uns feiern!

(Heiterkeit)

Wir haben ein weiteres Geburtstagskind, nämlich Frau Kollegin Sabine Wölfe. Auch Ihnen wünsche ich im Namen des ganzen Hauses alles Gute zum Geburtstag. Schön, dass Sie hier feiern!

(Beifall bei allen Fraktionen)

Wir treten nun in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Ist Datenschutz Verbrecherschutz? – Wie glaubwürdig ist Grün-Schwarz bei diesem Thema? – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtredezeit von 50 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die Aussprache steht eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion zur Verfügung. Wie immer darf ich die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Schließlich darf ich auf § 60 Absatz 4 unserer Geschäftsordnung verweisen, wonach im Rahmen der Aktuellen Debatte die Aussprache in freier Rede zu führen ist.

Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gerade in Zeiten des Terrorismus ist auch für eine liberale Fraktion immer wieder die Frage zu stellen, wie sich das Verhältnis von Freiheit und Sicherheit austariert. Nach wie vor gilt das berühmte Wort von Benjamin Franklin: „Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, der wird am Ende beides verlieren.“

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen, der SPD und der AfD)

Es gilt aber auch das Wort von Wilhelm von Humboldt: „Denn ohne Sicherheit ist keine Freiheit.“

Der Innenminister hat es, glaube ich, gerade bestätigt. Er ist ja jetzt sozusagen als dritter großer abendländischer Philosoph hinzugetreten

(Vereinzelt Heiterkeit)

– im Zusammenhang mit der Maut – mit dem Satz:

Datenschutz darf kein Täterschutz sein.

Der Landesdatenschutzbeauftragte hat dazu gesagt, dass ihm diese Äußerung zu einfach sei. So ist es auch, und so sieht es offensichtlich auch der grüne Koalitionspartner bei der CDU. Denn Kollege Sckerl hat sich in diesem Zusammenhang mit dem Satz zitieren lassen:

Wir lassen nicht zu, dass der Datenschutz in der aufgeheizten sicherheitspolitischen Debatte unter die Räder kommt.

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Sein Landesvorsitzender, Herr Hildenbrand, ging noch deutlich weiter. Er warnte vor „ausufernden Kontrollfantasien“ der CDU und sagte – ich zitiere –:

Die Möglichkeit zur Erstellung von umfassenden Bewegungsprofilen würde George Orwell auf die Autobahn bringen.

Der George Orwell des 21. Jahrhunderts ist aber vermutlich weniger Herr Strobl als vielmehr Herr Hermann.

(Heiterkeit – Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE:
Selten so gelacht!)

Denn Herr Hermann will ja George Orwell nicht nur auf die Autobahn, sondern in den Stuttgarter Talkessel bringen,

(Beifall bei der FDP/DVP)

nachdem er am 25. April 2017 noch geschrieben hat – ich zitiere aus der Landtagsdrucksache 16/1817 –:

Technische Maßnahmen zur Kontrolle, wie z. B. eine automatisierte Kennzeichenerkennung, sind gegenwärtig nicht vorgesehen.

„Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten.“

(Beifall des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD)

Denn in der „Südwest Presse“ vom 14. Juni 2017 wird – vermutlich auf Betreiben des Innenministeriums – enthüllt, dass Herr Hermann gleichzeitig seinen Amtschef, Herrn Lahl, mit der Frage an das Innenministerium losgeschickt hat, ob es denn möglich sei, in einem ersten Schritt Kfz-Kennzeichen und Kfz-Typ mit den beim Kraftfahrt-Bundesamt hinterlegten Fahrzeug- und Schadstoffdaten abzugleichen.

Ich habe natürlich Verständnis dafür, dass sich Herr Strobl über diese grüne Moral empört, die da heißt: Wenn Strobl Mörder fangen will, ist das George Orwell, aber wenn Hermann Dieselfahrer jagt, ist alles erlaubt. Meine Damen und Herren, was für eine Moral ist das?

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD und der SPD)

Ihre Ausrede, Herr Minister Hermann, Sie hätten sich auf einen Prozess vorbereitet, war schon allerliebste.

(Zuruf des Ministers Winfried Hermann)

Das Ganze ist sehr grotesk. Der einzige Prozess, der einem in diesem Zusammenhang einfällt, ist „Der Prozess“ von Franz Kafka.

(Heiterkeit)

Herr Hermann, so grotesk ist diese Ausrede.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD)

Denn offensichtlich ging es Ihnen ja darum, einen prominenten Dieselfahrer zu fangen – ich sehe ihn im Moment nicht –, einen Großvater, der sich erst kürzlich einen neuen Diesel ge-

kauft hat, um Sand für seinen Enkel zu holen. Denn dafür braucht man ja ein gescheitertes Auto.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Ich meine den Ministerpräsidenten. Ich hätte ihn jetzt gern gefragt, ob das wenigstens ein Euro-6-Diesel ist. Herr Murawski, wissen Sie das vielleicht? Wissen Sie das nicht?

(Vereinzelt Heiterkeit)

Aber wir unterstellen einmal – positiv gesinnt, wie wir sind –, dass es zumindest ein Euro-6-Diesel ist, den sich der Ministerpräsident gekauft hat. Insofern könnte man ja vielleicht vermuten, er ist nicht im Visier des Verkehrsministers. Doch weit gefehlt!

In der Landespressekonferenz vom 4. Mai 2017 lässt sich von Herrn Hermann die Aussage vernehmen, die Nachrüstungen müssten so viel bringen wie die Fahrverbote. Hierbei geht es nicht nur um Euro 5, sondern auch um Euro 6. Der Opa mit dem Sand ist also auch im Visier des Verkehrsministers. Der will den Ministerpräsidenten fangen, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Insofern haben wir schon ein gewisses Verständnis dafür, Herr Minister Strobl, dass so viel Doppelmoral Sie dann dazu –

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann betritt den Plenarsaal.)

– Ah, jetzt kommt er. Herr Ministerpräsident, der Diesel, den Sie gekauft haben, ist das ein Euro-6-Diesel?

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Ja!)

– Ja, gut. Sehr schön.

(Heiterkeit – Vereinzelt Beifall – Zuruf von der SPD:
Hilft aber nichts!)

– Hilft nichts. Hermann will Sie trotzdem fangen. Er hat auch die Euro-6-Diesel im Visier.

Deshalb, Herr Minister Strobl, haben wir ein gewisses Verständnis dafür, dass Sie das, was Herr Hermann an Anfragen an Ihr Ministerium hat weiterleiten lassen, durchgestochen haben. Denn das ist schon eine Doppelmoral. Aber, Herr Strobl, wie steht es denn mit Ihrer eigenen Doppelmoral?

In der „Rhein-Neckar-Zeitung“ vom 14. Juni lesen wir – ich zitiere –:

Daten für centgenaue Abrechnungen zu speichern, sie aber zur Aufklärung schwerster Verbrechen zu verweigern, ist niemandem zu vermitteln!

Na ja. Am 5. April 2002 wurde das Autobahnmautgesetz beschlossen. Es wurde am 1. Oktober 2004 in § 7 Absatz 2 um folgenden Satz 3 ergänzt – ich zitiere –:

Eine Übermittlung, Nutzung oder Beschlagnahme dieser Daten nach anderen Rechtsvorschriften ist unzulässig.

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Im Plenarprotokoll sind Sie nicht unter den Fehlenden ausgewiesen. Das war eine offene Abstimmung, deren Ergebnis einstimmig war. Ich weiß nicht, ob Sie im Saal waren.

(Abg. Sascha Binder SPD: Davon gehen wir aus!)

Aber das Ergebnis war auf jeden Fall einstimmig. Sie können sich auch nicht mit Koalitionszwängen herausreden, denn Sie waren damals in der Opposition. Man hat trotzdem zugestimmt. Einem haben Sie ganz sicher zugestimmt, nämlich dem Infrastrukturabgabengesetz vom 8. Juni 2015. Das regelt nämlich in § 6 Absatz 10 für Daten und in § 11 Absatz 2 und 3 für Daten aus der stichprobenartigen Überwachung – ich zitiere –:

Eine Übermittlung, Nutzung oder Beschlagnahme dieser Daten nach anderen Rechtsvorschriften ist unzulässig.

Das Plenarprotokoll weist eine namentliche Abstimmung aus, und zugestimmt hat der Abg. Strobl, Heilbronn. Der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Bundestagsfraktion, Kollege Bilger, hat in der Debatte wörtlich gesagt:

Der Datenschutz war ebenfalls ein wichtiger Diskussionspunkt, der auch für uns als Unionsfraktion eine große Bedeutung hat.

Also, Herr Strobl, Sie und Herr Hermann können sich die Hände reichen: Scheinheiligkeit, so weit man blickt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD und der SPD)

Jetzt wissen wir also, wie diese Komplementärkoalition funktioniert: Der Innenminister enttarnt den Verkehrsminister und dessen Absicht, den Ministerpräsidenten als Dieselfahrer zu überführen

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Und wer enttarnt Rülke?)

– das können Sie ja anschließend versuchen –,

(Heiterkeit)

weil der nämlich Sand für seinen Enkel holt. Und im Gegenzug, zum Ausgleich, enttarnt sich der Innenminister selbst dabei, im Bundestag für den Datenschutz zu kämpfen und hier im Landtag George Orwell zu spielen. Meine Damen und Herren, so viel Scheinheiligkeit muss man dieser Koalition erst einmal nachmachen.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD und der SPD)

Denn eines ist klar: Sie sind keine Komplementärkoalition, auch keine Kiwi-Koalition, sondern Sie sind die Koalition der scheinheiligen Datensammler, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Sckerl das Wort.

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es war wie immer, Herr Rülke, am frühen Morgen unterhaltsam. Keine Frage!

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Und inhaltlich sehr gut! – Zuruf von der CDU: Ich würde auch sagen: Slapstick!)

– Es war unterhaltsam. Aber das Thema, über das wir reden, ist ein wichtiges. Es eignet sich weniger für Slapsticks, sondern für angemessene, seriöse Debatten – gerade in diesen Zeiten, in denen wir leben.

Ich glaube, diese Koalition, Herr Rülke, hat aktuell gestern gezeigt, dass sie in der Lage ist, das Credo, die Balance zwischen Freiheit und Sicherheit zu halten, zu erfüllen. Das, was wir gestern zur Novelle des Polizeigesetzes und des Landesverfassungsschutzgesetzes beschlossen und vorgelegt haben, erfüllt genau diese Bedingungen. Datenschutz ist und bleibt gewährleistet, ist nicht auf der Verliererstrecke, ist auch kein Täterschutz in dieser Koalition, sondern wird angemessen gewürdigt. Das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung wird gewahrt, aber es wird auch viel für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger getan. Ich glaube, meine Damen und Herren, es ist eine gute Nachricht für Baden-Württemberg, die da gestern aus der Koalition gekommen ist.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Jetzt kann ich nicht Herrn Rülke überführen; denn er ist in Baden-Württemberg in der Opposition. Aber ich schaue mir aktuell an: Was macht denn die FDP, wenn sie einmal die Gelegenheit hat, in die Regierung zurückzukehren? Ganz aktuell ist sie in Nordrhein-Westfalen in die Regierung zurückgekehrt. Wir haben schon geschluckt, welche Beschlüsse die selbst ernannte Bürgerrechts- und Freiheitspartei dort fasst und welche Zugeständnisse sie macht. Das ist teilweise vom Feinsten und geht über das, was wir in Baden-Württemberg machen, weit hinaus.

Herr Rülke, verständigen Sie sich einmal mit Ihrem Parteivorsitzenden über die Ergebnisse des Koalitionsvertrags in Nordrhein-Westfalen. Elektronische Fußfessel – sehr niedrigschwellig. Vergleichen Sie einmal, welche Unterschiede gerade beim Schutz des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung zu unserem Polizeigesetz bestehen. Aber auch gezielte Überwachungsmethoden gegen Gefährder, vorbeugende Inhaftierung hätten wir mit der FDP nie für möglich gehalten.

Kaum an der Regierung zurück, überschlagen Sie sich förmlich mit solchen Maßnahmen. Also, das mit der Bürgerrechtspartei ist auf jeden Fall zu dem Zeitpunkt beendet, ab dem die FDP mit in der Regierung ist. Das ist ein klares Ergebnis aus Nordrhein-Westfalen. Auch das müssen die Bürgerinnen und Bürger wissen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Wie gesagt, das Thema ist aktuell und schwierig. Ich habe überhaupt keinen Anlass, anzunehmen, dass Thomas Strobl die Datenschützer etwa in die Nähe von Kapitalverbrechern rücken wollte. Das wollte er ausdrücklich nicht. Sie können

(Hans-Ulrich Sckerl)

im Koalitionsvertrag sehen, dass der Datenschutz einen hohen Rang genießt.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: In welchem?)

– Im Koalitionsvertrag, der veröffentlicht ist, können Sie jederzeit –

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Im öffentlichen! Danke!)

Es gibt dazu auch keine Nebenabrede. Denn Datenschutz ist ein transparentes öffentliches Thema, und das können alle nachlesen. Wir lassen uns in jeder einzelnen Frage auch daran messen. Datenschutz ist kein Täterschutz, und auch der Innenminister sieht das nicht anders.

Der Innenminister hat in einer zugespitzten Situation mal einen Satz herausgehauen, wie es in der politischen Diskussion stattfindet.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Wie so oft!)

Aber weder die CDU noch der Minister sind ernsthaft der Auffassung, dass Datenschutz Täterschutz wäre. Das ist unsere Erfahrung im Alltag dieser Koalition – gerade in den letzten Wochen.

(Abg. Sascha Binder SPD: Es ist bemerkenswert, dass Sie das extra betonen müssen! – Abg. Reinhold Gall SPD: Er hat es aber gesagt!)

Deswegen sollten wir hier die Kirche im Dorf lassen und uns den Problemen wirklich ernsthaft widmen.

Zu den Mautdaten haben Sie das Richtige gesagt. Es gibt eine klare Zusage von Bundesregierung und Bundestag aus dem Jahr 2002; an die fühlen wir uns gebunden. Da kann man die Bürgerinnen und Bürger jetzt nicht hinterrücks betrügen und etwas anderes machen. Aber die Diskussion über die Frage, ob Spielregeln des Jahres 2002 auch noch im Jahr 2017 gelten, ist erlaubt. Das Denken ist nicht verboten.

An dieser Diskussion wird sich auch meine Fraktion konstruktiv beteiligen. Was dann als Ergebnis herauskommt, ist offen. Aber dieser Frage nachgehen wird im Übrigen auch der FDP angehörende Vorsitzende der heute beginnenden Justizministerkonferenz. Er hat angekündigt, dass man diesen Fragen seriös nachgeht. Ich finde, auch die Bürgerinnen und Bürger haben ein Anrecht darauf, dass solche Fragen ohne Slapstick und ohne Satire geprüft werden. Das gilt auch für das Verkehrsministerium.

Datenschutz, sehr verehrter Herr Kollege Rülke, ist für uns unteilbar. Das gilt für alle Bereiche. Das gilt für die Digitalisierung, das gilt für den Kampf gegen Terrorismus. Aber das gilt selbstverständlich auch für die Überwachung der Einhaltung von Fahrverboten.

Jetzt noch einmal zu der Frage, was das Verkehrsministerium eigentlich gemacht hat. Das Verkehrsministerium ist in einer schwierigen Lage, weil es sich einer Klage der Deutschen Umwelthilfe ausgesetzt sieht. In dieser Verhandlung muss das Ministerium den Nachweis erbringen,

(Abg. Anton Baron AfD: Verlängerter Arm der Grünen!)

dass es alle Möglichkeiten, Fahrverbote durchzusetzen – wenn die blaue Plakette nicht kommt –, geprüft hat. Das hat nichts damit zu tun, dass man sich anschickt, eine bestimmte Maßnahme auch tatsächlich zu ergreifen oder vorzubereiten.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ach so!)

Aber man muss sie geprüft haben. Selbstverständlich sind das Fragen von hoher Verfassungsmäßigkeit.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Also hat er gefragt, um es nicht machen zu müssen! – Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

– Er fragt nach den verfassungsmäßigen und datenschutzrechtlichen Voraussetzungen für den Einsatz dieses Mittels. Diese Frage ist erlaubt.

Dann gab es eine Aufregung; das war ein Sturm im Wasserglas,

(Abg. Andreas Stoch SPD: Ach so! – Abg. Anton Baron AfD: Damit können Sie die Koalition auflösen!)

denn es ist nicht beabsichtigt, es tatsächlich zu machen.

(Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

Sie halten uns ja wohl nicht für so blöd, meine Damen und Herren,

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Doch! – Abg. Andreas Stoch SPD: Doch! Definitiv ja!)

dass wir zur Ahndung von Ordnungswidrigkeiten die automatisierte Kennzeichenerfassung einsetzen. Sorry!

(Abg. Andreas Stoch SPD: Ja, warum frage ich dann nach? – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Das ist ja Unsinn! – Abg. Sascha Binder SPD: Das ist Quatsch!)

Sie dürfen uns, den Grünen in Baden-Württemberg und den Grünen insgesamt, zutrauen, dass wir in der Lage sind, auch hier den Datenschutz hochzuhalten und die Verhältnismäßigkeit zu wahren. Und das werden wir tun. Sie werden nicht erleben, dass aus Anlass der Ahndung von Ordnungswidrigkeiten derartige Mittel in Baden-Württemberg zum Einsatz kommen. Darauf gebe ich Ihnen Brief und Siegel, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Andreas Stoch SPD: Kein Applaus bei der CDU! – Abg. Sascha Binder SPD: Große Zustimmung bei der CDU! – Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Das ist ja rechtlich noch schlimmer, wenn man es so sieht! – Gegenruf: Ja!)

– Nein, das ist nicht schlimmer.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Ihre Handlungsweise ist noch schlimmer!)

– Nein. Alle Fragen müssen geprüft werden.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Auch Dinge, die ich nicht will! – Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

(Hans-Ulrich Sckerl)

Es muss in solchen Verfahren auch die Antwort gegeben werden können: Wir haben uns auch mit dieser Frage auseinandergesetzt, und es sind Gründe der Verfassungsmäßigkeit und des Datenschutzes, des Schutzes des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung, die uns davon absehen lassen, diesem Instrument näherzutreten. Das ist die ganz klare Position des Ministers, und daran gibt es überhaupt nichts zu deuten. Damit ist diese Diskussion auch beendet, meine Damen und Herren. Daraus lässt sich kein weiterer Honig saugen.

(Abg. Sascha Binder SPD: Das bestimmen aber nicht Sie! – Gegenruf des Ministers Winfried Hermann)

Deswegen ist Datenschutz für uns unteilbar. Das war schon immer ein wesentliches Thema der Grünen, und zwar seit der Gründung unserer Partei. Wir hatten das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung sozusagen im Gründungsimpuls.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Davon ist nicht mehr viel übrig!)

Das wissen die Bürgerinnen und Bürger. Dass sie sich darauf verlassen können, zeigt sich dieser Tage daran, wie wir agieren. Deshalb: Der Datenschutz ist bei uns in guten Händen. Die Entscheidung der Bürgerinnen und Bürger vom März 2016, uns mit der Regierungsverantwortung zu betrauen, war richtig.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Frau Abg. Razavi.

(Abg. Sascha Binder SPD: Sie gibt uns auch Brief und Siegel!)

Abg. Nicole Razavi CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Auf die Frage, ob Datenschutz Verbrecherschutz ist, antworte ich: Natürlich nicht. Datenschutz ist Datenschutz, und er ist in unserer Gesellschaft und für unseren Rechtsstaat ein hohes Gut.

Deswegen, Herr Rülke: Dieses Thema ist von viel zu großer Tragweite und Wichtigkeit, als dass man morgens zum Frühstück einen Clown vervespern sollte, wie Sie das manchmal tun. Ich glaube, dieses Thema eignet sich wenig für Klamauk.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Denn: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Deswegen ist klar: Die Freiheits- und Persönlichkeitsrechte der Bürgerinnen und Bürger, die im Grundgesetz verankert sind, verpflichten den Staat in allem, was er tut. Vom orwellschen totalitären Überwachungsstaat kann also wirklich nicht die Rede sein; im Gegenteil.

Es ist aber ebenso klar: Der Datenschutz ist nicht absolut. Es gibt Rechte und Ansprüche, die höher wiegen als der Datenschutz. Wir haben allerdings gelernt, dass die Überwachung der Einhaltung von Fahrverboten nicht dazu gehört. Aber dazu gehört das Recht auf Schutz und das Leben von möglichen Terroropfern und die Pflicht des Staates, Straftaten wirkungsvoll zu verfolgen.

Wir leben nicht nur in einer Zeit technologischer Entwicklungen in Überschallgeschwindigkeit. Wir erleben eine Zeit neuer Bedrohungen im Cyberraum, und wir erleben schlimmste Formen internationaler organisierter Kriminalität. Wir erleben eine Zeit, in der Terror auf der Tagesordnung steht: Gestern Paris und London, heute Brüssel, und morgen? Und wir sind zu jeder Sekunde mit unseren Handys – auch hier im Saal – live dabei. Die Gefahr ist groß, dass wir uns daran gewöhnen.

In dieser Zeit ist es eigentlich nur eine rhetorische Frage, ob wir die Rechte der Bürgerinnen und Bürger und ihren Anspruch auf Sicherheit in eine neue, kluge und zeitgemäße Balance bringen müssen. Ja, das müssen wir. Ich denke, diese Antwort ist klar.

Wir wollen die Daten der Menschen schützen. Wir wollen aber noch viel mehr: Wir wollen ihr Leben schützen, und wir müssen ihr Leben schützen. Darum geht es. Menschenschutz geht eindeutig vor Datenschutz. Da haben Innenminister Strobl und Justizminister Wolf unsere volle Unterstützung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Diese Koalition, meine sehr geehrten Damen und Herren, hat ein zentrales gemeinsames Ziel: Baden-Württemberg soll das sicherste Land Deutschlands sein. Hierbei sind wir gemeinsam auf einem sehr guten Weg.

Wenn wir draußen auf der Straße fragen, ist eines klar: Die Menschen erwarten von uns, dass wir alles tun, um Gewalt, Terror und Kriminalität wirksam zu bekämpfen. Das erwarten sie zu Recht.

Ich bin überzeugt, die Bürger im Land haben in solchen elementaren Sicherheitsfragen nur wenig bzw. kein Verständnis für akademische Feinsinnigkeiten. Was sie verlangen, ist ganz einfach: Sie verlangen, dass ihre Sicherheit Schritt hält mit den aktuellen Bedrohungen. Deshalb ist es selbstverständlich, dass wir uns mit neuen technischen Entwicklungen auseinandersetzen.

Hightech ist eben nicht nur das Aushängeschild der Wirtschaft in unserem Land. Hightech wird auch missbraucht, um Straftaten zu begehen und Terroranschläge zu planen. Das ist die Realität. Wer davor die Augen verschließt, ist entweder naiv oder dumm, aber handelt auf alle Fälle grob fahrlässig.

Können wir es verantworten – diese Frage müssen wir uns stellen –, dass neue Medien und Gewohnheiten der Kommunikation per se unantastbar sind, wenn es darum geht, Straftaten zu verfolgen und Anschläge zu verhindern? Können wir es verantworten, dass Textnachrichten in Messengerdiensten für uns schützenswerter sind als das gute alte Telefon, wenn wir wissen, dass Gefährder 80 % ihrer Kommunikation inzwischen über genau solche Dienste abwickeln? Nein, ich meine, das können wir auf gar keinen Fall. Deshalb brauchen wir Antworten – technische und insbesondere auch rechtliche. Deshalb haben wir, die Koalition, dafür auch die Rechtsgrundlagen geschaffen.

Die Digitalisierung hat unser Leben im Guten wie im Schlechten in einer Art und Weise verändert, wie es sich die Generationen der Gesetzgeber vor uns niemals hätten vorstellen können. Ich wage auch einmal zu behaupten, dass auch viele von

(Nicole Razavi)

uns – wenn nicht sogar alle – sich gar nicht vorstellen können, was im digitalen Zeitalter so alles möglich ist.

Wenn Sie, Herr Rülke, Benjamin Franklin zitieren und sich auf ihn berufen – er wurde im Jahr 1706 geboren –, dann greifen Sie schon weit in die Klamottenkiste. Benjamin Franklin hat sich das, was heute passiert, sicherlich nicht vorstellen können.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ist Humboldt auch Klamottenkiste? – Zuruf des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

Sie berufen sich jetzt auf die Verabschiedung des Lkw-Maut-Gesetzes im Jahr 2002.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Nein, nein! 2015!)

15 Jahre sind auch hier technisch ins Land gegangen.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Wenn hier ignoriert wird, was auch in dieser Zeit passiert ist, dann muss ich mich schon fragen, Herr Rülke, ob die FDP/DVP noch auf der Höhe der Zeit ist.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Denn es gilt vor allem: Politik beginnt gerade heute mit dem Betrachten der sich verändernden Wirklichkeit. Deswegen muss sich auch das Recht ständig weiterentwickeln – nicht vorseilend, aber im Einklang mit dem technischen Fortschritt. Deswegen hat unser Innenminister hier auch völlig recht, dass wir handeln müssen. Die Rechtslage ist nämlich ziemlich widersinnig.

Ich nenne zwei Beispiele: Wenn ein Terrorist per E-Mail einen Anschlagplan verschickt, dürfen die Behörden diese E-Mail abfangen. Wenn dieselbe Datei aber auf seinem Computer abgespeichert ist, haben sie keinen Zugriff. Das ist tabu. Das ist absurd und lebensfern und hat mit dem digitalen Alltag der heutigen Zeit nichts mehr zu tun.

Zweites Beispiel: Nehmen wir den Auslöser dieser Diskussion, nämlich die Nutzung von Lkw-Maut-Daten, die schlussendlich zum Fahndungserfolg in Endingen geführt haben. Man muss sich das einmal klarmachen: Wir sammeln jeden Tag Millionen von Kennzeichendaten. Diese werden automatisch erfasst, gesammelt, ausgewertet, um Rechnungen zu schreiben, um Mautrechnungen zu drucken. Dass das aber verfassungsrechtlich legitimer sein soll, als mit diesen Daten schwere Gewaltverbrechen aufzuklären, versteht niemand.

Auch ist es völlig bizarr, dass wir den deutschen Strafermittlern dieses Instrument verweigern, aber gleichzeitig dankbar dafür sind, dass uns die Österreicher dabei helfen.

(Beifall des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: Genau!)

Wir müssen aufpassen, meine Damen und Herren, dass wir hier keine lebensfernen Grenzen ziehen. Wir müssen aufpassen, dass wir unsere Sicherheitskräfte im Kampf gegen den Terrorismus nicht blind machen. Wir dürfen es nicht zulassen,

dass die Terroristen im Cybercar unterwegs sind, während unsere Ermittler im Ochsenkarren irgendwie hinterherhumpeln.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD)

Deswegen ist z. B. auch die Onlinedurchsuchung ein sinnvolles, notwendiges und folgerichtiges Instrument, das wir einsetzen wollen und müssen.

Gleiches gilt für die Nutzung von Telefondaten. Heute gilt: Wenn ein Verbrechen passiert, dürfen diese Daten zur Aufklärung genutzt werden. Um aber einen Terroranschlag mit eventuell vielen Toten zu verhindern, dürfen wir sie nicht verwenden. Das, meine Damen und Herren, ist unverantwortlich.

Dass solche Instrumente nicht der Willkür ausgeliefert sind, versteht sich in einem Rechtsstaat von selbst. Dafür gibt es ganz konkrete Ermächtigungsgrundlagen, Richtervorbehalte und weitere Schranken. Meine Damen und Herren, ich glaube, wir haben alle zusammen die Verantwortung und die Pflicht, die Sicherheit der Menschen im Land im Rahmen eines wehrhaften Rechtsstaats zu stärken. Darauf müssen wir Antworten finden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Merz.

Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kollegen Abgeordnete, sehr geehrte Damen und Herren! Im veröffentlichten Koalitionsvertrag der Komplementärkoalition wurde auf Seite 71 die folgende Formulierung aufgeführt – ich zitiere –:

Datenschutz darf nicht zum Täterschutz werden. Deshalb ist es wichtig, dass staatliche Organe in einem klar festgelegten Rahmen Informationen erhalten, austauschen und verarbeiten können, die zur Kriminalitätsbekämpfung sachdienlich sind.

Wir gehen einfach einmal gutgläubig davon aus, dass es hierzu keine anderslautenden oder sonstigen Nebenabsprachen gibt.

Das sind also markige Worte, welche vermutlich in der Koalitionsprosa vom kleineren Partner kommen. Doch muss wohl auch der Naivste oder der Gutgläubigste hier bald erkennen, dass das Thema Feinstaub und der Feldzug gegen den Verbrennungsmotor manchem ideologisch verbohrteten Grünen wichtiger sind als konsequente Verbrechensbekämpfung.

(Beifall bei der AfD)

Denn die Grünen wollen unter dem Deckmäntelchen des Schlagworts Datenschutz keine Nutzung von Mautdaten zur Verbrechensbekämpfung ermöglichen, jedoch alle Autokennzeichen erfassen, um die Einhaltung von Fahrverboten zu kontrollieren. So sehen die Prioritäten dieser Regierung aus.

(Beifall des Abg. Udo Stein AfD)

(Dr. Heiner Merz)

Dass ausgerechnet die FDP/DVP diese heutige Debatte angestoßen hat, verwundert einen umso mehr, als im Wahlprogramm der FDP für Baden-Württemberg auf Seite 49 zu lesen ist – ich zitiere –:

Wir werden: ... gegen jede Form der Vorratsdatenspeicherung, insbesondere bei Telekommunikations-, Maut- und Fluggastdaten eintreten.

Also auch in der FDP wäre eine Verbrechensbekämpfung – –

(Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Falsche Formulierung, falsch zitiert! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Falsch aufgeschrieben! Aber Sie können halt nur das vorlesen, was man aufschreibt! Ist okay!)

Präsidentin Muhterem Aras: Fahren Sie bitte fort.

Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Herr Rülke, ich höre Sie, ich sehe Sie,

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

und ich überlege mir, ob ich Sie beachte.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Peter Hofelich SPD: Freie Rede!)

Also in der FDP wäre eine Verbrechensbekämpfung mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln wohl ebenfalls Makulatur. Die Äußerung von CDU-Innenminister Strobl, auch Mautdaten zu nutzen, um schwere Straftaten, wie z. B. den schrecklichen Mord in Emdingen, aufzuklären, ist im Übrigen eine schon sehr lange bestehende Forderung der AfD.

Für eines der höchsten Güter in einem funktionierenden Staat, nämlich innere Sicherheit, sprechen wir, die AfD, uns darüber hinaus auch für die Verbesserung der Fahndungsmöglichkeiten an neuralgischen öffentlichen Plätzen und Gebäuden durch Videoüberwachung aus.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Was für Plätze?)

– Neuralgische öffentliche Plätze. – Und es muss endlich möglich sein, vorhandenes DNA-Spurenmaterial auf körperliche und biogeografische Merkmale gesuchter Personen zu untersuchen, um zielgerichtete Fahndungsmaßnahmen zu ermöglichen. Dies ist längst möglich und ist längst überfällig.

Nicht umsonst haben wir, die AfD, bereits im letzten Jahr einen Antrag bezüglich der Erfassung von DNA-Merkmalen zur Täterverfolgung eingereicht. Wenigstens bei besonders schweren Verbrechen hat der Datenschutz hier zurückzutreten. Wer vergewaltigt, mordet oder anderen irgendwie sonst schweren Schaden zufügt, hat keinen Anspruch darauf, denselben Schutz zu genießen wie unbescholtene Bürger.

(Beifall bei der AfD – Abg. Reinhold Gall SPD: Natürlich nicht!)

Wir, die AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg, fordern die Landesregierung auf, die Ermittlungsbehörden endlich mit allen technologisch und technisch möglichen Mitteln sowie den personellen und finanziellen Mitteln auszustatten, die eine wirksame Verbrechensbekämpfung ermöglichen.

Wir fordern das Parlament auf, endlich auch die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, damit Kriminalität effektiv und effizient bekämpft werden kann.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von den Grünen)

Datenschutz ist zweifelsohne ein sehr wichtiges Thema, und die Bürger müssen vor Missbrauch geschützt werden. Aber wenn die Polizei zur Verbrechensbekämpfung und -aufklärung – insbesondere selbst bei schweren Straftaten – bereits vorhandene und verwertbare Daten nicht nutzen darf, dann muss man dies als Realsatire oder als ideologisch linke grüne Absicht bezeichnen.

(Beifall bei der AfD)

Die AfD-Fraktion wird sich selbstverständlich konstruktiv an sinnvollen Lösungsansätzen beteiligen und die Sacharbeit insbesondere auch in Fragen der inneren Sicherheit mit aller Kraft unterstützen.

Zum generellen Thema Datenschutz gehört jedoch auch der Schutz vor Löschung von Daten und somit auch das Thema Zensur. Leider bringt mich dies auch hier in Stuttgart auf den derzeitigen großen Angriff auf die Bürgerrechte aus Berlin, nämlich auf das sogenannte Netzwerkdurchsuchungsgesetz des Noch-Justizministers Maas SPD. Dieses Gesetz ist nicht nur schlecht gemacht und delegiert Aufgaben des Staates an Private. Dieses Gesetz zeigt vor allem, dass die Altparteien vorrangig die eigenen Interessen anstelle der Meinungsfreiheit und der Bürgerrechte verteidigen.

(Beifall bei der AfD – Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

Denn nachdem Maas seine Privatstasi aus der fremdfinanzierten CORRECTIV GmbH und der Amadeu Antonio Stiftung nicht mehr ausreicht, sollen nun auch Unternehmen zum Spitzeln verpflichtet werden.

(Abg. Anton Baron AfD: Und Gewerkschaften!)

Wenn man realisiert, dass eine ehemalige Stasiagentin einer solchen Zensurorganisation vorsteht, dann wundert es einen nicht, dass diese Organisation selbst die CDU als rechte Partei einordnet.

(Beifall bei der AfD)

Doch was Maas und sein teilprivatisiertes Wahrheitsministerium bekämpfen, ist gar nicht so leicht zu definieren. Denn was sind denn Hassverbrechen? Sind das Gewaltaufrufe gegen Andersdenkende, die nicht selten mit Verletzten enden, wie der Aufruf des SPD-Abgeordneten Stegner – ich zitiere –, das „Personal der Rechtspopulisten“ anzugreifen? Oder ist es das Gutheißen oder Androhen von Angriffen auf Polizeibeamte? Oder sind es vor allem zuwanderungskritische Aussagen und Meinungen gegen derzeitige politische Machenschaften und Zustände?

Die Zensur in Deutschland basiert ganz einfach nur auf Parteiinteressen der derzeit herrschenden Clique. Die wahren Gefahren und Verbrechen bleiben dabei völlig unbeachtet. Noch heute kann im Internet mit Drogen, Waffen und der Unschuld Minderjähriger Profit gemacht werden. Das ist wirklich erbärmlich.

(Dr. Heiner Merz)

Internetplattformen wie z. B. Twitter und Facebook werden in Deutschland in zunehmendem Ausmaß zensiert. Während dies noch weiter vorangetrieben wird, werden hingegen Internetauftritte wie die der linksextremistischen Plattform Indymedia von den Ermittlungsbehörden als unantastbar angesehen. Vorgeblich völlig hilflos schaut unsere Regierung hier gern zu, selbst bei dortigen öffentlichen Aufrufen zu Straftaten und Gewaltdelikten.

Wir, die AfD, wehren uns jedenfalls gegen jede Zensur und jede Bespitzelung, und wir wehren uns gegen jedes Denunzieren und Anprangern von unbescholtenen Bürgern in diesem unserem Land. Wenn von Datenschutz geredet wird, so muss auch das mit einbezogen werden.

Doch sehen wir auch die dringende Notwendigkeit, den Strafverfolgungsbehörden alle Mittel an die Hand zu geben, um wirkliche Verbrechen aufzuklären oder – noch besser – um diese zu verhindern. Es kann jedoch kein Verbrechen sein, wenn man im Internet eine von der des Kanzleramts abweichende Meinung äußert,

(Beifall bei der AfD)

ebenso wenig wie es übrigens auch kein Verbrechen sein kann, wenn man mit einem Dieselauto durch Stuttgart fährt.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Das Wort für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Stoch.

Abg. Andreas Stoch SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir führen heute Morgen eine Debatte, die wieder einmal zeigt, dass eines der wichtigsten Felder der aktuellen Politik bei dieser Landesregierung aus Grünen und CDU nicht in guten Händen ist.

Wenn wir über ein Thema wie „Innere Sicherheit“ sprechen – egal, ob auf Bundesebene oder auf Landesebene –, dann geht es im Kern darum, dass wir es schaffen, eine Abwägung zwischen den Verfassungsgütern vorzunehmen, die die Väter der Verfassung in unserem Grundgesetz angelegt haben. Dabei geht es nicht darum, aus partei- oder gar wahltaktischen Gründen jetzt möglichst viel an Handlungsfähigkeit zu suggerieren und Forderungen in den Raum zu stellen, deren Umsetzung verfassungsrechtlich problematisch oder gar unmöglich ist, wie es teilweise Herr Strobl tut. Aber es geht eben auch nicht, dass die Grünen vermeintlich als hehrer Schützer der Bürger- und Freiheitsrechte auftreten und aus ideologischen Gründen nicht das tun, was notwendig ist, um für ein Mehr an Sicherheit für die Menschen in diesem Land zu sorgen, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Was dieses Land sicher nicht braucht – auch wenn hier im Landtag dann wieder mit viel Kreide gearbeitet wird, wenn die Reden gehalten werden –, was die Wählerinnen und Wähler, die Menschen in diesem Land nicht brauchen, ist eine Regierung, die sich öffentlich beschimpft.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Was tut die Bundesregierung?)

Das tat sie im Kontext der Entscheidungen der letzten Tage. Ich darf z. B. Herrn Manuel Hagel, CDU-Generalsekretär, der ja auch Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg ist, zitieren.

(Zuruf von der SPD: Wer ist das?)

Er sagt über das Verhalten der Grünen:

Es ist doch absurd, einen Verbrecher laufen zu lassen, weil man zwar per richterlichem Beschluss auf sein Handy, nicht jedoch auf die – ohnehin vorhandenen – Mautdaten zugreifen kann.

Er hielt den Grünen vor, ein tief sitzendes Misstrauen gegenüber Polizei und Justiz zu haben. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das nenne ich Koalitionsfrieden.

(Beifall bei der SPD – Minister Winfried Hermann: Claus Schmiedel vergessen?)

Herr Hildenbrand, der Landesvorsitzende der Grünen, scheint sich davon provoziert zu fühlen. Er äußert am gleichen Tag über dpa:

Wenn es die Union darauf anlegt, das Mautsystem zu einem Überwachungssystem umzubauen, dann muss sie sicher mit unserem Widerstand rechnen. Die Möglichkeit zur Erstellung von umfassenden Bewegungsprofilen würde George Orwell auf die Autobahn bringen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es geht hier um die Frage, ob verfassungsrechtliche Vorgaben eingehalten sind oder nicht. Nehmen Sie sich einfach einmal einen Juristen, der an der Uni ein bisschen aufgepasst hat und Ihnen sagt, worum es geht, wenn eine Abwägung zwischen Verfassungsgütern ansteht. Stellen Sie nicht ein Gut über alle anderen, z. B. das Recht auf informationelle Selbstbestimmung, ein sehr wichtiges Rechtsgut. Dieses Rechtsgut muss sich in einer Abwägung mit den anderen Rechtsgütern einfügen. Das ist die Aufgabe einer Regierung und nicht, sich öffentlich gegenseitig zu beschimpfen. Das führt nicht zu mehr Sicherheit.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Wenn wir hier über Maßnahmen im Bereich der Sicherheit der Menschen sprechen, dann erwarte ich von einer Regierung, dass sehr kritisch geprüft wird, ob eine Maßnahme, die vorgeschlagen wird, auch tatsächlich wirksam ist. Wenn wir nämlich den Menschen in diesem Land ein Mehr an Sicherheit suggerieren, das aber nicht tatsächlich umgesetzt wird, werden wir bei den Menschen Enttäuschungen ernten, und dann werden sie denen nachlaufen, die vermeintlich einfache Lösungen predigen.

Deswegen rufe ich Sie auf: Als Regierung haben Sie die Aufgabe, die Lösungen so zu konstruieren, dass eine Abwägung zwischen den Verfassungsgütern vorgenommen wird. Da hilft es nicht, wenn die einen die Parteitaktik und die Wahltaktik an die erste Stelle setzen und die Grünen die Ideologie an die erste Stelle setzen. Nein, wir brauchen eine Abwägung, und diese Abwägung muss so erfolgen, dass sie den Menschen hilft, und nicht so, dass sie die Menschen verstört oder verunsichert.

(Beifall bei der SPD)

(Andreas Stoch)

Dass in dieser Komplementärkoalition auch ein grundsätzliches Problem zwischen den Partnern besteht, sehen wir schon daran, dass z. B. gerade auch Vertreter der Landes-CDU – in diesem Fall Winfried Mack, immerhin stellvertretender CDU-Landesvorsitzender –, wenn es um den letzten Parteitag der Grünen geht, die Beschlüsse der Grünen als Forderungen aus der grünen Mottenkiste bezeichnen. Das Programm sei ein Programm gegen Baden-Württemberg und den gesunden Menschenverstand. Das nenne ich Komplementärkoalition, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen. Das ist keine Koalition, das ist, mit Verlaub, ein Chaotenhaufen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Herr Innenminister Strobl, ich kann mir auch nicht ersparen, Ihnen vorzuhalten, dass es nicht in Ordnung ist, wenn Sie tatsächlich – das ist bereits mehrfach gesagt worden – den Datenschutz in die Nähe des Täterschutzes wenden. Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung ist ein wichtiges Rechtsgut. Es ist wichtig, dass wir den Datenschutz respektieren, und es ist insbesondere wichtig, dass wir den Eingriff in die Persönlichkeitsrechte der Menschen nur insoweit vornehmen, als dies tatsächlich vertretbar und mit dem Ziel vereinbar ist. Dass Sie dann den Datenschutz in die Nähe des Täterschutzes wenden, ist aus meiner Sicht eine populistische Aussage, die nicht haltbar ist.

(Abg. Anton Baron AfD: Überall Populisten!)

Deswegen kann ich an dieser Stelle sagen: Wir brauchen tatsächlich eine Abwägung, in der der Datenschutz einen wichtigen Platz findet. Aber den Datenschutz öffentlich schlechtzureden führt nicht zu einem Mehr an Sicherheit. Wer Sicherheit und Freiheit in dieser Weise gegeneinander ausspielt, vergeht sich an unserer Verfassung und an der grundsätzlichen Abwägung zwischen den Verfassungsgütern, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Wer jetzt dem Ganzen – ich kann es Minister Winfried Hermann nicht ersparen – die Krone aufsetzt, sind natürlich die Grünen. Schauen Sie sich einmal die Meldungslage am 14. Juni an,

(Zuruf des Ministers Winfried Hermann)

bei der auf der einen Seite der Landesvorsitzende der Grünen, Hildenbrand, deutlich für den Datenschutz eintritt, aber aus meiner Sicht den Fehler macht, den Datenschutz zu überhöhen und ihn nicht in Korrelation zu den anderen Rechtsgütern zu setzen, während gleichzeitig über dpa und die „Südwest Presse“ Meldungen auftauchen, in denen steht, die Grünen wollten in Stuttgart alle Kennzeichen erfassen – Datenschutz nach Belieben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wer so mit der Frage der Abwägung zwischen Verfassungsgütern umgeht, dass er im einen Fall, in dem es um die Verfolgung von Kapitalverbrechen geht, den ideologischen Standpunkt einnimmt: „Mit uns gibt es an dieser Stelle überhaupt keine Eingriffsmöglichkeiten“, dann aber die

Möglichkeit auch nur in Erwägung zieht, die Mautdatenerfassung dazu zu verwenden, Dieselfahrer zu identifizieren, wer diesen Widerspruch nicht erkennt, dem kann ich auch nicht mehr helfen. Die Grünen haben mit dieser Aktion letztlich jede Glaubwürdigkeit im Bereich der Bürger- und Freiheitsrechte eingebüßt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Deswegen kann ich es Ihnen nicht ersparen, z. B. eine Aussage von Exminister Alexander Bonde zu zitieren, die er über Twitter verlautbaren ließ:

Selten so einen dämlichen Vorschlag gehört! Zu heiß in Stuttgart?

(Zuruf des Ministers Winfried Hermann – Glocke der
Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Minister Hermann, Zwischenrufe von der Regierungsbank sind nicht erlaubt. Nehmen Sie bitte bei den Abgeordneten Platz, wenn Sie einen Zwischenruf machen wollen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der AfD
und der FDP/DVP)

Abg. Andreas Stoch SPD: Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Damit es dem Kollegen Hermann leichter fällt, werde ich natürlich auch ein Zitat eines seiner Kollegen aus dem Kabinett verwenden. Justizminister Guido Wolf war ebenfalls überrascht. Er sagte:

Dass auf Mautdaten selbst zur Aufklärung von Mordfällen nicht zurückgegriffen werden darf, das Verkehrsministerium aber den Einsatz automatischer Kennzeichenerfassungssysteme zur Durchsetzung von Fahrverboten für Dieselfahrzeuge prüft, hat mich überrascht.

Die Grünen müssen sich fragen lassen, ob sie hier nicht mit zweierlei Maß messen.

Und wenn Ihnen das noch nicht reicht, kann ich noch Aussagen von Herrn Hagel, der gerade hereinkommt, anschließen: Herr Hagel sagte nämlich am 15. Juni:

Die Grünen sind ... mit den Kernthemen unserer Zeit, der inneren Sicherheit und dem Abwägen zwischen Freiheit und Sicherheit, vollkommen überfordert.

Die ganze Geschichte wirkt auf mich wie ein großer öffentlicher Selbstfindungsprozess der Grünen ...

Herzlichen Dank, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der AfD
und der FDP/DVP)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Strobl das Wort.

(Minister Winfried Hermann nimmt auf einem Abgeordnetenstuhl Platz.)

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Freiheit braucht Sicherheit. Selten waren diese drei Worte stärker im Fokus unserer gesellschaftlichen Debatten als jetzt, und ich bin der FDP/DVP-Fraktion dankbar, dass wir heute im Landtag über dieses Thema debattieren können.

Vor etwas mehr als einem Jahr habe ich hier im Land eine Aufgabe übernommen, eine Aufgabe, die ich mit einem Eid auf unsere Verfassung übernommen habe, und diese Aufgabe nehme ich ernst. Der Innenminister ist für die Sicherheit der Menschen in diesem Land in besonderem Maß verantwortlich. Diese Sicherheit ist aber kein Zustand, der, wenn man ihn erreicht hat, für alle Zeiten gesichert wäre. Diese Sicherheit muss jeden Tag neu erarbeitet werden. Dafür arbeiten Tausende von Polizistinnen und Polizisten in diesem Land sehr hart, viele bis an den Rand ihrer physischen und psychischen Leistungsfähigkeit.

Deswegen hat sich diese grün-schwarze Koalition auf den Weg gemacht, die Polizei, die Sicherheitsbehörden in unserem Land personell zu stärken, mit mehr Personal auszustatten. Dazu haben wir im Jahr 2017 einen ersten richtigen Schritt gemacht. Diese Koalition der Möglichkeiten handelt und unterstützt die Polizei und die anderen Sicherheitsbehörden in unserem Land durch mehr Personal.

(Beifall bei der CDU)

Wir legen Wert darauf, dass die Polizistinnen und Polizisten in unserem Land gut ausgerüstet sind. Nirgendwo in Deutschland ist die Polizei besser ausgerüstet als die Polizei in Baden-Württemberg. Das ist auch richtig so. Den Menschen, die für uns den Kopf hinhalten, müssen wir eine optimale Ausrüstung zur Verfügung stellen: ballistische Schutzwesten, ballistische Helme, eine der Lage der Zeit angemessene Bewaffnung, ordentliche Fahrzeuge und anderes mehr. Zur guten Ausrüstung von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten gehört im Übrigen auch die Bodycam, weil sie gewaltdeeskalierend wirkt.

(Abg. Anton Baron AfD: Wann kommt die?)

Sie haben darüber fünf Jahre lang geredet, wir haben nach fünf Monaten im Landtag von Baden-Württemberg das Gesetz gemacht und die Bodycam für die Polizistinnen und Polizisten in unserem Land eingeführt.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei der SPD – Abg. Reinhold Gall SPD: Falsche Blickrichtung! – Weitere Zurufe von der SPD und des Abg. Thomas Blenke CDU)

– Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weiß, das schmerzt. Aber manchmal ist die Wahrheit eben hart.

(Abg. Anton Baron AfD: Wann kommt die Bodycam?
– Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Drittens, meine sehr verehrten Damen und Herren: Wenn die Welt sich ändert, kann nicht alles bleiben, wie es ist. Wir können nicht sagen: „Wir bekämpfen die Terroristen mit den Mitteln, die wir schon immer hatten.“ Wir müssen uns die Realität anschauen. Wir stellen fest, dass Terroristen zunehmend keine einsamen Wölfe sind, sondern hoch organisierte und gut vernetzte Gruppen. Diese Terroristen kommunizieren nicht

über ein Münztelefon oder einen versteckten Briefkasten. Nein, sie nutzen moderne Kommunikationsmittel: WhatsApp, Skype, Telegram Messenger und anderes mehr. Ironischerweise nutzen sie dabei genau die Errungenschaften der westlichen Welt, die sie so sehr verabscheuen.

Wenn das aber so ist, müssen wir unseren Sicherheitsbehörden auch die Instrumente an die Hand geben, damit sie Terroranschläge nicht nur aufklären, sondern auch verhindern können. Dass wir in diesem Landtag, was seit gestern klar ist, die präventive Telekommunikationsüberwachung zur Terrorverhinderung einführen werden und dass wir das auch bei verschlüsselten Telefonaten werden tun können – durch die sogenannte Quellen-TKÜ –, ist ein sicherheitspolitischer Fortschritt, der sich sehen lassen kann. Diese Koalition handelt und bringt das Land entscheidend voran.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Das ist im Übrigen deswegen ein entscheidender Punkt – um noch einmal auf den Fall Anis Amri, den Breitscheidplatz in Berlin, zurückzukommen; das gilt im Übrigen auch für Khalid Masood in London – – Beide Attentäter hatten noch kurz vor den jeweiligen Anschlägen eine entsprechende Kommunikation mit ihren Hintermännern. Deswegen ist es entscheidend wichtig, dass wir darauf in solchen Fällen Zugriff nehmen können.

Das zweite Beispiel, meine sehr verehrten Damen und Herren, das heute angesprochen wurde: Mautdaten für die Verbrechensbekämpfung. Vor wenigen Wochen konnte das Polizeipräsidium Freiburg vermelden, einen dringend Tatverdächtigen gefasst zu haben, der mindestens zwei junge Frauen vergewaltigt und ermordet haben soll, eine junge Frau davon in Endingen am Kaiserstuhl – ein schreckliches Verbrechen, das die gesamte Region, das gesamte Land in Aufruhr versetzt hat, ein bestialischer Sexualmord, der selbst hartgesottenen Ermittlern das Blut in den Adern hat gefrieren lassen.

Möglich war die Festnahme des mutmaßlichen Täters nur deswegen, weil unsere baden-württembergischen Ermittler auf österreichische Mautdaten zurückgreifen und so den fraglichen Fernfahrer ermitteln konnten.

Die Soko „Erle“ und die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten des Polizeipräsidiums Freiburg haben mit Akribie und vor allem mit nimmermüder Kondition über einen langen, langen, langen Zeitraum akribisch ermittelt. Jetzt ist es gelungen, auch den zweiten Freiburger Mord aufzuklären. Das ist eine hervorragende kriminalistische und polizeiliche Leistung der baden-württembergischen Polizei, für die wir so was von dankbar sein können, weil es für das Sicherheitsgefühl in diesem Land entscheidend ist, diese beiden Mordfälle aufgeklärt zu haben. Ich habe unserer Polizei Respekt und Dank zu sagen.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP sowie des Abg. Hans Peter Stauch AfD)

Klar ist auch: Ohne – –

(Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Minister, lassen Sie eine Zwischenfrage – –

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Ich würde gerade diesen Gedanken gern zu Ende führen. Danach kann die Zwischenfrage gern gestellt werden.

Klar ist auch: Ohne den Zugriff auf die österreichischen Mautdaten würde dieser Tatverdächtige, der mindestens zwei Frauen vergewaltigt und anschließend umgebracht hat, nach wie vor mit seinem Lkw durch Deutschland und Österreich fahren. Ich bin sehr froh, dass er hinter Schloss und Riegel ist.

Herr Abg. Dr. Rülke, Sie müssen mir schon zugestehen, dass ich dann, wenn wir uns alle darüber freuen, dass wir einen solchen Täter haben fassen können, die Frage stelle, ob das, was wir 2005 im Deutschen Bundestag verabschiedet haben – das war ja richtig –, auch heute noch richtig ist. Das ist ein Beschluss des Deutschen Bundestags gewesen, aber nicht der Berg Sinai. Wenn sich die Welt ändert, kann sich auch die Politik ändern. Dann kann man ein solches Gesetz ändern, und dann muss es doch erlaubt sein, darüber eine Debatte zu führen – nicht mehr und nicht weniger.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
– Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Minister, lassen Sie jetzt die Zwischenfrage des Abg. Dr. Bullinger zu?

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Ja, selbstverständlich.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Bullinger, bitte.

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Es geht jetzt aber gar nicht um Hubschrauber.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herr Minister, das Thema ist zu ernst. Ich werde keine Frage zum Hubschrauber stellen.

2005 wurde in meinem Wahlkreis ein Parkwächter auf der Autobahnraststätte bzw. auf dem Autohof in Satteldorf mutwillig, vorsätzlich totgefahren – Kapitalverbrechen, für mich eindeutig Mord. Damals ging man davon aus, dass dieser Lkw von der Autobahn kam und auch wieder auf die Autobahn fuhr. Leider durfte man die Mautdaten, die mit Sicherheit zur Aufklärung dieses Kapitalverbrechens geführt hätten – und der fährt heute wahrscheinlich noch mit dem Lkw – – Die Mautdaten hätten geholfen, dieses Verbrechen aufzuklären.

Deshalb die Frage jetzt: Was wollen Sie konkret unternehmen? Sind Sie bereit, über den Bundesrat oder sonst über Ihre Partei – – Was wollen Sie konkret machen, damit es nicht noch einmal passiert, dass ein Mörder frei mit dem Lkw herumfährt?

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das widerspricht aber Rülke diametral! – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Wenn es die FDP erlaubt!)

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Herr Kollege Dr. Bullinger, ich kenne diesen Fall sehr gut. Ein 63-jähriger Parkplatzwächter ist auf dem Parkplatz des Rasthofs Sattelhof

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Satteldorf!)

– Satteldorf – von einem Sattelzug angefahren und dabei so schwer verletzt worden, dass er kurz darauf starb. Dieser Mann ging dabei nur seinem Job nach und wollte ordnungsgemäß eine Parkgebühr kassieren – von seinem späteren Mörder.

Vorrangig wurde im Übrigen – ganz ähnlich wie auch im Fall von Freiburg und Kufstein – nach dem Lenker eines weißen Sattelzugs der Marke Scania – Plan- oder Kastenaufbau, mit ausländischem Kennzeichen, vermutlich niederländischem oder italienischem – gefahndet. Die Fahndung verlief erfolglos; der Täter konnte bis heute nicht ermittelt werden.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Sie sollen uns nicht den konkreten Sachverhalt erklären! – Abg. Sascha Binder SPD: Der Sachverhalt ist bekannt!)

Auch das ist ein Fall, bei dem ich mir die Frage stelle: Was wiegt hier schwerer? Ich kann uns alle nur ermuntern, in diesen Abwägungsprozess zu gehen, und zwar so schnell wie möglich. Der Deutsche Bundestag hat nun nur noch zwei Sitzungswochen; da wird es vermutlich nicht mehr klappen. Aber mit diesem Thema kann sich ja dann der nächste Deutsche Bundestag beschäftigen. Ich bin einmal gespannt, wie sich die FDP bei dieser Frage in den nächsten Wochen und Monaten positionieren wird. So, wie Sie fragen, Herr Kollege Dr. Bullinger, passt das nicht ganz zu dem, was Ihr Fraktionsvorsitzender, Herr Dr. Rülke, eingangs gesagt hat.

(Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Dem zufolge, was ich im Koalitionsvertrag in Nordrhein-Westfalen lese, ist die dortige FDP schon ein Stückchen weiter als viele bei Ihnen. Dass die FDP in Nordrhein-Westfalen weiter ist als die traditionsreiche FDP hier in Baden-Württemberg,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wahrscheinlich ist sie im Bund zu schwach!)

das ist auch schon mal eine interessante Erkenntnis.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Dinge sollten wir miteinander sorgfältig abwägen. Ich habe im Übrigen gesagt: Datenschutz darf kein Täterschutz werden. Wenn Sie diese Aussage genau verstehen, sehen Sie, dass Datenschutz kein Täterschutz ist.

(Abg. Sascha Binder SPD: Was hat denn der Kollege gesagt?)

Wir müssen aber aufpassen, dass sich der Datenschutz nicht möglicherweise durch fahrlässiges Handeln in diese Richtung entwickelt.

Ich erinnere mich noch gut an die Diskussionen um das Autobahnmautgesetz. Der damalige Bundesbeauftragte für den Datenschutz hat nicht für alle Zeiten definitiv ausgeschlossen, dass Mautdaten auch für andere Zwecke verwendet werden können. Das war damals eine rein politische Entscheidung, die getroffen worden ist. Die Innenpolitiker waren damals parteiübergreifend – um es einmal vorsichtig zu formulieren – nicht begeistert, aber sie haben sich dem großen Ziel der Verkehrspolitik und der Finanzpolitik untergeordnet. Das ist möglicherweise ein Fehler gewesen. Wenn wir aber erkennen, dass es ein Fehler war, dann sollten wir unter Beachtung der

(Minister Thomas Strobl)

datenschutzrechtlichen ebenso wie selbstverständlich aller verfassungsrechtlichen Vorgaben auch die Kraft haben, ein solches Bundesgesetz zu ändern. Um nicht mehr und um nicht weniger geht es in dieser Frage.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Präsidentin Muhterem Aras: In der zweiten Runde erteile ich für die Fraktion der FDP/DVP das Wort Herrn Abg. Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister Strobl, Sie haben gerade gesagt, den Fall Satteldorf kennen Sie gut. Eine Frage ist in diesem Zusammenhang aber offen geblieben. Herr Minister Strobl, wenn Sie diesen Fall so gut kennen, warum haben Sie dann aber zum letzten Mal im Jahr 2015 – Frau Kollegin Razavi, es geht nicht um das Jahr 2002 oder um das Jahr 2004; es geht auch nicht um das Jahr 1706; es geht um das Jahr 2015 – dieser Form des Datenschutzes im Bundestag zugestimmt? Warum hat Sie nicht der Fall Satteldorf zu entsprechenden Überlegungen gebracht? Diese Frage ist, glaube ich, offen geblieben.

Sie haben nun die Frage gestellt: Wie stellt sich die FDP/DVP-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg dazu? Ich sage Ihnen ganz klar: Es gibt in unserer Fraktion unterschiedliche Meinungen, aber die Mehrheit der Fraktion ist der Meinung: Wenn es um Datenschutz geht, kann man die Diskussion nicht erst dann beginnen, wenn die Daten erhoben sind, sondern man muss die Diskussion dann beginnen, wenn sich die Frage stellt, ob man Daten überhaupt erheben soll.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir waren der Meinung, diese ganze Datenerfassung im Zusammenhang mit Lkws und Pkws ist Quatsch, eine Vignettenlösung wäre besser gewesen. Wenn Sie aber Daten erhoben haben – Herr Kollege Strobl, da haben Sie durchaus recht –, dann ist es der Bevölkerung schwer vermittelbar, dass die Daten aus Abrechnungsgründen genutzt werden dürfen, aber nicht, um Mörder zu fangen. Das ist durchaus richtig.

Diese Diskussion werfe ich Ihnen auch nicht vor, sondern was ich Ihnen vorwerfe, ist die Widersprüchlichkeit des Agierens. Frau Kollegin Razavi, Sie haben von Klamauk gesprochen. Das war nicht unser Klamauk. Wir sind nicht wie die Grünen auf die Idee gekommen, zu sagen: „Strobl, das ist George Orwell, wenn er Mörder fangen will; aber Hermann will die Dieselfahrer fangen, und dafür darf man die Daten nutzen.“ Das ist doch nicht unser Klamauk, das ist doch das Agieren Ihrer Koalition.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD und der SPD – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Wir sind auch nicht diejenigen, die im Deutschen Bundestag – zum letzten Mal vor zwei Jahren, nicht 1706 und auch nicht vor 15 Jahren – für den Datenschutz gestimmt haben und jetzt plötzlich sagen, wir müssten die Daten nutzen. Das ist Ihr Klamauk, nicht unserer, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Rülke, kommen Sie bitte zum Schluss.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja. – Was Nordrhein-Westfalen anlangt, Herr Kollege Strobl, ist es durchaus nicht so, dass wir da unterschiedlicher Meinung wären. Wir werden auch das meiste von dem unterstützen, was Sie gestern beschlossen haben. Wir müssen uns das genau anschauen, aber wir haben kein grundsätzliches Problem mit der elektronischen Fußfessel. Das meiste oder wahrscheinlich alles, was im nordrhein-westfälischen Koalitionsvertrag steht, hätte auch die baden-württembergische FDP/DVP mitgetragen.

Nur eines machen wir nicht mit, meine Damen und Herren, nämlich das, was die Kollegin Razavi heute wiederholt hat und was, wenn ich es richtig verstanden habe, von den Grünen auch nicht akzeptiert wird: die Onlinedurchsuchung. Diesen Blödsinn machen wir nicht mit, weder in Nordrhein-Westfalen noch in Baden-Württemberg noch auf Bundesebene.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Merz hat verzichtet. – Dann darf ich für die SPD-Fraktion das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Stoch erteilen.

Abg. Andreas Stoch SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Herr Strobl hat versucht, seine Aussage, mit der er den Datenschutz in die Nähe des Täterschutzes gerückt hat, zu relativieren. Herr Strobl, ich kann Ihnen sagen: Da war nichts falsch zu verstehen. Sie haben gefordert, das Mautgesetz von 2005 zu korrigieren: „Datenschutz darf kein Täterschutz sein.“ Damit sagen Sie, dass durch die aktuelle Gesetzeslage der Datenschutz Täterschutz ist. Das haben Sie so gesagt, und im Weiteren haben Sie gesagt: „In diesem Sinn darf sich Datenschutz auch nicht ansatzweise zum Komplizen von Kapitalverbrechen machen.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wer so mit dem Datenschutz umgeht, agiert populistisch, agiert jedenfalls nicht auf der Grundlage unserer Verfassung.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP)

Ein weiterer, abschließender Satz: Wir merken bei diesem Thema wie bei vielen anderen, dass zwischen CDU und Grünen in der Wahrnehmung der Wirklichkeit fundamentale Unterschiede bestehen. Die CDU versucht, durch ein Mehr an Gesetzen Sicherheit zu suggerieren. Die Grünen versuchen, mit ihrer Staatsskepsis, die sie wohl auch in ihrer Grund-DNA haben, diesen Staat so klein wie möglich zu halten, und haben ein grundsätzliches Misstrauen gegen staatliche Organe.

Deswegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, wird diese Koalition auch keine Lösung finden. Eine Lösung besteht nämlich nicht in einem Mehr an Gesetzen, sondern in einem Umsetzen von Gesetzen. Dazu brauchen Sie nichts anderes als einen starken, handlungsfähigen Staat. Dazu brauchen Sie Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte. Daran werden wir Sie messen – und nicht an vollmundigen Ankündigungen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Präsidentin Muhterem Aras: Nun erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Gedeon.

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Freiheit, Sicherheit, Balance – viele sind ausgesprochen philosophisch geworden.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Aber worum geht es wirklich? Haben wir denn zu wenig Freiheit in diesem Land, aber dafür genügend Sicherheit? Oder haben wir vielleicht zu wenig Sicherheit und dafür genügend Freiheit?

Nein, meine Damen und Herren, die Situation ist so, dass wir immer mehr Überwachung und trotzdem immer mehr Anschläge haben. Das heißt, die herrschenden Parteien beherrschen die Kunst, immer weniger Sicherheit mit immer weniger Freiheit zu verbinden. Das ist also das Kunststück, dass wir keine Balance haben, sondern dass von beidem immer weniger übrig bleibt.

Woran liegt das? Das schreit förmlich nach einer Alternative, meine Damen und Herren. Diese Alternative ist: spezifische Überwachung. Wir müssen die Risikogruppen spezieller angehen. Die Risikogruppen gerade beim Terrorismus sind eben die jungen Moslems. Hier geht es darum, spezifisch einzugreifen. Da höre ich natürlich schon die Worte „Generalverdacht“, „Diskriminierung“ usw.

Fakt ist doch, dass 99 % dieser Anschläge aus dieser Gruppierung kommen. Fakt ist, dass diese Gruppierung auch nichts dafür tut, um aktiv solche Anschläge von solchen Leuten zu verhindern. Allenfalls kommen ganz laue verbale Distanzierungen, und selbst die sind jetzt nicht mehr glaubhaft, wenn man sieht, was am Wochenende in Köln passiert ist. Schlappe 300 Leute haben sich in einer nationalen Demonstration für die Muslime in Deutschland gegen den islamistischen Terror ausgesprochen.

Meine Damen und Herren, das ist nicht überzeugend. Wir müssen hier wirklich unsere Politik in diesem Sinn ändern: mehr gezielte Untersuchungen, mehr Härte gegen die Problemgruppen. Dann werden wir es schaffen, dies mit mehr Sicherheit und mehr Freiheit für den Rest der Bevölkerung zu verbinden.

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet und Punkt 1 unserer Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Erhalten, was uns erhält: Baden-Württemberg für biologische Vielfalt – beantragt von der Fraktion GRÜNE

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtrededzeit von 50 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet.

Für die Aussprache steht eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion zur Verfügung. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Schließlich darf ich auf § 60 Absatz 4 der Geschäftsordnung verweisen, wonach im Rahmen der Aktuellen Debatte die Aussprache in freier Rede zu führen ist.

Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Schwarz.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Baden-Württemberg ist geprägt von seiner ursprünglichen Natur und seinen vielfältigen Kulturlandschaften. Die Streuobstwiesen im Albvorland, der Tannenmischwald im Schwarzwald, die Moore des Oberlands und die Wacholderheiden auf der Schwäbischen Alb bieten vielen Tier- und Pflanzenarten Lebensraum.

Diese Vielfalt macht unser Land, macht unser Baden-Württemberg einzigartig. Sie ist Tourismusmagnet und Wirtschaftsfaktor zugleich.

(Beifall des Abg. Dr. Patrick Rapp CDU)

Sie prägt unsere Identität, sie ist unsere Heimat hier in Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Ohne diese bunte Vielfalt wären wir in Baden-Württemberg ein großes Stück ärmer. Wir würden ein Stück Heimat verlieren, einen Teil unserer Identität. Da unsere Natur- und Kulturlandschaften einzigartig sind, brauchen wir sie weiter. Es lohnt sich, sich für die Natur einzusetzen. Das ist unsere Verantwortung, auch unsere Verantwortung hier im Landtag von Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Für uns Menschen gibt es drei gute Gründe, uns um die Natur zu kümmern, die Natur zu schützen. Erstens: die Klugheit. Denn die Natur ernährt uns; deswegen rechnet sich Naturschutz.

Zweitens: die Gerechtigkeit. Denn wir wollen die Natur für weitere Generationen bewahren. Ihre Kinder und Ihre Enkel, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben ein Recht darauf, in einer Welt zu leben, in der es die Feldlerche und das Knabenkraut noch gibt.

Drittens: das Glück. Denn das Erleben in der Natur erzeugt nachgewiesenermaßen Glück, und eine gute Beziehung der Menschen zur Natur ist Teil eines guten Lebens.

Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, mich persönlich macht es glücklich, wenn ich am Wochenende mit meiner Familie in den Wald gehe, wenn ich die Vögel zwitschern höre, die Bachläufe wahrnehme, wenn ich gute Luft einatme. Ja, das macht mich glücklich, und ein solches Glück brauchen wir zu einem guten Leben in unserem Land.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

(Andreas Schwarz)

Wir wollen erhalten, was wir zum Leben brauchen – Lebensmittel, Heimat, Erholung und Gesundheit –, erhalten, was uns erhält. Dafür treten wir ein. Wir rücken den Naturschutz und den Artenschutz deshalb in das Zentrum der Landespolitik, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Die Natur ist Lebensraum für zahlreiche Tier- und Pflanzenarten, doch sie verändert sich zunehmend. Da brauchen Sie nicht einmal eine Statistik, liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie müssen nicht ausgewiesene Experten sein. Sie nehmen es selbst wahr, wenn Sie beispielsweise wie ich am Wochenende in den Wald oder auf die Schwäbische Alb gehen. Es summen weniger Bienen, Schmetterlinge machen sich rar, auf den Wiesen verschwindet die Vielfalt, Margeriten, Wiesenbocksbart oder die Glockenblumen werden seltener.

Wer es schwarz auf weiß nachlesen will: Es stand im Bericht zur Lage der Natur aus dem Jahr 2016. Jeden Tag sterben weltweit mehr als 100 Tier- und Pflanzenarten aus. In Baden-Württemberg stehen 40 % der Tier- und Pflanzenarten auf der Roten Liste.

Die Bundesregierung hat es in dieser Woche dargestellt: Rote Listen der gefährdeten Biotoptypen in Baden-Württemberg. Wichtige Lebensräume, beispielsweise Streuobstwiesen, sind bundesweit stark gefährdet – auch hier in Baden-Württemberg.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das muss uns, dem Landtag von Baden-Württemberg, doch Anlass geben, politisch zu handeln und dieser Verantwortung, die wir für die Natur und die Lebewesen, für die Tiere haben, gerecht zu werden. Wir haben die Verantwortung, hier jetzt zu handeln.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Damit kein falscher Eindruck entsteht: Natur- und Artenschutz ist mehr, als Bienen und Blümchen zu schützen. Biodiversität bedeutet viel mehr. Es gibt zahlreiche ökologische, ökonomische und soziokulturelle Gründe, die Natur zu bewahren. Letztendlich haben wir dazu die ethische Verpflichtung gegenüber unseren Kindern und Enkeln; denn auch sie haben ein Anrecht auf eine intakte Umwelt und auf eine gesunde Natur in Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Die Politik muss und wird schnell und konsequent handeln. Wir werden dem Artenrückgang aktiv begegnen. Um unsere einzigartigen Natur- und Kulturlandschaften zu bewahren, müssen wir alle an einem Strang ziehen – wir, das Land, die Kommunen, die Behörden, Landwirtinnen und Landwirte, Verbraucherinnen und Verbraucher, Naturschützer, Winzer, Imker, Forstwirte, Jäger und Angler.

Ein Fundament ist die Naturschutzstrategie 2020. Sie wird gelobt. NABU-Präsident Olaf Tschimpke bezeichnet sie als die beste Naturschutzstrategie in ganz Deutschland. Ich bin froh, dass wir uns vorgenommen haben, diese unter Grün-Schwarz fortzuführen und weiterzuentwickeln.

Ich erwähne den Nationalpark im Nordschwarzwald und ganz aktuell die Auszeichnungen, die Baden-Württemberg erhal-

ten hat. In der letzten Woche wurde das zweite Biosphärengebiet in Baden-Württemberg mit einer UNESCO-Auszeichnung versehen, das Biosphärengebiet im Schwarzwald offiziell ausgezeichnet. Mein ganz herzlicher Dank gilt allen Verantwortlichen vor Ort und den vielen ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürgern. Chapeau, ein wichtiger Beitrag für eine gesunde Natur!

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Es gab aber noch eine zweite Auszeichnung. Das UNESCO-Biosphärengebiet Schwäbische Alb wurde wiederum von der Bundesregierung ausgezeichnet. Es hat sich unter 27 Bewerbungen durchgesetzt. Das ist eine richtig gute Nachricht für die Nachhaltigkeit. Baden-Württemberg haben wir somit in der Champions League des Naturschutzes erfolgreich etabliert, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Diesen Weg werden wir konsequent weitergehen. Wir werden den Naturschutz verstärken.

Auch hier im Landtag haben wir Hausaufgaben zu erledigen. Wir selbst können einen wichtigen Beitrag zur Stärkung des Naturschutzes leisten.

Von 2011 bis 2016 haben wir die Mittel auf über 60 Millionen € angehoben. Weitere Schritte werden jetzt unter der grün-schwarzen Landesregierung folgen. Denn die Koalition aus Grünen und CDU, die die Bewahrung der Schöpfung und die Verantwortung für unser Naturerbe in den Mittelpunkt der Politik stellt, ist geradezu prädestiniert, dieses Thema mit Engagement anzugehen.

Bis zum Ende der Legislaturperiode wird es einen weiteren Aufwuchs der Naturschutzmittel, und zwar auf 90 Millionen €, geben. Das ist ein wichtiges Signal, und es ist ein unverzichtbares Signal, wenn wir dem Verlust an biologischer Vielfalt, an Tier- und Pflanzenarten, von Grünspecht und Schwarzspecht, an Streuobstwiesen und Orchideenwiesen in Baden-Württemberg erfolgreich entgegentreten wollen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Zuruf von der CDU: Orchideen!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben hier bereits Debatten zur Verordnung zu § 18 der Landeshaushaltsordnung geführt. Wir sind uns alle einig, dass wir die Infrastruktur im Hochbau, bei Gebäuden, bei den Landesstraßen, bei den Brücken erhalten und sanieren müssen. Wir sind uns darüber hinaus einig, dass die Sanierung notwendig ist, da ein späterer Ersatzneubau viel teurer ist. Deswegen stellen wir Gelder für den Abbau der impliziten Schulden zur Verfügung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, uns muss klar sein: Wenn Moore entwässert sind und zu CO₂-Schleudern werden, wenn wir Millionenbeträge ausgeben müssen, um in unseren Kläranlagen Pestizide, Arzneimittel und andere Rückstände aus dem Wasser herauszufiltern, oder wenn unsere Landschaften so zerschnitten sind, dass Honigbienen und Wildbienen, andere Insekten und Tiere diese Landschaften kaum oder nicht mehr überfliegen oder überqueren können, dann wird deut-

(Andreas Schwarz)

lich: Biotopzerstörung, Umweltbelastung, Artenschwund haben ökologische und ökonomische Auswirkungen von ungeahnter Tragweite. Sie führen zu massiven Folgekosten und zu Schulden auf dem Rücken künftiger Generationen.

Deswegen müssen wir uns klar vor Augen führen: Auch ökologische Schulden sind implizite Schulden. Wenn wir Ökologie und Ökonomie zusammenführen wollen, wie es sich die grün-schwarze Landesregierung vorgenommen hat,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Jetzt wird es aber abenteuerlich!)

dann benötigen wir eine Offensive für eine grüne Infrastruktur. Wir benötigen eine Offensive für den Abbau der ökologischen Verschuldung unseres Landes.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Wir sind vereint im Ziel. Wir wollen und werden der nächsten Generation eine intakte Natur hinterlassen.

(Beifall des Abg. Daniel Rottmann AfD – Abg. Daniel Rottmann AfD: Bravo!)

Denn wir wollen und werden erhalten, was uns erhält. Alle Menschen haben das Recht auf ein Stück Natur. Das wollen wir behalten, bewahren; das wollen wir erhalten. Denn letztendlich erhält uns die Natur.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Stelly. Präsident Wilfried Klenk: Für die CDU-Fraktion erlaube ich das Wort dem Kollegen Haser.

Abg. Raimund Haser CDU: Sehr lustig, Herr Schwarz!

(Der Redner fährt das Rednerpult nach unten. – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Du kannst auch den Knopf oben benutzen, um das Pult herunterfahren zu lassen!)

– Da komme ich nicht dran.

(Heiterkeit – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Frag mal die Kollegin Razavi!)

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte der grünen Fraktion danken, dass sie das Thema „Biodiversität und Naturschutz“ in diesem Haus immer wieder auf die Tagesordnung bringt. Denn es ist in der Tat ein Problem, das wir anerkennen und angehen müssen. Aktuelle Debatten sind dazu geeignet, dies auch einer breiten Öffentlichkeit kundzutun.

Das erste Buch Mose, das Buch Genesis, beginnt mit den Worten: „Am Anfang schuf Gott Himmel und Erde.“ Damals haben die Menschen gedacht, dass man all das, was man sieht, in sechs Tagen erschaffen kann; denn am siebten Tag ist ja Sonntag – da hat man damals noch nicht eingekauft. Aber in sechs Tagen ist das alles nicht entstanden; das wissen wir spätestens seit Charles Darwin mit seiner Evolutionstheorie, der uns gezeigt hat, dass sich die Arten deswegen entwickelt haben, weil sie sich ihrem Lebensumfeld angepasst haben.

Dann gab es einen Gregor Mendel, der ein bisschen getrickst hat. Er hat die Natur ein bisschen überlistet, indem er Erbsen und später auch andere Früchte ganz intelligent miteinander verknüpft hat. Er hat gezeigt, dass wir bestimmte Eigenschaften erzüchten können. Beispielsweise können wir dafür sorgen, dass Weizen nicht nur in bestem Klima wächst, sondern auch dann, wenn es etwas zu feucht, etwas zu trocken oder etwas zu kalt ist.

Das ist letztlich die Grundlage dessen, was wir heute sehr erfolgreich an unserem Standort an der Universität Hohenheim immer noch tun. Machen wir uns nichts vor: Dieser kleine Trick, den uns Herr Mendel gezeigt hat, hat dafür gesorgt, dass wir zumindest in Europa den Hunger besiegen konnten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU sowie der Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD und Reinhold Gall SPD)

Wir können heute mehr Menschen ernähren als jemals zuvor, und wenn es in Ostafrika eine Hungersnot gibt, dann gibt es sie nicht deshalb, weil der Boden die Menschen nicht ernährt, sondern weil die Politik verhindert, dass Lebensmittel dort ankommen, wo sie benötigt werden. Wir haben den Hunger besiegt, aber wir bezahlen dafür einen hohen Preis.

Da sind wir beim Thema Biodiversität. Im ersten Buch Mose – Genesis – steht auch, dass wir uns die Welt untertan machen sollen und sie beherrschen sollen. Wir wissen alle, dass der gute Herrscher dafür sorgen muss, dass auch der Kleinste in seinem Reich etwas zum Leben hat. Und mit dem Kleinsten meinen wir nicht nur den kleinsten und „geringsten“ Menschen, sondern wir meinen auch das kleinste und geringste Lebewesen. Deswegen ist es unser Auftrag – Herr Schwarz hat schon darauf hingewiesen; egal, von welcher Seite man kommt, es ist wichtig –, die Schöpfung zu bewahren.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Aber für die CDU-Fraktion besteht eben der Naturschutz nicht darin – das ist an diesem Punkt sehr wichtig –, die Probleme zu benennen und sie zu beklagen. Es ist keine Lösung, auf die Straße zu gehen und zu skandieren, dass irgendwelche Pestizide verschwinden müssen, wenn am Schluss nichts erreicht wird. Die Frage ist: Was tun wir, um die Lebensmittelsicherheit zu einem Preis zu gewährleisten, den die Bevölkerung zu bezahlen bereit ist, und zugleich das Ziel der Biodiversität zu erreichen?

Diesem Thema widmen wir uns nicht erst seit gestern. Seit Rio 1992 ist das Thema „Nachhaltigkeit und Biodiversität“ auch international gesetzt. Schon Minister Weiser hat den Hobbygärtnern verboten, Pestizide zu verwenden. Die Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Baden-Württemberg geht auf Tanja Gönner 2007 zurück, das Biosphärengebiet Schwäbische Alb geht auf Günther Oettinger zurück, und die Ökonomieverordnung, die wir gerade evaluieren, geht ebenfalls auf Tanja Gönner zurück. Sie ist z. B. ein sehr wichtiges Instrument in dieser Zeit, um genau das zu tun, was wir unter Landwirtschaft und Landschaftsschutz verstehen.

Wir müssen auf der einen Seite die Agrarflächen erhalten und sie effektiv gestalten. Aber wir müssen auf der anderen Seite einen Ausgleich schaffen. Deswegen ärgert es mich, wenn in dem gestern vom Bundesamt für Naturschutz vorgelegten Ag-

(Raimund Haser)

rar-Report, der pünktlich zur heutigen Debatte hier und zur morgigen Debatte im Bundestag kommt, eine Kehrtwende in der Agrarpolitik gefordert wird, und zwar mit dem Argument, die Biodiversität auf agrarisch genutzten Flächen gehe zurück. Es ist kein Wunder, dass auf agrarisch genutzten Flächen die Biodiversität zurückgeht. Die Frage ist aber: Wenn die Biodiversität zurückgeht, was tun wir, um die Biodiversität an einer anderen Stelle zu schützen?

Da sind wir bei der Frage, was wir tun können. Wenn wir, lieber Herr Schwarz, schon über das Geld reden und uns auch der NABU gestern mit einer aktuellen Pressemitteilung hierzu versorgt hat, müssen wir dafür sorgen, dass das Geld dort ankommt, wo die Landschaft gepflegt wird.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sehr richtig!)

Wir verlieren zu viel Geld für Juristerei, wir verlieren zu viel Geld für Gutachten, zu viel Geld in der Naturschutzverwaltung. Das ist nicht die Schuld von Herrn Untersteller, sondern das ist letztlich auch die Schuld des Regelwerks. Wenn wir hier mehr Effizienz erzielen würden, würde auch mehr Geld beim Bauern ankommen, der im Moment teilweise die Wiesen mäht, die er mähen muss und mähen soll, aber am Schluss fehlt das Geld, um ihm die Prämie dafür zu bezahlen.

Wenn 97,5 % unseres Landes Kulturlandschaft sind und 50 % des Landes von Bauern bewirtschaftet werden, müssen wir aufhören, die Bauern ständig an den Pranger zu stellen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der AfD)

Denn jemanden, mit dem ich versuche, einen Vertrag zu schließen, jemanden, den ich bitten möchte, seinen Beitrag zu leisten, den kann ich nicht ständig von vorn anschießen.

Ich kann auch nicht ständig alle Bauern in diesem Land – mit „diesem Land“ meine ich jetzt nicht Baden-Württemberg, sondern die Bundesrepublik und erst recht die EU – über einen Kamm scheren. Wir können die Agrarstruktur Baden-Württembergs nicht mit der von Holland, Dänemark, Niedersachsen oder Mecklenburg-Vorpommern vergleichen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der AfD)

Unser Land hat eine andere Struktur. Nirgendwo gibt es mehr Ökolandbau als bei uns. Bei uns funktioniert die Landwirtschaft auch noch in ganz großen Teilen in den bäuerlichen Familienbetrieben.

(Zuruf von der AfD: So ist es!)

Sie sind unsere Partner, wenn es um den Naturschutz geht, und nicht die großen internationalen Agrarbetriebe.

(Beifall bei der CDU und den Grünen sowie des Abg. Andreas Kenner SPD – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: So ist es! Genau!)

Seien wir aber einmal ehrlich: Die Signale, die wir an die Bauernschaft aussenden, sind schizophren. Wir diskutieren über die Biodiversität. Wir sagen, dass wir den Ökolandbau fördern wollen. Wir sagen, dass die Menschen bereit sind, mehr Geld zu bezahlen. Nehmen Sie sich aber einmal einen Stuhl,

setzen Sie sich an einem Samstag eine Stunde lang in dem Supermarkt Ihres Vertrauens an die Kühltheke, und schauen Sie, nach welchen Kriterien dort eingekauft wird.

Das neue I-Phone Plus kostet 1 007 €. Dafür bekomme ich 800 Liter biologisch erzeugte Milch aus der Region. Wenn ich die Milch kaufe, bei der es völlig egal ist, woher sie kommt, wie die Kühe aufgewachsen sind, ob das Tierwohl eingehalten worden ist oder nicht, bekomme ich 1 600 Liter Milch für dieses Geld – 1 600 Liter Milch für den Wert eines Handys.

Solange die Leute lieber viermal als dreimal in den Urlaub fahren und das Geld an der Kühltheke einsparen, können wir nicht gleichzeitig den Bauern vorwerfen, sie würden zu wenig für den Naturschutz tun.

(Beifall bei der CDU und den Grünen sowie Abgeordneten der AfD – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Einen Aspekt möchte ich noch erwähnen: Naturschutz ist nicht nur Aufgabe der Bauern und der Waldbesitzer. Vielmehr kann jeder von uns etwas tun. Ich frage jetzt nicht, wer einen Mähroboter hat. Haben Sie sich aber schon einmal überlegt, was ein Mähroboter,

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Eine Sense habe ich!)

der jeden Tag auf Jagd geht, mit den Blümchen in Ihrem Garten anstellt? Früher haben wir alle zwei Wochen unsere Wiesen gemäht. Das hat auch gereicht.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Und heute braucht jeder einen.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Der Herr Präsident hat drei! – Weitere Zurufe)

– Ich habe eine Pferdekoppel. Die wird mit dem Traktor gemäht.

Tut es im Garten nicht auch einmal ein Blumenbeet?

Und wenn mir die Bemerkung erlaubt ist: Wozu brauchen wir im Schlossgarten zu Zeiten des Brexits einen englischen Rasen?

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen sowie des Abg. Andreas Glück FDP/DVP)

Es gibt gute Beispiele, gerade in den Kommunen, die Blumenpäckchen verschenken. Der Landkreis Biberach zahlt 300 €, wenn ein Bauer ein Blumenbeet anlegt und einsät. Jeder Bürger kann beim Landratsamt vorbeigehen und sich ein Blumenpäckchen holen.

Die Grünen – da muss ich sie loben – haben im Wahlkampf anstatt Luftballons Blumensaat verschenkt. Das fand ich eine sehr gute Idee.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

(Raimund Haser)

Da fängt Naturschutz eben an: bei jedem Einzelnen von uns. Wir dürfen es aber auch nicht übertreiben und die Menschen und vor allem auch die Landwirtschaft nicht überfordern.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Ich komme zum Schluss.

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Das ist gut!)

Die Politik kann einen Weg gehen. Ich möchte nicht mit Genesis schließen, wie ich begonnen habe, sondern mit dem Talmud. Im Talmud gibt es eine Geschichte,

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Die Apokalypse!)

die damit endet, dass der Vater zu seinem Sohn sagt: „Geh du den Weg, soweit du kannst, und den Rest des Weges komme ich dir entgegen.“ Wir müssen die Rahmenbedingungen schaffen, dass die Menschen uns entgegenkommen. Dann werden wir es auch gemeinsam hinkommen, die Biodiversität in diesem Land weiter voranzubringen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Mit Blumentütchen schaffen wir es nicht!)

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen sowie des Abg. Andreas Kenner SPD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Palka.

Abg. Thomas Axel Palka AfD: Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete, meine Damen und Herren! Herr Kollege Schwarz, Ihre Rede war fast lustiger als die von Herrn Rülke. Sie haben viel gesprochen, aber nichts gesagt. Es war ohne Substanz.

(Beifall bei der AfD)

Vor einem Jahr begrüßte – –

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Das steht schon aufgeschrieben da?)

– Bitte?

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Das steht schon aufgeschrieben da? – Glocke des Präsidenten)

– Nein, das habe ich mir aufgeschrieben.

(Heiterkeit – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das hat er sich selbst aufgeschrieben!)

– Ich kann auch selbst schreiben, ja.

Vor einem Jahr begrüßte Dr. Rösler von den Grünen

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Freie Rede!
– Zuruf von der SPD: Freie Rede! – Gegenruf des Abg. Anton Baron AfD: Sie sind ja so ein toller Rhetoriker!)

– ja, danke, ebenfalls – den ersten Wolf in Baden-Württemberg nach 150 Jahren – zwar nicht persönlich, aber doch per Website – als Vorhut weiterer Wölfe, die in den nächsten Jahren nach Baden-Württemberg, auch in andere Landesteile, einwandern werden. Schon dieser erste Einwanderer muss mit 200 000 € Steuergeld eskortiert werden, weil die Schäfer und Schafe, die bereits länger hier leben, wirtschaften und weiden,

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Die leben nicht länger hier!)

zu Recht beunruhigt sind und mit einem Programm ruhiggestellt werden sollen.

(Zuruf des Abg. Alexander Maier GRÜNE)

Gewehre dürfen sie sich von diesem Geld nicht kaufen. Sich wirklich wehren und ihre Schafe schützen dürfen sie mit diesem Geld auch nicht.

(Zuruf des Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD)

Die Natur und die Menschen haben derweil andere Probleme. So gibt es in manchen Regionen Deutschlands heute 80 % weniger Insekten als noch vor 30 Jahren.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

In Baden-Württemberg leben und arbeiten heute 70 % weniger Bauern als noch vor 30 Jahren. Von 23 000 Schweinehaltern, die vor 14 Jahren noch hier gearbeitet haben, sind nur noch 6 500 übrig – ein Rückgang von 72 %. Die Zahl der Betriebe mit Rinderhaltung hat in 14 Jahren um 60 % abgenommen. Auf 24 % des Ackerlands in Baden-Württemberg steht Mais; das bedeutet viel Gülle, wenig Unkraut, viel Erosion, große Monotonie, null Ökologie – von gemästeten Wildschweinen einmal abgesehen. Das ist eine traurige Bilanz von 30 Jahren Agrarpolitik in Bund und Land von der CDU, ihrer Schwesterpartei und den Grünen. Die zwei Jahre mit Karl-Heinz Funke von der SPD als zuständigem Bundesminister waren da nur ein kleiner Betriebsunfall, der ohne Wikipedia ganz vergessen wäre.

(Beifall bei der AfD)

Offensichtlich stimmt also die ganze Richtung dieser Politik nicht, oder die Politik in Land und Bund ist nicht mächtig genug, um etwas zu bewirken.

(Beifall des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Richtig: Landwirtschaftsminister in Bund und Land haben nur wenig zu gestalten, weil alle wesentlichen Pflöcke der großen Veränderungen auf EU-Ebene – verharmlosend „Gemeinsame Agrarpolitik“ genannt – in Brüssel eingeschlagen werden.

Die Monotonie auf unseren Feldern wird durch die Agrarpolitik in Brüssel gemacht. Wenn unsere Steuergelder weiter ohne Maß und Ziel so verteilt werden, wird dies weiter zunehmen. Warum sagt das niemand von Ihnen, die bereits länger regieren, so klar?

(Beifall bei der AfD)

Um den Irrsinn auf die Spitze zu treiben, betreibt die EU-Kommission eine „Revision“ genannte Zerstörung des Bio-

(Thomas Axel Palka)

landbaus mit einer ganzen Branche und ihren Arbeitsplätzen, die daran hängen. Die Vorschriften sollten so überdreht werden, dass die Branche europaweit revolutioniert und Martin Häusling von den Grünen als Vermittler zwischen EU-Parlament und Kommission gescheitert ist.

Wie kann eigentlich ein gelernter Versicherungsmakler und Auktionator in Person Phil Hogans EU-Agrarminister werden? Wenn wir weiter an die EU als Friedensprojekt glauben sollen, müssen Politiker, die den Menschen, den Wählern, den Bauern hier dienen möchten, der in weiten Teilen intransparenten und undemokratischen EU wieder die Macht entreißen

(Beifall bei der AfD)

und Zuständigkeiten zurückholen. Wesentliche Entscheidungen der Agrarpolitik müssen wieder in Berlin oder – noch besser – in Stuttgart fallen.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Bravo!)

Ganz einfach geht das, wenn man den selbst ernannten Eliten in Brüssel das Geld wegnimmt, so wie die englischen Wähler das vor einem Jahr gemacht haben.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Nur die Deutschen dürfen nicht einmal abstimmen. Die sollen weiter „always a little bit extra“ bezahlen, wie es George Soros am 1. Juni beim Brüsseler Wirtschaftsforum sagte.

Wir fordern also nicht nur, wenige Prozent zwischen der ersten und der zweiten Säule hin und her zu schieben und das als grundlegende Änderung der Politik zu verkaufen, wie dies die Grünen tun. Um wirklich Agrarpolitik für unser Land, die Bauern, die Natur machen zu können, fordern wir die weitgehende Subsidiarität und Autonomie in den Ländern und Regionen.

(Beifall bei der AfD)

Warum soll das Steuergeld von uns als Nettozahler über die ungedeckelten Flächensubventionen weiter adelige oder nicht adelige Großgrundbesitzer in Andalusien, Apulien und Frankreich mästen, warum ehemalige LPG-Fürsten und Investoren in den neuen EU-Ländern Rumänien oder Bulgarien noch reicher machen?

Was erhält uns also? Erhält uns die biologische Vielfalt? Sind es die Waschbären im Raum Kassel, die Kormorane an der Jagst, die Ambrosia, das Jakobskraut, die Kanadische Goldrute oder der Riesenbärenklau, die Tigermücke in Freiburg oder die Misteln in den Streuobstbäumen, die sogar Herr Rösler NABU jetzt als zu bekämpfendes Problem ansieht?

(Zuruf des Abg. Manuel Hagel CDU)

Ist es die Douglasie, die trotz ihrer positiven Eigenschaften nur wenige Prozent im einheimischen Wald ausmachen soll? Es ist ein romantischer Irrglaube, eine realitätsferne Ideologie, anzunehmen, biologische Vielfalt an sich sei das, was uns erhält. Seit mindestens 1 000 Jahren leben wir in einer Kulturlandschaft, die durch vielfältige, kleinräumige, standortangepasste Bewirtschaftung im Familienbesitz entstanden ist.

(Beifall bei der AfD – Abg. Winfried Mack CDU: Sie verstehen nichts von einer Kulturlandschaft!)

Nur das Denken in Generationen und gesichertes Eigentum schaffen diese Nachhaltigkeit, die eine von den Grünen idealisierte Natur und eine von oben aufgezwungene Politik nicht schaffen können.

Biologische Vielfalt ist also auch das Ergebnis von gemäßigter, kultivierter Auseinandersetzung des Menschen mit der Natur, die viele Biotope und ökologische Besonderheiten erst geschaffen hat.

Das Negativbeispiel werden wir im Nationalpark bewundern dürfen. Die Eintönigkeit wird zunehmen. Die Lichtungen für das Auerhuhn werden zuwachsen.

(Vereinzelte Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: So ein fachlicher Quatsch! – Weitere Zurufe: Quatsch!)

Dafür werden die 300 zu schaffenden Parkplätze mehr Verkehr bringen, als es Holzmacher, Förster und Jäger je geschafft haben.

(Beifall bei der AfD)

Aber das soll uns die 37 Millionen € Invest und 90 Stellen wert sein – für die Pressetribüne. – Das war natürlich Ironie.

(Zuruf von der SPD: Ach so?)

Was uns erhält, bestimmt nicht ein Staat, der die Schrauben immer mehr anzieht, um erodierte Glaubwürdigkeit durch immer unsinnigere Vorschriften als Nachfolger Drakons zu ersetzen, um die Bürger weiter die Macht spüren lassen zu können.

So beklagen wir, dass die Vielfalt im Handels- und Wirtschaftsleben in den Innenstädten, die uns auch erhält und ernährt, immer mehr abnimmt. Trotzdem zwingt der Schwiegervater unseres Innenministers jetzt die BMW-Betriebe – also die Bäcker, Metzger, Wochenmarkter und Wirte – dazu, jeden Abend ein Zählprotokoll zu erstellen, also alle Roten und Heller einzeln zu zählen und aufzuschreiben.

(Beifall bei der AfD – Minister Peter Hauk: So ein Schwachsinn! – Minister Winfried Hermann: So ein Quatsch! Wie war das Thema noch mal?)

So werden Enteignungen durch Steuerprüfer vorbereitet und verharmlosend „Zuschätzung“ genannt. Man macht die Vorschriften immer verrückter und unerfüllbarer.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Thema verfehlt!)

So hat man den Bürger zwar immer besser im Griff, aber die eigene Glaubwürdigkeit als Politiker verloren.

(Beifall bei der AfD)

Es erhält uns auch nicht, unsere besten Steuermilchkühe zum Schlachter zu fahren. Laut Umweltbundesamt hat die Feinstaubbelastung seit Mitte der Neunzigerjahre auf fast die Hälfte abgenommen. Wem soll es dann nützen, jetzt der weltweit führenden Dieselindustrie in Baden-Württemberg und Deutschland einen Dolchstoß zu versetzen? Hat die Finanzministerin die Steuereinnahmen, deren Ausfall dadurch zu erwarten ist,

(Thomas Axel Palka)

schon verplant? Wird sie dann beim Nationalpark zuerst mit den Stellenstreichungen beginnen?

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Was uns erhält, ist eine Politik mit Augenmaß und wirtschaftlicher Vernunft in vom Bürger zu überschaubaren Größenordnungen, die vom Bürger auch kontrolliert werden kann. Das fordern wir von der AfD. Dafür sind wir ins Parlament gewählt worden.

Danke schön.

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Geschafft!)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Das Wort für die SPD-Fraktion erteile ich Frau Kollegin Rolland.

(Minister Winfried Hermann: Können Sie noch mal das Thema nennen?)

Abg. Gabi Rolland SPD: Bei der Umweltakademie gibt es vielleicht noch ein paar freie Plätze, wo man noch etwas dazulernen könnte, was das Thema Naturschutz angeht.

(Zurufe von der AfD: Das sagt die Richtige!)

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf mich bei der Fraktion GRÜNE bedanken für das heutige Debattenthema, das lautet: „Erhalten, was uns erhält: Baden-Württemberg für biologische Vielfalt“.

Ich habe ja schon von den grünen und schwarzen Kollegen gehört, dass das Thema zur Chefsache gemacht wird, und ich bin mit meiner Fraktion gespannt, ob wir vom Ministerpräsidenten heute erfahren werden, wie er sich positioniert und wie es dann weitergeht.

Das Bundesamt für Naturschutz hat bereits 2015 deutlich gemacht, wie alarmierend der Zustand bei der Artenvielfalt ist. Ein Drittel der Rote-Liste-Arten ist im Bestand gefährdet, weitere Arten sind bereits ausgestorben. Es hat uns mitgegeben, die Anstrengungen für den Artenschutz zu verstärken, um überhaupt noch etwas am Rückgang zu ändern. Und es hat –

(Die Abg. Andreas Kenner SPD sowie Beate Böhlen und Martina Braun GRÜNE unterhalten sich. – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Sie dürfen fortfahren.

Abg. Gabi Rolland SPD: Vielen Dank, Herr Präsident. – Das Bundesamt für Naturschutz hat auch die Ursachen deutlich formuliert. Es sind die intensiven Formen der Landwirtschaft, aber auch der Forstwirtschaft, des Wasserbaus, der Baumaßnahmen, der Sport- und Freizeitaktivitäten.

Gestern hat das Bundesamt den Agrar-Report vorgelegt. Ich zitiere die Quintessenz: „Wir brauchen dringend eine Kehrtwende in der Agrarpolitik.“ Das hat übrigens vor einiger Zeit auch schon die Bundesumweltministerin Barbara Hendricks SPD gesagt. Sie hat es sehr gut auf den Punkt gebracht mit ihren Bauernregeln,

(Abg. Anton Baron AfD: Ist das peinlich! – Weitere Zurufe von der CDU)

für die sie von Ihnen sehr heftig gescholten worden ist.

Die SPD-Fraktion ist schon sehr gespannt darauf, welche Maßnahmen die Regierungsfaktionen, die Landesregierung im Rahmen ihrer Zuständigkeit in Angriff nehmen werden. Wir hätten da ein paar Vorschläge.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Drängen Sie die intensiven großflächigen Monokulturen, z. B. Mais am Oberrhein, zurück. Verbieten Sie das flächenhafte Ausbringen von Glyphosat und Co., dann können nämlich Blühpflanzen, Insekten, Kleinsäuger und Vögel wieder eine Chance haben. Machen Sie Ernst mit der Ausweisung von weiteren Bannwäldern und der Erweiterung des Nationalparks. Nutzen Sie die Gewässerrandstreifen bereits heute für Ökopunkte, Ausgleichsmaßnahmen und auch für das Greening. Unser Antrag hat ja offenbart – Herr Minister Untersteller, wir haben es im letzten Ausschuss diskutiert –, dass da noch ganz schön viel Luft nach oben ist und man irgendwo ein bisschen auf der Bremse steht. Da kann man noch in die Gänge kommen.

(Beifall bei der SPD)

Geben Sie doch bitte mehr Geld für die Landschaftspflege-richtlinie,

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Machen wir!)

damit noch mehr Wiesen spät gemäht werden. Das macht die Wiesen vielfältiger, ökologischer und die Artenzusammensetzung besser.

(Zuruf von der AfD)

Geben Sie doch bitte eine einfachere Unterstützung an die Streuobstbauern; denn es ist für sie im Augenblick richtig schwierig, dafür überhaupt Geld zu bekommen. Sorgen Sie doch bitte auch dafür, dass mehr Acker in Grünland umgewandelt wird, und finanzieren Sie auch die zusätzliche Beweidung, den Mehraufwand bei der Beweidung. Das wäre wirklich gut.

Herr Haser, wir haben schon immer wirklich supergute Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften. Aber stattdessen Sie doch bitte endlich die nachgeordneten Behörden so aus, dass die Vorschriften umgesetzt und auch kontrolliert werden, sodass das dabei herauskommt, was man eigentlich möchte.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Raimund Haser CDU)

Zudem hätten wir gern, dass Sie mit uns stimmen, wenn wir, wie in unserem Antrag zu lesen ist, mehr finanzielle und personelle Unterstützung für die Naturparke fordern. Und führen Sie PLENUM weiter fort. Das sind die guten Projekte, die vor Ort tatsächlich dazu führen, dass die Artenvielfalt erhalten bleibt.

(Zuruf von der AfD: Ja, das stimmt!)

(Gabi Rolland)

Sorgen Sie bitte dafür, dass Ihre zuständigen Minister für Landwirtschaft und Naturschutz am gleichen Strang ziehen, und zwar in die gleiche Richtung; dann hätten wir richtig viel erreicht.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD-Fraktion wird die Maßnahmen, die Sie dann vorschlagen, gern begleiten. Wir werden sehen, was Sie umsetzen. Daran werden Sie gemessen. Ein Insektenhotel an der Villa Reitzenstein wird dazu nicht ausreichen. Auch Erhalten allein wird nicht genügen. Vielmehr müssen Sie entwickeln.

Für den Schluss habe ich überlegt, ob ich ein Zitat von Darwin oder eines von Schweitzer wähle. Aber ich habe mich für ein anderes entschieden. Bob Hope wusste:

Die Natur ist gnädig: Wer viel verspricht, dem schenkt sie zum Ausgleich ein schlechtes Gedächtnis.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Beate Böhlen
GRÜNE)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich dem Kollegen Glück das Wort.

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal zwei positive Erkenntnisse vorweg:

Erstens: Baden-Württemberg ist klasse. Baden-Württemberg ist einfach ein super Bundesland.

(Abg. Raimund Haser CDU: Sehr gut!)

Das muss man an dieser Stelle sagen. Trotz der Tatsache, dass wir einen unheimlich hohen Grad an Kulturlandschaft haben, haben wir in unserem schönen Bundesland auch eine sehr hohe Biodiversität. Das ist einfach ganz toll, hervorragend, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der Abg. Martina
Braun GRÜNE)

Die zweite positive Erkenntnis, die ich heute erfahren durfte, war: Die AfD hat offensichtlich von Nachhaltigkeit keine Ahnung. Das lässt mich für die Zukunft hoffen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der
Grünen – Abg. Emil Sänze AfD: Hauptsache, die
FDP!)

Heute dürfen wir eine Aktuelle Debatte mit einer Art Standardtitel der Grünen für Aktuelle Debatten abarbeiten. Denn schon im Februar 2016 – siehe da! – gab es den gleichen Debattentitel: „Erhalten, was uns erhält“, damals mit dem Zusatz: „für eine gesunde Natur und eine lebenswerte Heimat“.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Kontinuität!)

Aber unabhängig von der Frage, Herr Kollege, ob man vielleicht ein bisschen mehr Kreativität bei der Titelfindung für eine Aktuelle Debatte an den Tag legen könnte, tun sich, glau-

be ich, die Grünen speziell mit diesem Thema, das für die heutige Debatte gewählt wurde, keinen Gefallen. Denn „Erhalten, was uns erhält“ ist kein anderer Begriff als der Begriff Nachhaltigkeit. „Erhalten, was uns erhält“ ist Nachhaltigkeit. Die Grünen vergessen allerdings, dass Nachhaltigkeit eben nicht nur Energieeffizienz, Ressourceneffizienz und Artenschutz ist, sondern auch Bildung, wirtschaftliche Stärke, besonders Infrastruktur und Haushaltsdisziplin mit einschließt.

Herr Ministerpräsident, ich erinnere mich sehr gut an eine Reise mit Ihnen nach China und an ein Treffen mit dem Wissenschaftsminister Wan Gang. Die baden-württembergische Delegation hat sich vorgenommen – Kollege Mack nickt; er war dabei, auch er hat es so empfunden; wir waren dort – und die Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, die Elektromobilität und die Nachhaltigkeit quasi nach China zu bringen. Elektromobilität nach China bringen zu wollen ist so etwas wie Eulen nach Athen tragen zu wollen. Beim Thema Nachhaltigkeit war wirklich faszinierend, als dieser Wissenschaftsminister Wan Gang – vorher übrigens Manager bei Audi; er spricht hervorragend Deutsch; er hat auch alles auf Deutsch gemacht – uns erklärt hat: Für ihn ist Nachhaltigkeit eben nicht nur Ressourceneffizienz und Energieeffizienz, sondern vor allem auch Bildung und das Bemühen darum, dass auch zukünftige Generationen im Land Arbeit finden.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Da können wir noch viel lernen, Herr Ministerpräsident.

(Abg. Anton Baron AfD: Tolle Lehrstunde!)

Diese Nachhaltigkeit setzt eben gerade auch voraus, dass man nicht den Ast absägt, auf dem man selbst sitzt. Verstehen Sie mich nicht falsch: Auch ich bin der Meinung, dass unsere Technologie, unsere Wirtschaft und unsere Fahrzeuge umweltfreundlicher und effektiver werden sollen, aber, meine sehr geehrten Damen und Herren von den Grünen: Bei Ihrem ideologischen Feldzug gegen das Automobil,

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Bitte zum Thema!)

gegen Verbrennungsmotoren und insbesondere den Diesel mit diesen Verboten und diesen fraglichen Kontrollmechanismen,

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Artenschutz! Naturschutz!)

die manche von Ihnen einführen wollen, handelt es sich um absolut das Gegenteil von Nachhaltigkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr.
Markus Rösler GRÜNE: Thema verfehlt! – Zuruf des
Abg. Anton Baron AfD)

– Nein, das ist ja genau der Punkt, dass Sie nicht wissen, was Nachhaltigkeit ist. Sie kapieren es nicht. Hören Sie doch einmal zu!

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Oh, Kollege!)

Aber auch dann, wenn wir jetzt einmal den zu eng definierten Begriff der Nachhaltigkeit zugrunde legen, tun Sie sich mit dieser Debatte keinen Gefallen.

(Andreas Glück)

Denn damit, wie Sie über die vergangenen Jahre Naturschutz betrieben haben, tun Sie uns allen keinen Gefallen. Über Jahre hinweg hat man hier Naturschutz nach dem Motto „Schützen durch Nützen“ betrieben. Aber der Trend in Baden-Württemberg geht hin zum Totalreservat, zur Flächenstilllegung, zur künstlich hergestellten Wildnis.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE meldet sich.)

– Nein, ich lasse keine Fragen zu.

(Abg. Anton Baron AfD: Eine Lehrstunde! – Zuruf des Abg. Rüdiger Klos AfD – Zurufe von den Grünen)

Sie verlassen trotz anderer Lippenbekenntnisse das Prinzip „Schützen durch Nützen“.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Da wäre die Falschaussage aufgefliegen! – Abg. Anton Baron AfD: Lehrstunde! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Fahren Sie fort, Herr Kollege.

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Ihre Politik, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist: Zaun drum herum, niemanden hereinlassen außer den eigenen Leuten zum Kontrollieren.

(Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Außerdem fehlt Ihnen jeglicher Respekt vor dem Eigentum anderer Leute.

(Beifall des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Denken Sie an Gewässerrandstreifen, denken Sie an das Grünlandumbruchverbot oder an das eigentumsfeindliche Vorgehen beim Jagdrecht, meine lieben Freunde von den Grünen. Sie treten das Eigentum anderer Leute doch mit Füßen. Das Traurige ist: Die CDU macht genau da weiter, wo die SPD damals aufgehört hat. Wachen Sie endlich einmal auf! Da sind die Grünen in die falsche Richtung unterwegs und reißen Sie irgendwie mit.

(Zurufe der Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE und Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Statt sinnvolle Naturschutzvorhaben mitzutragen, statt erst einmal die bestehenden Großschutzgebiete wie etwa die sieben Naturparke weiterzuentwickeln – immerhin ein Drittel der Landesfläche, viel ehrenamtliche Arbeit dabei, hohe Effizienz, weil auch viele Ehrenamtliche dabei sind –, wollen Sie die eigenen Prestigeobjekte.

Statten Sie einmal die beiden Biosphärengebiete personell so aus, wie es von der UNESCO eigentlich gefordert wäre. Was machen Sie stattdessen? Sie wollen Ihr Prestigeobjekt, den Nationalpark, haben, koste es, was es wolle – nicht im übertragenen Sinn, sondern wirklich: Koste es, was es wolle.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Die FDP in anderen Bundesländern hält das für gut!)

Gegen den Willen der Bevölkerung vor Ort – –

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Immer noch falsch!)

– Frau Kollegin, Sie behaupten das immer. Die Wahlbeteiligungen lagen mindestens bei 70 %.

(Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

In Baiersbronn betrug die Ablehnung 78 %,

(Zurufe der Abg. Beate Böhlen und Dr. Markus Rösler GRÜNE)

in Bad Herrenalb 64 %, in Wildbad 75 %, in Enzklösterle 75 %,

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

in Seewald 86 %. Das sind doch eindeutige Zeichen. Die können nicht einmal Sie ignorieren –

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Die sind inzwischen alle dafür! – Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Alle sind froh! – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

gegen den Willen der Bevölkerung, im Gegensatz zu den Biosphärengebieten.

Es kommt auch zu einer Kostenexplosion. Das Nationalparkzentrum wird doppelt so teuer wie ursprünglich geplant, noch bevor der erste Spatenstich gemacht wird.

Ich muss Ihnen auch noch etwas zum Thema Alaska-Zeder sagen. Stellen Sie sich einmal vor, was für einen Aufschrei es in der grünen Partei gegeben hätte, wenn irgendjemand anderes als die Grünen selbst Alaska-Zeder aus Nordamerika für ein Nationalparkzentrum im Schwarzwald importieren würde. Seien Sie doch einmal ehrlich: Das ist doch ein völliger Quatsch.

Der Minister musste auch zurückschwimmen, als er das letzte Mal gesagt hat: „Das sind einzelne Schindeln, die ersetzt werden.“

(Minister Franz Untersteller: So ein Quark!)

6 800 m² Fassade dieses einen Gebäudes sind aus Alaska-Zeder. Die Grünen importieren Holz aus Nordamerika für ein Nationalparkzentrum.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Er hat zwei Monate Zeit gehabt, um diesen Sachverhalt zu kapiern, und er hat es nicht kapiert!)

Das ist doch ein absoluter Witz.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD – Glocke des Präsidenten)

Sie begründen das auch noch mit der Dauerhaftigkeit der Gebäude und sagen, man brauche das Alaska-Zedernholz, damit die Gebäude lange halten würden.

(Zurufe der Abg. Karl Zimmermann CDU und Rüdiger Klos AfD)

(Andreas Glück)

Man sollte gerade meinen, es gäbe keine jahrhundertealten Bauernhöfe im Schwarzwald. Denn die wurden damals nicht aus Alaska-Zedernholz gebaut.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD
– Abg. Karl Zimmermann CDU: Der Mann hat
recht!)

Es gibt überhaupt ein paar Triggerpunkte bei den Grünen. Das ist mir schon die ganze Zeit aufgefallen, seit ich diesem Parlament angehören darf.

(Zuruf des Abg. Martin Hahn GRÜNE)

Es gibt ein paar Knöpfe, die man bei den Grünen drücken muss, und dann drehen die völlig am Rad, dann drehen die völlig durch. Ein Triggerpunkt ist z. B. die Windkraft. Das ist immer so. Wenn man Herrn Untersteller zum Platzen bringen will, muss man nur das Thema Windkraft ansprechen.

(Abg. Anton Baron AfD: Genau!)

Das hat sechs oder sieben Jahre lang hervorragend funktioniert.

Aber auch Feinstaub ist ein Triggerthema. Das muss man nur irgendwie ansprechen.

(Zuruf des Abg. Raimund Haser CDU)

Stellen Sie sich einmal vor: Jetzt machen die Grünen in dieser Legislaturperiode bezüglich des Datenschutzes zum ersten Mal etwas richtig und pfeifen den Innenminister zurück, der den Datenschutz fälschlicherweise zum Komplizen des Verbrechers machen wollte. Sie pfeifen ihn zurück.

(Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

In der gleichen Woche kommt ein grüner Minister und möchte jedes Kennzeichen eines Fahrzeugs, das nach Stuttgart fährt, erfassen,

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das möchte er
definitiv nicht!)

nur um die „Feinstaubverbrecher“ dingfest zu machen.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Das zeigt doch zweierlei: Sie haben erstens ein gestörtes Verhältnis zum Datenschutz.

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE – Un-
ruhe – Glocke des Präsidenten)

Zweitens wollen Sie beim Naturschutz nur das machen, was Ihnen in den Kram passt, und nicht das, was richtig ist, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der
AfD)

Ich möchte an dieser Stelle trotzdem positiv enden.

(Zurufe von den Grünen)

Oftmals regeln sich Dinge von allein. Ich bin vor Kurzem von dem Besitzer eines Steinbruchs eingeladen worden, einen Junguhu zu beringen. Das war wirklich eine tolle Sache –

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Hat er Sie
gebissen? – Zuruf von der AfD: Aber für den Uhu
nicht!)

vielleicht klappt es das nächste Mal gemeinsam –; Sie müssen sich vorstellen: auf Augenhöhe, in einem Steinbruch. – Übrigens gibt es in 90 % aller Steinbrüche in Baden-Württemberg Uhus. – Der Uhu war auf Augenhöhe, direkt neben der Waage; direkt neben der Stelle, wo der Schotter in den verschiedenen Körnungen gemischt wird, dort, wo es am lautes-ten ist und wo am meisten Menschen unterwegs sind. Genau dort hat ein Uhu paar zwei Junge auf die Welt gebracht.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Ein Satz zum Abschluss – hören Sie mal zu –: Mensch und Natur vertragen sich oft viel besser, als uns die Grünen glauben machen wollen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD
– Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Nein, als uns die
FDP glauben machen möchte!)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Ministerpräsident Kretschmann.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Baden-Württemberg ist ein schönes Land. Es ist reich an einzigartigen Landschaften und wunderschöner Natur.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: „Noch“!
„Aber“!)

Es sind, wie ich denke, insbesondere die Kulturlandschaften, die über viele Jahrhunderte hinweg entstanden sind, in ihrer ganzen Unterschiedlichkeit, die die Vielfalt dieses Landes ausmachen. Diese Natur- und Kulturlandschaften sind Lebensraum für schätzungsweise 50 000 Tier- und Pflanzenarten – eine wirklich faszinierende Vielfalt.

Aber diese schöne Naturvielfalt der Pflanzen, Tiere und Lebensräume ist sehr stark bedroht. Sie braucht unseren Schutz. Denn zwei von fünf Pflanzen- und Tierarten im Land sind aktuell als gefährdet eingestuft, Herr Kollege Glück.

(Abg. Anton Baron AfD: Sie sind seit sechs Jahren
an der Regierung!)

Besonders besorgniserregend ist, mit welcher Geschwindigkeit das Artensterben voranschreitet. Am deutlichsten wird das bei den Insekten. In unseren Gärten, Wäldern und auf den Wiesen, dort, wo es normalerweise summt und brummt, zieht Stille ein. Die Schmetterlinge flattern weniger. In den letzten 20 Jahren sind die Hälfte aller Tagfalterarten in Europa verschwunden. Die Bienen summen weniger. 39 Wildbienenarten sind inzwischen ausgestorben. Die Biomasse von Fluginsekten ist an einigen Orten um bis zu 80 % zurückgegangen. Vögel zwitschern weniger. Die Vogelpopulation in Deutschland hat sich in den letzten 30 Jahren halbiert. Drei von vier heimischen Vogelarten sind gefährdet.

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Experten sprechen von dem größten globalen Artensterben seit dem Ende der Dinosaurier. Weltweit sterben Tag für Tag über 100 Tier- und Pflanzenarten aus; auch bei uns ist ein Drittel aller Arten bedroht. Erst gestern hat das Bundesamt für Naturschutz Alarm geschlagen und darauf hingewiesen, dass praktisch alle Tier- und Pflanzengruppen in Agrarlandschaften von einem eklatanten Schwund betroffen sind. Dieser Rückgang hat dramatische Folgen; denn er führt zu einem Dominoeffekt. Die biologische Vielfalt ist wie ein engmaschig gespanntes Netz. Mit jeder Pflanze, die daraus verschwindet, mit jedem Tier, das daraus verschwindet, wird die Stabilität und Tragfähigkeit dieses Netzes natürlich geschwächt.

So wirkt sich das Insektensterben direkt auf die Zahl der Vögel hierzulande aus – ohne Insekten kein Braunkehlchen, kein Wiesenpieper und keine Schwalbe. Ihnen geht die Nahrung aus, ebenso wie dies auch für andere Insektenfresser wie etwa Fledermäuse und Eidechsen gilt.

Hinzu kommt, dass Insekten mit der Bestäubung eine für die Menschheit überlebenswichtige Funktion übernehmen. Sie bestäuben rund 80 % unserer Wild- und Nutzpflanzen. Aber die Zahl der Fluginsekten geht massiv zurück. Wir sägen damit an dem Ast, auf dem wir sitzen. Denn wir können die Welternährung – es ist ja angesprochen worden, wie wichtig das ist – nicht ohne vielfältige und artenreiche Lebensräume und Artengemeinschaften sicherstellen.

Ich denke, daran wird sehr deutlich: Im Gegensatz zu dem, was hier einige Kollegen polemisch gesagt haben, ist das eben keine grüne Spielwiese. Das ist ein ganz fundamentales Menschheitsthema.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie des Abg. Gernot Gruber SPD)

Deswegen nimmt die Landesregierung das sehr ernst und ich persönlich auch; ich bin von Haus aus Biologe, und eigentlich war das der Grund, warum ich die Grünen mitbegründet habe. Es ist eine Mammutaufgabe, die wir entschlossen anpacken und bei der wir einen politischen Schwerpunkt setzen.

Wir haben das Ziel: Wir wollen erhalten, was uns erhält. Unsere Enkel und Urenkel sollen die gleiche Schönheit, die gleiche Vielfalt, den gleichen Reichtum an Natur vorfinden, wie wir ihn vorgefunden haben. Dafür müssen wir Verantwortung übernehmen. Das tut diese Landesregierung.

Jede einzelne Art hat einen Wert an sich. Was gibt uns das Recht, zu entscheiden, was aussterben darf und was nicht? Was gibt uns das Recht, Pflanzen- und Tierarten sozusagen in die Geschichtsbücher der Kinder zu verbannen? Dieses Recht gibt es nicht, sondern wir haben die Verantwortung, die Natur zu bewahren und zu schützen. So steht es auch in unserer Landesverfassung.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Ich möchte das an einem Beispiel veranschaulichen, das sich in den letzten Jahren direkt vor unserer Haustür abgespielt hat. Das war die Rettung des Wanderfalken.

(Der Redner hält ein Foto hoch.)

Früher war er bei uns weit verbreitet. In den Sechzigerjahren stand er plötzlich vor dem Aussterben. Baden-Württemberg gehörte zu den Ländern, wo er überhaupt noch mit ganz wenigen Exemplaren überlebt hat. Es war also wirklich fünf vor zwölf für den Wanderfalken. Heute können wir diesen eleganten Flugkünstler wieder beobachten. Wir haben heute wieder 260 Revierpaare.

Die Entwicklung des Wanderfalken zeigt: Wir müssen das Aussterben von Tierarten nicht einfach hinnehmen. Wir können auch etwas dagegen tun. Es geht darum, dass wir diese Aufgabe ganz entschlossen anpacken und angehen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Warum? Weil es einfach eine Lebensversicherung für uns und zukünftige Generationen ist. Wir haben dieser Vielfalt letztlich zu verdanken, dass unsere Böden fruchtbar bleiben und unsere Ernährung gesichert ist. Wenn wir diese Lebensgrundlagen – da gehört das Wort einfach gesagt – zerstören, sind wir irgendwann selbst bedroht. Der alte Satz stimmt eben: Die Natur kann natürlich ohne uns auskommen, aber wir nicht ohne die Natur.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Wenn man einmal einen Blick nach draußen wirft und sieht, wie in China Wanderarbeiter mit Wattestäbchen Obstplantagen bestäuben oder Forschungsprojekte aufgelegt werden, die Bestäubungsdrohnen entwickeln, dann muss ich sagen: Das kann ja wohl nicht unsere Zukunft sein.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Carola Wolle AfD)

Dieses Beispiel zeigt auch, dass die Natur eine enorme ökonomische Leistung für uns kostenlos erbringt. Forscher beziffern den Wert der Bestäubungsleistung bei Kulturpflanzen allein in Europa auf über 20 Milliarden € pro Jahr.

Aber denken wir z. B. auch an den Tourismus. Wir verdanken dem Tourismus 330 000 Arbeitsplätze in unserem Land, eine Wertschöpfung von über 10 Milliarden € im Jahr. So einen Tourismus gibt es nicht ohne schöne, vielfältige Landschaften. Das ist ja jedem bewusst. Man sieht auch: Eine intakte, vielfältige, reiche Natur ist durchaus auch ein Wirtschaftsfaktor.

(Beifall bei den Grünen sowie der Abg. Nicole Raza-vi und Raimund Haser CDU)

Aber letztlich ist sie noch mehr, für mich auf jeden Fall. Naturschutz ist einfach auch Pflege und ein Stück Heimat. Ich denke, damit hat er auch eine wichtige gesellschaftliche Bedeutung. Für viele von uns ist Heimat ja nicht nur ein Gefühl, sondern auch ein ganz konkreter Ort, ein Ort, an dem wir aufgewachsen sind, ein Ort, an dem wir leben.

Ich z. B. fühle mich immer beheimatet, wenn ich den hellen Jura der Schwäbischen Alb sehe. Dann umgibt mich ein Gefühl von Heimat, weil ich da aufgewachsen bin. So geht es vielen Menschen, dass sie einfach auch mit konkreten Orten Heimat verbinden und dass dieses Gefühl dazugehört. Das heißt, Naturschutz ist auch Heimatschutz im besten Sinn des

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Wortes, und er trägt auch mit zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft bei.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Ich glaube, gerade in einer globalisierten, komplexen Welt wird es auch wichtig, dass wir sozusagen Bodenhaftung haben, und nur, wer das hat – unsere mittelständische Industrie ist dafür ein gutes Beispiel, verwurzelt an ihren eigenen Standorten –, kann dann auch weitläufig in die Welt ausströmen. Das ist, glaube ich, etwas, was wir hier gut pflegen können. Dazu gehört auch die Verwurzelung in unseren wunderbaren Kulturlandschaften.

Deswegen, meine Damen und Herren, will die Landesregierung den Naturschutz kraftvoll und beharrlich voranbringen. Ich möchte kurz ein paar Maßnahmen nennen. Wir investieren so viele Mittel wie noch nie in den Naturschutz. In der letzten Legislaturperiode haben wir die Mittel verdoppelt, und wir werden sie Schritt für Schritt noch weiter erhöhen. Wir haben die modernste Naturschutzstrategie Deutschlands. Sie reicht vom Moorschutzprogramm bis zu der Pflege von Streuobstwiesen. Wir setzen dieses ehrgeizige Arbeitsprogramm um.

Unser Nationalpark im Nordschwarzwald entwickelt sich zu einem echten Erfolgsprojekt. Kürzlich durfte ich mit den Grundstein legen für 10 000 ha, in denen sich die Natur frei entwickeln kann. Das ist, glaube ich, wirklich faszinierend und alles andere als ein Prestigeobjekt. Das ist einfach ein kleines Stück Wald, das man sich selbst überlässt. Auch das wird gute Effekte haben, und man sieht, die Akzeptanz der Bevölkerung – der Widerstand war ja damals sehr groß – ist sehr, sehr stark gestiegen. Ich garantiere Ihnen, Herr Kollege Glück, sie wird weiter steigen, und die Menschen werden sehr bald froh und glücklich sein, dass sie dieses Projekt haben. Davon bin ich persönlich überzeugt, und die Umfragen zeigen es auch.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Aber jetzt ist auch mit dem Biosphärengebiet Schwarzwald noch ein zweites Großschutzgebiet dieser Art anerkannt worden, nachdem mein Vorgänger Oettinger schon das Biosphärengebiet Schwäbische Alb ins Leben gerufen hat. Auch dafür möchte ich dem Kollegen Untersteller sehr herzlich danken, ebenso den anderen Kollegen, die dafür gesorgt haben. Auch das ist ein ganz wichtiger Punkt, diese wunderbaren Kulturlandschaften besonders vorbildlich zu pflegen und zu erhalten.

Wir haben jetzt schon in 33 Landkreisen Landschaftserhaltungsverbände etabliert. Das ist eine ganz entscheidende und wichtige Weichenstellung für die bestmögliche Pflege der Kulturlandschaften. Wir schaffen einen landesweiten Biotopverbund auf mindestens 10 % der Landesfläche. Auch in der Landwirtschaft werden wir weitere Maßstäbe setzen mit unseren Agrarumweltprogrammen, die wir gerade besprechen und modernisieren, mit der Stärkung des Ökolandbaus – inzwischen sind rund 10 % der Flächen ökologisch bewirtschaftet – sowie mit einer gentechnikfreien Landwirtschaft.

Darüber hinaus wird die Landesregierung weitere Maßnahmen auf den Weg bringen, um die biologische Vielfalt zu schützen. Ich habe deswegen die beiden Minister Unterstel-

ler und Hauk gebeten, dass sie gemeinsam konkrete Vorschläge erarbeiten, die wir dann im Herbst vorlegen können.

(Zuruf der Abg. Gabi Rolland SPD)

Denn es ist, glaube ich, ganz besonders wichtig, in den Blick zu nehmen, dass natürlich die bäuerliche Landwirtschaft, die wir in unserem Land Gott sei Dank haben, mit die Grundlage für die Offenhaltung und Pflege der Landschaften ist. Dass wir sie auch zukunftsfähig machen und erhalten, das ist, glaube ich, für den Naturschutz das ganz Entscheidende.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Meine Damen und Herren, das Artensterben ist leider ein stiller, schleichender Prozess, den man nicht immer ohne Weiteres bemerkt. Er macht in der Regel auch keine großen Schlagzeilen. Aber nur, weil ein Thema nicht in den Schlagzeilen steht, ist es nicht weniger relevant, nicht weniger drängend und nicht weniger existenziell. Im Gegenteil: Gelingt es uns nicht, wirkungsvoll gegenzusteuern, dann werden unser Planet und unsere Zivilisation in einigen Jahrzehnten nicht mehr so sein, wie wir sie kennen.

Natürlich ist unser Handeln eingebettet in eine Politik der Nachhaltigkeit insgesamt. Es ist klar: Alle Maßnahmen, die wir gegen den Klimawandel ergreifen, dienen selbstverständlich auch der Artenvielfalt. Wenn die Klimaerwärmung über 2 Grad Celsius hinausgeht, dann wird dies die Zivilisation auf unserem Erdball dramatisch verändern, und es wird auch die ganzen Landschaften dramatisch verändern. Insofern hängt es natürlich zusammen, Herr Kollege Glück, dass man sich darum genauso kümmern muss. Das ist ganz entscheidend wichtig.

Darum gestalten wir den Prozess der Automobiltransformation, der hin zur Elektromobilität, hin zu Nullemission stattfindet.

(Lachen des Abg. Emil Sänze AfD – Abg. Anton Baron AfD: Haben Sie die CO₂-Bilanz schon mal betrachtet?)

Das ist das erklärte Ziel von uns, der Landesregierung, aber auch von der Automobilindustrie. Selbstverständlich ist das auch wichtig im Zusammenhang mit dem Thema, das wir heute bearbeiten. Ich habe Ihre Polemik gar nicht wirklich verstanden; die fand ich etwas fehl am Platz.

(Beifall bei den Grünen – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Bullinger?

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Bitte.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Bitte schön, Kollege Dr. Bullinger.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Jetzt kommt eine Frage zu Streuobstwiesen in Schwäbisch Hall!)

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herr Ministerpräsident, Sie haben die Gesamtsituation sehr umfangreich beschrieben. Ich darf nur sagen: Ich war gestern noch zehn Stunden im Münsterland, habe mir dort in einer Exkursion auch

(Dr. Friedrich Bullinger)

die Natur angeschaut. Heute Morgen um halb fünf am Fischweiher bei mir zu Hause habe ich mit der Natur den Tag begonnen.

Sind Sie nicht auch der Auffassung, dass wir es in erster Linie – das hat mir etwas gefehlt – den Bauern und Bäuerinnen, den Waldbauern in unserem Land zu verdanken haben, die über Jahrhunderte die Kulturlandschaft nachhaltig bewirtschaftet haben, weil sie davon leben und leben wollen und dies weitergeben wollen?

Weiter möchte ich von Ihnen, Herr Ministerpräsident, gern wissen, ob Sie die Auffassung teilen, dass wir auch in der Flurneuordnung große Fortschritte gemacht haben. Das Ausbeuten der Landschaft hat aufgehört. Heute haben wir nach Abschluss der Flurneuordnung wesentlich mehr Natur als vorher.

Vor allem möchte ich von Ihnen wissen, ob es nicht gelegentlich erforderlich ist, in einer so dicht besiedelten Landschaft wie der unsrigen dort, wo der natürliche Feind fehlt, auch entsprechend einzugreifen, zu korrigieren. Wir haben den tollen Biber fast nicht mehr gesehen. Jetzt haben wir über 3 000 Biber; er ist teilweise eine Landplage. Wir haben eine Wildschweinplage und eine Kormoranplage. Sind Sie nicht der Auffassung, dass man da tatsächlich das eine oder andere in der Landespolitik ändern muss, um Korrektur und Harmonie in das Ganze zu bringen?

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Udo Stein
AfD – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Erst einmal, Herr Kollege Bullinger, habe ich meine Rede damit begonnen, dass der Reichtum der Kulturlandschaften ein Produkt von Jahrhunderten der Bewirtschaftung ist. Das ist überhaupt gar keine Frage.

Die entscheidende Frage ist: Wie sieht die Bewirtschaftung heute aus? Ist sie naturfreundlich genug? Offenkundig nicht; denn sonst wären wir nicht in der Situation, in der wir sind.

(Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Also dürfen wir doch durch das Ziel, das Sie genannt haben, Herr Kollege Haser, nämlich eine Landwirtschaft zu erhalten, die produktiv ist und die Nahrungsmittel erzeugt, die wir alle auf der Welt brauchen, das andere Ziel, artenreiche Kulturlandschaften zu erhalten, nicht gefährden. Das ist die große Herausforderung, vor der wir stehen.

Dass die Vielfalt, der Artenreichtum in unseren Landschaften dadurch entstanden ist, dass durch die bäuerliche Bewirtschaftung die Landschaften überhaupt offengehalten wurden und offen wurden, vielfältig strukturiert wurden, ist mir bekannt. Ich habe gerade im Pflingsturlaub ein Buch von Professor Poschod über die Geschichte der Kulturlandschaft gelesen; dieses Buch kann ich Ihnen empfehlen. Da brauchen Sie mich also nicht katholisch zu machen; das bin ich schon.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen und der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen – Abg. Reinhold Gall SPD: Und wie!)

Jetzt müssen wir nicht einzelne Probleme, die bei einzelnen Tierarten wie dem Biber auftreten, wieder hochziehen, als sei das jetzt das größte Problem, das wir haben. Das ist es mitnichten.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Claus Paal
CDU)

Wir haben es im Koalitionsvertrag geregelt: Wenn der Biber überhandnimmt und es zu Schäden kommt, müssen wir durch ein kluges Management die Schäden in Schach halten und das Problem lösen. Das werden wir wohl hinbekommen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Kollege Burger hat ja Vorschläge gemacht! – Gegenruf von den Grünen: Kreative!)

Ich weiß gar nicht, wo da das Problem liegen soll.

Aber wenn man sozusagen immer das Konflikttier des Jahres promoviert, wie Sie das jetzt wieder machen, dann bringt man auch den Naturschutz, der bei der Bevölkerung eigentlich sehr positiv besetzt ist, wieder in Misskredit. Dafür gibt es überhaupt gar keinen Grund.

(Beifall bei den Grünen sowie der Abg. Dr. Wolfgang
Reinhart und Raimund Haser CDU)

Das ist auch überhaupt nicht das Problem. Wir können uns freuen, dass der Biber wieder bei uns im Land ist. Darüber freuen wir uns.

Natürlich sind solche Tiere in Kulturlandschaften, wenn sie eine bestimmte Anzahl übersteigen oder sich an bestimmten Orten befinden, immer auch ein Problem.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Der liebe Gott hat uns den Verstand gegeben, um solche Probleme zu lösen, statt sie immer zu beschwören.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
sowie der Abg. Gabi Rolland SPD – Zuruf des Abg.
Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Machen Sie sich da also mal keine Sorgen. Im Einzelnen mag es durchaus schwierig sein, das Problem insgesamt werden wir aber lösen.

Also: Ich denke, wir stehen vor einer gigantischen Herausforderung, die wir angehen müssen. Das tut die Landesregierung mit Entschlossenheit und Leidenschaft. Wir tun alles, um unsere vielfältige Tier- und Pflanzenwelt zu bewahren und die Natur zu schützen. Aber ich möchte auch das aufgreifen, was Sie, Herr Abg. Haser, gesagt haben: Natürlich kann auch jeder etwas dazu beitragen.

Zu Goethes Zeiten musste man noch 75 % des durchschnittlichen Einkommens für die Ernährung ausgeben, nach dem Krieg waren es noch 50 %, und selbst 1970 waren es noch knapp 40 %. Heute sind es um die 10 %. Ich denke, da sind schon alle aufgerufen und aufgefordert, zu überlegen, dass natürlich eine Landwirtschaft, die dem Erhalt und der Pflege der Kulturlandschaften dient, nur preiswerte und nicht einfach nur billige Lebensmittel erzeugen kann. Dieser Unterschied zwi-

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

schen preiswert und billig sollte sich etwas mehr herumsprechen.

(Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Gute Lebensmittel, bei deren Erzeugung unsere Landschaften und der Artenreichtum erhalten werden, auf das Tierwohl Rücksicht genommen wird und auf eine artgerechte Tierhaltung geachtet wird, sind halt ihren Preis auch wert.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU sowie der Abg. Andreas Kenner SPD und Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Darüber entscheidet der Verbraucher!)

Darum sind schon auch alle aufgerufen, nicht ausgerechnet immer da gerade sozusagen auf den letzten Cent zu gucken, wenn bei anderen Ausgaben – wie Sie gesagt haben – noch nicht einmal auf den 100-€-Schein geguckt wird.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD)

Auch da ist jeder aufgefordert und kann seinen Beitrag leisten. Wir dürfen wertschätzen, dass sich ein immer größerer Teil der Bevölkerung dafür interessiert, wie die Lebensmittel hergestellt werden, und auch bewusste Kaufentscheidungen trifft. Wir brauchen klare Kennzeichnungsregeln, damit auch jeder weiß, was er kauft und was er auf den Teller bekommt. Aber es ist eine richtige Ansage. Auch dafür kann jeder etwas tun. Wenn man ein gutes Schafffleisch auf einer Wanderung isst, dann tut man auch etwas für die Landschaft, in der man gerade gewandert ist.

(Beifall bei den Grünen)

Meine Damen und Herren, ich darf mich für die Debatte recht herzlich bedanken. Ich habe Ihnen ja gesagt, wir werden im Herbst weitere Vorschläge machen. Ihre Vorschläge sind uns willkommen; wir werden sie prüfen

(Abg. Gabi Rolland SPD: Nach der Bundestagswahl!)

und, wenn wir sie für gut befinden, auch in unser Konzept einbauen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das glauben Sie doch selbst nicht!)

Vielen herzlichen Dank und alles Gute auf dem Weg, unsere artenreichen Kulturlandschaften zu pflegen und zu erhalten.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Nach § 82 Absatz 4 der Geschäftsordnung treten wir in die Fraktionsvorsitzendenrunde ein. Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Klos.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Hat sich Meuthen verdrückt? – Glocke des Präsidenten)

Zur Geschäftsordnung, Herr Kollege Sckerl.

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Zur Geschäftsordnung, Herr Präsident. § 82 Absatz 4 letzter Satz besagt, ein stellvertretender Fraktionsvorsitzender kann dann das Wort ergreifen, wenn der Fraktionsvorsitzende verhindert ist. Wir haben Herrn Dr. Meuthen heute Morgen in der Sitzung gesehen, er war anwesend, und wir bitten zu klären, ob er die Sitzung verlassen hat oder nicht in der Lage ist – –

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Kollege Sckerl, Sie können sicher sein, dass ich, bevor ich einem Stellvertreter das Wort erteile, diese Tatbestände geprüft habe.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das würde uns schon interessieren!)

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Hat Herr Dr. Meuthen die Sitzung oder den Landtag verlassen?

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Fraktionsvorsitzender Dr. Meuthen ist wegen eines besonderen gesundheitlichen Zustands seiner Mutter nicht mehr hier anwesend.

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Okay.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: Ja, Herr Sckerl, hat nicht geklappt! – Gegenruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Die Frage ist trotzdem berechtigt! – Gegenruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: Man kann es ja mal probieren! – Gegenruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Die Öffentlichkeit hat ja ein Recht darauf, das zu erfahren!)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Bitte schön, Herr Kollege Klos.

Abg. Rüdiger Klos AfD: Vielen Dank. – Herr Präsident, wer te Kollegen und Kolleginnen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, Sie haben eben das Argument Geld eingeworfen, als es um Lebensmittel ging. Kommen Sie in den Mannheimer Norden, und ich zeige Ihnen genügend Menschen, die dort leben, die mit jedem Pfennig, jedem Cent rechnen müssen, weil sie nicht einmal ansatzweise das Salär zur Verfügung haben, das wir Abgeordneten oder Sie als Ministerpräsident dieses Landes haben. Ich muss sagen, das war schon ziemlich erbärmlich, was da gekommen ist.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Selbst Hartz-IV-Empfänger können Biolebensmittel zahlen!)

Selbstverständlich gibt es Menschen, die sich gute Lebensmittel leisten möchten, aber es nicht können. Das ist der erste Punkt.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Das ist Quatsch!)

Der zweite Punkt: Sie haben hier auf die Artenvielfalt hingewiesen und sind auf das Artensterben eingegangen. Sie haben richtigerweise auch erwähnt, Herr Ministerpräsident, dass die Menschen nur auf diesem Planeten sind, weil es einmal einen Kometeneinschlag gegeben hat, der dann zu einem Massenartensterben geführt hat. Das heißt, von den damaligen Arten sind 95 % bis 98 % untergegangen. Woher nehmen Sie die Weisheit, zu wissen, wie die Evolution, die geschichtliche Entwicklung sein wird? Das können Sie gar nicht wissen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

(Rüdiger Klos)

Das ist typisch für die Grünen: dieses Oberlehrerhafte, dieses Visionäre, losgelöst von Daten, Basis und Fakten. Anstatt sich anzusehen, was in der Geschichte, was in der Evolution passiert ist, stellen Sie sich hin und ignorieren das völlig.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Sie sind für das Artensterben! – Weitere Zurufe)

Ein weiterer Punkt: Selbstverständlich müssen wir darauf achten, dass die Artenvielfalt erhalten bleibt. Aber wir stellen uns nicht arrogant wie Sie hin und glauben nicht, wir könnten sämtliche Konsequenzen bereits abschätzen. Das überlassen wir gern den Grünen und der Weisheit der Grünen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Oje!)

Meine Damen und Herren, wenn Sie jetzt hier auf den Einsatz von Pestiziden oder dergleichen abheben, würde ich Ihnen auch da raten, sich einmal den neuesten Erkenntnissen aus der wissenschaftlichen Forschung zu öffnen. Wir hatten am Montag eine Sitzung des Oberrheinrats in Lörrach bei Basel. Was wurde uns da erklärt? Die grenzüberschreitende Schädlingsbekämpfung muss auf die Agenda. Unisono waren wir dieser Meinung.

(Zuruf der Abg. Andrea Schwarz GRÜNE)

haben dann aber mitgeteilt bekommen, dass die Pestizideinsätze erstens zu Resistenzbildung geführt haben und zweitens überhaupt nichts genutzt haben. Die neuesten Entwicklungen gehen z. B. in Richtung des Einsatzes von Bazillen oder der Genmanipulation. Aber da sind Sie bei den Grünen in erster Linie die Bremsen des wissenschaftlichen Fortschritts.

(Zuruf der Abg. Gabi Rolland SPD)

Sie sind doch diejenigen, die das auf keinen Fall wollen. Was stellen Sie sich also hier hin, sprechen sich für Arterhaltung aus, während Sie auf der anderen Seite gegen die Erforschung und die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse auf diesem Gebiet sind? So geht es nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Die AfD wird dafür sorgen, dass die wissenschaftlichen Erkenntnisse Gehör finden und umgesetzt werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Schauen wir uns des Weiteren die großen Probleme an, die wir in den Weltmeeren durch Plastikmüll haben. Diese haben Sie, Herr Ministerpräsident, überhaupt nicht angesprochen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wir haben keine Meere! – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Typisches Problem von Baden-Württemberg! – Weitere Zurufe)

Wir haben Kontinente von Plastikmüll, die sich mittlerweile auf den Ozeanen als globales Problem ausgebildet haben. Was machen Sie? Ein Pfand auf Plastiktüten erheben. Ja, damit werden wir sicherlich Tausende Quadratmeter Plastikmüll in den Weltmeeren bekämpfen können. Das ist nichts weiter als rein plakative Schönwetterpolitik,

(Abg. Sabine Wölflé SPD: So ein Schwachsinn!)

die an den Ursachen dieser Ökokatastrophe überhaupt nichts ändern wird.

(Abg. Sabine Wölflé SPD: So ein Unsinn!)

Was wir hier brauchen, sind internationale Ergebnisse, internationale Verträge. Da tut sich auf diesem Sektor überhaupt nichts.

Der zweite Punkt, auf den ich hier hinweisen darf, ist: Wenn wir die Umweltstandards in unseren Ländern, in den Industrieländern immer weiter nach oben schrauben, werden wir zwangsweise Umweltverschmutzung exportieren. Denn wenn die Produktion bei uns mit hohen Auflagen und Kosten verbunden ist, wird sie natürlich ausgelagert werden. Sie wird in Gebiete und Bereiche ausgelagert werden, in denen diese stringenten Erfordernisse nicht gegeben sind.

Dann haben Sie die Probleme, wie Sie sie z. B. in Indien sehen. Da werden Öltanker oder ausgediente Kriegsschiffe einfach mit Karacho und Vollgas an die Küste gefahren, dann von Leuten mit Leinen an Land geschleppt und dort zerlegt. Wenn Sie sich die Satellitenbilder ansehen, dann sehen Sie Bremsflüssigkeiten, Sondermüll, Öle, Tausende von Quadratkilometern völlig verseuchtes Gebiet.

Das heißt, wenn wir die Standards zu sehr anheben, dann passiert genau das, was wir nicht wollen,

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Was hat das mit dem Plastikmüll zu tun?)

nämlich dass wir global gesehen weitere Umweltverschmutzung haben werden. Wir, die AfD, wollen das auf keinen Fall.

(Beifall bei der AfD)

Dann haben Sie hier dem Diesel den Kampf angesagt. Ich muss Sie fragen: Sind Sie des Wahnsinns?

(Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD – Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: Ja, ja!)

Hier in Baden-Württemberg ist der Verbrennungsmotor der Motor unserer Wirtschaft. Wenn Sie sagen, Sie wollen die Verbrennungsmotoren abschaffen – das haben Sie auf Ihrem Parteitag beschlossen –, dann legen Sie hier nicht die Axt, sondern dann legen Sie die Dynamitstange an die Wirtschaft in Baden-Württemberg, und das ist der blanke Wahnsinn, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Wenn Sie immer von Feinstaubalarm und Ähnlichem reden und dann auf den Schienenverkehr verweisen, dann darf ich Sie einmal kurz darüber informieren, dass die Stromabnehmer permanent an der Oberleitung entlangkratzen. Da der Stromabnehmer aus einem weichen Metall ist – zwangsweise, sonst würde er die Stromversorgung kappen –, werden zig Tonnen Feinstaub über ganz Baden-Württemberg, über ganz Deutschland verteilt. Bevor Sie also immer von angeblichem Umweltschutz reden, machen Sie bitte einmal eine Ökobilanz. Dann wird man erkennen, ob Ihre theoretischen Ansichten Substanz haben. Mit der Theorie, mit Modellen, mit Klimamodellen beschäftigen Sie sich ja gern. Sie sind nicht auf dem

(Rüdiger Klos)

Boden der Realität, sondern Sie sind in der Modellkonstruktion. Deshalb ist es eine Gefahr, dass Sie hier die Politik in diesem Land bestimmen.

(Beifall bei der AfD)

Herr Ministerpräsident, ich habe mich gewundert, dass Sie vorhin gesagt haben, Sie wollen den Klimawandel bekämpfen. Mittlerweile hat sich hier dank der AfD herumgesprochen, dass sich das Klima immer ändert. Mittlerweile kommen etwas qualifiziertere Beiträge. Es wird nämlich von den Kollegen, und zwar von allen Fraktionen, davon gesprochen, dass es nur darum gehen kann, festzustellen, ob der Mensch einen Einfluss hat und die Möglichkeit hat, die Wirkungszusammenhänge zu analysieren,

(Zuruf des Abg. Martin Hahn GRÜNE)

zu erkennen und dann zu bekämpfen.

(Abg. Raimund Haser CDU: Das ist jetzt wirklich unbestritten!)

Jetzt haben Sie CO₂ geradezu zu einem Giftgas erklärt.

CO₂-Zertifikate, CO₂-Bekämpfung – CO₂ ist der Feind, den Sie anbeten.

(Zuruf: „Anbeten“?)

Dann muss ich Ihnen eines sagen: Jeder Mensch auf diesem Planeten atmet CO₂ aus, und die Bevölkerungszahl wächst. Wollen Sie jetzt den Menschen das Atmen verbieten? Den Grünen traue ich das glatt zu.

(Beifall bei der AfD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sie müssen sich glatt bei Trump als Berater bewerben! Da gehören Sie hin!)

Meine Damen und Herren, Sie propagieren permanent die Windkraft und die Solarenergie. Auch hierzu habe ich noch keine einzige verlässliche Ökobilanz gesehen,

(Abg. Georg Nelius SPD: Sie vielleicht!)

die nachweist, dass dies auch etwas Vernünftiges ist.

(Zurufe der Abg. Martin Hahn GRÜNE und Paul Neth CDU)

Sie kommen beim Thema Elektromobilität beispielsweise mit Tesla. Tesla ist das Fahrzeug der Elektromobilität, das Sie immer wieder als Beispiel propagieren. Dass die Produktion einer Tesla-Batterie aber mehr von diesem bösen Giftgas CO₂ produziert als eine Luxuslimousine in 8,7 Jahren ihrer Fahrbereitschaft, damit setzen Sie sich überhaupt nicht auseinander. Ein Tesla-Fahrzeug ist auch deshalb so teuer, weil bereits die ganzen Kosten für die Batterien enthalten sind, die nämlich nach 30 000 Kilometern hinüber sind,

(Lachen des Abg. Thomas Poreski GRÜNE)

wohingegen der Dieselmotor mittlerweile 400 000 bis 500 000 km durchhält. Das ist nämlich der große Unterschied: Die AfD steht für Ökobilanz und Sie für Theorie.

(Beifall bei der AfD)

Noch eine grundsätzliche Erwägung, weil Sie immer mit Nachhaltigkeit kommen und auch immer die Schienenfahrzeuge anführen. In Mannheim wurde für round about 100 Millionen € die neue Stadtbahnstrecke Mannheim Nord für den öffentlichen Personennahverkehr gebaut. Man hat dort eine Straßenbahn, man hat eine Fahrbahn. Aber wer kann auf dieser Fahrbahn fahren? Kein Polizeiauto, kein Notarztwagen, keine Rettungswagen, kein Feuerwehrgewagen, kein Lastwagen, kein Fahrrad, nichts außer einem Schienenfahrzeug. Sie haben eine fixierte Fahrbahn, die nur für ein einziges Verkehrsmittel nutzbar ist.

(Abg. Georg Nelius SPD: Das ist nichts Neues!)

– Ja, für Sie vielleicht schon, sonst würden Sie nämlich nicht 100 Millionen € rausballern für 7 km Fahrbahn. Da muss man sich auch einmal überlegen, ob das noch sinnvoll ist.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das macht doch die Stadt Mannheim! Das ist doch ein kommunales Projekt! – Abg. Raimund Haser CDU: Dann bauen wir die Schienen einfach ab! – Gegenruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Lasst ihn doch am Thema vorbeireden!)

Das ist doch unglaublich.

(Abg. Raimund Haser CDU: Gender fehlt noch!)

Sie haben als grundsätzliche Erwägung in all Ihren Papieren und Parteiprogrammen eine Bevorzugung der Schiene. Diese Schiene ist bei Weitem nicht, schon gar nicht im innerstädtischen Bereich, so ökologisch und ökonomisch günstig, wie Sie es den Menschen immer einreden wollen.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das können Sie beweisen?)

Die AfD wird die Menschen darüber aufklären.

(Abg. Raimund Haser CDU: Und ins 20. Jahrhundert zurückschmeißen!)

Dann werden Sie sich der Bevölkerung stellen müssen, und die Bevölkerung wird Sie fragen, wie Sie die beschränkten Finanzmittel teilweise so sinnlos verbraten können.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Und was hat das jetzt mit dem Naturschutz zu tun?)

Wir, die AfD, stehen für den vernünftigen Umgang mit Finanzen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Zum Schluss: Da wir so schön von Nachhaltigkeit und Ähnlichem geredet haben, schauen wir uns doch einmal Ihre Genderproblematik an. Was ist denn daran nachhaltig, Millionen-gelder in die Erforschung

(Zuruf des Abg. Thomas Marwein GRÜNE)

einer völlig abartigen, geradezu kranken Ideologie zu stecken,

(Abg. Raimund Haser CDU: Da haben wir es doch!)

(Rüdiger Klos)

die teilweise menschenverachtend ist? 69 Geschlechter, 81 Geschlechter; die neueste Theorie besagt, es gibt gar keine Geschlechter mehr oder unendlich viele.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Und was hat das jetzt mit Naturschutz zu tun, Kollege? – Abg. Raimund Haser CDU: Ich habe doch gesagt, dass das noch gefehlt hat!)

– Das hat damit zu tun, dass wir beschränkte Mittel zur Verfügung haben. Wir haben beschränkte Finanzmittel zur Verfügung, meine Damen und Herren, und Sie setzen diese Finanzmittel nicht vernünftig ein.

(Abg. Raimund Haser CDU: Die Flüchtlinge fehlen noch!)

Wir von der AfD werden auf gar keinen Fall dulden, dass Sie weiterhin die Menschen in dieser Art und Weise täuschen.

Auf das Thema, zu dem hier gerade auch der Zwischenruf kam, will ich natürlich auch eingehen.

(Abg. Raimund Haser CDU: Das fehlt noch in Ihrer Rede! Wir warten darauf! – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Flüchtlinge und Islam!)

– Richtig: die Flüchtlinge, mit denen Sie dieses Land überschwemmt haben.

(Abg. Raimund Haser CDU: Biodiversität für Flüchtlinge!)

Wenn Sie für Artenschutz sind, dann sage ich Ihnen eines: Mittlerweile muss man, wenn man sich Ihre Politik anschaut, das deutsche Volk unter Artenschutz stellen. So weit ist es nämlich mittlerweile in diesem Land gekommen.

(Beifall bei der AfD)

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Abg. Martin Hahn GRÜNE: Vielleicht sollte man Sie unter Artenschutz stellen! – Gegenruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Artenschutz gibt es für die AfD nicht!)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Stoch.

Abg. Andreas Stoch SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Ich würde beim Artenschutz eine Ausnahme vorschlagen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP – Abg. Rüdiger Klos AfD: Sie reden nur von sich!)

Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, es scheint mir mit Blick auf die Tagesordnung ein übliches Phänomen zu sein, dass von den Regierungsfractionen sehr häufig Debattentitel und Debatteninhalte gewählt werden, die, was ihre Formulierung angeht – heute: „Erhalten, was uns erhält: Baden-Württemberg für biologische Vielfalt“ –, natürlich Anlass und Gelegenheit geben, sich sehr umfangreich, in Teilen sehr pathe-

tisch, aber jedenfalls sehr grundsätzlich mit Fragen zu beschäftigen.

Wir haben allerdings, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, häufig auch das Gefühl, dass die Debattenthemen nicht unbedingt die aktuellsten streitigen Themen sind. Vielmehr werden häufig Themen gewählt, an denen eigentlich niemand oder fast niemand irgendetwas auszusetzen hat.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Genau!)

Wir unterhalten uns heute über das Thema „Natur- und Artenschutz“. Herr Ministerpräsident, ich darf mich da an Sie wenden: Die Tatsache, dass Sie heute selbst zu diesem Thema das Wort ergriffen haben, zeigt – ich habe davor auch meinen Respekt –, dass Ihnen dieses Thema ein persönliches Anliegen ist. Das ist auch mit Ihrer persönlichen beruflichen Laufbahn zu erklären. Es ist tatsächlich ein Thema, das Sie sehr bewegt und beschäftigt. Deswegen ist es richtig und gut, wenn sich der Ministerpräsident auch zu einem solchen Thema äußert.

Aber ich sage gleich dazu: Wir würden Sie gern nicht nur dienstags hören, wenn die Regierungspressekonferenz stattfindet – da verschiebt sich nämlich die Wahrnehmung von Landespolitik im Moment ein bisschen –, sondern wir würden Sie sehr viel lieber auch hier im Parlament häufiger hören. Ihre Auftritte in diesem Haus seit Beginn der Amtszeit dieser Regierung kann ich an einer Hand abzählen. Sie sollten hier also nicht nur zum Thema Naturschutz sprechen, sondern auch zu den anderen Themen, die die Menschen in diesem Land beschäftigen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der AfD und der FDP/DVP)

Wenn wir uns Ihre Ausführungen zum Thema „Biologische Vielfalt, Naturschutz und Artenschutz“ anhören, stellen wir fest, dass sich vieles gar nicht so sehr für eine politische Kontroverse eignet. Vieles von dem, was Sie angesprochen haben – ich würde mal sagen, 95 % Ihrer Rede –, könnte auch jedes Poesiealbum zieren.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Jetzt! Hallo!)

Natürlich bedeutet Natur- und Artenschutz immer auch Schutz der Heimat. Natürlich sind Naturschutz und Artenschutz immer auch etwas, was wir als diejenigen, die für die Schöpfung verantwortlich sind, immer im Blick haben müssen. Aber zu den Themen, wo die Spannungsverhältnisse entstehen, haben wir wenig von Ihnen gehört, Herr Ministerpräsident. Die Spannungsverhältnisse entstehen immer dann, wenn in Baden-Württemberg, einem erfolgreichen Wirtschaftsstandort, einem Standort, an dem auch die Landwirtschaft ihren Teil, gerade was die Landschaft angeht, beansprucht, die Gewohnheiten der Vergangenheit mit den Anforderungen des Arten- und Naturschutzes abgeglichen werden. Herr Ministerpräsident, dann reicht es eben nicht, nur die Überschriften zu liefern, sondern dann muss es sehr viel konkreter werden.

Sehr häufig kommt von Ihnen der Satz, dass aus Ihrer Sicht die Versöhnung von Ökonomie und Ökologie gerade hier in Baden-Württemberg im Kern der Politik stehen muss. Wir widersprechen Ihnen da nicht. Aber Sie vergessen einen ganz wesentlichen Teil. Die Versöhnung von Ökonomie und Öko-

(Andreas Stoch)

logie ist ein wichtiger Teil. Aber wenn Sie – das hat Erhard Eppler schon in den Achtzigerjahren sehr ausführlich durchdacht und dargelegt – dabei vergessen, die Menschen mitzunehmen und auch den sozialen Aspekt mitzudenken, dann gehen Sie fehl in der Aussöhnung von Ökonomie und Ökologie. Es geht nur mit den Menschen, und es braucht alle Menschen. Da braucht der soziale Gedanke eben auch seinen Stellenwert in dieser Abwägung.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Haser, Sie haben es angesprochen: Ja, wir brauchen natürlich in vielen Bereichen auch Veränderungen im Bewusstsein der Menschen, im Verbraucherbewusstsein. Es geht sicherlich damit los, wenn wir unseren Kindern erklären, wie sie diese Welt, die ihnen in die Hand gegeben ist, nicht verbrauchen, sondern im Interesse der nachfolgenden Generationen auf sie aufpassen. Dann geht es auch darum, wie wir unseren Kindern sagen, wie sie sich auf dieser Welt zu bewegen haben.

Da geht es z. B. auch um die Frage, wie wir unsere Lebensmittel produzieren. Da geht es auch um die Frage, wie viel unsere Lebensmittel kosten. Herr Kollege Haser, ich darf Sie an dieser Stelle korrigieren. Sie haben die Kosten des neuesten Smartphones, des neuesten I-Phones, zu den Kosten für Milch – biologisch hergestellt oder konventionell, billig – ins Verhältnis gesetzt. Ich darf Ihnen sagen: Es gibt auch Menschen, die sich nicht die Frage stellen, ob sie drei oder vier Mal im Jahr in Urlaub gehen können.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Wir brauchen eine Politik, die diese Menschen nicht vergisst, die sich vielleicht gern ökologischer verhalten würden, die es sich aber nicht leisten können. Da haben wir Verantwortung dafür, dass die Gesellschaft zusammenhält und nicht auseinanderfällt, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Da sind wir auch ganz schnell nicht nur im Bereich der Ernährung, da sind wir auch ganz schnell bei sehr aktuellen Themen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wenn es z. B. um die Frage von bezahlbarem Wohnraum geht, dann sind wir ganz schnell bei der Frage, ob wir Grundstücke zur Verfügung haben, die diesen Wohnraum auch tatsächlich zur Verfügung stellen können.

Jetzt kommt die Frage: Stelle ich die Ideologie in der einen oder anderen Richtung an die oberste Stelle, oder fange ich mit einer vernünftigen Abwägung zwischen den Zielen an? Es gibt hier nämlich einen Zielkonflikt. Aus meiner Sicht hilft uns an dieser Stelle Ideologie nicht weiter. Denn Ideologie führt zur Verknappung von bestimmten Dingen, z. B. von Wohnraum in Ballungsräumen, und deswegen brauchen wir an den richtigen Stellen auch die richtigen Entscheidungen, damit die Gesellschaft nicht auseinanderfällt, damit sich alle Menschen bezahlbaren Wohnraum leisten können, und in diese Abwägung müssen wir auch den Naturschutz und den Artenschutz einstellen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Bei einem Punkt wird es konkret. Meine Kollegin Gabi Roland hat sehr viele Maßnahmen aufgezählt, bei denen wir uns von dieser Regierung Entscheidungen wünschen. Es reicht nicht, die Überschriften zu liefern. Diese konkreten Entscheidungen, die zu treffen sind, z. B. im Bereich der Landwirtschaft, sehe ich bei den Regierungspartnern Grüne und CDU – wir haben heute Morgen schon das viel gebrauchte und abgenutzte Wort „Komplementärkoalition“ benutzt – noch nicht. Diese Entscheidungen müssen nämlich durch die zuständigen Fachminister getroffen werden – Herr Ministerpräsident hat ja die Herren Untersteller und Hauk sogar namentlich erwähnt und das Wort „gemeinsam“ ganz besonders betont –, doch wenn Sie in diesem Moment auf die Regierungsbank schauen, erkennen Sie: In diesem Raum brauchen Sie keine Klimatisierung, in diesem Bereich haben Sie jetzt schon minus 20 Grad Celsius, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Lachen bei den Grünen – Beifall bei der SPD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das sind Ihre Entzugserscheinungen, Herr Kollege! – Zuruf des Abg. Paul Nemeth CDU)

Deswegen, Herr Ministerpräsident: An den Stellen, wo es konkret wird, fehlen uns die Antworten. Da fehlt uns die Konkretisierung. Wir haben in den letzten fünf Jahren als sozialdemokratischer Regierungspartner viele Dinge mit angestoßen, die heute noch, glaube ich, richtig und gut sind, die wir auch in Baden-Württemberg brauchen. Wir brauchen aber tatsächlich eine Natur- und Artenschutzstrategie,

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Haben wir!)

die den Menschen in Baden-Württemberg das zugesteht, was sie von dieser Politik erwarten, nämlich ein lebenswertes Baden-Württemberg, in dem die Gesellschaft zusammensteht und nicht auseinanderfällt in die, die sich Naturschutz leisten können, und die, die ihn sich nicht leisten können.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich das Wort dem Fraktionsvorsitzenden Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Fraktion GRÜNE hat offensichtlich in Absprache mit der Regierungsspitze eine für sie als wichtig erachtete Aktuelle Debatte beantragt, eine Aktuelle Debatte mit einem offensichtlich wichtigen Thema, nämlich „Artenschutz und biologische Vielfalt“. In der Tat, dieses Thema ist wichtig, und es eignet sich auch für eine solche Debatte, denn – wie der Kollege Stoch schon ausgeführt hat – es herrscht normalerweise relativ viel Konsens darüber, dass dieses Ziel wichtig ist.

Aber eines würde uns schon interessieren – und ich glaube, auch die Öffentlichkeit –, nämlich eine Antwort auf die Frage: Welchen Erkenntnisgewinn bringt eine solche Debatte über den Gemeinplatz hinaus, dass Artenschutz und biologische Vielfalt eigentlich etwas sind, was die große Mehrheit der Bevölkerung als wichtig erachtet? Jetzt haben wir den Vorsitzenden der grünen Fraktion gehört, wir haben auch den Ministerpräsidenten gehört, aber ich muss feststellen: Das, was

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

an Erkenntnisgewinn herausgekommen ist, ist schon ziemlich dünn. Sie haben es natürlich schön verpackt, Herr Kollege Schwarz, mit Ihrem Sonntagsausflug, den Sie uns geschildert haben,

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: War genial, gell?)

der wunderbaren Natur, der Vielfalt der Arten, die Sie alle aufgezählt haben. Ich habe allerdings den Tannenstachelbart, den Lieblingspilz des Ministerpräsidenten, vermisst. Bei diesen Ausführungen ist vor mir die biedermeierliche Welt von Eduard Mörike und Adalbert Stifter wieder aufgetaucht; das war aller Ehren wert.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Was dann anschließend allerdings etwas kürzer kam, war die Frage des Handelns. Sie haben eine Reihe von Dingen erwähnt, die es allerdings schon gibt. Sie haben die Biosphärengebiete erwähnt. Ja, auch wir halten Biosphärengebiete für gut und richtig. Die gibt es allerdings nicht erst, seit Grüne in der Landesregierung sind. Wir hätten uns auch gewünscht, dass man beispielsweise in der Region Nordschwarzwald, wo Sie den Nationalpark etabliert haben, auch darüber gesprochen hätte, ob ein Biosphärengebiet nicht vielleicht besser gewesen wäre.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Denn wenn Sie jetzt einmal mit den Fachleuten reden, erfahren Sie von ihnen: In diesem Jahr droht in erheblichem Maß eine Borkenkäferinvasion. Doch wenn das im Nationalpark tatsächlich passiert, bin ich einmal gespannt, wie anschließend die Diskussion verläuft.

Ferner wurden die Naturparke genannt. Ja, in der Tat: Wir würden uns wünschen, dass Sie ein bisschen mehr für die Naturparke übrig hätten, auch ein bisschen mehr an finanziellen Mitteln, und nicht alles in Ihr Prestigeprojekt Nationalpark investieren würden, wo die Kosten ja mittlerweile aus dem Ruder laufen. Dazu, dass dort Holz von nordamerikanischen oder sibirischen Wäldern verwendet wird, hat Kollege Glück ja schon das Notwendige gesagt.

Nur an einer Stelle sind Sie, Herr Kollege Schwarz, konkret geworden. Das war das Thema Geld. Sie haben 90 Millionen € für den Naturschutz angekündigt. Es ist überhaupt eine der großen Überschriften dieser grün-schwarzen Landesregierung: „Wir haben viel Geld, weil die Steuereinnahmen hervorragend sind,“ – das hat weniger mit Ihrer Regierungspolitik zu tun – „und deshalb geben wir überall viel Geld hinein.“ Das ist das Thema, mit dem Sie glauben, alle Probleme lösen zu können.

Einen Satz habe ich mir aufgeschrieben, Herr Schwarz. Der ist schon nett. Ich zitiere:

Auch ökologische Schulden sind implizite Schulden.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Andreas Stoch SPD: Nachtigall ...!)

Das heißt mit anderen Worten: Überall da, wo wir Geld ausgeben, handelt es sich um implizite Schulden.

Das heißt mit anderen Worten: Überall da, wo wir Geld ausgeben, ist das berechtigt.

Das ist genau das, was Sie im Grunde hier beabsichtigen: Alles wird zu impliziten Schulden erklärt, und damit sind alle Ausgaben dieser Landesregierung gerechtfertigt. So kann man natürlich auch nachhaltige Finanzpolitik machen, meine Damen und Herren. Auf diese Art und Weise kann man die Schuldentilgung bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag vertagen; denn alles ist ja implizite Verschuldung.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Herr Ministerpräsident, Sie haben zu Recht die Geschwindigkeit des Artensterbens – insbesondere bei den Insekten – beklagt, haben beklagt, dass insbesondere unter den Tagfalterarten schon die Hälfte verschwunden sind, und haben deutlich gemacht, wir hätten die Mammutaufgabe, an dieser Stelle gegenzusteuern, und es sei Ihr Ziel, hier einen politischen Schwerpunkt zu setzen.

Das ist durchaus ehrenwert, Herr Ministerpräsident. Sie sind da – Kollege Stoch hat es auch schon betont – durchaus glaubwürdig. Es ist natürlich auch das gute Recht einer gewählten Landesregierung, an dieser Stelle einen politischen Schwerpunkt zu setzen. Vor diesem Hintergrund habe ich mich dann mit der Frage beschäftigt: Kommt da mehr an konkreten Inhalten als beim grünen Fraktionsvorsitzenden? Das war die spannende Frage. Im Verlauf Ihrer Rede haben Sie dann deutlich gemacht, Ihr Ziel sei es, dass die Böden fruchtbar bleiben. Herr Ministerpräsident, da hätte ich mir dann schon ein Bekenntnis zur Landwirtschaft insgesamt gewünscht und nicht nur zu einem bestimmten Teil der Landwirtschaft.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Denn Landwirtschaft ist auch Landschaftspflege, und nicht nur biologische Landwirtschaft ist Landschaftspflege,

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

sondern auch die vielen konventionell arbeitenden Landwirte in Baden-Württemberg tun dies. Es gibt übrigens auch andere Naturschützer, nicht bloß den NABU, Herr Rösler; es gibt auch die Jäger und die Angler,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

und im Unterschied zum NABU braucht man als Jäger und Angler eine Prüfung, um Naturschützer zu sein.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Auch da hätte ich mir ein Bekenntnis gewünscht.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Herr Ministerpräsident, Sie haben davon gesprochen, diesen Weg kraftvoll und beharrlich zu gehen. Aber auch hier stellt sich wieder die Frage: Was ist neu? Das Einzige, was Sie erwähnt haben – unter Verzicht auf die konkrete Zahl des Kollegen Schwarz –, ist: „Wir wollen Geld für dieses Thema ausgeben.“ Auch hier ist das einzig Neue: „Wir wollen Geld ausgeben.“

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Vom Biosphärengebiet haben Sie geredet. Das gibt es schon. Den Nationalpark haben Sie beschworen. Den gibt es schon. Was man da anders machen könnte, liegt auf der Hand.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Mit Ihnen gäbe es das alles nicht!)

– Nein, den Nationalpark gäbe es nicht,

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: So ist es!)

sondern es gäbe da vielleicht ein Biosphärengebiet. Dann hätten wir jetzt möglicherweise nicht das Borkenkäferproblem.

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Dann müssten Sie nicht ständig erklären, warum die Kosten aus dem Ruder laufen. Dann müssten Sie auch nicht erklären, warum man nicht vorher wusste, dass man beim Nationalpark einen Parkplatz braucht.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Das gäbe es nicht. Da haben Sie in der Tat recht.

Sie, Herr Ministerpräsident, haben eine ganze Reihe an Strategien beschworen. Auch die gibt es schon alle. Was ist also neu, meine Damen und Herren? Neu ist, wie Sie erklärt haben, dass Sie jetzt zwei Minister beauftragt haben –

(Heiterkeit des Abg. Peter Hofelich SPD)

zwei enge Freunde, Herrn Untersteller und Herrn Hauk. Wie gut die Zusammenarbeit der beiden funktioniert, haben wir ja beim Thema „Windräder im Staatsforst“ gesehen. Wird die Zusammenarbeit an dieser Stelle ähnlich gut funktionieren,

(Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

oder kommt dabei so viel heraus wie bei der letzten Verhandlung, die Herr Hauk mit einem grünen Minister geführt hat, als es um das Jagdgesetz ging? Auch dabei kam ja ein tolles Ergebnis heraus.

Herr Ministerpräsident, wir sind also schon gespannt, was dabei herauskommt. Wenn wir heute auf Antrag der Grünen eine so hoch aufgehängte Aktuelle Debatte machen, wäre es vielleicht sinnvoll gewesen, die beiden Herren etwas früher zu beauftragen, damit wir heute wenigstens in Ansätzen ein paar Ergebnisse erfahren und nicht nur mitgeteilt bekommen: „Die beiden müssen sich jetzt zusammensetzen.“

Im Übrigen: Ich habe die Gesichter der beiden beobachtet.

(Heiterkeit des Abg. Peter Hofelich SPD)

Ich hatte den Eindruck, sie haben selbst noch nicht gewusst, dass sie diesen Arbeitsauftrag erhalten.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Andreas Stoch SPD: Doch! Das Entsetzen war sichtbar!
– Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

– Das Entsetzen war sichtbar, okay.

(Heiterkeit)

Herr Ministerpräsident, Sie haben vom Zwei-Grad-Ziel gesprochen. Es ist sicher sinnvoll, dieses Ziel im Auge zu behalten. Aber die Möglichkeiten in Baden-Württemberg sind schon einigermaßen begrenzt. Wenn Herr Trump jetzt aus dem Pariser Klimaschutzabkommen aussteigt, wird es schon schwierig, das Ganze aufrechtzuerhalten.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Sie sagen: „Wir, das Land Baden-Württemberg, können unseren Beitrag leisten, etwa dadurch, dass wir bei der Mobilität umsteigen.“ Das heißt: ein Zurückdrängen des Verbrennungsmotors und ein Voranbringen der Elektromobilität. So habe ich Sie verstanden.

Nur, Herr Ministerpräsident: Mich würde schon interessieren, wie dazu dann die Haltung der baden-württembergischen Grünen ist. Beim grünen Parteitag wurden Jahreszahlen beschlossen. Sie haben immer erklärt, von solchen Jahreszahlen hielten Sie nichts. Es würde das Land Baden-Württemberg schon interessieren: Was gilt jetzt in Baden-Württemberg? Gilt das, was der Regierungschef vorher gesagt hat, nämlich keine festen Jahreszahlen, oder gilt das, was der grüne Parteitag beschlossen hat? Oder gilt überhaupt nichts, so, wie bei Ihnen heute in Ihrer Rede? Da haben Sie, Herr Ministerpräsident, nämlich keine konkreten Ziele genannt. Das hätten wir uns schon gewünscht, wenn Sie das Thema schon aufmachen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und des Abg. Hans Peter Stauch AfD)

Fazit: Wir haben eine Aktuelle Debatte erlebt, in der der Regierungschef hier zum Thema „Artenschutz und biologische Vielfalt“ ans Redepult getreten ist. Da wurden einige hehre Ziele verkündet, die sicher 80 bis 90 % der Bevölkerung unbesehen teilen. Sie haben eine Erwartungshaltung geweckt: Jetzt kommt eine Art Regierungsprogramm, was man alles tut. Dann wurde aufgezählt, was es alles schon gibt. Dann wurde angekündigt: „Wir geben Geld aus“ – in allen Bereichen. Das weiß die Bevölkerung sowieso. Dann wurde noch angekündigt: „Es müssen sich zwei Minister zusammensetzen, und wir melden uns wieder, wenn die irgendetwas hervorgebracht haben.“ Herr Ministerpräsident, einen so dünnen Auftritt gab es im Landtag von Baden-Württemberg selten.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Schwarz das Wort.

(Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: Halleluja!)

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann bei dieser Aktuellen Debatte, zumindest was die Grünen, die Union und auch Teile der SPD angeht, Einigkeit in der Zielvorstellung feststellen. Auch bei dem, was die Kollegin Rolland vorgetragen hat, gibt es durchaus Punkte, die in dieser Debatte erwähnenswert sind.

Was die AfD möchte, ist mir nach der Rede des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden nicht klar geworden. Sie haben entweder am Thema vorbeigesprochen, oder Sie haben nochmals deutlich erkennen lassen, dass Sie auf diesem Feld eine kom-

(Andreas Schwarz)

plette Leerstelle haben, dass da bei Ihnen ein Totalausfall vorliegt.

(Abg. Anton Baron AfD: Das können wir vom Ministerpräsidenten auch sagen!)

Das nehmen wir so zur Kenntnis.

(Vereinzelt Beifall bei den Grünen – Abg. Rüdiger Klos AfD: Der Oberlehrer hat gesprochen!)

Beim Kollegen Glück war mir nicht klar, was denn die FDP/DVP möchte. Herr Rülke, Sie haben nicht konkret ausgeführt,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das müssen doch Sie selbst auf den Tisch legen! – Abg. Anton Baron AfD: Das passt nicht in Ihr Bild!)

was denn die Politik der FDP/DVP in diesem Themenfeld ist. Sie fordern mich jetzt geradezu auf, hier noch einmal die Erfolge der Naturschutzpolitik

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Nicht die Erfolge, sondern was Sie vorhaben, wollen wir wissen!)

darzustellen – seien es die Förderung des Ökolandbaus, die FSC-Zertifizierung im Staatswald, der Schutz der Gewässerstrandstreifen, die Modernisierung des Naturschutzgesetzes, großflächige Naturschutzgebiete sowie die Förderung der Naturparke – die Förderung der Naturparke haben wir in den letzten fünf Jahren deutlich erhöht –,

(Abg. Anton Baron AfD: Was sagen Sie zu Windkraftanlagen in Wäldern? – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Was haben Sie jetzt vor?)

Landschaftserhaltungsverbände, Umsetzung von Natura-2000-Gebieten, Maßnahmen für den landesweiten Biotopverbund. Das sind eine Reihe von Projekten, Herr Kollege Rülke, die wir in Baden-Württemberg vorangebracht haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

97 % der Landschaft in Baden-Württemberg sind Kulturlandschaft. Wir begreifen, wenn wir über Baden-Württemberg reden, urbane Stadtregionen und die ländlichen Räume als Ausdruck der Vielfalt und der Stärke unseres Bundeslands. Denn trotz der Verschiedenheit von ländlichen Räumen und urbanen Räumen möchten wir in allen Regionen für gleichwertige Lebensverhältnisse sorgen.

Weil die Situation der Landwirtschaft immer mal wieder angesprochen wurde und dieses Thema bei einer solchen Debatte nicht fehlen darf, will ich ganz klar sagen: Wir kennen und wir spüren die momentan schwierige Situation in der Landwirtschaft, bei den Betrieben gerade hier in Baden-Württemberg. Wenn wir über starke ländliche Räume sprechen, ist die Landwirtschaft eine ganz wichtige Säule – maßgeblich für die Wirtschaftskraft im ländlichen Raum und zur Bereitstellung von Lebensmitteln für die Nahrungsmittelversorgung. Sie trägt mit ihrer Arbeit dazu bei, dass in den ländlichen Räumen Prosperität entsteht und dass ebendiese vielfältigen Kulturlandschaften – wie gesagt, 97 % der Fläche sind Kulturland-

schaft – erhalten werden können. Das ist eine ganz wichtige Aufgabe in unserem Flächenland.

Herr Rülke, Sie fragen, was wir wollen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja!)

Mit einer stärkeren Fokussierung gerade auf das Thema Regionalität oder auf das Thema Qualifizierung, das Thema „Biologische Produkte“ wollen wir der Landwirtschaft – im Einklang von Land und Landwirtschaft – zu weiteren Absatzmöglichkeiten, zu einer Stärkung verhelfen. Ja, wir müssen vonseiten des Landes schauen: Wo können wir noch einmal stärker ansetzen? Ich nenne das Thema Verpflegung; ich nenne das Thema Kantinen. Da können wir vonseiten des Landes schauen: Können wir – –

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Veggie Day!)

– Nein, Herr Rülke. Sie fragen doch nach, was wir tun. Lassen Sie uns doch gemeinsam mit der Landwirtschaft diesen Weg – Regionalität, Qualifizierung, biologische Produkte – gehen. Die Bürgerinnen und Bürger fragen das nach. Wir müssen dieser Nachfrage in unserem Bundesland gerecht werden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Diejenigen Unternehmen, die diesen Weg gemeinsam mit uns gehen wollen – es werden immer mehr –, unterstützen wir dabei tatkräftig. Doch auch diejenigen, die diesen Weg nicht gehen wollen, lassen wir nicht außen vor. Auch diese sind bei uns willkommen. Das ist doch vollkommen klar. Deshalb ist der Beitrag der Bio-Musterregionen – Herr Minister Hauk – ja geradezu prädestiniert, dieses Thema in die Fläche zu bringen. Es geht darum – Herr Kollege Haser hat dies gesagt –, dass dies die Akzeptanz bei Verbraucherinnen und Verbrauchern findet. Das ist das richtige Vorgehen. Machen Sie das mit; schließen Sie sich uns dabei an!

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Fraktionsvorsitzender Schwarz, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ich lasse Herrn Schweickert nachher fragen.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Nein, jetzt. Ja oder nein?

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Nachher. Ich will noch ein paar Gedanken – –

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Dann nein.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Nein, ich muss ja erst noch die Fragen von Herrn Rülke beantworten.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Genau!)

Da müssen Sie sich intern abstimmen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Er wollte dem nur ein bisschen Nachdruck verleihen!)

(Andreas Schwarz)

Sie fragen weiter, was wir machen. Sie haben mir ja gut zugehört – Respekt. Ja, wir wollen einen Aufwuchs der Naturschutzmittel auf 90 Millionen € am Ende der Legislatur. Nehmen Sie das Thema Landschaftserhaltungsverbände. Das ist das Supernetzwerk, das wir in Baden-Württemberg haben, bei dem die unterschiedlichen Beteiligten aus dem Naturschutzbereich, aus der Landwirtschaft, von der kommunalen Ebene zusammenwirken – ein Netzwerk vor Ort. Wir haben inzwischen 33 Landschaftserhaltungsverbände. Sie sind das Bindeglied zwischen Naturschutz und Landwirtschaft. Sie sorgen dafür, dass Bäuerinnen und Bauern, die die Landschaft pflegen, ein zusätzliches Einkommen erhalten.

Da gibt es Bedarf. Schauen wir uns die Landschaftspflege-richtlinie, die Landschaftspflegemittel an. Da gibt es einen Bedarf. Da haben wir vorhandene Instrumente, vorhandene Institutionen. Darauf können wir aufbauen. Da kann man sofort loslegen. Ich erwarte mir von dem Plan, den die Regierung vorlegt, dass genau dieses Themenfeld sehr stark bearbeitet wird, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Nehmen Sie ein weiteres Themenfeld: FAKT. Das Förderprogramm FAKT – landesweit anerkannt, Förderprogramm des Landes für Artenschutz, Klimaschutz, artgerechte Tierhaltung – haben wir in diesem Haushalt mit weiteren 7 Millionen € versehen. Das heißt, dort, wo der Bedarf ist, wo man etwas machen muss, reagiert diese Koalition, diese Regierung. Wir stocken die Mittel auf, um insbesondere der bäuerlich geprägten Agrarstruktur in unserem Land weitere Chancen zu geben, egal, ob ökologisch oder konventionell. Dabei achten wir darauf, dass, wenn wir über Naturschutz und Artenschutz reden, die Landwirtschaft mit im Boot ist, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Der Kollege Stoch ist etwas vom Thema abgewichen. Vielleicht beantragt die SPD einfach einmal eine Debatte zur Elektromobilität oder zur Wohnraumversorgung; denn dann könnte ich es detailliert ausführen.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Wer hindert Sie?)

Wir haben – die Ministerin ist ja da – eine Landeswohnraumförderung mit 250 Millionen €. 180 Millionen € gehen in den sozialen Mietwohnungsbau, so viele Landesmittel wie seit Jahren nicht mehr.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das sind Bundesmittel!)

Dadurch schaffen wir bezahlbaren Wohnraum für alle.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! Bravo!)

Da handeln wir, Herr Kollege Stoch. Da können Sie uns keinen Vorwurf machen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Abg. Andreas Stoch SPD: Ohne Grundstücke geht halt nichts!)

Wenn Sie bei einer Debatte über Natur- und Artenschutz dann die Frage der sozialen Gerechtigkeit ansprechen,

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Das kam doch vom Ministerpräsidenten!)

dann muss man sagen: Natürlich trägt der Naturschutz zur sozialen Gerechtigkeit bei; denn jeder soll das Recht haben, die Naturlandschaft, die Kulturlandschaft besuchen zu können. Da wollen wir niemanden ausschließen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Wer kann denn auf diese Idee kommen?)

Wir wollen allen zu diesem Glücksempfinden, wenn man Bachläufe und Vogelstimmen wahrnimmt, verhelfen. Da wollen wir niemanden ausschließen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das wäre ja noch schöner!)

Deswegen ist Naturschutz geradezu auch ein Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Sie wissen selbst, Herr Kollege Stoch: Das Armutsrisiko in Baden-Württemberg betrifft vor allem Alleinerziehende. Das ist hier im Landtag mehrere Male herausgearbeitet worden. Deswegen ist es richtig, dass wir uns in der frühkindlichen Bildung, bei Ganztagschulen engagieren, um dieses Armutsrisiko zu reduzieren.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Ja, richtig! Das haben wir ja gemacht! – Zuruf des Abg. Andreas Glück FDP/DVP)

Auch die aktuellen Maßnahmen, die der Sozialminister im sozialpolitischen Bereich

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

mit dem Quartier 2020, im Bereich der Unterstützung für pflegende Angehörige an den Tag legt, sind alles Maßnahmen, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Gar nichts passiert! Keine einzige Maßnahme!)

Erste Maßnahme, Herr Kollege Gall

(Abg. Reinhold Gall SPD: Prosa!)

– nein, keine Prosa –: Landschaftserhaltungsverbände,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ja, das stimmt!)

Erhöhung auch der Mittel für die Landschaftspflege, Unterstützung der Natura-2000-Gebiete. Wir müssen darüber reden – ich bringe es nochmals in die Debatte ein –, was grüne Infrastruktur angeht. Es geht nicht darum, Herr Kollege Rülke, alles, was wir tun, als Abbau impliziter Schulden zu bezeichnen. Darum geht es nicht. Aber wir müssen schon sehen: Es gibt neben der grauen Infrastruktur eine grüne Infrastruktur. Nehmen Sie das Thema Biotopverbund, nehmen Sie das Thema Moore. Ich glaube, da ist es legitim, die Debatte darüber zu führen: Welche ökologischen Folgekosten hat es, wenn ich Maßnahmen nicht durchführe? Für mich ist klar: Wir müssen unseren Beitrag dazu leisten, dass wir Biotopzerstörung, Umweltverschmutzung, Artenschwund, was ökologische und ökonomische Auswirkungen hat, in Grenzen halten. Deswegen hat für uns die grüne Infrastruktur einen hohen Stellenwert, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen)

(Andreas Schwarz)

Ich denke, die heutige Debatte war gut. Sie hat dazu beigetragen, Naturschutz und Artenschutz in den Mittelpunkt der Landespolitik zu rücken. Ich möchte mich bei allen Rednerinnen und Rednern ganz herzlich bedanken.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Zuruf: Es kommt noch einer!)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Kollege Schwarz, Sie wissen ja noch gar nicht, was der Fraktionsvorsitzende Dr. Reinhart jetzt sagt. Er hat das Wort.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Er dankt dem Kollegen Schwarz! – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Mea culpa! – Zuruf: Gibt es da eine geheime Nebenabrede, oder was? – Weitere Zurufe)

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Vorab, Herr Kollege Schwarz: Wir sind auch für vorgezogenen Dank immer unbegrenzt belastbar.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das wusste ich ja!)

Insoweit müssen Sie sich keine Gedanken machen.

Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, ich denke, eine Debatte zu diesem Thema wird immer aktuell sein. Ich respektiere auch die Ernsthaftigkeit der Ausführungen des Ministerpräsidenten. Herr Ministerpräsident, auch uns in der CDU ist die Bewahrung der Schöpfung, der Lebensgrundlagen das höchste Anliegen überhaupt. Das war schon immer so.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Das ist für uns auch eine Frage des Menschenbilds. Ich will hinzufügen – ganz persönlich begonnen –: Mein Vater war Manager, aber meine Mutter hatte einen Bauernhof. Ich bin auf einem Bauernhof im ländlichen Raum aufgewachsen. In diesem Land Baden-Württemberg habe ich den größten Strukturwandel in der Landwirtschaft erlebt. Damals war die Landwirtschaft kleinteilig. Wenn ein Betrieb 10, 15 ha hatte, war er groß. Aber wir hatten natürlich noch die aufgescheuchten Rebhühner erlebt, genauso wie Bienen, andere Insekten und vieles mehr. Jeder, der diese Entwicklung kennt, teilt das, was wir heute zu diesem Thema ausgeführt haben, dass wir Artenschutz und Naturschutz brauchen, dass wir Natur und Artenvielfalt erhalten müssen,

(Abg. Anton Baron AfD: Aber zu welchem Preis?)

dass wir unsere Schöpfung bewahren müssen. Das ist unser Credo, unser Auftrag. Dafür müssen wir alles tun, und dafür stehen wir auch.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

Die Vereinten Nationen haben das laufende Jahrzehnt zur Dekade der biologischen Vielfalt ausgerufen, und Menschen in der ganzen Welt engagieren sich. Ich weiß, dass die Regierung kürzlich zu dem Thema Artenschutz eingeladen hat, mit

Wissenschaftlern zum Thema Artenschutz zu diskutieren. Das muss uns auch bewegen. Auch in Baden-Württemberg laufen über 20 Projekte.

Herr Kollege Rülke, Sie haben gefragt: Was macht ihr? Wo handelt ihr? Ich will jetzt nicht ergänzen, was der Kollege Schwarz gesagt hat, sondern es unterstreichen; auch die sehr gute Rede von meinem Kollegen Haser will ich hier nicht wiederholen. Ich will Ihnen sagen: Wir müssen natürlich unterscheiden zwischen global, national, regional und lokal. Wir müssen überlegen: Was können wir in unserem überschaubaren Raum jeden Tag selbst tun? Da sind wir dabei. Denn ich glaube – das ist unbestritten –, der Artenreichtum und auch die Vielfalt des Lebens gehören zu den großen Schätzen unseres blauen Planeten. Wir alle sind gefordert, diesen Schatz zu hüten und auch zu schützen.

Ich will zur Thematik „ökologisch oder konventionell“ – weil hier die zuständigen Minister angesprochen wurden – schon sagen: Artenschutz und Naturschutz werden nur mit den Landwirten und mit dem ländlichen Raum gehen und nicht gegen sie.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Auch das gehört dazu. Wir brauchen sie alle. Die ersten Naturparks, die übrigens von uns gefördert werden, und die ersten Landschaftserhaltungsverbände wurden vor über 20 Jahren in diesem Land gegründet, und zwar in der Zeit – –

(Zuruf: 24!)

– Ja, das war ein Pilotprojekt, damals begonnen – übrigens auch im Main-Tauber-Kreis –, die Anzahl ist dann erst gewachsen

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Dort gab es auch einen starken Landrat!)

auf heute 33 Verbände. Das war ein gutes Pilotprojekt. Es ist uns sehr wichtig, dass wir auch den Erhalt der Arten und den Schutz der Biodiversität im Auge behalten. Das ist elementar für uns, und damit sind immer Ziele und Gedanken zu Themen wie Ressourcenschutz, Ökologie verbunden.

Das war erstmals im Berliner Programm der CDU 1971 nachzulesen.

(Abg. Anton Baron AfD: Berliner Kreis!)

Auch wir dürfen das Copyright für eine ökologische Politik durchaus mit beanspruchen.

(Beifall bei der CDU)

Ich weiß sehr wohl, dass auch ein CDU-Bundestagsabgeordneter Gruhl Gründungsmitglied der Grünen wurde. Insoweit verhehle ich nicht – –

(Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

– Okay. Aber das Thema muss uns alle angehen. Jede Investition in den Schutz von Wäldern, Biotopen, Korallenriffen kommt auf lange Sicht immer uns allen, unserem Wohlstand zugute.

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Dann wurde nach Geld gefragt. Das ist nicht nur der Rückspiegel, wie Kollege Kern hineingerufen hat, es ist der Spiegel nach vorn, es ist Investition in die Zukunft.

(Abg. Anton Baron AfD: Aha!)

Natur- und Artenschutz, auch was wir im Landeshaushalt dafür ausgeben, sind jeden Tag Investitionen in die Zukunft.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Anton Baron AfD: Windräder in die Landschaft stellen und die Fledermäuse schreddern! – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Wie funktioniert das eigentlich, ein Spiegel nach vorn?)

– Herr Kollege, Insekten bestäuben unsere Kulturpflanzen, artenreiche Wälder binden Schadstoffe, intakte Böden sichern den Nährstoffkreislauf. Die Natur mit ihrer Biodiversität ist ein wertvoller Dienstleister für uns Menschen, der natürlich auch ökonomische Bedeutung hat. Das wurde völlig zu Recht angesprochen.

Ich will die Zahlen noch einmal nennen. Der volkswirtschaftliche Beitrag allein der Bienen wird auf weltweit jährlich 200 Milliarden € geschätzt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Was macht das pro Biene aus?)

Der Schutz der Arten ist natürlich keine Naturromantik, sondern ein Gebot der Klugheit für uns alle in der heutigen Zeit.

(Beifall bei der CDU – Abg. Anton Baron AfD: Alles wird gut!)

– Nein, nein!

(Abg. Anton Baron AfD: Stuttgart 21! Sagen Sie es doch!)

– Artenschutz ist nicht Gucci, es ist kein Luxusgut, es ist auch nicht Stuttgart 21, wobei der öffentliche Personennahverkehr und eine gute Verkehrsinfrastruktur natürlich ebenfalls wichtig sind. Das gehört alles zusammen. Deshalb muss man auch die Dinge insgesamt betrachten und darf dies nicht völlig einseitig ideologisch tun. Denn ich glaube, es ist oft besser, hier nicht Ideologie, sondern Pragmatismus im Vordergrund zu sehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Uns ist eine funktionierende Natur wichtig, dass wir Luft und Wasser zum Leben haben, Böden, Rohstoffe überhaupt nutzen können. Dazu tragen unsere Häuser bei, Minister Hauk mit der Landwirtschaft, Minister Untersteller beim Naturschutz und der Umwelt. Ich weiß noch, wie Erwin Vetter der erste Umweltminister in diesem Land wurde. Das war 1987 noch unter Lothar Späth. Die folgenden Aufgaben sind immer als große Herausforderung gesehen worden. Und das wird auch in Zukunft so sein.

Die CDU-Landtagsfraktion bekennt sich ausdrücklich zum Erhalt der Biodiversität. Baden-Württemberg mit seinen vielfältigen Landschaften, mit seinen großartigen Naturräumen

hat viel zu diesem Ziel beigetragen. In einer hoch entwickelten und hoch industrialisierten Welt – in unserem Land ganz besonders – kann es nicht gelingen, wenn wir der Natur eine Käseglocke überstülpen oder sie gar stilllegen.

Worauf es ankommt, ist ein achtsames Zusammenspiel zwischen Bewahren und Fortentwickeln – wir haben das „Schützen und Nützen“ genannt – und damit im klassischen Sinn im wahrsten Sinn des Wortes Nachhaltigkeit. Das ist Nachhaltigkeit. Das haben wir längst erkannt. 2002 haben wir von der CDU damals den Nachhaltigkeitsbeirat durch die Landesregierung eingeführt. Vor zehn Jahren folgte dann – ebenfalls unter unserer Verantwortung – die erste umfassende und ressortübergreifende Nachhaltigkeitsstrategie.

(Abg. Anton Baron AfD: Nur, dass Sie keinen Nachhaltigkeitsbeauftragten haben!)

Im UNESCO-Biosphärengebiet – der Herr Ministerpräsident hat die Schwäbische Alb angesprochen – wird das modellhafte Miteinander von Mensch und Natur schon seit 2009 demonstriert. Bereits im Jahr 2008 hat man den Aktionsplan „Biologische Vielfalt“ gestartet. Er war ein weiterer wichtiger Schritt, um die Lebensbedingungen unserer heimischen Tier- und Pflanzenwelt nachhaltig zu verbessern. Mit dem 111-Arten-Korb haben wir genau diejenigen Arten besonders in den Blick genommen, für die Baden-Württemberg eine besondere ökologische Verantwortung trägt. Ich will die 111 Arten jetzt nicht aufzählen; Eisvogel und Laubfrosch gehören dazu.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Der Herr Rösler hilft Ihnen! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: 80 würden reichen!)

– Herr Bullinger, ich würde es Ihnen zuschicken lassen.

(Abg. Anton Baron AfD: Für Eisvögel wurde der ganze Kocher umgebuddelt!)

Im Mittelpunkt stand immer das Thema „Biodiversität und Klimawandel“. Wenn ich hier zum Klimawandel – weil es angesprochen wurde – etwas sagen darf: Es gibt weltweit eine Politikerin, die für dieses Thema steht – auch für das Zwei-Grad-Ziel –, und die heißt Angela Merkel.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei Abgeordneten der AfD – Abg. Anton Baron AfD: Das gibt es nicht!)

– Ja, natürlich. Das mag Ihnen in Mannheim wehtun, aber das ist eine Betrachtung, die nicht in Deutschland, sondern von der Welt auf Deutschland und auf die deutsche Bundeskanzlerin gerichtet ist. Nehmen Sie sich einmal das Programm des G-20-Gipfels vor; dann werden Sie sehen, dass es auch der Bundeskanzlerin – neben unserem Ministerpräsidenten – ein Herzensanliegen ist, was den Klimawandel angeht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU sowie der Abg. Andreas Schwarz und Dr. Markus Rösler GRÜNE – Abg. Anton Baron AfD: Sie hat eine riesige Baustelle aufgemacht!)

In diesen Tagen wird der erste Monitoringbericht zu den Auswirkungen des Klimawandels diskutiert, und nun wird das auch die Politik begleiten.

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Der Einsatz für die Artenvielfalt ist Bestandteil unserer Politik, aber wir wollen immer einen Ausgleich zwischen Ökonomie und Ökologie. Hier gab und gibt es viel politische Kontinuität im Interesse der Artenvielfalt; das ist gut und wichtig. Ich weiß, dass der Landwirtschaftsminister gestern beim Landesbauernverband diese Tatsachen unterstrichen hat.

Wir bekennen uns auch im aktuellen Koalitionsvertrag – gerade wenn ein Auftrag vom Ministerpräsidenten an das Umweltministerium, den Minister etc. geht – zur biologischen Vielfalt, indem wir die Naturschutzstrategie des Landes ausdrücklich weiterführen wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Wir haben das vereinbart, und zu dieser Vereinbarung stehen wir. Diese Vereinbarung hat auch Ausdruck gefunden, indem wir z. B. die Mittel für den Naturschutz in dieser Wahlperiode um 6 Millionen € pro Jahr stetig steigen lassen. Damit unterstützen und verstärken wir die wichtige Arbeit im Artenschutz.

(Abg. Anton Baron AfD: 1 000 m Abstand!)

Diese Mittel sind politisch klar als frisches Geld zusätzlich dem Naturschutz gewidmet. Wir legen Wert darauf, dass sie dann im Ressort auch tatsächlich für diesen Zweck bereitstehen und eingesetzt werden. Auch das wollen wir an dieser Stelle unterstreichen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Natürlich gibt es – bei allem, was wir erreichen konnten – auch Entwicklungen, die uns Sorgen machen. Der Ministerpräsident hat diese Entwicklungen zu Recht angesprochen, etwa das Insektensterben. Aber schnelle Zuweisungen der Schuld helfen uns hier auch nicht weiter. Wir alle haben gelernt, dass wir in einer Gesamtbetrachtung anerkennen: Auch die Landwirte wirken mit ihrer Arbeit an dem Schutz der natürlichen Ressourcen und an der Pflege unserer reichen Landschaft mit. Deshalb setzen wir auch für die Zukunft auf eine faire und enge Zusammenarbeit, von der alle profitieren können. Denn beides ist schützenswert: biologische Vielfalt und wirtschaftliche Erzeugung,

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

und zwar gerade auch die Erzeugung regionaler und gesunder Lebensmittel. Das hat Kollege Schwarz vorhin völlig zu Recht nochmals unterstrichen. Das ist und bleibt uns wichtig.

Deutschland und erst recht Baden-Württemberg gelten beim Arten- und Klimaschutz weltweit als Schrittmacher und Vorreiter. Ich habe es gerade betont: Die Kanzlerin hat diese Führungsrolle mit Blick auf den G-20-Gipfel erst jüngst nochmals unterstrichen. Nach ihrer deutlichen Reaktion auf Trumps Ausstieg aus dem Pariser Klimaschutzabkommen

(Abg. Anton Baron AfD: Das wurde nie ratifiziert!)

erklärten internationale Medien die Kanzlerin zur „wahren Führerin der freien Welt“.

(Lachen bei Abgeordneten der AfD – Vereinzelt Beifall bei der CDU – Zuruf von der AfD: Der war gut!)

Deutschland hat sich großes Ansehen und auch großes umweltpolitisches Kapital aufgebaut.

Wir werden uns hier in Baden-Württemberg, wie es der Ministerpräsident unterstrichen hat, auch weiterhin für eine richtungweisende Politik für einen achtsamen Umgang mit unserer Natur einsetzen und diese fortsetzen. Wir, die Koalition von CDU und Grünen, werden den Schutz unserer Lebensgrundlagen in Verantwortung für die Schöpfung auch in Zukunft innovativ weiterentwickeln. Wir haben vorhin die Bibel der Abgeordneten präsentiert bekommen. Herr Kollege Haser hat auf die Schöpfungsgeschichte Bezug genommen. Ich will hier unterstreichen: Wir stehen für gelebte Nachhaltigkeit, für ein Miteinander von Mensch und Natur, und zwar ganz nach dem weiterhin hochaktuellen Gedanken: Schützen durch Nützen. Deshalb war es gut, dass wir heute den Blick über den Tellerrand in die Zukunft gerichtet haben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die Landesregierung hat noch einmal Herr Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller um das Wort gebeten.

(Abg. Anton Baron AfD: Oje!)

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte nur noch ein paar wenige Bemerkungen zu der heutigen Debatte machen. Zunächst möchte ich dem Ministerpräsidenten für diese grundsätzliche Rede zum Thema „Biologische Vielfalt“ ganz herzlich danken. Sie hat gezeigt, wie wichtig der Landesregierung der Arten- und Naturschutz ist. Der Ministerpräsident hat zum Ausdruck gebracht, dass unsere Artenvielfalt in einer rasanten Geschwindigkeit und in einem beängstigenden Ausmaß schwindet. Lieber Kollege Stoch – jetzt ist er gerade nicht da –, ich habe nicht so recht verstanden, was es, wenn so eine Situationsbeschreibung vorgenommen wird, mit Poesiealbum zu tun hat.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Biologieunterricht!)

– Ja, aber das hat nichts mit Poesiealbum zu tun, sondern ich finde, das ist eine dramatische Situation, die auch noch einmal in dem deutlich geworden ist, was das Bundesamt für Naturschutz gestern in seinem Agrarreport dargelegt hat. Dort hat das Bundesamt deutlich gemacht, dass praktisch alle Tier- und Pflanzenarten auch in der Agrarlandschaft von einem eklatanten Schwund betroffen sind. – Herr Haser, meines Wissens sind etwa 48 % der Fläche der Bundesrepublik landwirtschaftlich genutzte Flächen, und das sollen sie nach Möglichkeit aus meiner Sicht auch bleiben, obwohl wir wissen, dass da sozusagen an allen Ecken genagt wird. Aber ich hoffe, wir sind uns einig, dass wir auch auf diesen 48 % landwirtschaftlich genutzter Fläche letztendlich eine Agrarpolitik brauchen, die zur Biodiversität beiträgt,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das lösen wir nicht durch Blumentütchen!)

und dass es nicht so sein kann, dass sozusagen landwirtschaftlich genutzte Flächen das eine sind und es sozusagen auf restlichen Flächen um die Biodiversität geht. Es muss beides zusammen kommen. Deswegen habe ich übrigens auch nicht die Kommentierung des Bauernpräsidenten Joachim Rukwied

(Minister Franz Untersteller)

verstanden, der das gestern gleich als Bauern-Bashing abgetan hat. Ich finde das einfach unnötig, und das hilft letztendlich der ganzen Sache nicht weiter.

(Vereinzelt Beifall)

Verschiedentlich sind hier die offenen Fragen angesprochen worden: Was machen wir eigentlich? Wie geht es in den nächsten Monaten und Jahren weiter? Wir werden ein umfassendes Programm haben, Herr Kollege Rülke. Ich nenne nur einige Stichpunkte. Es ist angesprochen worden: Wir haben heute 33 Landschaftserhaltungsverbände – was eine tolle Entwicklung ist –, übrigens Landschaftserhaltungsverbände, die gemeinsam mit den Bäuerinnen und Bauern draußen im Land die Grundlagen dafür schaffen, dass wir überhaupt Landschaftspflege in diesem Ausmaß betreiben können. Die werden ja die Verträge mit den Bäuerinnen und Bauern abschließen. Dafür brauchen wir Mittel, und das wird natürlich eine Aufgabe von allen Beteiligten in der Koalition sein, zu schauen, dass wir in den kommenden Jahren die Mittel zur Verfügung haben, um die Arbeiten, die die Landschaftserhaltungsverbände gemeinsam mit den Landwirten voranbringen wollen, in Auftrag zu geben und sie dann auch tatsächlich realisieren zu können.

Noch eines möchte ich kurz streifen – Herr Kollege Haser, Sie haben es kurz angesprochen, und ich möchte es mit meinen Worten wiedergeben –: Das ist wichtiger, als sich um die Naturschutzverwaltung zu kümmern. – Vielleicht war Ihre Aussage ein bisschen anders in der Formulierung.

(Abg. Raimund Haser CDU: Ein bisschen anders!)

Da würde ich widersprechen wollen. Wir brauchen eine gut funktionierende Naturschutzverwaltung, und das Gutachten, das wir im letzten Jahr eingeholt haben, hat gezeigt, dass wir in der Naturschutzverwaltung am Rande einer Mangelverwaltung stehen.

Dazu, was für Aufgaben wir in den kommenden Jahren haben, möchte ich nur wenige Stichworte geben. Ich habe eben gesagt, dass die Landschaftserhaltungsverbände Verträge abschließen. Nehmen Sie das ganze Thema „Natura-2000-Managementpläne erstellen“, wozu wir aufgrund einer EU-Vorgabe verpflichtet sind. Das ist keine „Nice to have“-Geschichte, sondern das ist eine Pflicht, die uns die EU aufgegeben hat. Übrigens gibt es in diesem Zusammenhang ein Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik. Wir müssen schauen, dass wir die Dinge hier sehr zeitnah voranbringen. Managementpläne zu erstellen ist das eine, aber letztendlich muss ich sie dann auch umsetzen. Auch dazu brauche ich entsprechendes Personal.

Dann komme ich zum Thema „Naturschutzrechtliche Eingriffsregelung“. Auch in Zukunft wird es durch Infrastrukturprojekte, durch Bauen etc. Eingriffe in Natur und Landschaft geben. Dafür brauchen Sie Leute, die die naturschutzrechtliche Seite bewerten können und andere entsprechende Tätigkeiten ausführen.

Das sind nur ein paar Stichworte, an denen Sie sehen können: Es ist wichtig, dass wir in Zukunft auch weiterhin eine gut funktionierende Naturschutzverwaltung haben. Dazu wird es notwendig sein – das hat meines Erachtens das Gutachten, das

wir vorgelegt haben, gezeigt –, dass wir in den nächsten Jahren in einem überschaubaren Maß an der einen oder anderen Stelle personell nachbessern.

Lassen Sie mich noch ein paar Bemerkungen zu den beiden Biosphärengebieten, die auch schon angesprochen wurden, machen. Herr Kollege Glück, ich weiß nicht, wie Sie darauf kommen – es ist mir allmählich auch egal –, dass wir Naturschutzpolitik mit einem Zaun drum herum machen würden.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Völlig falsch!)

Das krasse Gegenteil ist der Fall. Das kann man am Thema Landschaftserhaltungsverbände und am Thema Biosphärengebiet sehen. Und auch um den Nationalpark herum ist kein Zaun.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU
– Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: So ist es!)

Besucherinnen und Besucher können hinein. Auch im Winter können diejenigen hinein, die Skilanglauf machen etc. Anderslautende Behauptungen sind Unsinn.

Ich will aber einmal eines aufgreifen – ich bin ja schon ein paar Tage im landespolitischen Geschäft dabei –: Ich habe damals die Debatte zu dem Biosphärengebiet Schwäbische Alb mitbekommen. Übrigens hat das Günther Oettinger zwar politisch umgesetzt, die Idee kam aber von einem Mitglied des Landtags, das seine Doktorarbeit darüber geschrieben hat, nämlich von Herrn Rösler. Das will ich an dieser Stelle auch einmal betonen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Bei der damaligen Debatte – wer dabei war, Kollege Röhm, der weiß das noch –

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, ich war dabei!)

gab es viele, die gesagt haben: „Da machen wir nicht mit,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Käseglocke, da machen wir auf keinen Fall mit.“ Wir sind jetzt in der Situation, dass wir ein Rezertifizierungsverfahren machen müssen, um die UNESCO-Anerkennung wieder zu bekommen. Da stehen wir gerade am Anfang. Wir werden das in den nächsten Monaten voranbringen.

Siehe da, plötzlich stehen 23 Kommunen – 23! – vor der Tür, die sagen: „Wir wollen da auch rein.“

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Weil es Geld gibt!)

Da sind all die dabei, die damals gesagt haben: „Nein, nicht mit uns, Käseglocke.“

Was will ich damit sagen? Erstens war der Ansatz bei der Schwäbischen Alb damals richtig. Übrigens hat das auch die Preisverleihung durch die Bundesregierung in dieser Woche gezeigt. Die Schwäbische Alb, besser gesagt das Biosphärengebiet Schwäbische Alb, ist die nachhaltigste Tourismusregion in Deutschland. Damit hat sie das Rennen unter 27 Regionen gemacht. Da kann ich allen Beteiligten nur sagen: Herz-

(Minister Franz Untersteller)

lichen Glückwunsch und herzlichen Dank für das, was in den letzten Jahren auf der Schwäbischen Alb gemacht wurde.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Man muss doch sehen, dass es eine Erfolgsgeschichte ist, wenn heute 23 Kommunen auch reinwollen. Warum ist das so? Das hat ganz wesentlich damit zu tun, dass viele sehen, dass das neben Natur- und Artenschutz, die im Biosphärengebiet betrieben werden, natürlich auch positive wirtschaftliche Entwicklungen mit sich bringt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Warum? Wer sich da oben des Öfteren tummelt – dazu gehöre ich nun einmal –, der weiß, dass die Übernachtungszahlen in den letzten Jahren ständig gestiegen sind. Sie werden auch in Zukunft noch weiter steigen. Davon bin ich fest überzeugt. Es sind auch neue Produkte entstanden, die vermarktet werden können, usw.

Deswegen muss man bei den 23 Kommunen jetzt sehen, was überhaupt möglich ist. Es wird nicht so sein, dass man ohne Weiteres reinkommen könnte. Vielmehr werde ich mit dafür Sorge tragen, dass auch in der Zukunft bei der Entwicklung des Biosphärengebiets qualitative Kriterien eine Rolle spielen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Erhalt der biologischen Vielfalt ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wir können das nicht allein schaffen. Wir sind darauf angewiesen, dass sich möglichst viele für den Natur- und Artenschutz einsetzen.

An dieser Stelle möchte ich den vielen Ehrenamtlichen in den Naturschutzverbänden hier im Land – dazu zähle ich alle Naturschutzverbände – ein ganz herzliches Dankeschön für die ehrenamtliche Arbeit sagen, die sie geleistet haben. Ich möchte auch den Landwirtinnen und Landwirten, die im Naturschutz engagiert sind, beispielsweise im Vertragsnaturschutz, an dieser Stelle ganz herzlich danken und natürlich dafür werben, dass sie die Dinge in Zukunft gemeinsam mit uns weiter voranbringen.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auch noch einmal sagen: Es wurde konstruiert, dass zwischen Peter Hauk und mir Riesenunterschiede vorhanden wären. Das ist schlichtweg Unsinn.

Ich will das einmal an einem Beispiel festmachen: Kollege Hauk hat gestern, glaube ich, auf dem Landesbauerntag gesprochen. Wenn Sie sich die Berichterstattung anschauen – einige Veröffentlichungen haben dies auch deutlich gemacht –, sehen Sie: Peter Hauk hat sich dafür ausgesprochen, dass die Flächenförderung perspektivisch nicht mehr den bisherigen Stellenwert haben wird und wir perspektivisch stärker dahin kommen werden, dass die Förderung mehr an den gesellschaftlichen Leistungen und an den Naturschutzleistungen der Landwirtschaft ausgerichtet wird. Da sage ich: An diesem Punkt passt kein Blatt zwischen uns.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Überhaupt kein Blatt. Deshalb können Sie davon ausgehen, dass wir, was dieses Arbeitsprogramm betrifft, das wir im Herbst vorlegen werden, in den kommenden Monaten intensiv diskutieren werden und zum Schluss ein gutes Ergebnis für unser Land vorlegen werden.

Meine Damen und Herren, zum Abschluss ist mir noch eines wichtig: Natur- und Artenschutz ist kein Luxus, den man sich leisten kann. Die Natur kommt ohne uns eigentlich bestens zurecht. Aber man sollte sich einmal überlegen, ob wir ohne die Natur zurechtkommen. Das ist meines Erachtens nämlich nicht der Fall. Wir sind von den natürlichen Lebensgrundlagen abhängig und nicht umgekehrt. Wenn wir die Natur schützen und wenn wir die biologische Vielfalt erhalten, dann sichern wir letztendlich nichts weniger als unsere eigene Zukunft.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet und Punkt 2 der Tagesordnung erledigt.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Mitglieder der Regierung, entgegen der ursprünglichen Planung gemäß der Tagesordnung treten wir jetzt in die Mittagspause ein und verschieben Tagesordnungspunkt 3 auf den Nachmittag hinter die Regierungsbefragung.

Bevor wir allerdings tatsächlich in die Mittagspause eintreten, darf ich Sie auf die Eröffnung der Ausstellung „Im Tigerkäfig der Stasi“ und „Dunkelkammer Torgau“ der Künstler Gino Kuhn und Katrin Büchel hinweisen, die jetzt gleich im Foyer stattfindet. Die Künstler wollen mit ihren Werken auf die Opfer der SED-Diktatur aufmerksam machen. Die einzelnen Werke widmen sich dem Thema Mauerbau und stellen die Haftbedingungen in DDR-Gefängnissen dar.

Gleichzeitig möchte ich an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 erinnern, dessen unser Gemeinwesen am vergangenen Samstag in vielfacher Weise gedacht hat.

Meine Damen und Herren, ich möchte Sie an dieser Stelle ausdrücklich bitten, der Einladung zu folgen und sich die interessante Ausstellung anzusehen. Beim anschließenden Stehempfang besteht dann wie üblich die Gelegenheit zum Gedankenaustausch.

Wir setzen die Sitzung – wie ursprünglich geplant – um 14:45 Uhr fort.

(Unterbrechung der Sitzung: 13:37 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:45 Uhr)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren! Wir setzen die Sitzung fort.

(Präsidentin Muhterem Aras)

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Regierungsbefragung

Das erste Thema wurde von der Fraktion der FDP/DVP gemeldet:

Zulassungsverbot von Kfz mit Verbrennungsmotoren ab 2030 und Dieselfahrverbote ab 2018

Ich darf das Wort für die FDP/DVP-Fraktion Herrn Abg. Haußmann geben.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein mögliches Zulassungsverbot von Kfz mit Verbrennungsmotoren ab 2030 und Dieselfahrverbote in der Stadt Stuttgart ab 2018 haben wir zum Thema gemacht.

Der Parteitag der Grünen hat einmal mehr – es ist nicht das erste Mal – verkündet, dass ab 2030 der Verbrennungsmotor nicht mehr zugelassen werden soll. Wenn man sich mit Fachleuten darüber unterhält, dann zeigt sich, dass überhaupt nicht klar ist, in welche Richtung die Technologie fortschreitet. Entscheidend ist, dass der politische Rahmen technologieneutral ist und keine technologische Option ausschließt. Nur so kann die Effizienz über alle Antriebe und Kraftstoffe hinweg gesteigert werden. So hat der Diesel nach wie vor noch einen erheblichen Anteil an der bisher erreichten CO₂-Einsparung und weist im Übrigen sehr gute Werte gegenüber dem Elektrofahrzeug auf.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Was?)

In der Automobilindustrie erforscht und entwickelt man zudem erdölunabhängige E-Fuels, also synthetische Kraftstoffe.

Heute kann im Prinzip also niemand sagen, welcher Technologie tatsächlich die Zukunft gehört. Wer dem Verbrennungsmotor ein politisch gewolltes Ende setzt, muss sagen, wie er den weiteren Weg sieht.

Zu der aufgerufenen Thematik stelle ich jetzt zwei Fragen in der heutigen Regierungsbefragung.

Erstens: Was wäre nach Einschätzung der Landesregierung zu tun, wenn ab dem Jahr 2030 keine Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren mehr zugelassen würden? Wie sollte die Infrastruktur nach den Vorstellungen der Landesregierung in Baden-Württemberg dann aussehen? Und wie wirkt sich das auf die Energieversorgung aus?

Zweiter Punkt, zu den Dieselfahrverboten ab 2018 in Stuttgart: Da in gut sechs Monaten die Einführung von Fahrverboten droht, steht jetzt die Frage im Raum, wie ganz konkret die Umsetzung laufen soll, für wen welche Ausnahmen vorgesehen sind und wie dazu der weitere Ablauf ist.

Herzlichen Dank.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Nun darf ich für die Landesregierung Herrn Minister Hermann das Wort erteilen.

Minister für Verkehr Winfried Hermann: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Abgeordneter, zunächst einmal eine grundsätzliche Erklärung: Der Beschluss einer Bundespartei ist nicht identisch mit der Grundlage einer Landesregierung.

(Abg. Felix Schreiner CDU: Hoffentlich!)

Das hat auch die FDP vielfach schmerzhaft erlebt. Sie hat häufig Parteitagebschlüsse gefasst, wonach sie die Steuern radikal senken wird, aber in den Landesregierungen und den Bundesregierungen, an denen sie beteiligt war, hat dies nie geklappt. Wie kann das sein?

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Ich wäre ja beruhigt, wenn das bei diesem Thema passiert!)

Die ganz einfache Erklärung ist, Herr Haußmann, dass ein Parteitag, egal, welcher Partei, nicht bestimmt, was in einer Landesregierung oder einer Bundesregierung geschieht. Vielmehr ist das die Grundlage, mit der eine Partei in den Wahlkampf zieht, dafür wirbt, dass möglichst viele Menschen das unterstützen. Anschließend hat man, wenn man Glück hat, die Chance auf Koalitionsverhandlungen. Dann muss man mit einem Koalitionspartner verhandeln, und dann kommt etwas anderes heraus.

(Abg. Sascha Binder SPD: Echt? Kommt dabei immer etwas anderes heraus? Das ist ja spannend!)

Übrigens hat die SPD dieselbe Erfahrung gemacht. Die SPD ist seit zwölf Jahren in der Bundesregierung. Wenn Sie Herrn Schulz und die anderen Genossen auf Parteitag reden hören, haben Sie den Eindruck, die SPD war in diesen zwölf Jahren in Berlin gar nicht an der Regierung beteiligt. Wie kann das sein?

(Beifall des Abg. Stefan Räßle AfD – Zuruf der Abg. Gabi Rolland SPD)

Die SPD kann auf Parteitag beschließen, was sie will – sie muss es halt auch im Bund durchsetzen.

Streiten wir uns nicht darüber, was da beschlossen worden ist.

(Zuruf von der SPD: War's das schon?)

Die Landesregierung handelt auf der Grundlage des Koalitionsvertrags, auf der Grundlage des Wahlergebnisses in Baden-Württemberg. Da haben wir, die Grünen, nicht 100 % erreicht, sondern gut 30 %. Wir führen die Regierung und verhandeln mit unserem Koalitionspartner über einen Weg. Das ist fair, es ist sinnvoll. Es macht auch in demokratischer Hinsicht Sinn, dass man das tut, was man selbst in einer Koalition für richtig hält.

Jetzt sagen wir natürlich nicht, es sei uns wurscht, was mit dem Klima los ist, sondern für uns, die Landesregierung, ist der Koalitionsvertrag sehr klar. Wir sind dem Klimaschutz verpflichtet. Wir sagen: Wir wollen alles tun, dass das Land Baden-Württemberg einen Beitrag leistet, damit wir global das Zwei-Grad-Ziel für die maximale Erderwärmung einhalten können; wir halten uns an die Pariser Verträge, und das bedeutet, dass wir alles tun müssen, um den CO₂-Ausstoß zu reduzieren.

(Minister Winfried Hermann)

Jetzt wissen Sie ja – mindestens, weil ich es Ihnen schon hundertmal gesagt und auch geschrieben habe –, dass der Verkehr in Baden-Württemberg zu einem Drittel für die Treibhausgase verantwortlich ist. Der Verkehr ist inzwischen der größte Verursacher von Treibhausgasen. Alle anderen Sektoren sind in den letzten 25 Jahren schon besser geworden, nur der Verkehr nicht. Also muss man sich Gedanken machen, dass es doch vernünftig ist – was übrigens auch der Grundgedanke des Parteitagebeschlusses der Grünen war –, zu sagen: Wenn wir wirklich klimafreundlich weiterleben wollen, müssen wir den Verkehr so umgestalten, dass wir bis zur Mitte des Jahrhunderts klimaneutral und emissionsfrei mobil sind und bleiben.

Jetzt haben Sie sich ja auf den Bundesparteitag kapriziert. Der Bundesrat hat in seiner Sitzung am 23. September 2016 unter Beteiligung zahlreicher Regierungen, an denen CDU, SPD, FDP und Grüne beteiligt sind, beschlossen – und zwar als Stellungnahme an die Europäische Kommission – die Kommission in Sachen Abgaben, Maut etc. aufzufordern, Maßnahmen zu ergreifen, damit man bis 2030 nur noch emissionsfreie Pkws zulassen kann.

Wohlgemerkt, das waren nicht die Grünen, sondern das war eine große Mehrheit des Bundesrats unter Beteiligung ganz vieler. Warum braucht man diese Beschlüsse, obwohl man immer wieder hört, das gehe nicht, das sei ganz schwierig, wie solle das überhaupt funktionieren? Ja, das ist schwierig, und das ist auch der Grund, warum die Landesregierung – ich persönlich und der Ministerpräsident – mehrfach gesagt hat, 2030 sei eine harte Nuss, und ob das bis dahin zu schaffen ist, sei wirklich infrage zu stellen.

Was jedoch nicht infrage zu stellen ist, ist, dass wir schnell zu einer emissionsfreien Mobilität kommen müssen, klimaneutral im doppelten Sinn, CO₂-neutral, aber auch neutral in Bezug auf andere Schadstoffe, egal, mit welcher Technik, Herr Haußmann; das habe ich immer gesagt. Da sind wir ganz technikoffen. Das Ziel „Klimaschutz und schadstofffrei“ ist nicht zu verhandeln, sondern die Technik muss diesem Ziel dienen, und genau so arbeiten wir.

Jetzt komme ich konkret zu dem, was wir machen. Wir haben gestern im Kabinett eine dritte Offensive beschlossen, und zwar in Sachen Elektromobilität. Das ist ein wichtiges Element, weil wir wissen: Wenn wir in Baden-Württemberg auch noch in den nächsten zehn bis 20 Jahren Autos verkaufen wollen, die ja einen Teil unseres Wohlstands ausmachen, weil viele Arbeitsplätze daran hängen, dann müssen wir doch alles dafür tun, dass wir die neuesten, die besten, die abgasärmsten und die klimafreundlichsten Autos produzieren. Nicht der, der das fordert, ist ein Autofeind, sondern der, der sagt: „Lasst uns weitermachen wie bisher.“ Denn diese Leute würden sich bald umschauen. Sie können schon jetzt einmal nach Detroit reisen und sich anschauen, was die Folge davon ist, dass die amerikanische Industrie über Jahre hinweg Effizienztechnologien und Ressourcenschutz verpasst hat. Der Niedergang der Automobilindustrie der USA ist dort sichtbar. Eine ganze Region ist dort sozusagen in Ruinen zurückgefallen. Das wollen wir hier nicht erleben.

Ein anderes Beispiel: Wir haben im Schwarzwald noch in den Siebzigerjahren 30 000 Arbeitsplätze in der Uhrenindustrie gehabt. Die Uhrenindustrie hat damals den technologischen

Sprung zu Quarzuhren, zu elektronisch gesteuerten Uhren nicht geschafft. Man hat gesagt: „Wir sind doch die Besten, wir machen die besten Uhren der Welt, eine neue Technologie gefährdet unsere Arbeitsplätze.“ Und was ist dabei herausgekommen? Heute sind gerade einmal noch 1 000 Arbeitsplätze in diesem Bereich vorhanden. Alle größeren Firmen sind höchstens noch als Marken existent, wurden von anderen aufgekauft.

Strich darunter: Wir müssen viel tun im Bereich der Elektrifizierung der Mobilität, wir müssen den öffentlichen Verkehr ausbauen, wir müssen den von Ihnen immer wieder gezeißelten Radverkehr ausbauen – auch das ist global gesehen ein wichtiges Element moderner Verkehrspolitik –, die Vernetzung der Verkehrsträger ist wichtig. Wir gehen davon aus, dass Menschen verschiedene Verkehrsmittel nutzen, dass sie nicht nur Radfahrer sind und auch nicht nur den ÖPNV nutzen.

Wir werden – das sage ich in Richtung AfD – selbstverständlich auch den Schienenpersonennahverkehr elektrifizieren. Wenn ich die Rede heute Morgen richtig gedeutet habe, ist ja die AfD der Meinung, aufgrund des Feinstaubes, der angeblich bei Elektrofahrzeugen entsteht, müssten wir zurück zum Diesel auf der Schiene, weil das irgendwie sauberer wäre. Das kann man jedoch nicht ganz so ernst nehmen.

Sie sehen: Wir haben ein ganzes Paket von Maßnahmen. Alles zielt darauf ab, dass wir den Prozess des Wandels hin zu neuen Technologien beim Auto vorantreiben. Verstehen Sie die Jahreszahl 2030 als einen starken Weckruf – so, wie wir vor Jahren gesagt haben: Bis 2020 muss der Atomausstieg gelingen. Früher haben wir aber auch 1995 oder 2000 gesagt; wir haben ja verschiedene Termine gehabt. Wir von den Grünen mussten jeweils auch feststellen: Das Erreichen eines Termins hängt sehr davon ab, welchen Erfolg man bei Wahlen hat.

Präsidentin Muhterem Aras: So, jetzt. Gibt es weitere Wortmeldungen? – Herr Abg. Katzenstein.

Minister für Verkehr Winfried Hermann: Die Dieselfahrverbote – – Soll ich die auch noch – –

Präsidentin Muhterem Aras: Ach so.

Minister für Verkehr Winfried Hermann: Soll ich die auch noch ansprechen? – Dieselfahrverbote: Es ist ja so, dass wir bei der Fortschreibung des Luftreinhalteplans ein ganz umfangreiches Maßnahmenpaket verabschiedet haben. Auch wenn Sie immer wieder darauf herumreiten – nach dem Motto „Die machen Fahrverbote, obwohl so viel anderes getan werden könnte“ –, muss ich Ihnen sagen: Wir planen 20 Maßnahmen, ein breites Paket: Förderung des Nahverkehrs, Förderung von Busspuren, Einrichtung von neuen Stadtbahnlinien, anderer Takt bei den S-Bahnen, Metropolexpresszüge, um nur einige zu nennen. Die Liste der Maßnahmen geht noch weiter.

Es gibt ein breites Bündnis. Das Jobticket haben wir bereits mit relativ großem Erfolg in Angriff genommen. Wir werben bei Unternehmen für einen Umstieg. Die Stadt Stuttgart wird die Bereiche mit Parkraummanagement weiter ausweiten. Wir werden den Fußverkehr in Stuttgart entwickeln und stärken. Das alles zählt zu diesem Maßnahmenpaket.

(Minister Winfried Hermann)

Dann kommt auch noch die Frage hinzu: Wie gehst du dann mit dem Auto um, das dreckig ist? Dazu möchte ich, obwohl ich es hier auch schon drei Mal gesagt habe, noch einmal darauf verweisen: Auf Betreiben von Anwohnern am Neckartor gab es einen Prozess; diese haben das Recht auf saubere Luft eingeklagt. Der Richter hat ihnen recht gegeben und war drauf und dran, der Stadt Stuttgart und dem Land Baden-Württemberg ein pauschales Dieselfahrverbot auf dieser Strecke immer dann, wenn Feinstaubalarm ist, auf die Nase zu drücken. Da haben wir gesagt: Wir wissen etwas Besseres. Herausgekommen ist ein Kompromiss, der lautet: Die Landesregierung muss einen Vorschlag vorlegen, mit dem sichergestellt werden kann, dass es dort an Feinstaubalarmtagen rechtmäßig durchsetzbar 20 % weniger Verkehr gibt.

Daraus ist das ganze Paket entstanden, und daraus sind auch Überlegungen entstanden, wie wir das in den Griff bekommen.

Die erste Forderung war die blaue Plakette, und zwar zunächst nur an Feinstaubtagen. Die blaue Plakette haben wir, wie Sie wissen, bislang nicht bekommen. Wir haben große Unterstützung von der Bundesumweltministerin, die da mit uns kämpft, und auf der anderen Seite haben wir einen Bundesminister Dobrindt, der im Moment nichts anderes tut, als zu blockieren, ohne einen Vorschlag zu machen. Er lässt München im Regen stehen, er lässt Stuttgart im Regen stehen, er lässt Hamburg im Regen stehen und auch alle Städte im Ruhrgebiet.

(Abg. Karl Zimmermann CDU, auf einem Abgeordnetenplatz der SPD sitzend: Mobilität! – Heiterkeit)

– Das habe ich leider nicht verstanden. Aber Sie haben einen neuen Genossen. Haben Sie es schon gemerkt? Ein neuer Genosse, der Herr Zimmermann.

(Heiterkeit – Abg. Felix Schreiner CDU: Jimmy hat sich unter die SPD geschlichen! – Unruhe)

Zu diesem Katalog gehört auch, dass man sich überlegt, wie man die schlechten, emissionsträchtigen Dieselfahrzeuge draußen halten kann, und zwar sowohl bei Feinstaubalarm als auch bei einer Stickoxidgrenzwertüberschreitung. Herausgekommen ist: Wenn wir die blaue Plakette nicht bekommen, können wir in zwei Varianten Beschränkungen vornehmen, die ausgedeutet sind.

Die erste Variante, die kleinste Variante, sieht vor: Man sperrt die B 14 von Bad Cannstatt in Richtung Bahnhof, ferner sperrt man eine Parallelstraße und auch die Umfahrungsmöglichkeit durch die Talstraße und den Wagenburgtunnel. Die nicht Ortskundigen müssen mir glauben: Das sind sozusagen die Ausfall- und Ersatzstraßen, die man ja mit sperren muss, weil man andernfalls den Autoverkehr nur verlagern würde. Das ist die einfachste Variante. Sie betreffe alle Dieselfahrzeuge, die die Euro-6-Norm nicht erfüllen; Benziner dürften ab Euro 3 fahren.

Die zweite Variante lautet: Wir sperren die Einfahrt in den Kessel. Diese Maßnahme ist weiter ausgreifend. Dies wird noch vor dem Gericht verhandelt; denn es gibt ja noch ein zweites Verfahren. Die DUH klagt gegen das Land auch wegen der Stickoxidbelastung in der ganzen Stadt. Dann wird man sehen, was da herauskommt. Im Luftreinhalteplan haben wir mit der CDU verabredet – vorn, ganz klar –: Wir wollen

Fahrverbote durch ein Bündel von Maßnahmen vermeiden, und wenn es durch Nachrüstung oder andere Maßnahmen möglich ist, denselben Reduktionseffekt wie durch Fahrverbote zu erzielen, dann werden wir das tun.

Ich habe den Auftrag mitgenommen, auf Bundesebene aktiv zu werden. Das bin ich übrigens sogar heute und bin es morgen wieder. Ich war vor zehn Tagen im Bundesrat mit der baden-württembergischen Initiative zur Nachrüstung. Ich habe eine Mehrheit in der Verkehrsministerkonferenz gefunden, wir haben eine Mehrheit in der Umweltministerkonferenz gefunden. Heute Morgen hat der Verkehrsausschuss des Bundesrats getagt und sich mit unserer Initiative befasst. Es sieht nicht schlecht aus, dass wir eine Mehrheit bekommen können.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Minister Hermann, kommen Sie bitte zum Schluss.

(Abg. Felix Schreiner CDU: Ist aber gut, was er sagt!)

Minister für Verkehr Winfried Hermann: Ich hoffe, dass wir auf diese Art und Weise eine Nachrüstung bekommen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Ich erteile Herrn Abg. Katzenstein das Wort. – Ich bitte die Landesregierung: Die Antworten sollten nicht länger als fünf Minuten sein, damit möglichst viele Fragen gestellt werden können.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Aber wenn die Antworten gut sind!)

– Nein, auch unabhängig von der Bewertung der Antwort gelten die fünf Minuten.

Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Frau Präsidentin! Herr Minister, vielen Dank. Sie haben ja schon klargestellt: Verbote sollten nur das allerletzte Mittel sein. Da frage ich die Landesregierung, was Sie denn sonst vorhaben. Sie haben angekündigt: die Landesinitiative Elektromobilität III. Vielleicht könnten Sie noch etwas genauer erläutern, was für Maßnahmen dort vorgesehen sind. Sie haben das vorhin nur grob angerissen.

Vielen Dank.

(Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Minister für Verkehr Winfried Hermann: Vielen Dank. – Um der Bitte der Präsidentin nachzukommen, versuche ich mich kürzer zu fassen.

Präsidentin Muhterem Aras: Bitte.

(Abg. Sascha Binder SPD: Den Rest kann man nachlesen!)

Minister für Verkehr Winfried Hermann: Aber da die meisten ja nicht so viel lesen, sage ich es mündlich. Das geht schneller.

Ein wichtiges Element ist: Wir glauben, wir müssen das tun, was jetzt ansteht: die Elektromobilität in der Fläche auszurollen – im Moment ist sie sehr stark auf den Ballungsraum konzentriert –, also im ländlichen Raum.

(Minister Winfried Hermann)

Ein wesentliches Element ist, dass wir die Infrastruktur verbessern, das heißt die Ladeinfrastruktur ausbauen. Aus meiner Sicht ist das Wichtigste an diesem Beschluss, dass wir für gut 10 Millionen € mit zusätzlich 2 000 Ladesäulen – Schnellladesäulen und normale Ladesäulen – im ganzen Land ein flächendeckendes Netz aufziehen, sodass man es im ganzen Land nicht weiter als 10 km bis zur nächsten Ladesäule hat. Das ist ganz wichtig.

Weiter wollen wir vor allem Flotten fördern, z. B. Taxis oder soziale Betriebe, die Pflegedienste erbringen oder Altenbetreuung leisten, also Flotten, die auch eine gesellschaftliche Funktion haben und im öffentlichen Raum sichtbar sind, damit die neue Mobilität erkennbar ist.

Ehrlich gesagt, freue ich mich besonders, dass inzwischen auch die Polizei mit Pedelecs und Elektroautos unterwegs ist. Denn das ist sozusagen das Zeichen: Die fahren sicher, die würden bestimmt keine Technik nutzen, die im Zweifel sozusagen schädlich ist, wenn man einen Verbrecher verfolgt.

Das sind aus meiner Sicht positive Symbole.

Wir machen weiter mit der Nachrüstung der Flotte der Landesregierung. Immer mehr Ministerinnen und Minister sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden mit Plug-in-Hybriden oder mit Elektrofahrzeugen unterwegs sein.

Das sind einige Elemente. Dann wird auch noch der Mittelstand unterstützt und wird noch Forschungsarbeit betrieben.

Das ist jetzt meine kurze Antwort. Wenn ihr eine längere Antwort wollt, müsst ihr nachfragen.

(Beifall des Abg. Martin Grath GRÜNE)

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Jetzt erteile ich Herrn Abg. Schreiner das Wort. Es geht bei der Reihenfolge nach der Fraktionsstärke.

(Abg. Felix Schreiner CDU: Ich?)

– Ja.

(Abg. Felix Schreiner CDU: Ich heiße aber nicht Wald, sondern Schreiner! – Gegenruf des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Hat sie ja auch gesagt, Herr Kollege! – Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Hat sie gesagt!)

Minister für Verkehr Winfried Hermann: Ich habe auch Frey verstanden.

Abg. Felix Schreiner CDU: Herr Minister, wir wollen ja nicht, dass es der Autoindustrie so geht wie der Uhrenindustrie im Schwarzwald. Deswegen setzen wir auf technische Nachrüstung. Sie haben es gesagt.

Ich wollte, was das Thema „Synthetische Treibstoffe“ angeht, noch einmal nachfragen: Was gibt es da für Erkenntnisse in der Landesregierung? Denn mein Stand ist, dass z. B. ein Elektromotor nicht unbedingt schädlicher für die Umwelt ist als ein Zwei-Liter-Verbrennungsmotor, 75 PS, betrieben mit synthetischem Treibstoff. Gibt es da Erkenntnisse, und was unternimmt die Landesregierung an dieser Stelle, um dies vielleicht noch voranzutreiben?

Präsidentin Muhterem Aras: Bitte, Herr Minister.

Minister für Verkehr Winfried Hermann: Vielen Dank. – Die Frage war auch in der Frage von Herrn Abg. Haußmann ein bisschen intendiert. Aus meiner Sicht geht es nicht um die Frage „Elektromobilität, ja oder nein?“, auch wenn ich glaube, dass dies im Moment wahrscheinlich die beste Technologie ist. Vielmehr geht es um Abgasfreiheit und Klimaneutralität. Deswegen kommen automatisch auch Kraftstoffe ins Spiel. Biologisch erzeugte Kraftstoffe z. B., die nicht zulasten der Ernährungsproduktion gehen, sind sinnvoll. Das hatte man auch einige Zeit, und heute hat man es zum Teil noch in der Landwirtschaft.

Wir werden vermutlich im Luftverkehr, bei der Schifffahrt, aber auch bei den Lkws noch nicht so schnell elektrisch unterwegs sein. Deswegen wird man in solchen Bereichen um die Entwicklung von synthetischen, aber dann möglichst klimaneutral erzeugten Kraftstoffen vielleicht nicht herumkommen. Deswegen haben wir übrigens auch im Bereich der Digitaloffensive ein Modellprojekt THG-Quote – das ist die Treibhausgasemissions-Quote – mit dem Ziel gestartet, den CO₂-Ausstoß zu reduzieren.

Eine Möglichkeit ist, dass man Überschüsse bei erneuerbaren Energien – diese fallen manchmal an, wenn es viel Wind gibt, die Stromabnahme aber gering ist – nutzt, um beispielsweise Wasserstoff zu erzeugen, und so die Brennstoffzellenmotorisierung unterstützt. Man könnte mit der überschüssigen Energie auch Methan erzeugen und damit einen Gasmotor betreiben. Es gibt also verschiedene technische Varianten, wie man dies nutzen kann.

Ich bin ein bisschen unglücklich über die grüne Formulierung „abgasfrei“. Besser wäre es, von „klimaneutral“ und „emissionsarm“ zu sprechen. Dann hätte man die Gesamtbilanz im Blick. Man muss auch wissen: Mobilität darf man nicht nur in Bezug darauf sehen, was hinten aus dem Auspuff kommt oder was konkret an Energie benötigt wird, sondern es geht darum, dass die gesamte ökologische Bilanz der Fahrzeugproduktion, der Nutzung und der Entsorgung stimmt. Deswegen gehört zum neuen Elektroauto eigentlich hinzu, dass dieses komplett recycelbar ist und dass natürlich auch in der Vorkette schon ökologisch gehandelt wird.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Nun erteile ich das Wort Frau Abg. Dr. Baum.

Abg. Dr. Christina Baum AfD: Herr Minister Hermann, ich habe eine Frage zu Ihren anfänglichen Äußerungen. Ich weiß nicht genau, wie ich diese interpretieren soll: Heißt das jetzt für die Grünen – so, wie es damals auch für Frau Merkel galt –, dass man sich nicht darauf verlassen kann, dass das, was vor der Wahl gesagt wird, auch nach der Wahl gilt?

(Unruhe)

Oder heißt das praktisch, dass die Grünen in jedem Parlament, in dem sie vertreten sind, eigene Entscheidungen treffen können, ohne Rücksicht auf das Bundesprogramm zu nehmen?

Danke.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Was hat das jetzt mit dem Thema zu tun?)

Minister für Verkehr Winfried Hermann: Wissen Sie, wenn man einer Partei angehört, die nicht in der Regierung ist und die auch noch nie in einer Regierung war, dann kann man vor der Wahl und nach der Wahl immer das Gleiche sagen. Das ist ganz einfach, wenn man nichts umsetzen kann bzw. muss.

(Vereinzelt Heiterkeit und Beifall – Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Ach, sonst nicht? Das ist gut, dass das hier so formuliert wird! Schön, dass Sie das sagen!
Danke sehr! – Lachen der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Sie springen zu kurz,

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Ja, ja!)

wenn Sie sagen: „was man will“. Sie reden ja hier im Landtag und wo Sie sonst noch reden so, als wären Sie allein unterwegs. Heute Morgen war das so der Gestus von Herrn Klos an das Plenum: „Sie glauben, die Erde ist eine Kugel. Aber wir wissen – wissenschaftlich –, sie ist eine Scheibe.“ In diesem Bewusstsein laufen Sie herum.

(Beifall bei der CDU und den Grünen sowie Abgeordneten der SPD)

Es ist doch vollkommen logisch, dass man, wenn man an einer Wahl teilnimmt, seine eigenen Ansprüche genau so formuliert, wie man es für richtig hält. Wenn man eine Regierung bildet, muss man in Deutschland in der Regel eine Koalition bilden, und dann muss man Abstriche an dem machen, was man sich vorher vorgenommen hatte. Man nennt das Kompromiss.

(Abg. Sabine Wölflé SPD: Das verstehen die nicht!
Sie werden ja auch niemals an die Regierung kommen!)

Übrigens: Selbst wenn sie in der Opposition sind, gelingt es manchen Parteien ja, dazuzulernen und nach der Wahl zu erkennen: Die Welt hat sich geändert, und das eine oder andere, was man vorher behauptet hat, stimmt so eben nicht.

Legen wir einmal Äußerungen von Ihnen nebeneinander. Es gibt bei Ihnen ja Abgeordnete im Verkehrsausschuss, die dort in Redebeiträgen sagen: „Wir müssen den ÖPNV ausbauen; wir müssen elektrifizieren“, und heute Morgen höre ich in Ihrer Rede: „Aber der Stromabnehmer von der Eisenbahn produziert Millionen Tonnen Feinstaub, und das haben Sie nicht im Visier.“ Ja, wie passt denn das zusammen? Sie erlauben sich die größten Widersprüche und treten hier als Papst auf. Das ist doch völlig daneben.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Ich erteile das Wort Herrn Abg. Rivoir.

Abg. Martin Rivoir SPD: Herr Minister, ich möchte auf diesen Vergleich noch einmal kurz eingehen. Sie haben eben selbst ausgeführt, dass es Ziel sei, den Verkehr an Feinstaubtagen um 20 % zu reduzieren. Dadurch ist aber noch gar nicht gewährleistet, dass die Schadstoffbelastung sinkt. Eigentlich müsste im Rahmen dieses Vergleichs als Ziel formuliert werden, um wie viel Prozent die Schadstoffbelastung abnehmen

soll. Denn theoretisch könnten nachgerüstete Fahrzeuge ja dort hineinfahren, und die Belastung bleibt durch das Verkehrsaufkommen noch immer bei 100 %. Damit hätten Sie Ihren Vergleich nicht erreicht. Das ist doch ein Widerspruch an sich, den Sie da formuliert haben. Vielleicht können Sie noch einmal darlegen, wie Ihr Gedankengang da war.

Minister für Verkehr Winfried Hermann: Das ist kein Widerspruch. Denn der Richter weiß – das wissen Sie eigentlich auch –, dass der Feinstaub im Wesentlichen nicht mehr aus den Auspuffen kommt, sondern bei Abbremsungen aus Bremsabrieb stammt, aus Reifenabrieb und Straßenbelagsabrieb, und dass hier Aufwirbelungen entstehen. Deshalb gilt: Viel Verkehr bedeutet viel Vorläuferproduktion von Feinstaub und viel Aufwirbelung. Aus dieser Überlegung heraus hat man grob abgeschätzt, dass, wenn 20 % weniger Verkehr rollt, die Schadstoffe um so und so viel weniger werden und man auf diese Weise in etwa die Grenzwerte einhalten kann.

Wohlgemerkt: Am Neckartor geht es ja um die Feinstaubgrenzwertüberschreitungstage. Im Jahresdurchschnitt halten wir die Grenzwerte ein, aber beim zweiten Grenzwert, den maximal zulässigen Überschreitungstagen – 35 im Jahr –, sind wir darüber. Wir müssen also nicht komplett reduzieren, sondern wir müssen es einfach nur schaffen, dass wir weniger Überschreitungstage haben. Das kann man durch weniger Verkehr an den sogenannten Feinstaubalarmtagen, die zukünftig Schadstoffalarmtage heißen werden, schaffen. Voraussetzung ist, dass die Menschen zu zweit im Auto fahren, also sich gegenseitig mitnehmen, oder umsteigen auf den öffentlichen Verkehr oder auf das Fahrrad.

Also nochmals: Der Feinstaub ist nicht die Folge von grüner Politik, sondern der Feinstaub ist die Folge verfehlter Verkehrspolitik über viele Jahre, falscher Automobiltechnik und der zu geringen Bereitschaft von Menschen, selbst etwas dazu beizutragen, dass die Luft sauber wird. Aber alle wollen saubere Luft haben. Da sage ich: Jeder, der ein Auto hat, hat die Verantwortung, das einmal stehen zu lassen. In Stuttgart ist es nicht so wie im ländlichen Raum, dass man sagen kann: Ich brauche ein Auto. In Stuttgart gibt es einen guten öffentlichen Verkehr, und da kann man sich auch einmal ein paar Tage umstellen.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Nunmehr erteile ich das Wort Herrn Abg. Haußmann.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Minister, ich komme doch noch einmal auf die Eingangsfrage zurück. Ich will aber noch die Frage anhängen, auf welcher konkreten Rechtsgrundlage Sie in dem Maßnahmenpaket ab 2018 ein Fahrverbot ausschließlich für Dieselfahrzeuge – Euro 5 und geringer – vorsehen. Da würde mich die Rechtsgrundlage interessieren.

Dann hatte ich eingangs gefragt: Wenn es zu den Fahrverboten kommt, wie muss man sich das dann vorstellen? Welche Ausnahmen gibt es da? Wie wird das geregelt, organisiert? An wen kann man sich da wenden? Wie steht es dann beispielsweise in Stuttgart mit einer Notfallpraxis? Gibt es dann nur Ausnahmen für die medizinisch Verantwortlichen, oder dürfen dann künftig Patienten trotzdem noch zu der Notfallpraxis fahren? Da würde mich einfach interessieren: Was ist da konkret vorgesehen?

Minister für Verkehr Winfried Hermann: Vielen Dank. – Zur Rechtsgrundlage: Bei den gesetzlich vorgesehenen Fahrbeschränkungen – es handelt sich immer um Beschränkungen in Umweltzonen; wir haben ja schon 26 grüne Umweltzonen in Baden-Württemberg – darf man, wenn man nur eine rote oder nur eine gelbe Plakette hat, in die grünen Umweltzonen nicht hineinfahren. Alle, die grüne Plaketten haben, dürfen hineinfahren.

Dieses Instrument haben wir vom Bund gefordert, aber bisher noch nicht bekommen. Deswegen waren wir beim Bundesverkehrsministerium und haben das Bundesverkehrsministerium gefragt: Wenn ihr uns dieses Mittel nicht gebt, wie sollen wir es dann machen? Denn wir müssen etwas machen. Daraufhin kam die Empfehlung: Dann nehmen Sie doch einfach Straßenverkehrsschilder, die es schon gibt, nämlich „Gesperret für Fahrzeuge aller Art“, ausgenommen Benziner Euro 3 und besser und Diesel Euro 6, und darunter das Schild „Lieferverkehr frei“.

Damit wäre auch schon die Frage beantwortet, die Sie gestellt haben. Es wird zahlreiche Ausnahmen geben. Ob das der Handwerker ist oder der Computerfachmann – all das einschließlich Pizzaservice wird als Lieferverkehr bezeichnet. Auch der Lieferverkehr für Industrieunternehmen wird freigegeben. Dann gibt es schon bei den bisherigen Umweltzonen eine ganze Liste von Diensten und Einrichtungen, die ausgenommen sind: Bundeswehr, Feuerwehr, Notfalldienste, Ärzte, Apotheken usw. Es gibt also eine ganze Reihe von Ausnahmen. Ich habe sie hier auch schon einmal genannt, auch im Verkehrsausschuss habe ich sie schon einmal mitgeteilt. Wenn Sie das im Einzelnen interessiert, lade ich Sie ein, auf unsere Homepage zu gehen. Da finden Sie nochmals alle Punkte. Es wird dann noch wenige individuelle Ausnahmen geben, über die dann im Einzelfall von der Verwaltung der Stadt Stuttgart entschieden wird. Aber der große Teil wird allgemein geregelt. Das werden wir offen kommunizieren, sodass es jeder nachvollziehen und nachlesen kann.

Präsidentin Muhterem Aras: Jetzt hat als Nächster Herr Abg. Dr. Murschel das Wort. Ich bitte um möglichst kurze Fragen und kurze Antworten. Ich habe nämlich noch zwei, drei Wortmeldungen. – Bitte, Herr Abg. Dr. Murschel.

Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE: Vielen Dank. – Herr Minister, ich habe noch eine Frage nach dem vorgesehenen Prozedere bei möglichen Fahrverboten. Bisher war es doch so, dass die freiwilligen Fahrverzicht bei diesen Feinstaubalarmtagen dadurch ausgelöst wurden, dass Überschreitungen, über das Winterhalbjahr verteilt, zu erwarten waren. Jetzt war es ja wieder ausgesetzt. Heute haben wir z. B. eine Situation mit hohen Ozonwerten, verbunden mit Stickoxid usw. Eine solche Situation kann also auch im Sommer eintreten. Soll denn dieses Instrumentarium dann 365 Tage im Jahr gelten, oder gilt das auf den Winterzeitraum beschränkt und damit nur temporär?

Minister für Verkehr Winfried Hermann: Maßnahmen zur Luftreinhaltung müssen immer auch abgewogen werden: Wie groß ist der Eingriff, wie tief ist der Eingriff, und was ist zumutbar für den Verkehr, die Wirtschaft usw.? Deswegen handelt man nicht ausschließlich aus einem Kriterium – Luftreinhaltung – heraus.

Deswegen haben wir uns zusammen mit der Stadt und dem Regierungspräsidium entschieden, dass die Saison vom 15. Oktober bis zum 15. April geht, weil in dieser Zeit häufig Inversionswetterlagen vorkommen und dann die Schadstoffe in besonderer Weise – auch aufgrund der Temperaturen – über die Grenzwerte geradezu hinausschießen. Denn die Luft steht in Stuttgart wie unter einer Glasglocke, und dann reichern sich in wenigen Tagen oder Stunden die Schadstoffe an.

Also: Saison nur ein halbes Jahr. Wir nehmen dabei in Kauf, dass es auch im Sommer ab und zu Tage gibt, an denen die Werte über die Grenzwerte hinausschießen, aber der Aufwand wäre insgesamt zu groß. Aus diesem Grund haben wir gesagt: Wir konzentrieren uns auf die wirklich schwierigen Zeiten; das ist der Winter.

Nochmals: Die Feinstaubalarmtage, die zukünftig nicht mehr so heißen werden, sind eigentlich Tage, an denen man vor einer Inversionswetterlage warnt. Das macht der Deutsche Wetterdienst. Der kann das inzwischen stabil prognostizieren, und zwar zwei Tage im Voraus und mindestens zwei Tage weiter; denn für einen Tag rufen wir keinen Alarm aus. Wenn wir diese Prognose haben, muss die Stadt Stuttgart den Alarm oder die Warnstufe ausrufen, und dann gilt am übernächsten Tag die Fahrbeschränkung.

Präsidentin Muhterem Aras: Kommen Sie bitte zum Schluss, Herr Minister.

Minister für Verkehr Winfried Hermann: Das ist sozusagen der Mechanismus.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank, Herr Minister. – Sehr geehrte Damen und Herren, die Zeit für ein Thema in der Regierungsbefragung beträgt längstens 30 Minuten. Diese 30 Minuten sind vorbei. Ich habe noch einige Wortmeldungen, aber das ist die Regel, die in der Geschäftsordnung steht. Daher ist meine Bitte, wenn ich jetzt das nächste Thema aufrufe – – Wir sind mit diesem Thema durch, Herr Minister.

Minister für Verkehr Winfried Hermann: Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Das nächste Thema – Ressort MWK –, von der Fraktion GRÜNE beantragt, lautet:

D i g i t a l e W e g e i n s M u s e u m

Wem darf ich das Wort geben? – Herrn Abg. Kern.

An die Landesregierung schon jetzt die Bitte, die Antworten pro Frage auf maximal fünf Minuten zu beschränken, damit die Abgeordneten tatsächlich auch möglichst viele Fragen stellen können.

Danke.

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Dann muss eine Redezeitbeschränkung für den Minister her, wenn sonst Fragen verunmöglicht werden!)

Abg. Manfred Kern GRÜNE: Ich frage die Landesregierung:

Frau Staatssekretärin, Sie hatten ja angekündigt, sowohl auf den Zugang zu den Museen und den Kultureinrichtungen wie

(Manfred Kern)

auch auf das Thema „Digitalisierung in der Kunst“ in dieser Legislaturperiode einen Schwerpunkt legen zu wollen.

Als Kunstfreund und gleichzeitig als Digitalisierungslaien wüsste ich gern, wie digitale Wege ins Museum gelegt werden, was man sich unter der Digitalisierung der Museen und Kultureinrichtungen vorzustellen hat. Schließlich entfalten Kunstwerke und Ausstellungsstücke – so sehe ich es zumindest – erst in der Betrachtung vor Ort ihren Reiz. Insofern bin ich sehr neugierig, was ich mir unter den „Digitalen Wegen ins Museum“ vorzustellen habe.

Dabei habe ich u. a. von einem Projekt „Museum 2.0“ gehört. Da konnten sich Kulturinstitutionen aus dem ganzen Land für ein Digitalisierungscoaching bewerben. Wenn ich richtig informiert bin, wurden für die erste Runde dieses Coachings das Deutsche Uhrenmuseum in Furtwangen, das Staatliche Museum für Naturkunde in Stuttgart und das Württembergische Landesmuseum ausgewählt.

Ein weiteres Vorhaben ist die Ausschreibung „Digitale Wege ins Museum“, über die Sie vor wenigen Wochen informiert haben. Dabei geht es um Vermittlungsarbeit und Publikumsorientierung an den staatlichen Museen. Auch der Bereich der Bürgerwissenschaft – neudeutsch Citizen Science – gehört wohl dazu.

Konkret würde ich von Ihnen nun gern wissen, ob aus dem ersten Vorhaben bereits konkrete Ergebnisse berichtet werden können und was der Hintergrund des zweiten Vorhabens – Digitale Wege ins Museum – ist. Geht es hier darum, Kunstwerke zu digitalisieren, oder geht es mit der digitalen Vermittlungsarbeit noch weiter?

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Für die Landesregierung erteile ich das Wort Frau Staatssekretärin Olschowski.

Staatssekretärin Petra Olschowski: Sehr geehrte Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Manfred Kern, das Thema Digitalisierung betrifft, wie wir wissen, alle Bereiche unseres Lebens. Es ist ein sogenanntes Querschnittsthema. So betrifft es natürlich auch den ganzen Kulturbereich. Die Fragen, die Sie jetzt am Anfang gestellt haben, beschäftigen sich vor allem mit den Museen. Deswegen möchte ich mich, um die Fünf-Minuten-Regel einzuhalten, im Moment darauf konzentrieren.

Die Museen haben ja vielfältige Aufgaben, ganz klassisch: forschen, sammeln, vermitteln und bewahren. Dazu kommen Kulturmanagement und Öffentlichkeitsarbeit. In all diesen Bereichen wird die Digitalisierung immer wichtiger. Das bedeutet gerade nicht, dass die Arbeit der Kultureinrichtungen und der Museen nur noch im Netz stattfindet, sondern es bedeutet, dass die Digitalisierung Möglichkeiten bietet, Menschen für Kultur zu begeistern und dafür zu gewinnen, sodass sie am analogen Kulturgenuss im Museum, im Theater, im Konzert teilhaben und darüber auf eine möglichst gute Art und Weise informiert werden und auch verschiedene Möglichkeiten haben, den Kulturgenuss vor- und nachzubereiten.

Sie haben zwei Projekte angesprochen. Das eine ist das Förderprogramm „Digitale Wege ins Museum“, das andere ist das Programm „Museen 2.0“. Dazu kommen weitere Projekte, bei

denen u. a. das Ziel ist, die Einrichtungen auf diesem Weg zu begleiten und zu coachen und sie auch mit anderen Kultureinrichtungen, mit der Kreativwirtschaft, mit den Hochschulen und Schulen stärker als bisher zu vernetzen.

Dazu finden im Moment intensive Gespräche mit den Institutionen statt. Unser Partner bei all diesen Angeboten ist die Medien- und Filmgesellschaft, die sich in der letzten Zeit sehr stark auf die Beratung gerade in diesem Bereich spezialisiert hat. Die jetzt angebotenen Workshops und Programme, insbesondere das Coaching „Museen 2.0“, haben noch keine Ergebnisse erbracht. Dazu ist es einfach noch zu früh. Wir werden aber im November einen Workshop mit den Institutionen veranstalten, bei dem die Ergebnisse vorgestellt und diskutiert werden sollen. Daraus wiederum sollen dann neue Projekte und neue Entwicklungen vorangebracht werden.

Ich möchte ein Beispiel dessen, was schon vorliegt, zeigen. Es gibt die Publikation „Open Up! Museum“. Das ist eine Handreichung für die digitalen Herausforderungen der Museen, herausgegeben von uns, vom Land Baden-Württemberg zusammen mit der MFG. Sie ist im Moment deutschlandweit nachgefragt, weil es keinen zweiten Ratgeber in dieser Form gibt. Man sieht also, wir sind da auf einem guten Weg, der auch für andere Bundesländer beispielhaft sein kann.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Gibt es Wortmeldungen? – Bitte, Frau Abg. Gentges.

Abg. Marion Gentges CDU: Vielen Dank. – Frau Staatssekretärin, Thema ist ja „Digitale Wege ins Museum“. Meine Frage zielt darauf ab, wie weit unsere Museen auf diesem Weg schon gegangen sind. Wissen Sie, wie viele unserer Museen schon über Apps verfügen, die beispielsweise einen Museumsrundgang per Smartphone möglich machen, und inwieweit diese Apps kostenpflichtig oder kostenfrei zur Verfügung gestellt werden?

Staatssekretärin Petra Olschowski: Man muss sagen, dass sich die Museen speziell in Baden-Württemberg in den letzten Jahren sehr stark darauf konzentriert haben, ihren Bestand zu digitalisieren. Das ist eben ein Teilbereich, der auch dazu gehört. Man stellt also die Arbeiten und die Werke der Sammlung ins Netz. Das ist teilweise wichtig für die Forschung, es ist teilweise hilfreich für Besucher, die sich vorbereiten können, und es eröffnet weitere Möglichkeiten. Man kann bestimmte Programme überhaupt erst aktivieren, wenn man die Bestände digitalisiert hat.

Darauf waren unsere Museen in den letzten Jahren sehr konzentriert. Die Vermittlungsarbeiten – dazu gehören Apps und Games – standen tatsächlich im Hintergrund. Wir haben im letzten Jahr jetzt sehr stark die Initiative ergriffen, unsere Museen zu ermutigen, auch wenn nicht 100 % der Bestände digitalisiert sind – was nicht möglich ist und wahrscheinlich zu unseren und sonstigen Lebzeiten niemals erreichbar ist –, trotzdem mit Modellen wie Apps und Games anzufangen. Es gibt jetzt erste Versuche.

Aber man muss tatsächlich sagen, deutschlandweit sind die Museen im internationalen Vergleich etwas hinterher. Baden-Württemberg macht da keine Ausnahme. Wir sind jetzt dabei, Apps mit den Museen für die Museen zu entwickeln. Dazu gehören auch Spiele, Games, und weitere Programme. Aber

(Staatssekretärin Petra Olschowski)

es ist im Moment noch ein Desiderat. Wir hoffen, dass wir die Museen in den nächsten ein bis zwei Jahren in den Stand versetzen, diese Mittel für sich zu entwickeln und anzubieten.

Die Häuser sind allerdings sehr unterschiedlich. Ich kann natürlich nicht für alle Museen in Baden-Württemberg sprechen, weil viele in kommunaler Trägerschaft sind und es dort teilweise auch andere Entwicklungen gibt. Da gibt es immer mal wieder kleinere Programme. Grundsätzlich aber gilt: Darin, dass unsere Museen Apps anbieten, die durch ihre Ausstellungen führen und beispielsweise zu Bildern, Projekten und Programmen Zusatzinformationen bieten, sind wir noch nicht sehr weit.

Präsidentin Muhterem Aras: Danke schön. – Herr Abg. Rivoir, bitte.

Abg. Martin Rivoir SPD: Frau Staatssekretärin, wir sind in der Einschätzung, dass dies ein wichtiges Projekt ist, glaube ich, einig. Die Broschüren sind auch schön, Workshops sind auch wichtig. Die Frage ist einfach: Wenn es dann konkret wird, wenn Projekte da sind, wird es oft sehr teuer.

Staatssekretärin Petra Olschowski: Ja.

Abg. Martin Rivoir SPD: Zudem gibt es Museen in kommunaler Hand und kleinere, private Museen, die sich entsprechende Investitionen vielleicht nicht leisten können. Deswegen ist es, meine ich, sicher wichtig, dass das Land möglicherweise eine Anschubfinanzierung leistet. Meine Frage: Welche Finanzmittel haben Sie denn zur Verfügung, um die Digitalisierung in der Museumswelt voranzubringen? Welche Programme gibt es? Vielleicht können Sie uns dazu noch Auskunft geben.

Staatssekretärin Petra Olschowski: Die aktuelle Ausschreibung „Digitale Wege ins Museum“ umfasst 800 000 €. Insgesamt investieren wir im Moment ca. 1 Million € in verschiedenen Programmen. Wir haben jetzt für den neuen Haushalt – darüber werden Sie hier ja noch beraten – zusätzliche Mittel beantragt.

Ich sehe im Moment tatsächlich ein Thema als virulent an, das Sie angesprochen haben, Herr Rivoir, nämlich das mögliche Auseinanderbrechen der großen, vom Land geförderten Häuser im Verhältnis zu den kommunalen Häusern. Die Digitalisierung ist für alle Kultureinrichtungen und auch für die anderen Bereiche – für alle Bereiche – sehr, sehr kostspielig. Wir müssen sehen, dass auch die kleinen Häuser – je nachdem; das bedeutet für jeden Standort etwas anderes – die Möglichkeit haben, sich da weiterzuentwickeln.

Es wird Häuser geben, bei denen Digitalisierung kein großes Thema ist, weil das Publikum aus anderen Gründen kommt und auch etwas anderes erwartet. Aber es wird natürlich auch in kleineren Orten und in kleineren Museen der Bedarf da sein – gerade für Kinder und Jugendliche, die mit der digitalisierten Welt aufwachsen –, bestimmte Programme anzubieten.

Die Coachingprogramme, die ich vorhin angesprochen habe, sind deswegen extra auch offen für kleinere, kommunale Häuser. Im ersten Programm war – Herr Kern hat es gesagt – neben dem Naturkundemuseum und dem Landesmuseum in Stuttgart u. a. das Deutsche Uhrenmuseum in Furtwangen da-

bei. In der nächsten Workshopreihe sind die Staatsgalerie, das Badische Landesmuseum und die Städtischen Museen Freiburg dabei. Wir streben also immer auch eine Kombination mit den städtischen Museen an. Wir sind im Gespräch, um zu schauen, wie wir alle Häuser voranbringen.

Ein Beispiel für ein Haus, in dem das sehr gut gelungen ist – es ist auf dem Weg –, ist die Kunsthalle Mannheim. Da konnte sozusagen in einem Pilotprojekt über die Baden-Württemberg Stiftung die Digitalisierung als Mittel der kulturellen Vermittlung für den Neubau sehr umfangreich unterstützt werden. Aber das sind sicherlich Einzelfälle. Wir müssen schauen, wie wir im ganzen Land sicherstellen – es geht ja nicht nur um Geld, sondern auch um Personal und darum, wie man sich darauf einlässt –, dass es da kein Auseinanderbrechen gibt.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit sind wir mit diesem Thema durch.

Ich rufe das nächste Thema, gemeldet von der SPD-Fraktion, auf:

Armut- und Reichtumsberichterstattung in Baden-Württemberg

Ich darf das Wort Herrn Abg. Hinderer erteilen.

Abg. Rainer Hinderer SPD: Frau Präsidentin, Frau Staatssekretärin! In der letzten Legislaturperiode wurde unter Federführung des Sozialministeriums in enger Abstimmung mit den Kommunen und Verbänden ein Armuts- und Reichtumsbericht erstellt. Dabei ging es nicht um die Skandalisierung von Armut oder Reichtum, sondern es ging darum, festzustellen, wie es der Bevölkerung im Ländle geht und in welchen Lebenslagen besondere Hilfsmaßnahmen erforderlich sind.

Mit diesem Dokument und vor allem auch dem Beteiligungsprozess ist es uns, glaube ich, gelungen, eine gute Datengrundlage zu schaffen. Auf dieser Datengrundlage sollen jetzt Prioritäten in der Sozialpolitik, aber auch in anderen Politikfeldern – ich nenne ganz ausdrücklich die Bildungspolitik – gesetzt werden.

Ich nenne ein Beispiel: Der Bericht kommt zu dem Ergebnis, dass Haushalte von Alleinerziehenden in ganz besonderem Maß von Armut bedroht sind. Mit knapp 46 % haben diese Haushalte bei uns die höchste Armutsquote.

Das eine ist die Zustandsbeschreibung, das andere ist überhaupt die Einigung innerhalb von Parlament und Regierung, hier etwas ändern zu wollen. Das Dritte sind Vorschläge, wie man das erreichen will. Ich glaube, der Armuts- und Reichtumsbericht enthielt alle diese drei Komponenten.

Jetzt stellt sich für uns die Frage, wie die grün-schwarze Landesregierung mit dem vorhandenen Bericht umzugehen gedenkt. Im Koalitionsvertrag steht:

Wir werden den vorliegenden Armuts- und Reichtumsbericht für Baden-Württemberg zusammen mit Verbänden und im Sozialbereich Aktiven auswerten und diskutieren, welche Maßnahmen am besten geeignet sind, Armut zu bekämpfen.

(Rainer Hinderer)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist in der letzten Legislaturperiode bereits vorbildlich geschehen. Ich glaube eher, dass sich die Koalitionspartner mal über einige Dinge verständigen müssten, nämlich z. B., ob überhaupt eine Übereinkunft über die Definition und Kennziffern der Armuts- und Reichtumsberichterstattung besteht, ob die Koalitionspartner dieselben Handlungsprioritäten, z. B. bei Alleinerziehenden, sehen und ob sich die Koalitionspartner diese Handlungsempfehlungen, die mit den Beteiligten erarbeitet worden sind, zu eigen machen.

Vor diesem Hintergrund frage ich zunächst, mit welchen Maßnahmen die Landesregierung die besondere Armutsbedrohung der Haushalte von Alleinerziehenden in Baden-Württemberg bekämpfen möchte und warum sie – diese Frage kann ich Ihnen nicht ersparen, Frau Staatssekretärin – die Verbesserungen beim Unterhaltsvorschuss erst zum 1. Juli und nicht, wie ursprünglich von Bund und Ländern vorgesehen, bereits zum 1. Januar 2017 hat wirksam werden lassen.

Vielen Dank.

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Frau Staatssekretärin Mielich.

Staatssekretärin Bärbl Mielich: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter, lieber Kollege Rainer Hinderer! Herzlichen Dank für diese Frage. Es ist in der Tat so, dass wir in der letzten Legislaturperiode den ersten Armuts- und Reichtumsbericht für Baden-Württemberg überhaupt auf den Weg gebracht haben. Das Ergebnis war ein sehr ausführlicher und sehr langer Bericht – 900 Seiten insgesamt –, der eine Fülle von Maßnahmen, insgesamt 200 Maßnahmen, umfasst hat.

Sie haben erwähnt, dass es gelungen ist, in einem sehr außergewöhnlichen Beteiligungsprozess diesen Armuts- und Reichtumsbericht zu erstellen. Daran waren auch die Fraktionen beteiligt. Genau das wird fortgesetzt. Es gibt den Landesbeirat; dieser ist eingerichtet worden. Sie wissen sicherlich, dass es am 26. Juli dieses Jahres, also noch vor der Sommerpause, eine erneute Sitzung des Landesbeirats geben wird, in der genau das besprochen werden soll, was Sie gerade genannt haben. Es soll darüber diskutiert werden, welche konkreten Maßnahmen im Land Baden-Württemberg angegangen werden können.

In dem Armuts- und Reichtumsbericht ist sehr deutlich geworden, dass es eine Fülle von Maßnahmen gibt, die die Bundesebene betreffen und die wir vonseiten der Landesebene nicht beeinflussen können, z. B. Transferzahlungen. Daher werden wir uns darauf konzentrieren, dass wir die Maßnahmen, die auf Landesebene möglich sind, tatsächlich ins Auge fassen. Dazu soll es eine reduzierte Zahl von Indikatoren zu Maßnahmen geben, die im Landesbeirat besprochen und entschieden werden und auf den Weg gebracht werden sollen.

Sie haben es gerade erwähnt: Die Situation der Alleinerziehenden ist ganz besonders prekär; fast 50 % leben in Armut oder sind von Armut bedroht. Es muss eine Fülle von Maßnahmen geben, die dazu führen, dass z. B. Erwerbstätigkeiten ausgeführt werden können, die existenzsichernd sind.

Ihre eigentliche Frage, die Sie ein bisschen unterschwellig gestellt haben, was eigentlich die grün-schwarze Landesregierung insgesamt dazu meint, beantworte ich folgendermaßen:

Die grün-schwarze Landesregierung betrachtet dieses Thema als ein interministerielles Thema, das von vielen Ministerien bearbeitet wird, einerseits vom Kultusministerium, aber eben auch z. B. vom Wirtschaftsministerium.

Wir haben erreicht, dass in diesem Jahr ein einmaliges Förderprogramm für sozialen Wohnungsbau mit einem Volumen von 180 Millionen € aufgelegt worden ist. Das ist in der letzten Legislaturperiode mit einem SPD-geführten Finanz- und Wirtschaftsministerium nicht gelungen. Das möchte ich einmal deutlich sagen. Wir können sehr stolz darauf sein, dass das gelungen ist.

Denn eine Schiene bzw. eine Antwort von vielen ist natürlich: Wir brauchen preiswerten Wohnraum. Wir müssen erreichen, dass Menschen, die wenig Geld haben, etwa Alleinerziehende, die nicht so viel Geld für die Wohnung ausgeben können, in den Städten, in den Ballungsbereichen, mittlerweile aber auch im ländlichen Raum überhaupt eine Chance haben, eine einigermaßen preiswerte Wohnung zu finden. Denn die Wohnungskosten sind ein ganz zentraler Bestandteil der Ausgaben. Wenn die Wohnungen extrem teuer werden, dann geht einfach ein Riesenbatzen des Einkommens allein für die Wohnung drauf. Darum ist die klare Antwort ein großes Investitionsförderungsprogramm – 180 Millionen € in diesem Jahr – für die Förderung des sozialen Wohnungsbaus.

Das andere ist, dass wir z. B. stark in das Thema Teilzeitausbildung investieren, also in das Erwerben einer zusätzlichen Qualifikation bei der gleichzeitigen Möglichkeit, in Teilzeit zu arbeiten.

Zusätzlich zum Ausbau der Ganztagsbetreuungseinrichtungen sind das unserer Meinung nach sinnvolle Maßnahmen, die unserer Meinung nach geeignet sind, Armut zu vermeiden.

Dazu haben wir noch bei der Anzahl von Indikatoren, die wir uns vorstellen und die für die landespolitischen Maßnahmen sinnvoll sind – das ist mir wichtig –, die Verbindung von Qualifikationsniveau der Berufsausbildung und Armutsbekämpfung. Dieser kausale Zusammenhang ist noch deutlich stärker herauszuarbeiten und zu benennen, um eine entsprechend gute Voraussetzung dafür zu haben, dass wir passgenaue, zielgenaue Maßnahmen ergreifen können, um Armut zu vermeiden.

Darum muss es gehen. Es geht nicht in erster Linie darum, Armut, wenn sie da ist, zu bekämpfen. Vielmehr geht es vor allem darum – das ist unser Ziel –, im Präventivbereich tätig zu sein und Armut zu vermeiden.

(Zuruf: Unterhaltsvorschuss!)

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Für die nächste Frage – da bitte ich wirklich darum, die fünf Minuten einzuhalten, was Sie bisher auch gemacht haben; vielen Dank – darf ich das Wort Herrn Abg. Haußmann erteilen.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Vielen Dank, Frau Staatssekretärin, für die Informationen. In der letzten Legislaturperiode gab es den Beirat auch schon. Die Einladung für die Sitzung im Juli ist bereits erfolgt.

Insofern stellt sich auch ein Stück weit die Frage nach der Strategie der Landesregierung. Wir wissen, der Bericht hat

(Jochen Haußmann)

900 Seiten. Das ist ähnlich wie beim Bericht der Enquetekommission „Pfleger“: Man wird nicht alle Empfehlungen umsetzen können. Es gibt aber sicherlich aus dem Sozialministerium heraus Überlegungen, gewisse Prioritäten zu setzen. Da stellt sich die Frage, inwieweit die Überlegungen – ähnlich wie bei der Enquetekommission „Pfleger“; da möchte man Gelder budgetieren – mit Blick auf den nächsten Haushalt schon konkretisiert sind.

Dann habe ich noch eine weitere Frage. In der Phase, als es um die Gestaltung ging, haben wir die Situation, die Entwicklung der Flüchtlinge noch nicht mit betrachtet. Denn das wurde damals noch nicht so thematisiert. Da stellt sich die Frage: Setzen Sie im Beirat die Initiative, dass man diese Betrachtung zusätzlich mit aufnimmt?

Staatssekretärin Bärbl Mielich: Ich habe Sie akustisch nicht verstanden.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Mir geht es darum: Seit der Erstellung des Armuts- und Reichtumsberichts hat sich die Situation insofern verändert, als auch sehr viele Flüchtlinge länger da sind. Da stellt sich die Frage, ob man dieses Thema im Beirat aufgreifen wird.

Staatssekretärin Bärbl Mielich: Herzlichen Dank für diese ergänzenden Fragen. – Wir sind jetzt kurz vor der Sommerpause. Der Landesbeirat wird extra vor der Sommerpause eingerichtet bzw. wird dann tagen. Es ist das Ziel der Landesbeiratssitzung, zu überlegen, ob konkrete Maßnahmen auch finanziell hinterlegt werden müssen, die wir dann wiederum in die Haushaltsberatungen, die nach der Sommerpause beginnen, einspeisen können.

Es ist in der Tat so, dass wir die Flüchtlingssituation deutlich berücksichtigen in den Maßnahmen, die in diesem Jahr ange laufen sind, die besonders auch im ESF-Fonds hinterlegt sind. Die Förderungen über den ESF-Fonds sind weiterhin im Sozialministerium verortet. Das heißt, wir haben jetzt stark in die assistierte Ausbildung, in die Helferausbildung, wo auch ganz besonders die Flüchtlinge angesprochen werden sollen, investiert.

Hier sind verschiedene Programme an acht Modellschulen aufgelegt worden. Diese werden sehr gut angenommen. Wir bieten in diesem Zusammenhang auch eine Maßnahme an, die Assistenzberufe in der Pflege betrifft. Diese wird auch von Flüchtlingen sehr gut angenommen. An acht Schulen werden assistierte Ausbildungen angeboten. Momentan gibt es insgesamt 300 Beteiligte. Wir planen, dies auf jeden Fall auszubauen, weil wir auf diese Weise Helferberufe, vor allem in der Altherilfe, deutlich besser besetzen können.

Präsidentin Muhterem Aras: Es gibt noch eine weitere Frage von Herrn Abg. Haußmann. – Bitte.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Frau Staatssekretärin, herzlichen Dank. – Im Rahmen des Armuts- und Reichtumsberichts wurden für 220 000 € auch zwei Gutachten zur Situation bei der Wohnungs- und Obdachlosigkeit in Auftrag gegeben. Wie gestalten sich hier bisher die Schlussfolgerungen, die Überlegungen aus diesen Gutachten in der Abfolge der Handlungsempfehlungen aus dem Bericht?

Staatssekretärin Bärbl Mielich: Auch hier ist das große Thema natürlich – das habe ich bereits am Anfang angesprochen – die Schaffung von preiswertem Wohnraum. Wir haben in der Tat immer wieder die Situation, dass Menschen in Wohnungslosigkeit fallen. Hier brauchen wir noch eine deutlich konkretere Datengrundlage. Wir brauchen eine Überarbeitung der Wohnungslosenstatistik; diese ist beim Institut Familienforschung, das im Sozialministerium angesiedelt ist, bereits in Arbeit.

Das Ganze steht und fällt natürlich letztendlich nicht nur mit einer Statistik, sondern steht und fällt mit sinnvollen Maßnahmen. Das heißt, wir brauchen eine schnelle Investition und schnelle Abhilfe, um mehr preiswerten Wohnraum zu schaffen. Deswegen gibt es dieses sehr gut und hoch angesiedelte Förderprogramm. Die Rahmenbedingungen für Investoren sind ausgesprochen günstig. Es gibt dort sehr flexible Gestaltungsmöglichkeiten, damit Investoren entsprechend angeregt werden, um möglichst schnell – möglichst noch in diesem Jahr – in preiswerten Wohnraum zu investieren.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Es gibt noch eine Wortmeldung von Frau Abg. Wölflle.

Abg. Sabine Wölflle SPD: Frau Staatssekretärin, nach unserem Kenntnisstand hat der Beirat im April letzten Jahres getagt, seitdem nicht mehr. Können Sie erklären, warum bisher keine weitere Sitzung stattgefunden hat?

Es gab noch die Frage des Kollegen Hinderer nach dem Unterhaltsvorschuss. Beim Bund und in anderen Ländern ist dieser zum 1. Januar in Kraft getreten, bei uns erst zum 1. Juli. Diese Frage hatten Sie leider noch nicht beantwortet.

Staatssekretärin Bärbl Mielich: Der Beirat hat im April letzten Jahres getagt. Im März waren die Landtagswahlen. Wir mussten uns dort neu aufstellen. Wir mussten uns in der neuen, grün-schwarzen Landesregierung erst einmal verständigen, in welche Richtung wir gehen werden. Wir haben uns dazu im Koalitionsvertrag klar positioniert.

Daher ist es für uns völlig in Ordnung, dass wir den Landesbeirat erst jetzt einberufen. Ich würde sagen, dass er sich in der letzten Legislaturperiode nicht gerade dadurch ausgezeichnet hat, dass wir mit dem Armuts- und Reichtumsbericht schnell vorangekommen wären. Auch da lag der Bericht vor, und es hat einige Zeit gedauert, bis dieser ausgewertet war. Da stellte sich heraus, dass es sich eben um eine schwierige und sehr komplexe Aufgabe handelt. Dass dies in der Tat so ist, erkennen wir, wenn wir uns überlegen, welche Möglichkeiten wir auf Landesebene haben und was wir auf Landesebene letztendlich auch bewegen können. Da werden wir uns auf diese Möglichkeiten konzentrieren.

Da müssen natürlich auch, weil es in der Tat unterschiedliche Ministerien betrifft – z. B. ist das Thema Arbeit im Wirtschaftsministerium verortet, während die Themen Bildung und frühkindliche Bildung anders verortet sind –, die Unterstützungsangebote, die es insgesamt gibt, koordiniert werden. Da brauchen wir eine gute Linie, um das alles zusammenzufassen. Das haben wir jetzt geschafft. Wir haben jetzt sozusagen die Vorarbeiten geleistet und können Entsprechendes im Landesbeirat vorstellen. Wir hoffen sehr – Sie, die Fraktionen, sind ja auch beteiligt –, dass wir dann mit den Verbänden und

(Staatssekretärin Bärbl Mielich)

den Fraktionen einen guten Beteiligungsprozess fortsetzen können, wie wir ihn auch in der letzten Legislaturperiode hatten.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Die Zeit für die Regierungsbefragung ist nun um.

(Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Ein Teil der Frage ist noch nicht beantwortet! – Abg. Sabine Wölfle SPD: Unterhaltsvorschussgesetz!)

– Die Zeit für die Regierungsbefragung ist um. Es tut mir leid. Frau Staatssekretärin, Sie können maximal noch einen kurzen Satz dazu sagen.

Staatssekretärin Bärbl Mielich: Ich beantworte die Frage gern schriftlich. Okay?

(Abg. Sabine Wölfle SPD: Okay!)

Präsidentin Muhterem Aras: Gut. Okay. – Vielen Dank, Frau Staatssekretärin.

Damit ist Punkt 4 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

a) Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes – Drucksache 16/1955

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Verkehr – Drucksache 16/2117

Berichterstatter: Abg. Martin Rivoir

b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Verkehr – Was wird aus dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz? – Drucksache 16/936

c) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Verkehr – Zukunft des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes nach 2019 sichern – Drucksache 16/1827

(Unruhe)

– Ich darf um Ruhe bitten.

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Aussprache zu a, b und c fünf Minuten je Fraktion; der Fraktion der SPD steht natürlich zusätzlich noch eine Redezeit von fünf Minuten für die Begründung ihrer beiden Anträge zur Verfügung.

Ich schlage Ihnen vor, dass wir gemäß der in der Zweiten Beratung von Gesetzentwürfen üblichen Reihenfolge verfahren, das heißt in der Reihenfolge nach Fraktionsstärke, und der Redner der SPD-Fraktion in der Aussprache die Anträge seiner Fraktion begründet. – Sie sind damit einverstanden.

Damit kommen wir zur Aussprache. Ich erteile das Wort für die Fraktion GRÜNE Herrn Abg. Katzenstein.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Oh Gott!)

Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Wir werden heute eine Änderung des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes beschließen und über zwei Anträge der SPD beraten und Beschlüsse fassen.

Die Änderung des LGVFG ist unstrittig. Es geht um die Erhöhung der Förderquote bei Beseitigung oder Umbau von Bahnübergängen nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz. Wenn kommunale Aufgabenträger Kosten zu tragen haben und selbst nicht davon profitieren, soll die Förderquote bis auf 75 % erhöht werden.

Hierzu wurde in der ersten Lesung bereits alles gesagt. Auch im Ausschuss wurde dem Entwurf ohne große Debatte einstimmig zugestimmt, wofür ich Ihnen allen herzlich danke.

Daher kann ich schon zum zweiten Thema kommen: Wie geht es mit dem LGVFG nach 2019 weiter? Die Bedeutung des LGVFG hatte ich schon bei der ersten Lesung betont. Es dient der Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden. Es geht um Verkehrswege und Infrastruktur für die Busse und Straßenbahnen, für das Auto, für das Rad und für die Fußgängerinnen und Fußgänger.

Hierbei sind die Kommunen ein enorm wichtiger und ein verlässlicher Akteur. Denn in der Regel tragen sie ja die Hauptlast. Es geht ja nicht nur um den Bau oder Umbau – hier unterstützt sie das Land nach dem LGVFG bereits mit der Übernahme von 50 % der Kosten –, sondern auch um die Verantwortung für den Betrieb, für den Winterdienst, für Reparaturen. Daher wollen und werden wir die Kommunen bei den Überlegungen zur künftigen Ausgestaltung des LGVFG einbeziehen und auf ihre Bedürfnisse eingehen.

(Beifall bei den Grünen)

Der Bedarf ist klar. Im Bereich des ÖPNV haben die Mitgliedsunternehmen des Fachverbands einen Investitions- und Sanierungsbedarf von 300 Millionen € signalisiert. Da wir den ÖPNV im Land verbessern und weiter ausbauen wollen, werden wir uns an dieser Stelle auch nicht aus der Verantwortung stellen. Gleiches gilt für den Radverkehr, und auch der Investitions- und Sanierungsbedarf im Bereich des kommunalen Straßenbaus ist unbestritten.

Wie Sie wissen, sind die LGVFG-Mittel bisher nicht dynamisiert worden, sondern die Höhe beträgt seit zehn Jahren stets 165 Millionen € pro Jahr, das heißt, es steht de facto Jahr für Jahr immer weniger Geld zur Verfügung. Wir brauchen nach meiner Überzeugung eine Verstärkung und einen Aufwuchs bei den Mitteln.

Die Anträge der SPD sind ja durchaus sympathisch. Das Ansinnen ist unterstützenswert.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Danke!)

– Bitte. – Aber es nützt nichts, wenn wir, insbesondere die SPD, wiederholt in Richtung Finanzministerium „Bricklebit“ rufen. Denn natürlich arbeiten dort überhaupt keine Esel und erst recht keine Goldesel, die nach Belieben Euros auf den Tisch in den Topf fallen lassen. Nein, im Gegenteil, der Topf mit den Geldmitteln hat einen Deckel. Wir müssen also zunächst in Ruhe gemeinsam beraten, wie wir in Zukunft eine

(Hermann Katzenstein)

angemessene, das heißt eine auskömmliche und dynamisierte Finanzausstattung für das LGVFG als Ersatz für die auslaufenden Entflechtungsmittel hinbekommen.

Deshalb können wir dem SPD-Beschlussvorschlag nicht folgen. Er enthält Vorfestlegungen, die wir zu diesem Zeitpunkt nicht mittragen können.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wann dann?)

Wir haben deshalb einen Änderungsantrag zur Zukunft des LGVFG eingebracht, der klar zum Ausdruck bringt, dass die Landesregierung ein entsprechendes Konzept vorlegen muss. Das ist so im Koalitionsvertrag vereinbart, und deshalb werden wir es auch so umsetzen. Daher bitte ich Sie, dem Gesetz und dem Antrag der Koalition zuzustimmen und den Antrag der SPD abzulehnen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Warum?)

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Schuler.

Abg. August Schuler CDU: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Notwendigkeit der Änderung des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes – kurz: LGVFG – haben wir bereits im Rahmen der ersten Lesung ausführlich dargestellt. Auch der Kollege Katzenstein ist gerade eben darauf eingegangen. Zwischenzeitlich haben wir im Ausschuss darüber beraten und zur Vorbereitung der zweiten Lesung des Gesetzentwurfs noch einmal darüber diskutiert.

Schon bei der ersten Lesung ist fraktionsübergreifend ein hohes Maß an Zustimmung von uns allen deutlich geworden. Für uns, die CDU-Landtagsfraktion, ist entscheidend, dass durch den vorgelegten Gesetzentwurf eine wegweisende und zukunftsorientierte Lösung zur Verbesserung der Mobilität erzielt wird, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

Die Erhöhung des Fördersatzes auf bis zu 75 % wird die Belastung derjenigen Kommunen abmildern, welche aus den überregionalen Schienenprojekten keinen verkehrlichen Nutzen ziehen. Auch darüber haben wir ja bei der ersten Lesung schon intensiv diskutiert. Wir waren uns einig, wie wichtig das LGVFG für die Bürgerinnen und Bürger und auch für die Kommunen ist.

Für die Bauchschmerzen der Kollegen aus der SPD-Fraktion, die hinsichtlich der Novellierung des Gesetzes aufgetreten sind, weil der erste Schritt ihnen nicht weitreichend genug erschien, haben wir jetzt das richtige Heilmittel parat. Das LGVFG soll definitiv nach 2019 weitergeführt werden. Ein Änderungsantrag der Regierungsfaktionen zur Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs unter Einbeziehung der kommunalen Landesverbände liegt Ihnen heute vor.

Nach dem Entflechtungsgesetz weist der Bund den Ländern im Zeitraum vom 1. Januar 2014 bis 31. Dezember 2019 jährlich einen Betrag in Höhe von 1,335 Milliarden € zu. Wir haben ja schon gehört: Nach Baden-Württemberg fließen davon bekanntlich 165 Millionen €: 15 Millionen € für den Rad- und

Fußverkehr; die übrigen Mittel in Höhe von derzeit 150 Millionen € werden je zur Hälfte in den kommunalen Straßenbau und den ÖPNV fließen. Daraus wird in den kommenden Jahren die Förderung nach dem LGVFG finanziert.

In Anbetracht des nach wie vor ungebrochen hohen Bedarfs, die Verkehrsinfrastruktur in den Kommunen durch investive Maßnahmen weiter nachhaltig zu verbessern, ist es das erklärte Ziel der Landesregierung, auch in den Jahren ab 2020 eine ausreichende finanzielle Ausstattung des LGVFG sicherzustellen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Im Koalitionsvertrag haben wir festgehalten, dass die finanzielle Ausstattung auch nach dem Auslaufen der Entflechtungsmittel gesichert sein muss. Das muss vonseiten der SPD nicht noch zusätzlich gefordert werden. Das haben sich die grün-schwarze Landesregierung und die grün-schwarzen Regierungsfaktionen selbst auf das Arbeitsprogramm gesetzt.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Danach werden alle bisherigen Zuweisungen nach dem Entflechtungsgesetz durch eine Erhöhung des Länderanteils am Umsatzsteueraufkommen ersetzt. So haben es ja auch die Ministerpräsidenten der Länder in der bundesweiten Konferenz beschlossen. Diese Einnahmen fließen dem Landeshaushalt zunächst ohne eine Zweckbindung zur Deckung aller Aufgaben zu.

(Abg. Anton Baron AfD: Oje! Das kennen wir doch schon!)

Das Verkehrsministerium wird dazu zeitnah einen Gesetzentwurf vorlegen. Ich gehe davon aus, dass der Verkehrsminister dazu auch noch Stellung nehmen wird.

Zur Diskussion steht eine von den kommunalen Landesverbänden eingebrachte Forderung nach Anhebung des Förderolumens oder einer dynamisierten Fortschreibung. Kollege Katzenstein sieht das ähnlich. Ich meine schon, dass es unser Ziel sein sollte, dass künftig mindestens in gleicher Höhe wie bisher Mittel für die Förderung der Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung stehen. Ein steter Rückzug der öffentlichen Hand ist hier nicht hinnehmbar. Denn die Infrastrukturen bei uns in Baden-Württemberg sind ja bis 2019 nicht fertiggestellt. Für Ersatzinvestitionen werden Mittel in erheblicher Höhe benötigt; denn der ÖPNV fährt derzeit ziemlich auf Verschleiß. Zum Finanzierungsbedarf beim ÖPNV bis 2025 gibt es auch Ergebnisse einer Studie des Deutschen Städtetags, der Bundesländer und der deutschen Verkehrsunternehmen, die einen dringenden Handlungsbedarf aufzeigen.

Sehr verehrte Damen und Herren, nur mit einer gemeinsamen Kraftanstrengung von Politik, Aufgabenträgern, Verbundorganisationen und Verkehrsunternehmen ist das System ÖPNV zum Wohle des Wirtschafts- und Wohnstandorts Baden-Württemberg zukunftsfähig zu machen. Das ist unser großes Ziel.

Ich komme zum Schluss. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, auch wenn wir jetzt mit dem Gesetzentwurf zur Änderung des LGVFG nur einen kleinen Schritt gehen, ist klar, dass weitere folgen werden. Ich erkenne durchaus an und freue mich da-

(August Schuler)

rüber sehr, dass Sie insgesamt im Parlament der Erhöhung der Förderquote auf 75 % der Kosten positiv gegenüberstehen. Es ist unsere landespolitische Aufgabe, dafür zu sorgen, dass die Kommunen, gerade wenn sie nicht in eigener Regelungskompetenz von Bauprojekten betroffen sind und die Projekte von ihnen auch nicht beeinflussbar sind, nicht über Gebühr belastet werden.

Die CDU-Fraktion sieht sich in ihren bisherigen politischen Zielen bestärkt und wird dem vorliegenden Gesetzentwurf und dem Änderungsantrag im Rahmen der heutigen zweiten Lesung zustimmen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Gögel.

Abg. Bernd Gögel AfD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die AfD-Fraktion hat diesem Gesetzentwurf schon in der ersten Lesung zugestimmt und wird das auch heute tun. Wir werden auch den beiden vorliegenden Anträgen der SPD-Fraktion zustimmen. Denn das ist die einzig logische Fortführung der Zuverlässigkeit auch gegenüber den Verkehrsträgern – den kommunalen und den privaten –, die dringend eine verlässliche Aussage aus dem Parlament brauchen. Denn wir stehen ca. 30 Monate vor dem Ende dieser Entflechtungsmittel, und jeder, der ein Unternehmen leitet, Investitionen plant und Abschreibungsverläufe beobachtet, wird wissen, dass 30 Monate hier keine lange Zeit sind – im Verkehrsgewerbe schon gar nicht; hier muss man vier, sechs, acht Jahre im Voraus planen.

Deshalb ist es dringend notwendig, dass das Landesgemeindevkehrsfinanzierungsgesetz – als Mindestanforderung – in der Form, wie es heute besteht, fortgesetzt wird und dass möglichst auch eine Aussage des Verkehrsministers und der Landesregierung insgesamt gegenüber den Kommunen und den privaten Verkehrsträgern kommt, wonach das Gesetz noch in diesem Jahr, möglichst sogar noch vor der parlamentarischen Sommerpause verabschiedet wird. Das wäre dringend notwendig.

Wir stimmen der Erhöhung des Fördersatzes auf bis zu 75 % auch aus einem anderen Grund zu: Wenn man beobachtet, wie viele Unfälle an Bahnübergängen in Baden-Württemberg jährlich immer noch passieren – 20 bis 25 konstant über die vergangenen Jahre; dabei sind in den letzten vier Jahren 19 Menschen ums Leben gekommen und wurden 120 Personen verletzt –, dann sieht man, wie dringend notwendig diese Umbaumaßnahmen sind und wie dringend notwendig die Kommunen diese Mittel brauchen, um diese Unfallschwerpunkte zu beseitigen. Die Bahn kann das in dieser Form im Moment nicht, weil ihr die finanziellen Mittel dazu fehlen. Die Bahn leistet nur Reparatur- und Ersatzmaßnahmen, aber keine Neubau- oder Umbaumaßnahmen.

Gespannt bin ich natürlich, wie wir die ca. 500 Millionen €, die wir ab 2020 zusätzlich aus dem Mehrwertsteueraufkommen bekommen, hier in Baden-Württemberg verteilen dürfen. Der Landesregierung war bei den Verhandlungen im Bundesrat der Spatz in der Hand wichtiger als die Taube auf dem

Dach. Die Taube hat der Bundesfinanzminister behalten. Er kann mit einer zukünftigen Geldeinnahmequelle über Bundesstraßen, Bundesautobahnen die Erreichung des Ziels der schwarzen Null und des Schuldenabbaus sicher einfacher gestalten, als das die Bundesländer in Zukunft tun können. Denn hier wurden Hoheitsrechte billig verkauft – einmal im Straßenbereich und einmal im Kulturbereich. Das war der Anfang. Ich bin einmal gespannt, wie das in den nächsten zwei Jahren hier noch weitergeht.

Jetzt habe ich die Befürchtung, dass das Land, das sich hier auch noch wachweich in den Aussagen verhält, dieses Gesetz vielleicht auch deshalb nicht fortführen möchte, weil man nicht weiß, ob man sich diese Summen über 2020 hinaus überhaupt noch leisten kann. Es möchte die Verantwortung eventuell an die Kommunen weitergeben. Denn wie heißt es im Leben oftmals? „Den Letzten beißen die Hunde.“ Wir von der AfD hoffen nicht, dass die Situation in dieser Form eintritt.

Geben Sie der Industrie, geben Sie den Verkehrsträgern, den kommunalen Verkehrsträgern ein klares Signal. Stimmen Sie auch hier im Landtag für die Anträge der SPD, speziell für den Antrag Drucksache 16/1827. Denn das ist sicher zunächst einmal ein Beginn. Das kann allerdings nicht die Höchstsumme sein, die man ab 2021 in diesem Bereich in Baden-Württemberg investieren soll und muss. Denn über die 165 Millionen € hinaus, die es, wie erwähnt, ja schon seit einigen Jahren gleichbleibend gibt, muss mehr getan werden. Ich denke, das wissen auch alle Abgeordneten hier im Haus.

Stimmen Sie gegen den Änderungsantrag der Regierungsfaktionen, denn er ist nichts weiter als eine Willenserklärung, enthält aber keine definitive Aussage, wie es mit der Finanzierung weitergeht.

Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Rivoir das Wort.

Abg. Martin Rivoir SPD: Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wie ich an dieser Stelle bereits bei der ersten Lesung und dann auch im Verkehrsausschuss gesagt habe, wird die SPD-Fraktion der vorliegenden Novelle zur Anpassung der Fördersatzes zustimmen. Gerade kleinere Kommunen haben häufig Schwierigkeiten damit, den Umbau von zahlreichen Bahnübergängen auf ihrem Gemeindegebiet zu finanzieren. Mit der vorgesehenen Lösung kommt man ihnen entgegen. Dadurch werden auch der Schienennahverkehr und überhaupt die Schiene an sich gestärkt. Insofern signalisieren wir zu diesem Gesetzentwurf und dieser Änderung die entsprechende Zustimmung.

Große Sorgen – ich habe das auch bei der ersten Lesung hier und im Verkehrsausschuss ausgeführt – bereitet uns aber wirklich die Tatsache, dass die Landesregierung bis heute noch keine Nachfolgeregelung für die Finanzierung des Landesgemeindevkehrsfinanzierungsgesetzes nach 2019 vorgelegt hat. Die jetzige Finanzierung läuft bekanntlich in zwei Jahren aus, und Städten und Gemeinden fehlt schlichtweg die Perspektive. Das Nichthandeln der Landesregierung zwingt die Städte und Gemeinden zum Stillstand, weil sie nicht wissen,

(Martin Rivoir)

wie viel Geld sie nach 2019 für ihre kommunalen ÖPNV-Projekte sowie für ihre Straßenbauprojekte zur Verfügung haben werden. Es fehlt in Baden-Württemberg schlichtweg die Planungssicherheit für den Ausbau des ÖPNV.

Meine Damen und Herren, es ist fast schon schizophren: Dieselbe Landesregierung, die durch ihre Politik der Fahrverbote die Menschen sozusagen in den ÖPNV zwingt und dort den Druck erhöht, vertrödelt es auf der anderen Seite, zeitgleich den notwendigen Beitrag zu dessen Ausbau zu leisten. Was hier stattdessen geboten wird, sind Ankündigungen und Moggelpackungen, beispielsweise dieses Programm im Umfang von 50 Millionen € für die Straßen- und Stadtbahnen, für die Ersatzbeschaffungen – das heißt, nur wer eine alte Straßenbahn verschrottet, bekommt eine neue.

Aber wir reden nicht von der Beibehaltung des Gleichen, vom Stillstand im ÖPNV, sondern wir alle wollen ja den Ausbau. Deswegen müsste mit einem solchen Förderprogramm auch die Neubeschaffung gefördert werden; es müsste gefördert werden, wenn Städte in neue Straßen, in neue Linien investieren. Das alles wird hier nicht gemacht. Wir brauchen aber nicht nur die Förderung der Ersatzbeschaffung, sondern auch die Förderung der Neubeschaffung.

(Beifall bei der SPD – Abg. Nicole Razavi CDU: Warum habt ihr euch denn in den letzten fünf Jahren dagegen gesperrt?)

– Wir haben uns nicht dagegen gesperrt,

(Abg. Nicole Razavi CDU: Doch!)

sondern wir waren in Gesprächen, Frau Kollegin Razavi.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Ja, aber nichts ist passiert! In eurer Regierungszeit ist nichts passiert!)

Wir hätten dies entsprechend auf den Weg gebracht und hätten ein vernünftiges Ausbauprogramm aufgelegt, mit dem auch Neubeschaffungen gefördert worden wären, statt solch einer verunglückten Maßnahme, wie sie nun im aktuellen Haushalt steht.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Wir machen wenigstens etwas! – Gegenruf des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Eben!)

Meine Damen und Herren, wir müssen uns also grundsätzlich darüber einig sein, dass das Land mehr Geld zur Verfügung stellen muss, um es den Aufgabenträgern, den Verkehrsunternehmen zu ermöglichen, mehr Busse und Bahnen auf Straße und Schiene zu bringen. Wir brauchen – das ist unsere tiefe Überzeugung – in Baden-Württemberg jetzt eine kraftvolle ÖPNV-Offensive. Die Zeit hierfür ist reif. Wir hatten ja vorhin gerade wieder die Diskussion über die Situation in Stuttgart. Die Zeit ist reif, um den ÖPNV, den Nahverkehr in Baden-Württemberg wirklich nachhaltig zu stärken.

Sie haben nun einen Antrag gestellt und hier vorgelegt – wohl nur deshalb, um unserem nicht zustimmen zu müssen; das ist, wie ich finde, auch sehr kleinmütig –, der, meine Damen und Herren, saft- und kraftlos ist. Ihnen fehlt der Schwung, und Ihnen fehlt der Wille, den Nahverkehr in unserem Land wirklich nach vorn zu bringen. Es kommen erste Ankündigungen,

man wolle ein entsprechendes Gesetz auf den Weg bringen. Ich bin froh, dass unser Druck und unsere vielfältigen Diskussionen hier im Parlament und auch außerhalb jetzt doch Bewegung in diese Angelegenheit gebracht haben.

Es wurde nun gesagt: „Na ja, wir werden womöglich diese 172 Millionen €, die jetzt schon fließen, mit einer kleinen Dynamisierung fortschreiben.“ Meine Damen und Herren, darum geht es, finde ich, nicht. Es geht nicht darum, die jetzigen Mittel, die zur Verfügung stehen, einfach weiter fortzuschreiben. Wenn man es damit ernst meint, wenn man hier in Baden-Württemberg den Nahverkehr wirklich ausbauen und auch im ländlichen Raum gute Verbindungen haben und dort Dinge umsetzen will, dann muss man dazu deutlich mehr Geld in die Hand nehmen.

Angesichts der guten Haushaltslage und der guten Steuereinnahmen, wie sie im Moment da sind, stelle ich hier einfach mal als Marke 300 Millionen € in den Raum. Das ist unsere Überzeugung; das ist unser Vorschlag, wie wir zukünftig, ab 2020, diesen Topf ausstatten müssen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Bernd Gögel AfD)

Dieser Betrag ist ambitioniert, aber, wie ich sagte, angesichts der Finanzsituation des Landes, angesichts der Rücklagen, angesichts der steigenden Steuereinnahmen ist dies richtig und gut angelegtes Geld für den ÖPNV in Baden-Württemberg.

Wir sind der Meinung, dass diese Fördersätze entsprechend geändert werden sollten. In unserer Regierungszeit haben wir es so gemacht, dass 60 % der Mittel für ÖPNV-Projekte und für die Fahrzeugfinanzierung zur Verfügung standen und der Rest in die Straßen floss. Sie haben dies nun geändert. Die Grünen waren ja damals bei den 60 % mit dabei. Nun kommt die Komplementärkoalition, und die Mittel für den ÖPNV werden zusammengestrichen; die Straße wird wieder nach oben gegeben – wie auch immer.

Unsere Vorstellung ist in der Tat wieder eine Finanzierung im Verhältnis 60 : 40. Ich denke, das wäre dann der richtige Ansatz, um den Ausbau des Nahverkehrs in Baden-Württemberg voranzubringen, damit unser Bundesland in der Tat der Vorreiter beim Ausbau der umweltfreundlichen Mobilität in der Bundesrepublik Deutschland wird.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Ein erster Schritt ist jetzt in der Tat, dass ganz schnell ein Vorschlag vorgelegt wird, wie das LGVFG in Zukunft aussehen soll. Das ist auch schon vor sechs Wochen angekündigt worden. Wir sind gespannt, was da kommt.

Zu den Anträgen noch: Natürlich werden wir unseren Antrag zur Abstimmung stellen. Er wird dann offensichtlich keine Mehrheit finden. Wir werden dann Größe zeigen und auch dem Antrag der Regierungsfractionen zustimmen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CDU sowie des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE – Bravo-Rufe von der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Haußmann.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vorweg: Auch die FDP/DVP-Landtagsfraktion wird dem Gesetzentwurf in dieser Form zustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU sowie des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE)

– Herr Katzenstein freut sich.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Natürlich!)

Sie dürfen aber gern auch bei den weiteren Ausführungen applaudieren.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Kommt darauf an! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das macht er jetzt nicht!)

Das würde mich dann noch mehr freuen.

(Abg. Felix Schreiner CDU: Sie könnten die Rede gleich zu Protokoll geben! Alles schon gesagt!)

Ein erster Schritt wird mit dem Gesetz erreicht: Bei der Beseitigung oder Sicherung von Bahnübergängen nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz wird die Förderquote von 50 auf 75 % erhöht. Wir haben schon damals bei der Absenkung der Förderquoten auf 50 % und den Festbetragsfinanzierungen immer darauf hingewiesen: Das wird insbesondere für größere, verkehrlich bedeutsame Straßenbauprojekte, aber auch für Schienenprojekte mit Sicherheit dazu führen, dass die Gemeinden und die Kreise vor größeren Herausforderungen stehen. Es soll ja noch Gemeinden und Kreise geben, die nicht über die Wirtschaftskraft, die Steuerkraft verfügen, insbesondere bei größeren Projekten das wirtschaftliche Risiko durch diese Absenkung übernehmen zu können.

Was hat man schon in der letzten Regierung gemacht? Man hat gesagt, man will mehr machen, will aber nicht mehr Geld zur Verfügung stellen. Man hat die Bagatellgrenzen und die Förderquoten reduziert und hat die Fördertatbestände erweitert.

Wenn man nun sieht, dass man gleichzeitig zu Recht über alle Fraktionen hinweg auch sagt: „Wir wollen vom Bund mehr Regionalisierungsmittel für unseren Schienenpersonennahverkehr, und das muss auch dynamisiert werden“ – man hat da ja auch gute Fortschritte erreicht –, dann sollte man, wenn man Forderungen an den Bund stellt, auch überlegen, ob man nicht auch beim LGVFG genauso vorgeht und sagt: „Wenn ich schon mehr Fördertatbestände habe, wenn ich die Bagatellgrenzen reduziere, dann wäre es für die Kommunen nur recht und billig, wenn ich auch das Gesamtvolumen der Entflechtungsmittel erhöhe.“ Das hat man nicht gemacht. Das kritisieren wir. Wir fühlen uns jetzt ein Stück weit auch bestätigt, indem nun auch gesehen wird, dass die Absenkung der Förderquote zunehmend Schwierigkeiten bereitet.

Deswegen wäre es uns wichtig, dass man jetzt insbesondere die größeren Projekte evaluiert, um zu sehen, inwieweit die abgerechneten Beträge tatsächlich dazu geführt haben, dass die Gemeinden und Kreise erheblich mehr Mittel investiert haben, und um dann auch zu prüfen und zu entscheiden, ob man die Förderquoten von 50 % etwas anhebt. Es gibt bei-

spielsweise einen Vorschlag der Industrie- und Handelskammer Heilbronn-Franken, doch gleich Festbeträge mit 60 % zu machen. Dafür sehen wir es als notwendig an, eine Evaluierung der Projekte in den letzten Jahren durchzuführen, um zu dieser Entscheidung zu kommen und gleichzeitig auch den Gesamtbetrag, den wir für diese Projekte zur Verfügung haben, zu erhöhen.

Dank der SPD ist die Regierungskoalition jetzt motiviert worden, einen eigenen Antrag zu stellen. Ich sehe es auch so wie Kollege Rivoir, dass wir dann sicherstellen müssen, dass diesem Antrag tatsächlich auch die finanziellen Ressourcen folgen.

Vom Verfahren her kann ich mich den Worten des Kollegen Rivoir anschließen. Denn es ist immer noch besser, einen solchen Beschluss zu haben, als gar keinen Beschluss zu haben. Insofern hoffen wir aber, dass vielleicht doch noch der eine oder andere aus der Regierungskoalition dem SPD-Antrag Folge leisten wird.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Minister Hermann.

Minister für Verkehr Winfried Hermann: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Debatte hat deutlich gemacht: Wir sind uns in der Sache einig. Das ist schön. Ich bedanke mich bei allen Fraktionen, dass wir diese Novellierung gemeinsam vornehmen.

Vielleicht in aller Kürze, worum es geht. Wir haben festgestellt, dass in besonders gelagerten Ausnahmesituationen Kommunen über das Eisenbahnkreuzungsgesetz bei einer Baumaßnahme der Bahn gezwungen werden, sich an der Finanzierung zu beteiligen, obwohl sie das selbst nicht wollen, obwohl sie selbst keinen Vorteil haben, weil die Eisenbahn einfach durch ihren Ort fährt. Darum haben wir gesagt: „Das sind Ausnahmetatbestände; in diesen Fällen sehen wir eine Förderung von 75 % statt 50 % vor.“ Das ist die Verbesserung.

Wir glauben, dass wir den Kommunen, die betroffen sind, damit insgesamt helfen. Das sind im Moment vor allem Kommunen entlang der Allgäubahn. Die haben das auch angestoßen. Ich glaube, es ist für diese Gemeinden gut, dass wir diese Novellierung vornehmen.

Es ist auch wichtig, dass wir uns hier einig sind, dass das Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz eine wesentliche Grundlage ist, auf der die Landesregierung die Kommunen beim Straßenverkehr, beim ÖPNV und beim Radverkehr unterstützt. Und es ist richtig – auch da freue ich mich, dass alle Fraktionen das so sehen –, dass wir eine Nachfolgeregelung für das Entflechtungsgesetz brauchen.

Nun muss man mich nicht katholisch machen. Ich glaube, ich war der Erste, der schon in der letzten Legislaturperiode gesagt hat: Wir müssen uns darauf vorbereiten, dass wir, wenn die Bund-Länder-Finanzreform kommt, die Finanzierung des LGVFG auf neue Beine stellen, weil das Entflechtungsgesetz ausläuft. Das war immer klar – auch in meinem Ministerium.

(Minister Winfried Hermann)

Ich habe da auch nie geschlafen. Da muss man mich nicht wirklich wachrütteln; da bin ich hellwach.

Aber ich will noch einmal daran erinnern: Wir haben erst zu Beginn dieses Monats im Bundesrat die Finanzreform und die entsprechenden grundgesetzlichen Änderungen beschlossen. Davor hätte also noch gar nichts gemacht werden können, weil die neue Situation noch gar nicht endgültig festgestanden hat. Es ist doch wohl logisch, dass die Regierung dann wartet, bis diese Beschlüsse gefasst sind. Aber wir bereiten das Ganze natürlich vor.

Ich freue mich, dass es die Initiative der SPD gibt, und ich freue mich auch, dass die FDP, die uns ja morgens immer predigt, man solle kein Geld ausgeben, nachmittags das Geld in vollen Zügen für den Verkehr ausgeben will.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Die Züge sind voll!)

Ich freue mich auch, dass die SPD, die mich mit dem von ihr gestellten Finanzminister in den letzten fünf Jahren das eine oder andere Mal darauf hingewiesen hat, dass das Geld nicht aus der Steckdose kommt, jetzt ganz großzügig mal eben 300 Millionen € zur Verfügung stellen will. Ich lese das einmal so.

(Zuruf des Abg. Martin Rivoir SPD)

Alle Fraktionen sind überzeugt davon: Ein guter Verkehr braucht eine gute Finanzierung, und zwar verlässlich und dauerhaft. Deswegen werden wir uns in den nächsten Wochen mit den anderen betroffenen Ministerien zusammensetzen, nämlich dem Wirtschaftsministerium, das über den Wohnungsbau betroffen ist – auch dort gibt es eine neue Grundlage –, und dem Wissenschaftsministerium, das über den Hochschulbau und die Hochschulfinanzierung betroffen ist. Das Verkehrsministerium ist eben über den Verkehr betroffen.

Diese drei Ministerien haben den Auftrag, gemeinsam einen Gesetzentwurf zu machen, weil in allen drei Fällen das Entflechtungsgesetz in eine neue gesetzliche Grundlage umgesetzt werden muss. Ich habe immer gesagt: Wenn das Land zuständig ist und nach der Länderfinanzreform mehr Mittel bekommt, dann müssen wir auch zeigen, dass wir die Mittel anschließend nicht kürzen, sondern sie mindestens auf dem Niveau halten. Sie können erwarten, dass ein Verkehrsminister sagt: Das reicht so nicht. Wenn wir mehr wollen, dann brauchen wir mehr Mittel. Ich bin auch dafür, dass eine Dynamisierung erfolgt.

Nun gilt es, auszuhandeln, was der kommunale Anteil ist; denn die Kommunen bekommen ja durch den Bundesfinanzausgleich auch mehr, und wir, das Land, bekommen mehr. Ich glaube, dass wir dann eine Grundlage haben. Ich freue mich schon auf Ihre Unterstützung bei der Fortsetzung dieser Finanzierung.

Ich bedanke mich für die faire Debatte – vielen Dank! – und unterstütze den Antrag der Koalitionsfraktionen, die einen vernünftigen Vorschlag gemacht haben, uns bei unserer Regierungsarbeit zu unterstützen, um dann gemeinsam ein neues Gesetz herauszubringen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: In der zweiten Runde erteile ich das Wort noch einmal Herrn Abg. Katzenstein für die Fraktion GRÜNE.

Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Kurz an die Adresse der SPD: Sie wollen mal wieder das Fell des Bären verteilen, bevor er erlegt ist. Wir wissen doch einfach noch nicht, wie viele Mittel wir ab 2020 haben werden. Wir können keine Finanzierung versprechen, bevor klar ist, wie viel Geld wir haben werden und ob wir die Versprechen überhaupt werden einhalten können. Das wäre Voodoo-Politik.

(Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

Für die ernsthafte Kofinanzierung von Schienenneufahrzeugen sind hohe Beträge erforderlich. So ein Schienenneufahrzeug kostet mal locker ein paar Millionen Euro, und es gibt durchaus weitere wünschenswerte Maßnahmen aus dem LGVFG-Regime, die auch ihre Berechtigung haben. Das müssen wir alles in Ruhe erörtern.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 16/1955. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Verkehrsausschusses, Drucksache 16/2117. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf unverändert zuzustimmen.

Ich rufe auf

Artikel 1

Änderung des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes

mit den Nummern 1 und 2. Ich schlage Ihnen vor, dass ich Artikel 1 mit den Nummern 1 und 2 insgesamt zur Abstimmung stelle. – Sie sind damit einverstanden.

Wer Artikel 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Kollege Hagel.

(Abg. Manuel Hagel CDU: Noi! – Abg. Martin Rivoir SPD: Endlich mal einer! Endlich fällt er auf!)

Damit ist Artikel 1 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 2

Inkrafttreten

Wer Artikel 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist auch Artikel 2 einstimmig zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 21. Juni 2017 das folgende Gesetz beschlossen:“.

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

Schlussabstimmung

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Gesetz ist damit einstimmig zugestimmt.

Wir haben nun noch über die beiden Anträge der Fraktion der SPD abzustimmen.

Zunächst stelle ich den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/936, zur Abstimmung. Abschnitt I des Antrags Drucksache 16/936 ist ein Berichtsteil, der für erledigt erklärt werden kann. – Sie stimmen dem so zu.

Abschnitt II des Antrags ist ein Beschlussteil, der zwei Handlungersuchen an die Regierung enthält. Hierzu liegt der Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU, Drucksache 16/2234, vor. Zunächst stelle ich den Änderungsantrag der Regierungsfractionen, Drucksache 16/2234, zur Abstimmung,

(Abg. Martin Rivoir SPD: Unserer ist weiter gehend!)

der Abschnitt II des SPD-Antrags Drucksache 16/936 neu fassen will. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dem Änderungsantrag ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Die Abstimmung über Abschnitt II des Antrags der Fraktion der SPD, Drucksache 16/936, hat sich durch die Annahme des Änderungsantrags erledigt.

(Lachen der Abg. Andreas Schwarz GRÜNE und Nicole Razavi CDU)

Wir kommen nun zum Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/1827. Wie die Fraktion der SPD mitgeteilt hat, wird auf die Abstimmung verzichtet, und der Antrag kann für erledigt erklärt werden. – Sie stimmen dem zu.

Damit ist Punkt 3 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes Baden-Württemberg und weiterer dienstrechtlicher Vorschriften – Drucksache 16/2144

Meine Damen und Herren, die Fraktionen haben sich darauf verständigt, hierzu keine Aussprache zu führen. Die Regierung verzichtet ebenfalls auf eine mündliche Begründung des Gesetzentwurfs.

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 16/2144 zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Finanzen zu überweisen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen und Punkt 5 der Tagesordnung ebenfalls erledigt.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

a) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Prognosekriterium Vierzügigkeit für die gymnasiale Oberstufe an Gemeinschaftsschulen – Drucksache 16/563

b) Antrag der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Oberstufen an den Gemeinschaftsschulen – Drucksache 16/1738

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung der Anträge unter den Buchstaben a und b je fünf Minuten sowie für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort zur Begründung des Antrags Drucksache 16/563 erteile ich Herrn Abg. Dr. Fulst-Blei.

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Gemeinschaftsschule kann gymnasial. Diese Aussage ist für uns Überzeugung und Qualitätsanspruch zugleich. Das Konzept der Gemeinschaftsschule zeichnet sich für uns durch den Anspruch aus, moderne Pädagogik zu nutzen, um jedes Kind möglichst ideal auf der Grundlage seiner individuellen Fähigkeiten und seiner eigenen Lerngeschwindigkeit zu fördern.

Um diesem Anspruch gerecht zu werden, ohne sich von dem Leistungsgedanken abzuwenden, braucht es keine Selektion und keine Stigmatisierung. Es braucht eine neue, zeitgemäße Idee von Schule, und die haben wir insbesondere mit der Gemeinschaftsschule.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Im Rahmen der Ganztagschule können pädagogische Potenziale auch auf andere Art und Weise gehoben werden. Mehr noch: Der immer noch bestehende skandalöse Zusammenhang zwischen dem Geldbeutel der Eltern und dem Bildungserfolg der Kinder wird nicht länger ignoriert, sondern aufgebrochen.

Die unbefriedigenden Ergebnisse des IQB-Ländervergleichs als Abschlussbilanz des alten, schwarz-gelben Bildungssystems

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Ha, ha, ha!)

haben uns erst im Herbst wieder gezeigt, wie wichtig es war, die Gemeinschaftsschule auf den Weg zu bringen.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: So ein Unsinn!)

Ein Umdenken weg von den Schubladen hin zur gemeinsamen Zukunftsfähigkeit ist nötig.

In der Tat: Die Gemeinschaftsschule in Baden-Württemberg kann bereits heute viele Erfolge vorweisen.

(Abg. Anton Baron AfD: Eijejei!)

Die Eltern zeigen ein großes Vertrauen gegenüber der neuen Schulart,

(Lachen bei Abgeordneten der AfD)

(Dr. Stefan Fulst-Blei)

und dies mit gutem Grund, wie die neuen Botschaften und die neuen Nachrichten der jüngsten Zeit zeigen, die noch einmal die hohe Qualität und Innovationskraft der Gemeinschaftsschule unterstreichen. So wurde die Gemeinschaftsschule Waldparkschule in Heidelberg für ihre – ich zitiere – „herausragenden Unterrichtskonzepte“ mit dem zweiten Preis beim Deutschen Schulpreis 2017 in Berlin ausgezeichnet. Entscheidend bei der wichtigsten Auszeichnung dieser Art in Deutschland sind die Bereiche Leistung, Verantwortung, Unterrichtsqualität, Umgang mit Vielfalt, Schulleben und Schule als lernende Institution. Erstmals konnte eine Gemeinschaftsschule einen dieser wichtigen Preise nach Baden-Württemberg holen. Wir gratulieren der Gemeinschaftsschule Waldparkschule in Heidelberg zu dieser herausragenden Auszeichnung ausdrücklich.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie des Abg. Norbert Beck CDU)

Des Weiteren freuen wir uns über die Einrichtung einer gymnasialen Oberstufe an der Gemeinschaftsschule Gebhard in Konstanz zum Schuljahr 2018/2019. Diese Schule erfreut sich ebenfalls seit vielen Jahren eines hohen Zuspruchs vonseiten der Eltern und fördert bereits heute in ihren Klassen zahlreiche Schülerinnen und Schüler auf dem erweiterten Niveau. Herzlichen Glückwunsch auch der Gemeinschaftsschule Gebhard, dem Eisbrecher für eine gymnasiale Oberstufe für die Gemeinschaftsschule in Baden-Württemberg. Sie zeigt: Gemeinschaftsschule kann gymnasial. Alles Gute für den weiteren Weg der Schulentwicklung!

(Beifall bei der SPD – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

In der letzten Woche schließlich wurde die Gemeinschaftsschule Ernst-Reuter-Schule in Karlsruhe auf dem Digital-Gipfel von Bitkom als erste Schule in Baden-Württemberg als Smart School ausgezeichnet. Damit wurde eine Schule geehrt, die schon lange wichtige Impulse für die Bildung für das digitale Zeitalter setzt. Auch an dieser Stelle: Herzlichen Glückwunsch an die Ernst-Reuter-Schule!

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Wir können uns aktuell also über zahlreiche Erfolgsmeldungen der Gemeinschaftsschulen in Baden-Württemberg erfreuen. Dies sollte genügen, um Skeptiker in diesem Haus zu überzeugen und den Gemeinschaftsschulen im Land die notwendige Ruhe für ihre Arbeit zu geben.

Die SPD-Landtagsfraktion hat vor den Pfingstferien zahlreiche Besuche an Gemeinschaftsschulen durchgeführt und konnte sich von der engagierten Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer überzeugen. Ihnen allen gilt unser ausdrücklicher Dank für ihr Engagement.

Sie sind bereits einen langen Weg gegangen und wissen um die Arbeit, die noch vor ihnen liegt. Sie wünschen sich politische Unterstützung, was ich ihnen seitens der SPD auch heute wieder gern zusage, denn die Gemeinschaftsschule ist weiterhin eine Schulart, die sich im Aufbau befindet. Ihre Entwicklung muss konstruktiv begleitet werden, um ihren Erfolg nachhaltig zu sichern. Ich würde mich freuen, wenn auch sei-

tens der anderen ernst zu nehmenden Fraktionen im Haus heute ein entsprechendes Signal kommt. Die permanenten Fragezeichen müssen aufhören. Hierzu gehört auch die seitens der CDU immer wieder aufgekochte Diskussion um das gymnasiale Niveau der Gemeinschaftsschule.

Entsprechend gab es im letzten Sommer Unruhe über ein plötzlich auftauchendes neues Prognosekriterium der am 26. Juli 2016 von der neuen CDU-Kultusministerin veröffentlichten Handreichung zur Genehmigung gymnasialer Oberstufen an den Gemeinschaftsschulen. Hier war plötzlich ergänzend zu der gesetzlich vorgeschriebenen Zahl von mindestens 60 Schülerinnen und Schülern als Voraussetzung für die Genehmigung einer Oberstufe für eine Gemeinschaftsschule von einer stabilen Vierzügigkeit die Rede.

Vorab: Wir sind zufrieden, dass das Kultusministerium auf Nachfrage der SPD erklärt, dass es sich bei der Vierzügigkeit nicht um ein Ausschlusskriterium handelt. Maßstab ist und bleibt die langfristige Prognostizierbarkeit von 60 Schülerinnen und Schülern für die Klassenstufe 11. So weit nichts Neues. Es stellt sich dann allerdings schon die Frage, warum das Kultusministerium das Thema „Stabile Vierzügigkeit“ überhaupt hat formulieren lassen. Insbesondere bei einer zu erwartenden Anzahl von mehr Schülerinnen und Schülern auf M- und auf E-Niveau kann die Zahl 60 auch durch eine Dreizügigkeit erreicht werden. Die Vierzügigkeit ist unseres Erachtens inhaltlich nicht gerechtfertigt.

Im Übrigen – als Seitenbemerkung – zeigt Anlage 4 der Stellungnahme zu unserem Antrag, dass es zahlreiche Gymnasien im Land gibt, die selbst die Zahl 60 für die Oberstufe nicht erreichen – einmal mehr ein Widerspruch zur Bevorzugungsmär in diesem Haus, was die angebliche Bevorzugung von Gemeinschaftsschulen angeht. Es ist nicht so.

Frau Ministerin, Sie sollten selbst ein Interesse daran haben, den Hinweis auf die Vierzügigkeit an die Arbeitsebene abzuschaffen. Ansonsten wird man Ihnen nicht glauben, dass Sie die Gemeinschaftsschule nicht schädigen und bewusst kleinhalten wollen. Ich fordere Sie daher auf, den Beschlussteil unseres Antrags heute zu unterstützen.

Dass die Landesregierung noch einen guten Weg zu gehen hat, um eine ausreichende Versorgung mit Lehrkräften unterschiedlicher Niveaustufen an Gemeinschaftsschulen zu gewährleisten, zeigt übrigens Anlage 5. Sie schreiben in Ihrer Stellungnahme, dass in der Oberstufe ausschließlich Gymnasiallehrkräfte unterrichten können und das Abitur abnehmen können. Das ist auch wichtig und richtig. Wir brauchen dann aber entsprechend eine faire und klare Zuteilung von Lehrkräften aller Niveaustufen an den Gemeinschaftsschulen.

Dazu muss die Willkür regional unterschiedlicher Zuteilung korrigiert werden. Aktuell beträgt der Anteil der Gymnasiallehrkräfte an den Gemeinschaftsschulen im Regierungsbezirk Stuttgart 4,8 %, im Regierungsbezirk Tübingen 5,6 %. Damit sind beide Regierungsbezirke besonders schlecht ausgestattet. Im Vergleich: Im Regierungsbezirk Freiburg liegt der Anteil immerhin bei knapp unter 10 %.

Frau Ministerin, wie wollen Sie eine deutlich ausgeglichene Zusammensetzung der Kollegien sicherstellen? Werden Gemeinschaftsschulen, die eine Oberstufe genehmigt bekommen haben, verstärkt gymnasiale Lehrkräfte erhalten? Wie wollen

(Dr. Stefan Fulst-Blei)

Sie verhindern, dass sich eine unzureichende Gymnasiallehrerausstattung indirekt auf den Genehmigungsprozess auswirkt?

Schließlich: Sie betonen zu Recht die Notwendigkeit zur Fortbildung. Warum müssen dann aber z. B. bei der Aufstiegsqualifizierung zu Besoldungsgruppe A 13 Lehrkräfte, die an Gemeinschaftsschulen unterrichten, im Vergleich zu Lehrkräften, die an Realschulen unterrichten, deutlich mehr Einheiten absolvieren? Warum müssen diese im Gegensatz zu den Lehrkräften an den Realschulen einen Großteil der Fortbildung in ihrer Freizeit absolvieren? Die Arbeitsbelastung an den Gemeinschaftsschulen ist heute bereits hoch. Warum wollen Sie diese Lehrkräfte noch mehr belasten? Wir sind auf Ihre Antworten gespannt.

Kolleginnen und Kollegen, für uns ist klar: Gemeinschaftsschule kann gymnasial. Die Politik muss dies aber wollen und die Schulen nachhaltig unterstützen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Zur Begründung des Antrags Drucksache 16/1738 erteile ich nun Herrn Abg. Dr. Kern für die FDP/DVP-Fraktion das Wort.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie vieler Alarmsignale bedarf es eigentlich noch, bis die grün-schwarze Koalition tatsächlich den bildungspolitischen Irrweg verlässt, den ihre grün-rote Vorgängerin eingeschlagen hat, liebe Kolleginnen und Kollegen? Allein im vergangenen Jahr dokumentierten zwei Erhebungen – die VERA-Vergleichsarbeiten und die IQB-Studie – den dramatischen Absturz der baden-württembergischen Schülerleistungen von einem jahrelang erfolgreich verteidigten Spitzenplatz auf Plätze, die der roten Laterne schon bedrohlich nahekommen.

Nun werden Grüne, SPD und mittlerweile sogar auch die CDU sagen: Ein Absturz beim Zuhören in Deutsch von Platz 2 auf Platz 14 und beim Lesen in Deutsch von Platz 3 auf Platz 12 ist zwar unerfreulich, aber was hat das denn mit den gymnasialen Oberstufen an den Gemeinschaftsschulen zu tun? Schließlich sind die Gemeinschaftsschulen bei der IQB-Studie noch nicht berücksichtigt worden und die Oberstufen noch gar nicht an den Start gegangen.

Nun, ich sage es Ihnen: Die Leiterin der IQB-Studie zog bei deren Vorstellung drei aus meiner Sicht entscheidende Schlussfolgerungen: Erstens lohne es sich – so Frau Professorin Petra Stanat –, die Qualität des Unterrichts in den Vordergrund zu stellen. Mit Blick auf die Oberstufen an den Gemeinschaftsschulen ist uns die grün-schwarze Koalition bisher die Antwort auf die Frage schuldig geblieben, welche Verbesserungen für unser Bildungswesen sie sich von der geplanten Maßnahme verspricht.

Im Koalitionsvertrag finden sich denn auch nur quantitative Bestimmungen für die Einrichtung von Oberstufen: die erforderliche Mindestschülerzahl 60 und der Hinweis, dass bei der Berechnung derselben – Zitat –

auch die zugangsberechtigten Schülerinnen und Schüler benachbarter Schulen berücksichtigt

werden sollten und dass die Koalitionspartner davon ausgingen – Zitat –,

dass bis zum Ende dieser Legislaturperiode an nicht mehr als zehn Standorten Schülerinnen und Schüler an den Oberstufen der Gemeinschaftsschule unterrichtet werden.

Mittlerweile streiten sich Grüne und CDU sogar darüber, ob der letzte Satz als Obergrenze oder als Prognose verstanden werden soll. Die CDU hatte sich noch dafür gefeiert, eine Obergrenze von zehn Standorten durchgesetzt zu haben. Die Grünen halten nun dagegen, eine Obergrenze gebe es nicht – so die bildungspolitische Sprecherin der grünen Fraktion, Bosser, in der „Südwest Presse online“ vom 5. Mai 2017.

Welchen inhaltlichen Mehrwert die Gemeinschaftsschuloberstufen bringen sollen, wird aus Frau Bosers Äußerungen aber nicht erkennbar. Sie hat aber gleich noch die Möglichkeit, darauf einzugehen.

Zweitens gibt Frau Professorin Stanat an, nach ihren Erfahrungen brächten Reformen immer Unruhe in ein Schulsystem. Dies, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist der entscheidende Grund, warum die FDP/DVP-Fraktion dafür eintritt, auf die gymnasialen Oberstufen an den Gemeinschaftsschulen zu verzichten. Diese Forderung ist auch ein Element unseres Impulspapiers für einen stabilen Schulfrieden, das wir bereits im Jahr 2014 vorgestellt haben und das nichts, aber auch überhaupt nichts an Aktualität verloren hat.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Rainer Balzer AfD)

Unser Kerngedanke war dabei,

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Karl-Wilhelm Röhm
CDU: Der Timm-Kern-Gedanke!)

verlässliche Bedingungen für unser Schulwesen zu schaffen. Das ist nach Auffassung von uns Freien Demokraten Voraussetzung dafür, dass in unseren Schulen gute Arbeit geleistet werden kann.

Die geplanten gymnasialen Oberstufen an den Gemeinschaftsschulen binden aber nicht nur zusätzliche Mittel, die andernorts im Bildungsbereich dringend gebraucht würden. Nein, sie machen auch den beruflichen Gymnasien sinnlos Konkurrenz.

Seit Jahren führen die beruflichen Gymnasien mit beachtlichem Erfolg Schülerinnen und Schüler mit mittlerer Reife zum Abitur. Deshalb sollte sichergestellt werden, dass jedem Bewerber und jeder Bewerberin bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen ein Platz an den beruflichen Gymnasien zur Verfügung steht – wenn möglich in der gewünschten Fachrichtung. Damit eröffnen wir jungen Menschen tatsächlich mehr Chancen, als wenn ein weiteres Mal am Schulsystem herumgeschraubt werden soll.

Dies ist im Wesentlichen auch Frau Professorin Stanats dritte Schlussfolgerung aus der IQB-Studie. Sie habe sich laut „Schwarzwälder Boten“ vom 29. Oktober 2016 zwar nicht darauf festlegen lassen wollen, dass die Politik generell am besten die Hand von Schulstrukturreformen lassen sollte.

Aber man braucht schon sehr, sehr gute Gründe, um da ranzugehen. Und einen langen Atem.

(Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Hatten wir!)

(Dr. Timm Kern)

Bei der Suche nach guten Gründen und einer echten Überzeugung sucht man bei den Regierungsfractionen jedoch vergeblich. Die CDU-Fraktion selbst beantragte noch in der vergangenen Legislaturperiode die Streichung der dreijährigen gymnasialen Oberstufe an Gemeinschaftsschulen im Schulgesetz, da sie deren Einrichtung als „unverantwortlich“ ansah. So können sich Positionen ändern.

(Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Man kann dazulernen! – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Nun ordnet die CDU ihre bildungspolitischen Überzeugungen dem Koalitionsfrieden mit den Grünen unter, und das, obwohl auch die Grünen offenbar selbst immer weniger von dem Vorhaben überzeugt sind.

(Abg. Anton Baron AfD: Eijejei!)

Einem flächendeckenden Ausbau der Gemeinschaftsschuloberstufen hatte Frau Boser im schon erwähnten Artikel bereits eine Absage erteilt. Die Grünen fürchten aber den Gesichtverlust, wenn sie die Oberstufe nun komplett fallenlassen. Schließlich haben sie die Gemeinschaftsschule in der letzten Legislaturperiode unter massivem Ressourceneinsatz und Ausnutzung der Notlage zahlreicher kleiner Schulstandorte selbst auf die Schiene gesetzt.

(Beifall des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Unglaublich! „Ausnutzung der Notlage“! Meine Güte! Der Kollege wird aus dem Schützengraben niemals herauskommen! – Zuruf der Abg. Sandra Boser GRÜNE)

Das Versprechen, an der Gemeinschaftsschule Abitur machen zu können, war ein zentrales Element dieser Unruhe stiftenden Privilegierungsstrategie, liebe Kolleginnen und Kollegen. Dass die Regierung Kretschmann II nun bildungspolitische Fehler der Regierung Kretschmann I eingesteht und das Ruder bei den Gemeinschaftsschuloberstufen noch einmal herumreißt, verträgt sich mit dem grünen Selbstbewusstsein nicht, erst recht nicht, wenn die SPD, wie heute, mit ihrem Antrag dem ungeliebten ehemaligen Koalitionspartner ein schlechtes Gewissen machen will.

Meine Damen und Herren von Grün-Schwarz, liebe Kolleginnen und Kollegen, produzieren Sie nach dem verlängerten G-9-Schulversuch, der halbherzigen Stärkung der Realschulen und der verschleppten verbindlichen Vorlage der Grundschulempfehlung mit den gymnasialen Oberstufen an den Gemeinschaftsschulen nicht noch einen weiteren faulen Kompromiss der grün-schwarzen Komplementärkoalition zulasten unseres Bildungswesens.

Geben Sie der Bildung Vorfahrt vor Koalitionsrason und grüner Gesichtswahrung. Stimmen Sie dem Antrag der FDP/DVP-Fraktion zum Verzicht auf die Gemeinschaftsschuloberstufen zu, und lassen Sie uns stattdessen gemeinsam die beruflichen Gymnasien stärken. Sie haben es verdient, und sie haben auch bewiesen, dass sie für die Durchlässigkeit des baden-württembergischen Schulsystems zentral sind.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP – Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Frau Kollegin Boser.

(Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Aber jetzt!)

Abg. Sandra Boser GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor fünf Jahren haben wir gemeinsam mit der SPD die Gemeinschaftsschule in Baden-Württemberg eingeführt. Wir stehen bis heute mit voller Überzeugung zu der Einführung der Gemeinschaftsschule als einem richtigen Schritt für unser Bildungssystem in Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Dass die Gemeinschaftsschule inzwischen eine erfolgreiche Schulart in Baden-Württemberg ist, zeigen nicht zuletzt – Herr Kollege Fulst-Blei hat es angesprochen – der Deutsche Schulpreis für die Waldparkschule in Heidelberg, die Auszeichnung von Bitkom und andere herausragende Auszeichnungen, die Schulen bei uns im Land bekommen haben. Dass wir damit auf einem richtigen Weg sind, zeigen genau diese Auszeichnungen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Herr Dr. Kern, dass die IQB-Studie, an der keine einzige Gemeinschaftsschule teilgenommen hat, und VERA – –

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Das habe ich doch gesagt!)

– Ich wiederhole es trotzdem gern: An der IQB-Studie hat keine einzige Gemeinschaftsschule teilgenommen, weil es die betreffende Klassenstufe dort noch gar nicht gab. An VERA nahm die Gemeinschaftsschule mit einer völlig anderen Schülerzusammensetzung – 60 % Schülerinnen und Schüler mit einer Hauptschulempfehlung und 20 % Schülerinnen und Schüler mit einer Realschulempfehlung – teil und hat ähnliche Ergebnisse erzielt wie die Realschulen bei uns in Baden-Württemberg. Dass Sie hier die Qualitätsdefizite bei den Schulen in unserem Land einzig und allein bei der Gemeinschaftsschule abladen,

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Das habe ich nicht gesagt! Hören Sie doch einmal richtig zu!)

ist symptomatisch für die FDP und zeigt, dass Sie null Verständnis für die Schulen bei uns in Baden-Württemberg haben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Vereinzelt Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Sie haben nicht zugehört!)

Ich finde es gegenüber den Gemeinschaftsschulen bei uns in Baden-Württemberg unglaublich, wie Sie jedes Mal hier versuchen, die Gemeinschaftsschulen zu diskreditieren.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Völlig richtig! – Gegenruf des Abg. Anton Baron AfD: Völlig falsch! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Die müssen aus dem Schützengraben!)

Sie versuchen hier, die Gemeinschaftsschulen in ein schlechtes Licht zu stellen.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Genau!)

(Sandra Boser)

Ich würde es Ihnen – wie ich Sie auch persönlich sehr schätze – wirklich hoch anrechnen, wenn Sie einmal eine Gemeinschaftsschule besuchen würden und sich am Ende auch dazu durchringen könnten, zu sagen, welche Erfolge eine Gemeinschaftsschule durchaus auch aus Ihrer Sicht erreichen kann.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Da sind wir wieder bei Baumschulen!)

Die Einführung der Oberstufe an Gemeinschaftsschulen war von Anfang an in der Konzeptionierung der Gemeinschaftsschule in Baden-Württemberg vorgesehen. Das Schulgesetz sieht die Oberstufe als eine Möglichkeit vor. Wenn wir jetzt hier Ihrem Antrag folgen würden, dann müsste man erst einmal das Schulgesetz in Baden-Württemberg ändern. Das Schulgesetz ermöglicht jeder Gemeinschaftsschule in Baden-Württemberg, die die Kriterien erfüllt, eine Oberstufe einzurichten, und das halten wir auch für richtig.

Dass diese Einführung nicht flächendeckend erfolgen wird – so haben Sie mich zitiert –, wissen wir schon von Anfang an. Wir halten es auch nicht für richtig, dass jede Gemeinschaftsschule eine Oberstufe erhält, weil die Voraussetzungen nicht bei allen 304 Gemeinschaftsschulen gewährleistet sind. Aber wenn Gemeinschaftsschulen in Baden-Württemberg diesen Weg gehen wollen, wenn sie dies beantragen und sie die Kriterien erfüllen, stehen wir an der Seite dieser Gemeinschaftsschulen. Dann unterstützen wir die Anträge – so, wie in Tübingen und in Konstanz –, damit diese Schulen ihren Weg gehen können.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Daher auch von unserer Seite hier einen herzlichen Glückwunsch nach Konstanz an die dortige Gemeinschaftsschule, die als erste Gemeinschaftsschule in Baden-Württemberg eine Oberstufe planen und einrichten kann und hierfür die Genehmigung des Kultusministeriums erhalten hat. Ein herzliches Dankeschön auch an die Kultusministerin für diesen Schritt.

(Beifall der Abg. Dorothea Wehinger GRÜNE)

Damit haben wir in Konstanz ab dem Schuljahr 2018/2019 die erste Oberstufe an einer Gemeinschaftsschule in Baden-Württemberg.

Zu den Kriterien – sie wurden vorhin vom Kollegen Fulst-Blei angesprochen – möchte ich noch ein paar Dinge sagen.

In den Prognosekriterien steht eindeutig, dass man davon ausgeht, dass nur mit einer Vierzügigkeit die Zahl von 60 Schülerinnen und Schülern erreicht werden kann. Es ist aber keine Voraussetzung, dass eine Vierzügigkeit besteht. Voraussetzung ist einzig und allein, dass am Ende mindestens 60 Schülerinnen und Schüler in eine Oberstufe wechseln.

Weil auch andere Kollegen das schon angesprochen haben, will ich noch einmal sagen: Es ist auch keine Voraussetzung, wie die Kinder an die Gemeinschaftsschule wechseln. Es zählt nicht, mit welcher Empfehlung ein Kind an die Gemeinschaftsschule wechselt. Hierzu wird einzig und allein der Übergang der Schülerinnen und Schüler in der neunten Klasse ermittelt. Es wird ermittelt, auf welchem Niveau die Schülerinnen und Schüler arbeiten, wie viele Kinder auf dem er-

weiterten Niveau arbeiten, wie viele auf dem mittleren Niveau arbeiten. Das allein ist entscheidend für das Prognosekriterium, ob am Ende ein Wechsel von 60 Schülerinnen und Schülern in die Oberstufe erreicht werden kann.

(Beifall bei den Grünen – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Frau Kollegin Boser, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Kern?

Abg. Sandra Boser GRÜNE: Bitte.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Liebe Kollegin Boser, ich schätze Sie persönlich im Übrigen ähnlich.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Aber bitte beweisen Sie mir doch einmal, wo ich wirklich in meiner Rede die Gemeinschaftsschulen als solche schlechtgeredet habe. Zeigen Sie mir das mal.

(Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Durchgängig! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ach du lieber Dr. Kern! Durchgängig seit 2011!)

– Ja, das behauptet auch die SPD ständig. – Ich habe gesagt, wir haben jetzt durch – –

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Lesen Sie die Protokolle!)

– Herr Präsident, wäre es möglich, dass ich diese Zwischenfrage stelle?

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Selbstverständlich. Da müssen Sie sich an Ihre Kollegen wenden.

(Heiterkeit)

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Ich habe Ihnen eine Frage gestellt, auf die Sie bis jetzt noch nicht geantwortet haben. Deshalb noch mal: Es liegen zwei Erhebungen vor, bei denen der baden-württembergischen Bildungspolitik ein vernichtendes Ergebnis ausgestellt wurde.

(Zuruf des Abg. Thomas Poreski GRÜNE)

Mit welchen Qualitätsmaßnahmen wollen Sie die baden-württembergische Bildungspolitik verbessern, und mit welcher Qualitätsmaßnahme wollen Sie sicherstellen, dass die Einführung von gymnasialen Oberstufen an Gemeinschaftsschulen die Qualität an den Schulen in Baden-Württemberg tatsächlich verbessert?

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Die Frage ist länger als jede Abiturfrage!)

Da habe ich meine Zweifel. Dazu hätte ich gern einmal etwas gehört.

Sie müssen mir nach wie vor nachweisen, wo ich die Gemeinschaftsschulen, die Arbeit der Gemeinschaftsschulen schlechtgeredet habe. Das habe ich nicht getan.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Das machen Sie doch niemals!)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Frau Kollegin, ich weise vorsorglich darauf hin, dass Ihre Redezeit kurz vor dem Ende steht.

Abg. Sandra Boser GRÜNE: Genau. Deswegen werde ich nur kurz antworten. Das andere klären wir bilateral.

Zur Verbesserung der Qualität der Schulen in Baden-Württemberg sind wir mit der CDU gemeinsam auf einem sehr guten Weg.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Da haben Sie recht, Frau Boser! – Gegenruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Nicht nur da, Herr Kollege!)

Die Experten, die wir dazu angehört haben, haben uns drei Punkte mit auf den Weg gegeben, die wir, die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen, anschauen müssen: Lehrerfortbildung, Schulleitung, Qualitätsmanagement.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Genau diese drei Punkte werden wir uns auch genau anschauen. Wir haben auch schon erste Punkte in die gedankliche Umsetzung gebracht, damit wir die Qualität an den Schulen verbessern. Aber keiner der Experten – keiner! – hat irgendeine Schulart in Baden-Württemberg dafür verantwortlich gemacht, dass die Qualität an den Schulen schlechter wurde.

(Beifall bei den Grünen)

Da mir das ein Anliegen ist, muss ich hier noch die beruflichen Schulen ansprechen. Für uns sind die beruflichen Gymnasien in Baden-Württemberg der natürliche Partner der Gemeinschaftsschulen. Die meisten Schülerinnen und Schüler der Gemeinschaftsschule werden das Abitur nicht an der eigenen Oberstufe, sondern an einem beruflichen Gymnasium ablegen. Deswegen schätzen wir die beruflichen Gymnasien und stehen zu deren Ausbau. Trotzdem halten wir es gerade in der Situation, dass derzeit nicht alle Schülerinnen und Schüler einen Platz an einem beruflichen Gymnasium bekommen, für eine sehr gute Ergänzung, wenn an den Gemeinschaftsschulen in Baden-Württemberg auch Oberstufen bestehen, damit wir am Ende jedem Kind die Möglichkeit geben, den für sich bestmöglichen Schulabschluss zu erreichen. Daher werden wir die Gemeinschaftsschulen in Baden-Württemberg bei ihrer weiteren Entwicklung unterstützen, und zwar mit allem, was wir an Mitteln zur Verfügung haben.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die CDU-Fraktion erlaube ich das Wort dem Kollegen Röhm.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU begibt sich ohne Manuskript zum Rederpult. – Abg. Karl Zimmermann CDU: Freie Rede! Sehr gut!)

Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Lieber Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich werde es mir ersparen, hier eine Schulstrukturdebatte zu führen, denn die vorliegenden Anträge der SPD und der FDP/DVP beschäftigen sich ausschließlich mit der Einführung von gymnasialen Oberstufen

an Gemeinschaftsschulen. Da möchte ich mich zunächst an die FDP/DVP wenden und Ihnen, lieber Kollege Dr. Kern, den ich im Übrigen auch sehr schätze, wie die Kollegin Boser auch,

(Heiterkeit – Zurufe – Unruhe)

sagen, dass wir dem ersten Teil Ihres Antrags unter Abschnitt II, nämlich auf die Einrichtung von gymnasialen Oberstufen an Gemeinschaftsschulen zu verzichten, nicht zustimmen können, weil wir uns im Koalitionsvertrag darauf geeinigt haben, dass wir damit einverstanden sind, dass solche entstehen.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Wie viele?)

– Die Zahl ist zunächst einmal völlig offen. Es sind zwei, und es gibt jede Menge Standorte – Reutlingen und viele andere –, die daran gar kein Interesse haben, weil es in diesem Raum ohnehin genügend gymnasiale Oberstufen gibt, die die Schüler besuchen können.

Der zweite Teil Ihres Antrags, lieber Kollege Dr. Kern, ist bereits erfüllt. Wir haben unglaublich viele und eine ausreichende Zahl von Klassen in den beruflichen Gymnasien. Sie haben eine Durchschnittsgröße von 21 bis 22 Schülern; dort ist also noch jede Menge Platz. Damit ist dem zweiten Teil Ihres Antrags bereits Rechnung getragen. Dazu haben Sie in der letzten und vorletzten Legislatur auch beigetragen.

Jetzt zur SPD: Herr Dr. Fulst-Blei, ich rede nicht über IQB und nicht über VERA. Aber mir ist aufgefallen, dass Sie in Bezug auf die gymnasiale Oberstufe ausschließlich von Zahlen und Prognosekriterien, aber nicht von Qualität gesprochen haben. Ich möchte hier eines richtigstellen: Eine gymnasiale Oberstufe an einer Gemeinschaftsschule ist ein und dasselbe wie eine Oberstufe an einem G 9 in drei Jahren oder an einem G 8 in zwei Jahren. Es gelten dieselben Kriterien für den Zugang in die gymnasiale Oberstufe.

Prognosekriterien sind etwas anderes. Prognosekriterien werden in Klasse 9 durch sogenannte Lernstandsberichte erstellt – ebenfalls in der Realschule, wenn man diese mit heranzieht, wo die Kinder auf M-Niveau unterrichtet werden. Das sind Prognosekriterien.

Im Jahr darauf, wenn es Zeugnisse gibt, heißt das noch lange nicht, dass all diejenigen, denen eine Berechtigung für den Zugang zu einer gymnasialen Oberstufe prognostiziert wurde, auch die Kriterien erfüllen. Welches sind die Kriterien? Ich will sie ausdrücklich noch einmal nennen, damit man es weiß:

Für die Kinder, die aus der Gemeinschaftsschule kommen, gilt in Klasse 11 der Bildungsplan der Klassen 9 und 10 der G-9- und G-8-Gymnasien. Für die Kinder, die durchgängig auf E-Niveau unterrichtet worden sind, sind fünf Fächer maßgeblich: Deutsch, Mathematik, Fremdsprache, Wahlpflichtfach und Profulfach. In drei dieser Fächer müssen sie überwiegend auf E-Niveau unterrichtet worden sein. Sie können genau wie jeder andere Gymnasiast in die Oberstufe eintreten.

Jeder andere, der dieses Kriterium nicht erfüllt, braucht – ich sage das ganz bewusst, damit keine falschen Vorstellungen entstehen – ein Zeugnis mit folgender Bewertung: In zwei von drei Kernfächern – Deutsch, Mathematik, Fremdsprache –

(Karl-Wilhelm Röhm)

braucht er mindestens die Note „Zwei“, in einem mindestens die Note „Drei“. Er braucht einen Gesamtschnitt von mindestens Drei. Hat er diese Noten am Ende der Klasse 10 nicht, tritt er nicht in die Oberstufe an einer Gemeinschaftsschule ein, weil es sich bei dieser Oberstufe um ein allgemeinbildendes Gymnasium handelt. Manchmal habe ich das Gefühl, dass das nicht allen hier so klar ist; deswegen sage ich das in dieser Deutlichkeit.

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fult-Blei SPD)

Die Gemeinschaftsschule muss in Klasse 10 in diesen Fächern Noten geben, und alle, die nicht über das E-Niveau kommen, sondern eine Mittlere-Reife-Prüfung absolviert haben, müssen wie jeder Realschüler genau diese Bedingungen erfüllen.

Was ist damit sichergestellt? Kollege Kern, es gibt ein einziges Privileg für die Kinder, die über die Gemeinschaftsschule kommen, dass sie nämlich die zweite Fremdsprache grundständig beginnen können. Das ist die einzige Ausnahme. Ansonsten gelten die gleichen Kriterien. Meine Fraktion ist der Meinung, dass all diejenigen, die diese Kriterien erfüllen, auch in die Oberstufe einer Gemeinschaftsschule eintreten können. Es gibt keinen Sonderweg. Der Sonderweg der Gemeinschaftsschule endet in Klasse 10. Ich bitte, das zur Kenntnis zu nehmen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die AfD-Fraktion erteile ich dem Kollegen Dr. Balzer das Wort.

Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Kollegen Abgeordnete! Ich schätze Sie alle.

Heute ist ein großer Tag für Grün-Rot: der Schritt in die gymnasiale Oberstufe an den Gemeinschaftsschulen. Bildung verlässlich, vielfältig, aber auch erfolgreich? So sieht es der Koalitionsvertrag vor. Ich zitiere:

Wir geben den Bildungseinrichtungen alle notwendigen Freiräume und garantieren durch eine kluge Steuerung verlässliche Rahmenbedingungen.

Hübsch formuliert. Aber ist das wirklich wertvoll? Wofür brauchen wir eine gymnasiale Oberstufe an den Gemeinschaftsschulen? Es gibt genügend Wege zum Abitur für diejenigen Schüler, die dafür geeignet sind. Es gibt das Gymnasium für diejenigen Schüler, die schon frühzeitig ihre Eignung erkennen lassen, und es gibt die beruflichen Gymnasien für diejenigen, die eher praktisch begabt sind und sich hier gut entwickeln.

Meine Damen und Herren, wollten Sie nicht das Gymnasium als leistungsstarke Schulart mit dem forschenden Lernen und der starken Betonung der Allgemeinbildung mit dem Ziel der Studierfähigkeit erhalten? – Koalitionsvertrag, Seite 27. Ist das echte Verlässlichkeit?

Jetzt eine gymnasiale Oberstufe an Gemeinschaftsschulen: Wird hier versucht, jeden zum Abitur zu bringen – auch dann, wenn er nicht so schlau ist, auch dann, wenn er etwas bequem ist und zwei linke Hände hat?

(Abg. Anton Baron AfD: Ja, das gibt es auch!)

Verständlicherweise möchte die Landesregierung wenigstens genügend Schüler, also die Vierzügigkeit, als zwingende Voraussetzung für die Genehmigung der gymnasialen Oberstufe vorschreiben. Verständlicherweise bevorzugt die liebe SPD Planwirtschaft allererster Güte – mit dem bedauerlichen Ziel der Folge der Zerstörung der Realschule. Denn in ihrem Antrag werden in Abschnitt II Prozentzahlen für den Übergang in die gymnasiale Oberstufe gefordert. Sie wollen also offensichtlich wirklich jedem zum Abitur verhelfen, egal, was er kann – interessant für eine ehemalige Arbeiterpartei,

(Zurufe der Abg. Reinhold Gall und Sabine Wölflé SPD)

interessant natürlich auch für die Regierung. Denn im Koalitionsvertrag steht auf Seite 25: Leistung wird „in den verschiedenen Schularten“ umgesetzt werden. Man höre und staune.

Meine Damen und Herren, wie sieht ein alternatives, gutes Konzept aus? Bewährung im Leben ist das, was die Jugendlichen brauchen. Das ist das, worauf sie stolz sind. Stattdessen versucht man hier offensichtlich immer wieder, Schlupflöcher für alle zu finden, Wege, bei denen die Schüler einfach nur durchgeschleust werden, ohne sich bewähren zu müssen.

Für den Steuerzahler wird es sehr teuer, wenn wir drei verschiedene Wege zum Abitur offenhalten wollen. Wenn es wirklich sinnvoll wäre, könnte man das Geld investieren. Hier aber ist es doch wohl eher so, dass die CDU die Ruinen von fünf Jahren grün-roter Landesregierung – damit haben wir es zu tun – offensichtlich nicht beherzt genug beiseiteräumen kann.

(Beifall bei der AfD)

Schaffen Sie es nicht, sich gegen die Grünen durchzusetzen? Haben wir nicht ein CDU-geführtes Ministerium?

Wir haben u. a. bereits die Realschulen und die beruflichen Gymnasien als zweiten Weg zum Abitur. Nach unserer Auffassung bereitet die Schule auf das Berufsleben vor. Insofern ist das berufliche Gymnasium ein Königsweg und eine Oberstufe an den Gemeinschaftsschulen schlicht und ergreifend überflüssig.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Ein Vorteil der Gemeinschaftsschule wäre es, dass die Schüler ein Jahr mehr Zeit haben bis zum Abitur – G 9 statt G 8. Hier sind wir wieder bei dem schon vorhin angesprochenen Thema Schul- oder – besser – Unterrichtsniveau. Schauen wir doch in den Koalitionsvertrag. Ich darf zitieren:

Wir wollen das G 8 so weiterentwickeln, dass Schülerinnen und Schüler besser und intensiver individuell gefördert werden können.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Da sind wir dabei!)

Das heißt, in den bisherigen Schularten – so meint man offensichtlich – werden die Schüler nicht richtig gefördert. Herzlichen Dank an die Lehrer dort – Widersprüche ohne Ende.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

(Dr. Rainer Balzer)

Viele Eltern auch von leistungsfähigen Schülern haben sich das G 9 gewünscht, um ihren Kindern eine gut behütete Kindheit unter Aufsicht der Eltern zu gönnen – mit Hobbys, mit Sport am Nachmittag, mit einem eigenen Instrument Unterricht am Nachmittag, und zwar ohne Nachmittagsschule.

Sie wollten das bisher eher nicht gewährleisten. Jetzt soll die Gemeinschaftsschule dieses Privileg erhalten. Das nenne ich grüne Ideologie ohne Ende.

(Beifall bei der AfD)

Wir haben es hier mit einer Bevorzugung der Gemeinschaftsschule zu tun. Möglicherweise liegt das an den Anmeldezahlen der Gemeinschaftsschule. Erwartungsgemäß macht sich auch Ernüchterung bei den Eltern breit.

Deswegen sind die Ziffern 1 und 3 von Abschnitt II des Antrags der SPD-Fraktion, Drucksache 16/563, logischerweise abzulehnen. Abschnitt II Ziffer 2 ist rote Planwirtschaft allererster Güte mit dem Ziel der Zerstörung der Realschule – in die Mottenkiste der Geschichte damit, ablehnen.

(Beifall des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Der Antrag der FDP/DVP-Fraktion, Drucksache 16/1738, scheint sinnvollerweise unserem Programm entnommen zu sein.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Da ist wohl der Wunsch der Vater des Gedankens!)

Also können wir Unterstützung signalisieren.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Wissen Sie, Herr Dr. Kern, mir geht es um die Sache,

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Ja!)

um die Schüler und um die Sache, sonst um nichts.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Absolut! Dafür stehen wir ein! – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Machen Sie sich erst einmal schlau!)

Es ist sinnvoll, die Zahl der Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe wenigstens zu begrenzen.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP zur SPD: Wir haben auch schon mit euch abgestimmt! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Eine Konkurrenz – es geht uns eben um die Sache; ich habe es gerade schon einmal gesagt – der Schulformen kann ja möglicherweise förderlich sein. Aber man sollte den Steuerzahler mit dem Unterhalt von Parallelorganisation nicht zu sehr belasten.

Danke fürs Zuhören.

(Beifall bei der AfD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin Dr. Eisenmann das Wort.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe jetzt mit Interesse der Diskussion gelauscht. Ich werde mich analog zu Herrn Abg. Röhm nicht an einer Schulstrukturdiskussion beteiligen. Das ist jetzt hier, glaube ich, insgesamt auch der falsche Ort.

Wir, die grün-schwarze Landesregierung, haben uns darauf verständigt, dass wir Ruhe und Verlässlichkeit im Bildungssystem haben möchten. Wie klug diese Entscheidung war – bezogen auf alle vorhandenen Schularten, ob alt oder jung –, zeigt sich, wenn man sich anschaut, welche Qualitätsprobleme wir in unserem Schulsystem definitiv haben. Deshalb ist weitere Unruhe sicher der falsche Ansatz.

Heute geht es um die Frage der gymnasialen Oberstufe. Es geht um die Frage, auf welchen Grundlagen die Genehmigung erfolgt.

Herr Abg. Fulst-Blei, Sie haben schon richtig dargelegt: Es gelten die Prognosekriterien, und die zentrale Grundlage ist natürlich die Schülerzahl von 60 plus x. Wir haben die Prognosekriterien dahin gehend ergänzt, und die Schulträger, die Kommunen, haben entsprechende Handreichungen erhalten. Das ist aber nicht die Basis und der Ausgangspunkt für eine Genehmigung. Dies habe ich Ihnen ja – Sie haben es zitiert – in der Stellungnahme zu dem betreffenden Antrag bereits schriftlich dargelegt.

Sie haben gefragt, auf welcher Basis wir zu diesen vorgegebenen Quantitäten und Einschätzungen von einer stabilen Vierzügigkeit als Empfehlung kommen. Das kann ich Ihnen gern sagen. Der renommierte Bildungsforscher Klaus Klemm – bekanntermaßen SPD-Mitglied – hat über Erfahrungen aus anderen Ländern berichtet, wo nach Klassenstufe 10 aller Voraussicht nach nur dann tatsächlich 60 Schülerinnen und Schüler in eine gymnasiale Oberstufe, in die sogenannte Sek II, wechseln können, wenn die Sekundarstufe I stabil vierzünftig ist. Wir haben uns auf einen Parteilfreund von Ihnen verlassen und hoffen sehr, dass wir deshalb nicht verlassen sind.

(Abg. Georg Nelius SPD: Da sind Sie nicht verlassen!)

– Dann ist es ja gut. Dann sind wir einer Meinung. Es freut mich sehr, wenn wir uns bildungspolitisch mit der SPD Seite an Seite wiederfinden.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich möchte aber auf einen Punkt hinweisen, der ganz entscheidend ist und den Herr Abg. Röhm angeführt hat. Es geht um einen natürlich um die Kriterien von Größe und stabilem Unterbau. Aber es geht ganz entscheidend auch darum, dass wir nur die Kinder in eine gymnasiale Oberstufe der Gemeinschaftsschule schicken, die die entsprechende Leistung erbringen.

Sie haben ja schon gesehen – Konstanz wurde angesprochen; weitere Schulen stehen zur Genehmigung an –, was momentan bearbeitet wird. Selbstverständlich genehmigen wir – in einem engen Rahmen, auf der Basis der genannten Kriterien. Nur, unsere Verantwortung ist auch, dass Kinder tatsächlich nur dann in eine gymnasiale Oberstufe gehen, wenn sie sich dort wohlfühlen und wenn sie die Voraussetzungen erfüllen.

(Ministerin Dr. Susanne Eisenmann)

Nichts ist schlimmer, als hinterher Kinder in einer gymnasialen Oberstufe zu haben, die diese Voraussetzungen faktisch nicht erfüllen. Das ist frustrierend, und es wird – glauben Sie mir – mittel- und langfristig nicht zu einer verbesserten Akzeptanz von Gemeinschaftsschulen vor Ort führen.

(Beifall bei der CDU sowie der Abg. Sandra Boser
GRÜNE – Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Das sollte unser gemeinsames Interesse sein – vor allem dann, wenn ich es gut meine mit der jungen Schulart Gemeinschaftsschule.

Deshalb genehmigen wir auf dieser Basis. Aber wir sehen uns als Kultusministerium sehr wohl in der Verantwortung, abzuwägen. Deshalb gibt es Lernstandsberichte: Wie ist tatsächlich das Niveau, auf dem die Schülerinnen und Schüler unterrichtet werden? Diesen Aspekt sollte man nicht vernachlässigen; auch dieser spielt in unserer Genehmigung eine große Rolle.

Richtig ist – Sie haben es angesprochen –: In der Oberstufe der Gemeinschaftsschule werden dann ausschließlich Gymnasiallehrkräfte unterrichten. Das ist die Grundlage. Denn die Basis des Gymnasiums gilt auch bei der Sekundarstufe II der Gemeinschaftsschule, die Basis des Abiturs in Baden-Württemberg; es gelten die klassischen Standards. Es ist ja auch die gleiche Abiturprüfung.

(Zuruf der Abg. Sabine Wölfle SPD)

Das machst du nicht im Vorbeigehen. Deshalb muss die Basis stimmen.

Wir sind natürlich auch dabei, dafür zu werben, dass es durchaus Sinn macht, wenn Gemeinschaftsschulen vor Ort beispielsweise mit Gymnasien kooperieren, um auf diese Weise Lehrkräfte dafür zu gewinnen, auch an einer Gemeinschaftsschule unterrichten zu wollen. Wir werden prüfen – weil wir diese Voraussetzungen dann haben –, inwieweit wir Gymnasiallehrkräfte gegebenenfalls abordnen müssen, tatsächlich an der Oberstufe einer Gemeinschaftsschule zu unterrichten. Denn das ist die Grundlage, die wir dadurch auslösen.

Wir nehmen das Thema also sehr, sehr ernst. Das sieht man auch daran, dass wir jetzt bereits die erste Schule genehmigt haben und in weiteren Genehmigungsverfahren sind.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP meldet sich.)

Wir geben uns Mühe, dies auch im Sinne der – Herr Kern hätte eine Zwischenfrage, Herr Präsident.

(Heiterkeit – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Lassen Sie die Zwischenfrage zu, Frau Ministerin?

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann: Ja.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Bitte schön, Herr Abg. Dr. Kern.

(Heiterkeit bei der CDU – Vereinzelt Beifall)

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann: Herr Kern ist immer hilfreich.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Ministerin, einmal Dank dafür, dass Sie den Parlamentspräsidenten auf meine Zwischenfrage aufmerksam gemacht haben,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist Aufgabe des Schriftführers!)

und zum anderen danke schön, dass Sie diese Zwischenfrage auch zulassen.

Frau Ministerin, Sie haben jetzt sehr ausführlich, und wie ich finde, auch sehr gut ...

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann: Danke.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: ... begründet, welche Bedingungen, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, damit an einer Gemeinschaftsschule eine gymnasiale Oberstufe eingerichtet werden kann. Ich habe aber noch nichts dazu vernommen, warum aus Ihrer Sicht an Gemeinschaftsschulen Oberstufen eingerichtet werden sollen. Vielleicht können Sie auch darauf noch eingehen.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann: Ja, selbstverständlich, gern.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Ich möchte noch einen Satz sagen: Ich war gerade damit beschäftigt, den Schichtwechsel bei den Schriftführern vorzunehmen – der noch nicht erfolgt ist. – Bitte schön, Frau Ministerin.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann: Es gibt ein Schulgesetz, wonach die gymnasiale Oberstufe nach bestimmten Kriterien an einer Gemeinschaftsschule vorgesehen ist. Die grün-schwarze Landesregierung bekennt sich zu diesem Schulgesetz. Sie haben recht; natürlich kann ich eine gesetzliche Grundlage ändern; das ist ja im Wesentlichen Teil dessen, was Sie heute beantragt haben. Aber das ist nicht das, was sich die grün-schwarze Landesregierung zu eigen gemacht hat. Gleichwohl ist das eine sehr gründliche Schau auf das, was wir künftig als Sek II genehmigen.

Ich teile im Übrigen Ihre Einschätzungen und auch die große Wertschätzung, die von Ihrer Seite bezogen auf berufliche Gymnasien zum Ausdruck gebracht worden ist – auch im Hinblick darauf, dort das Abitur zu machen. Immerhin legen seit vielen Jahren ca. 37 % der Abiturienten im Land ihr Abitur an einem beruflichen Gymnasium ab, und zwar flächendeckend; ganz stark auch im ländlichen Raum. Das wollen wir weiter erhalten.

Aber ansonsten gilt das Bekenntnis zum Schulgesetz und zu den dort verankerten Grundlagen. Deshalb sind wir hier gesetzestreu. – Ich hoffe, das beantwortet Ihre Frage.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
– Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie uns gemeinsam die junge Schulart, die jüngste Schulart, die wir hier

(Ministerin Dr. Susanne Eisenmann)

im Land haben, konstruktiv begleiten. Lassen Sie uns diese konstruktiv-kritisch begleiten; das verträgt diese Schulart. Wir werden Stand September 2017 – Frau Boser hat es angesprochen – 304 Gemeinschaftsschulen in Baden-Württemberg haben. Das ist eine weitreichende Deckung, auch wenn man es sich geografisch anschaut. Daran kann man sehen, dass es viele Eltern gibt, die an diesem pädagogischen Konzept Gefallen finden und dies für ihr Kind auch als richtig ansehen – nicht alle Eltern; aber das müssen sie auch nicht; deshalb haben wir eine Vielfalt der Schularten; deshalb haben wir eine Durchlässigkeit. Auch das ist eine existenzielle Grundlage der Arbeit der grün-schwarzen Landesregierung und ihrer Bildungspolitik.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die SPD-Fraktion erteile ich nochmals Herrn Abg. Dr. Fulst-Blei das Wort.

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin, es geht uns in der Tat um Qualität. Dazu brauchen wir übrigens auch – Die Notenversetzungsordnung im Land, Herr Röhm, ist bekannt. Also kennen wir auch die Bedingungen. Es war auch in der vergangenen Legislatur nie die Rede davon, dass wir diese Bedingungen, die Qualitätskriterien, die Leistungskriterien aufweichen wollen, die die Voraussetzung dafür sind, dass ein Kind an eine gymnasiale Oberstufe – in Zukunft eben auch an der Gemeinschaftsschule – gesandt wird. Ich bin da in der Tat bei Ihnen. Sonst schafft man auch Frustration. Wir müssen einfach diese Standards halten.

Sie haben aber auf eine unserer zentralen Fragen nicht geantwortet. Ich habe die Frage aufgeworfen: Wie handhaben Sie es mit der Lehrerversorgung, wenn es um das gymnasiale Niveau geht? Wir haben zu wenig Zuweisungen, was Gymnasiallehrer angeht. Das ist eine zentrale Voraussetzung, um die Qualität zu halten. Sie haben uns geantwortet: Natürlich werden diese unterrichten, natürlich werden diese das Abitur abnehmen. Dazu habe ich von Ihnen jetzt leider keine weitere Antwort bekommen. Aber das ist ein ganz zentrales Moment, um die Qualität zu sichern.

Frau Kollegin Boser, wenn Sie mit Blick auf die Vierzügigkeit wörtlich sagen, dass man davon ausgeht, dass das die Voraussetzung ist,

(Abg. Sandra Boser GRÜNE: Nein!)

dann sage ich Ihnen mal als Mannemer Bub: Uffbasse! Denn das ist ja genau unsere Befürchtung, dass man auf der Arbeitsebene ein faktisches Kriterium einführt – was dann schon Fragen aufwerfen muss. Das Gesetz hat hier ganz eindeutig Vorrang, aber wenn ich auf der Arbeitsebene sage: „Schaut als Erstes einmal darauf, ob die vierzügig sind“,

(Abg. Sandra Boser GRÜNE: Nein! Das habe ich nicht gesagt!)

dann ist unsere Befürchtung, dass tatsächlich völlig falsche Signale ausgesandt werden können.

Daher ist es für uns keine Frage: Die Qualität hat Vorrang. Auch das Thema „Gymnasiale Oberstufe“ ist für die Gemeinschaftsschulen natürlich von besonderer Bedeutung, auch mit Blick auf die Attraktivität, sodass Eltern von Kindern mit Gymnasialempfehlung sagen können: „Jawohl, diese Schulart liefert diese Qualität. Bildungspolitik hält hier ihre Qualitätszusage ein“. Daher müssen wir da wirklich ganz genau hinschauen, dass das auch sichergestellt wird.

Einen Punkt, wie gesagt, Frau Ministerin – das bedaure ich –, sind Sie uns heute leider schuldig geblieben, nämlich das Thema Lehrerversorgung im Bereich der gymnasialen Oberstufe. An den Gemeinschaftsschulen ist das ein zentrales Moment. Dieses Versprechen müssen Sie erfüllen, nicht nur gegenüber den Eltern, sondern vor allem auch gegenüber engagierten Kolleginnen und Kollegen an den Gemeinschaftsschulen im Land.

Danke.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort noch einmal dem Kollegen Dr. Kern.

(Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Zurück in die Steinzeit!)

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Kultusministerin, wir können also festhalten: Wir, die bildungspolitischen Sprecher von CDU, SPD, Grünen und FDP/DVP, schätzen uns alle gegenseitig und Sie damit eingeschlossen.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Aber auf die Frage von mir: „Welche inhaltliche Begründung gibt es aus Ihrer Sicht, in Ihrem Haus für die Oberstufe an Gemeinschaftsschulen?“

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Koalitionsvertrag!)

haben Sie nur gesagt: Wir sind eben gesetzestreu.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist schon mal gut!)

Das halte ich schon für eine bemerkenswerte Aussage einer Landesregierung: Wir sind dafür, weil wir gesetzestreu sind.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Und koalitionstreu auch!)

Aber inhaltlich kam da jetzt relativ wenig.

An die Adresse von SPD und Grünen: Ich bin es gewohnt, dass Sie beide versuchen, mich immer wieder als fundamentalistischen Gegner der Gemeinschaftsschule darzustellen.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Das machen Sie doch selbst! – Zuruf der Abg. Sandra Boser GRÜNE)

Zeigen Sie es mir in den Reden. Dann glaube ich es Ihnen. Vorher glaube ich das, was ich selbst gehört habe, was ich gesagt habe.

(Zuruf der Abg. Sandra Boser GRÜNE)

(Dr. Timm Kern)

Das beweist nur eines: Sie haben erstens meinen Reden nicht zugehört. Sie hören das, was Sie hören wollen. Und zweitens: Sie haben unser Schulfriedenspapier nicht gelesen. Der entscheidende Unterschied zwischen Ihnen und uns ist, dass wir die Gemeinschaftsschule als eine Ergänzung eines vielgliedrigen, leistungsorientierten, ausdifferenzierten Bildungswesens akzeptieren.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Lesen wir mal alte Protokolle!)

Sie wollten und wollen die eine Schule für alle, und wir wollen die passende Schule für jedes Kind. Das ist der Unterschied zwischen der FDP/DVP und Grün-Rot.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD – Abg. Sandra Boser GRÜNE: Wo steht das? – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sie müssen mal mit Ihrem Kreuzzug aufhören!)

Sie haben doch ein Problem, Grüne und SPD: Sie haben den Eltern in Baden-Württemberg fünf Jahre erzählt: „Schickt eure Kinder auf die Gemeinschaftsschule. Da können sie alle Schulabschlüsse machen.“ Dieses Versprechen können Sie aber noch nicht einmal im Ansatz einhalten.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Wie kommen Sie denn zu dieser Aussage? Sie ist falsch!)

Und jetzt kommen die Eltern und sagen zu Ihnen: „Moment mal, ihr habt uns aber gesagt: Schickt die Kinder auf die Gemeinschaftsschule, dann können sie da alle Abschlüsse machen.“

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das ist die Unwahrheit! Beenden Sie Ihren Kreuzzug! – Glocke des Präsidenten)

Aber das ist kein Problem der FDP, sondern das ist Ihr Problem, Ihre mangelnde Glaubwürdigkeit.

Für die FDP wäre Folgendes richtig: Bis zur mittleren Reife Gemeinschaftsschule, dann an ein berufliches Gymnasium. Das ist für die Durchlässigkeit wichtig. Die Frau Kultusministerin hat auch zu Recht gesagt, wie viele Menschen in Baden-Württemberg über die beruflichen Gymnasien tatsächlich eine Hochschulzulassung bekommen. Die beruflichen Gymnasien haben bewiesen, dass sie es können. Dort sollten die Gelder investiert werden; denn Sie können die Gelder nur einmal ausgeben. Das Geld an Oberstufen von Gemeinschaftsschulen zu geben, davon halten wir nichts. Geben Sie das Geld lieber in die beruflichen Schulen; denn die können es auf jeden Fall.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Die Protokolle zeigen was anderes!)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen daher zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der Anträge.

Zunächst stelle ich den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/563, zur Abstimmung. Abschnitt I des Antrags ist ein Berichtsteil, der für erledigt erklärt werden kann. – Sie stimmen dem zu.

Abschnitt II des Antrags ist ein Beschlussteil, der mehrere Handlungersuchen an die Regierung enthält. Wird Abstimmung über Abschnitt II des Antrags gewünscht? Kann ich die Ziffern 1 bis 3 gemeinsam zur Abstimmung stellen? – Das ist der Fall.

Wer Abschnitt II zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Abschnitt II ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Nun stelle ich den Antrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/1738, zur Abstimmung. Abschnitt I des Antrags ist ebenfalls ein Berichtsteil und kann für erledigt erklärt werden. – Sie stimmen dem zu.

Abschnitt II des Antrags ist ein Beschlussteil, der ein Handlungersuchen an die Regierung enthält. Es wird Abstimmung über Abschnitt II gewünscht. Wer Abschnitt II zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Abschnitt II ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Damit ist Punkt 6 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Soziales und Integration zu

a) der Mitteilung der Landesregierung vom 26. Oktober 2016 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Bewertung der Handlungsempfehlungen der Enquetekommission „Pflege in Baden-Württemberg zukunftsorientiert und generationengerecht gestalten (Pflege)“

Abschnitt 3.1 – Pflege und Gesellschaft

Abschnitt 3.2 – Prävention, Rehabilitation und Akutversorgung

Abschnitt 3.3 – Lebensgestaltung bei Pflege- und Unterstützungsbefehl

Abschnitt 3.4 – Besondere Aspekte bei der Pflege und Betreuung

Abschnitt 3.5 – Arbeitsbedingungen

Abschnitt 3.6 – Aus- und Weiterbildung

Abschnitt 3.7 – Bürokratie, Dokumentation und Qualitätssicherung

Abschnitt 3.8 – Generationengerechte Finanzierung

b) der Mitteilung der Landesregierung vom 2. Mai 2017 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Maßnahmen zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Enquetekommission „Pflege in Baden-Württemberg zukunftsorientiert und generationengerecht gestalten (Pflege)“

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

Abschnitt 3.1 – Pflege und Gesellschaft

Abschnitt 3.2 – Prävention, Rehabilitation und Akutversorgung

Abschnitt 3.3 – Lebensgestaltung bei Pflege- und Unterstützungsbedarf

Abschnitt 3.4 – Besondere Aspekte bei der Pflege und Betreuung

Abschnitt 3.5 – Arbeitsbedingungen

Abschnitt 3.6 – Aus- und Weiterbildung

Abschnitt 3.7 – Bürokratie, Dokumentation und Qualitätssicherung

Abschnitt 3.8 – Generationengerechte Finanzierung

Drucksachen 16/881, 16/2000, 16/2065

Berichterstatter: Abg. Thomas Poreski

Meine Damen und Herren, für die Aussprache zu den Buchstaben a und b hat das Präsidium eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Ich darf für die Fraktion GRÜNE das Wort Frau Kollegin Krebs erteilen.

Abg. Petra Krebs GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Enquetekommission „Pflege“ ist ein Highlight der letzten Legislaturperiode gewesen.

(Abg. Rainer Hinderer SPD: Ja!)

Nach Aussagen der Kolleginnen und Kollegen war es ein gutes, produktives Zusammenarbeiten über alle in der letzten Legislaturperiode im Parlament vertretenen Fraktionen hinweg. Diese Einigkeit über die Qualität des Abschlussberichts mit seinen Empfehlungen ist bis heute spürbar.

Meine Damen und Herren, Pflege ist für uns Grüne ein wichtiges Thema. Aus diesem Grund sehen wir es als wichtiges Ziel, Pflege hochwertig sicherzustellen: Pflege im Sinne der Gepflegten – also derjenigen, die Pflege empfangen – und Pflege im Sinne der Beschäftigten – also derjenigen, die Pflege leisten.

Durch die uns nun vorgelegte Bewertung ist es möglich, die weitere Umsetzung in den nächsten Jahren Stück für Stück weiterzuverfolgen. Ja, diese Aufgabe stellt ein Generationenprojekt dar. Aber das ist auch in Ordnung; denn Pflege ist ein Thema, das alle Generationen von der Geburt bis zum Tod betrifft. Aus diesem Grund ist es uns besonders wichtig, eine Gesamtstrategie zu entwickeln, eine Gesamtstrategie, die zukunftsorientiert und generationengerecht ist.

Ich möchte nun gern ein paar wenige Schwerpunkte ansprechen, die bedeutende Schritte darstellen. Bereits angelaufen ist die Quartiersentwicklung mit der Strategie „Quartier 2020 – Gemeinsam. Gestalten.“, die für die Koalitionsparteien eine herausgehobene Positionierung erfährt.

Quartiersentwicklung, ob im Stadtteil oder im Dorf, bietet weitreichende Möglichkeiten, das Zusammenleben aller Generationen so zu gestalten, dass Menschen auch bei Pflegebedürftigkeit möglichst lange im gewohnten Umfeld verweilen. Hierbei spielen Kommunen eine wichtige Rolle.

Dass die Kommunen sich ihrer Rolle bewusst sind, konnte ich selbst bei einer von fünf Impulsveranstaltungen in Ravensburg erleben. Ich war wirklich begeistert, wie viel Energie und Zuversicht da zu spüren war, und ich bin überzeugt, dass viele bereits mit ihren guten Ideen in den Startlöchern gesessen haben und bei dem Ideenwettbewerb richtig gute Ergebnisse herauskommen werden.

Die Attraktivität der Pflegeberufe zu fördern stellt für uns einen weiteren Schwerpunkt dar. Es gilt, den Bereich Pflege als Beruf zu stärken. Denn wenn sich nicht mehr Menschen für Pflegeberufe entscheiden, wird es häufig schwierig, eine ausreichende Versorgung zu gewährleisten, und dies wird vor dem Hintergrund des demografischen Wandels in Zukunft noch schwieriger werden. Das Credo lautet hier: Gesundheitsfachberufe müssen aufgewertet

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU und der SPD)

und geeignete Arbeitsplätze entsprechend gefördert werden, um langfristig ein überzeugendes und positives Bild der Pflege-tätigkeit zu entwerfen.

Mein Appell richtet sich hier neben den Entscheidern ganz besonders auf die vielen Beschäftigten in den Pflegeberufen. Denn Pflegeberufe sind gute Berufe, Pflegeberufe sind wertvolle Berufe, und nicht zuletzt sind Pflegeberufe hoch qualifizierte Berufe. Ich lege höchsten Wert darauf, dass Beschäftigte in der Altenpflege und auch alle anderen in der Pflege Beschäftigten in der Öffentlichkeit eine angemessene Wertschätzung erhalten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Aus diesem Grund, meine Damen und Herren, stellen sich mir wirklich die Haare zu Berge und es macht mich unglaublich ärgerlich, wenn ich mir hier im Parlament anhören muss, dass Frauen – und es sind nun einmal zumeist Frauen, die in Pflegeberufen beschäftigt sind – selbst schuld seien, wenn sie sich einen Beruf aussuchen, in dem sie schlecht bezahlt werden.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Und wer hat es gesagt? – Gegenruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Die FDP, glaube ich!)

Das, meine Damen und Herren, ist genau das Gegenteil von Wertschätzung.

(Beifall bei den Grünen)

Eine Möglichkeit, die Attraktivität der Pflegeberufe zu erhöhen, ist die Arbeit in multiprofessionellen Teams. Dies ist aufgrund der Landespersonalverordnung durch einen flexibleren Personaleinsatz möglich, ohne dass die Qualität der Betreuung beeinträchtigt wird.

(Petra Krebs)

Einen weiteren Baustein zur Erhöhung der Attraktivität der Pflegeberufe sehen wir in einer angemessenen Akademisierung. Eine Teilakademisierung bei Pflege- und Gesundheitsberufen trägt wesentlich hierzu bei. Die Enquetekommission benannte das ausdrücklich und sieht darin eine Möglichkeit, Karrierechancen zu eröffnen. Zugleich können durch Wissenstransfer im Team die gestiegenen Anforderungen an den Beruf noch besser erfüllt werden.

Wenn Sie mit Menschen in Pflegeberufen sprechen, wird häufig das Stichwort Arbeitsbelastung genannt. Die Beschäftigten im Krankenhaus bestätigen, dass aufgrund der hohen Arbeitsdichte oft die Zeit für das persönliche Gespräch mit den Patienten fehlt. Diese Tatsache rückt den Beruf auf einer Attraktivitätsskala weit nach unten.

Die Enquetekommission fordert, dass so viel Personal in der stationären Gesundheits- und Krankenpflege zur Verfügung stehen muss, dass Zeit für Patienten, Edukation und therapeutische Pflege da ist. Dieser Forderung wird mit einem aktuellen Gesetzentwurf des Bundesministeriums für Gesundheit entsprochen. Der Entwurf sieht vor, dass Krankenhäuser künftig auf bestimmten Stationen eine Mindestanzahl von Pflegekräften beschäftigen müssen. Mit diesem Gesetzentwurf ist es noch lange nicht getan; er ist jedoch zumindest ein Schritt in die richtige Richtung.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU – Beifall des Abg. Andreas Kenner SPD)

Für den Pflegebereich, vor allem für den ambulanten Pflegebereich, und für unser gesellschaftliches Zusammenleben sind selbstverständlich noch andere Themen wichtig; genannt seien hier Demenz, kultursensible Pflege oder auch Rehabilitation. Die Landesregierung hat hier wie auch bei der Personalbemessung nur geringe Möglichkeiten, zu agieren. Ebenso richten sich bei Weitem nicht alle Empfehlungen der Enquetekommission an die Politik. Es gibt auch viele Empfehlungen, die gesellschaftliches Nachrücken verlangen oder kommunale Aufgabenbereiche betreffen.

Zum Schluss sei noch gesagt: In allen Bereichen gäbe es noch Anknüpfungspunkte bzw. Vertiefungsnotwendigkeiten. Eben dieses Netz gilt es in den kommenden Jahren zu knüpfen. Denn die nun vorgelegten Bewertungen umfassen zwar nicht das gesamte Netzwerk, sie sind aber ein roter Faden, an dem man in den nächsten Jahren ressortübergreifend anknüpfen kann. Das werden wir mit Leidenschaft tun.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen sowie der Abg. Konrad Epple CDU und Andreas Kenner SPD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Frau Kollegin, ich darf Ihnen nachträglich noch zu Ihrer ersten Rede gratulieren.

(Abg. Petra Krebs GRÜNE: Danke schön!)

Sie haben sich ohne Hinweis das nötige Gehör verschafft. Und das mit der Zeit bekommen wir auch noch hin. Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Für die CDU-Fraktion darf ich das Wort dem Kollegen Dr. Rapp erteilen.

Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie mir eine Vorbemerkung: Die in der letzten Legislaturperiode auf unsere Initiative hin eingesetzte Enquetekommission „Pflege“ hat eine hervorragende Arbeit geleistet. Ich möchte an dieser Stelle nochmals allen beteiligten Kolleginnen und Kollegen, vor allem aber auch den externen Expertinnen und Experten sowie auch den Sachverständigen, den Verbänden und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren Einsatz und ihr Engagement recht herzlich danken.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der Grünen, der SPD und der FDP/DVP)

Mit dieser Enquetekommission ist es uns gelungen, wichtige Impulse zu geben und zielgerichtete Handlungsempfehlungen zu entwickeln. Die gute Zusammenarbeit über alle Fraktionen hinweg, die damals im Landtag vertreten waren, hat eines deutlich gemacht: Das Thema Pflege liegt uns in diesem Haus am Herzen. Es war und ist uns ein zentrales Anliegen, die Weichen hier in die richtige Richtung zu stellen.

Die Sicherstellung einer guten Pflege ist eine Herausforderung für die Zukunft. Die demografischen Entwicklungen werden gerade in diesem Bereich besonders deutlich. Zwar werden die Menschen erfreulicherweise immer älter, doch bringt dies leider auch mit sich, dass die Zahl der Menschen mit Mehrfacherkrankungen steigt. Es entsteht ein höherer Pflegebedarf, ein erhöhter Betreuungsbedarf. Vor allem in einem Flächenland wie Baden-Württemberg ist damit eine besondere Herausforderung verbunden. Es ist unabdingbar, dass wir die bisherigen Strukturen weiterentwickeln und auch innovative Modelle aufgreifen.

Eine Folge davon ist, dass sich zugleich – Kollegin Krebs hat es auch angesprochen – der Personalbedarf erhöhen wird. Früher übernahmen oft Angehörige die Betreuung und die Pflege; das ist heutzutage nicht mehr der Fall. Dies liegt an sich ändernden gesellschaftlichen Strukturen, aber auch an veränderten Anforderungen des Arbeitsmarkts.

Die Enquetekommission hat sich im Rahmen ihrer Arbeit mit allen wesentlichen Aspekten der Pflege beschäftigt, nicht nur mit dem Bereich der Beschäftigten in der Pflege selbst, sondern auch mit den Themen Prävention, Rehabilitation, Lebensgestaltung bei Pflege- und Unterstützungsbedarf, Arbeitsbedingungen, aber auch Aus- und Weiterbildung sowie dem schwierigen Thema Finanzierung. Es wurden mehr als 600 Handlungsempfehlungen erarbeitet.

Im Koalitionsvertrag haben CDU und Grüne vereinbart, diese Handlungsempfehlungen jetzt auch umsetzen zu wollen. In Anbetracht der Vielzahl der Empfehlungen ist dies ganz gewiss ein großes Vorhaben. Aber ich darf Ihnen versichern, dass die Fraktionen ihr Möglichstes tun werden, um dies auch zu erfüllen.

Schwierig wird die Umsetzung sicherlich in den Bereichen, in denen die Zuständigkeit nicht beim Land liegt. Im Pflegebereich – das wissen Sie auch – sind die großen Rahmenbedingungen, die großen gesetzlichen Leitlinien nun einmal im Bund zu suchen. Wir werden aber auf jeden Fall gemeinsam darauf hinwirken, dass wir auch hier Lösungen beraten können und die Dinge entsprechend nach Berlin tragen können.

(Dr. Patrick Rapp)

Wichtige Weichenstellungen sind auf der Bundesebene – ich habe es eben angedeutet – vom CDU-geführten Bundesgesundheitsministerium mit den Pflegestärkungsgesetzen auf den Weg gebracht worden. Dabei ist der Pflegebedürftigkeitsbegriff ein Stichwort. Künftig wird nicht mehr nur primär die körperliche Einschränkung betrachtet, sondern es werden eben auch geistige, seelische Beeinträchtigungen stärker gewichtet. Des Weiteren werden Verbesserungen im Hinblick auf den Leistungsumfang, aber auch in Bezug auf die Entlastung der Angehörigen erreicht. Pflegestärkungsgesetze leisten einen erheblichen Beitrag zur Verbesserung der Situation in der Pflege und bilden damit auch eine wesentliche Grundlage für unsere Arbeit im Land.

Auf der Landesebene wurden erste Schritte angegangen. Ich will gar nicht vertieft darauf eingehen; die Kollegin Krebs hat es ausgeführt. Für die Umsetzung der Handlungsempfehlungen stehen im aktuellen Haushalt 3 Millionen € zur Verfügung. Mit diesem Schritt wird der erste Punkt gesetzt: die Quartiersentwicklung in Dörfern, aber auch in Städten, um das selbstbestimmte Leben im Alter auch in der Fläche zu ermöglichen. Die Menschen möchten und sollen so lange wie möglich in der vertrauten Umgebung bleiben können, und das gelingt nur, wenn wir vor Ort in den Kommunen entsprechend tätig sind.

Dies wird von uns ausdrücklich unterstützt, und wir müssen mit vereinten Kräften dafür sorgen, dass wir diese Herausforderungen, die auf uns zukommen, auch meistern können. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der das Miteinander von Menschen mit und ohne Einschränkungen Normalität ist, in der Menschen mit Pflegebedarf einer guten Versorgung gewiss sein können und die wertvolle Arbeit der in der Pflege tätigen Menschen angemessen honoriert wird. Ich bin überzeugt, dass wir diesem Ziel mit der Umsetzung der Handlungsempfehlungen in dieser Legislaturperiode gemeinsam ein gutes Stück näher kommen können, und möchte an alle hier im Haus Vertretenen appellieren, dass wir bei diesem wichtigen Thema zum einen keine parteipolitischen Kämpfe ausfechten und uns zum Zweiten konzentriert um die Sache kümmern. Hier geht es um mehr als nur um Parteipolitik.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort Frau Kollegin Dr. Baum.

Abg. Dr. Christina Baum AfD: Herr Präsident, sehr geehrte Kollegen! Die Pflege bedürftiger, insbesondere alter Menschen stellt eine Aufgabe dar, der sich niemand in diesem Haus entziehen kann – aber nicht deshalb, weil es irgendeine Vorschrift gäbe, die uns dazu verpflichten würde, sondern weil es ganz einfach unseren gesellschaftlichen Wertevorstellungen und unserem humanistisch geprägten Menschenbild entspricht, Alte und Bedürftige nicht alleinzulassen. Wer über Jahrzehnte hinweg seinen Beitrag geleistet hat, dieses Land zu dem zu machen, was es heute ist – oder zumindest bis vor Kurzem noch war –, soll sich darauf verlassen können, nicht irgendwohin abgeschoben zu werden.

(Beifall bei der AfD)

Daher rennen Sie bei uns offene Türen ein, wenn Sie sich wieder wegbewegen von unnötiger Bürokratie wie z. B. überflüssigen Dokumentationspflichten – die Sie ja im Übrigen erst eingeführt haben –, um den Pflegekräften wieder mehr Zeit zu geben, sich um die ihnen anvertrauten Menschen kümmern zu können.

Die Notwendigkeit, den Pflegeberuf allgemein wieder attraktiver zu machen, haben Sie richtigerweise erkannt, und dabei haben Sie unsere volle Unterstützung, ebenso wie bei Maßnahmen, die darauf hinwirken, dass alte Menschen nicht ihrem Wohnort und ihren Familien entrissen werden – Stichwort häusliche Pflege. Wo es aber doch notwendig wird, möchten wir sicherstellen, dass nicht nur eine Verwaltung der Menschen stattfindet, sondern dass dem Pflegepersonal auch ausreichend Zeit bleibt, sich um die sozialen Bedürfnisse der Menschen zu kümmern.

(Beifall bei der AfD)

Natürlich sehen wir aber auch Punkte sehr kritisch, etwa die Akademisierung der Pflegeberufe.

Aber ich möchte heute vor allem auf zwei wesentliche Punkte eingehen. Erstens möchten wir darauf hinweisen, dass es mit diesen Maßnahmen natürlich nicht getan ist. Bei allen positiv oder auch kritisch zu bewertenden Punkten wird es weiterhin unsere Aufgabe sein, diese Maßnahmen auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen – und dies bitte nicht erst in ein paar Jahren.

Denn – zweitens –: Im Jahr 2031 wird der Babyboom-Jahrgang von 1964 voraussichtlich in Rente gehen. Das ist bereits in 14 Jahren. Natürlich werden nicht alle gleich auf Pflege angewiesen sein, aber in etwa 20 Jahren wird dieser Jahrgang und werden die zahlenmäßig beispiellos hohen Geburtenjahrgänge davor und danach zunehmend auf staatliche Unterstützung angewiesen sein. Selbstverständlich ist die Pflege in einer modernen Gesellschaft wie der unseren eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Aber dann müssen wir auch dafür sorgen, dass die Gesellschaft in der Lage ist, diese Aufgabe stemmen zu können.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Mit anderen Worten: Wir müssen dafür Sorge tragen, dass es eine Generation gibt, die zahlenmäßig überhaupt in der Lage ist, den Vertrag zwischen den Generationen erfüllen zu können.

Deshalb gehört zu einer zukunftsfähigen und nachhaltigen Lösung in diesem Bereich auch ein gesamtgesellschaftlicher familienpolitischer Ansatz. Gestalten Sie Ihre Politik bitte weit-sichtig und vorausschauend für die nächsten Generationen. Legen Sie uns endlich ein brauchbares familienpolitisches Konzept vor, um die Zahl der Geburten in der deutschen Bevölkerung wieder zu erhöhen. Ohne dieses wird das beste Pflegekonzept nichts nützen, weil es langfristig gesehen weder finanziell noch personell umsetzbar ist.

Es muss allen klar sein, dass Pflegepolitik auch Generationenpolitik ist und nicht isoliert betrachtet werden kann. Das wurde hier in diesem Haus zwar schon richtig erkannt. Denn alle reden von einem Demografieproblem. Aber wo finden wir Ihr zukünftiges Konzept für die Beseitigung dieses Problems?

(Dr. Christina Baum)

Wir stehen gesamtgesellschaftlich vor großen Aufgaben. Ich kann leider nicht sehen, dass irgendeine der Altparteien diesen wirklich gewachsen ist,

(Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Wer?)

zumal Sie das Problem schon seit Jahrzehnten vor sich herschieben, ohne eine wirksame Maßnahme gefunden zu haben.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Bei allen guten Ansätzen möchten wir Sie deshalb ausdrücklich noch einmal darauf hinweisen: Vergessen Sie bitte nicht das große Ganze.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die SPD-Fraktion erteile ich dem Kollegen Hinderer das Wort.

Abg. Rainer Hinderer SPD: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst herzlichen Dank an das Präsidium, dass hier im Plenum noch einmal eine Aussprache zu diesem Bericht möglich ist. Wir hatten ja bereits eine Ausschussberatung.

Aber es sprechen doch einige Gründe dafür, dieses wichtige Thema heute nochmals aufzugreifen: zum Ersten – das wurde benannt – der Respekt vor der intensiven Arbeit der Enquetekommission „Pflege in Baden-Württemberg zukunftsorientiert und generationengerecht gestalten“.

Zum Zweiten: Minister Lucha konnte bei der Ausschusssitzung – Klammer auf: aus gutem Grund; Ministerkonferenz – nicht anwesend sein. Deshalb wollten wir ihn heute nochmals direkt konfrontieren

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Machtst du die Klammer auch wieder zu?)

und ihm auch unsere Kritik mitteilen. Jetzt hat er wieder eine Ministerkonferenz,

(Beifall des Abg. Jürgen Keck FDP/DVP)

aber die Frau Staatssekretärin wird ihm unsere Anmerkungen vortragen.

Zum Dritten: Wir haben in der Ausschusssitzung eine elfseitige Tischvorlage bekommen, die wir nicht mehr in die Beratung haben einbeziehen können. Das ist nun heute möglich. Diese Tischvorlage hat nun mit der Drucksache 16/2065 – Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Soziales und Integration – auch das Licht der Öffentlichkeit erblickt.

Frau Staatssekretärin, uns bleibt trotzdem der tiefere Sinn dieser Tischvorlage rätselhaft. Warum ist der Inhalt nicht gleich Gegenstand der Mitteilung Drucksache 16/2000 geworden? Wurde vielleicht im Nachhinein festgestellt, dass eine 60-seitige Tabelle kaum neue Substanz hat? Oder haben die Regierungsfaktionen nach Vorlage des Berichts noch eine Nachbesserung bestellt?

Wir können das gut nachvollziehen. Es war gerade auch auffallend, dass Kollegin Krebs und Kollege Rapp die Arbeit der

Enquetekommission sehr gelobt haben, aber wenig auf den Bericht in der Mitteilung eingegangen sind. Wir, die SPD-Fraktion, sind jedenfalls mit diesem Bericht nicht zufrieden. Wir hatten deutlich mehr erwartet, zumal mit einer mehrmonatigen Fristverlängerung die Hoffnung auch vonseiten der Landesregierung noch angestachelt wurde. Diese Hoffnung wird leider enttäuscht.

Ich will trotzdem mit etwas Positivem anfangen: Gut ist, dass in der Tischvorlage nochmals die wichtigsten Themen für eine bessere Pflege herausgearbeitet werden: altersgerechte Sozialraum- und Quartiersentwicklung, Wohnsituationen für Menschen mit Unterstützungsbedarf, von der Pflege-WG bis zum stationären Pflegeheim – wobei Letzteres etwas stiefmütterlich behandelt wird; übrigens auch von Frau Dr. Baum. Formulierungen wie „ins Pflegeheim abschieben“, die Sie jetzt mehrfach wiederholt haben, diffamieren all die Mitarbeitenden, die in den Pflegeheimen in unserem Land eine gute Arbeit leisten. Das geht so nicht.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie Abgeordneten der CDU)

Frau Staatssekretärin, gut ist auch, dass Sie auf die Attraktivität der Pflegeberufe einschließlich der Ausbildung und des Personalschlüssels hinweisen, auch auf die Personalausstattung in Krankenhäusern. Das sind durchaus die richtigen Themen; bei diesen Themen besteht Handlungsbedarf, um Pflege zukunftsorientiert auszugestalten. Darauf könnte man aufbauen. Allerdings hätte es auch nahegelegen, dass unser Sozialminister diese Inhalte einmal mit den wesentlichen Verbänden der Pflegearbeit diskutiert und abstimmt. Diese kennen die Vorlage nämlich noch gar nicht.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Kollege Hinderer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Stein?

Abg. Rainer Hinderer SPD: Nein.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Nein.

Abg. Rainer Hinderer SPD: Neu ist, dass im Bericht alle 640 Handlungsempfehlungen mit einer laufenden Nummer versehen wurden und das Ganze nun in eine mehr oder weniger übersichtliche Tabelle gepackt wurde. Diese redaktionelle Meisterleistung respektieren wir, und hier geht auch unser Dank an die Mitarbeitenden in Ihrem Haus.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Dr. Baum?

Abg. Rainer Hinderer SPD: Nein.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Auch nein.

Abg. Rainer Hinderer SPD: Wenig aufschlussreich ist allerdings die Spalte „Stand der Umsetzung“. Hier haben Sie sieben Kategorien verwendet, die aber mehr Fragen provozieren, als sie Antworten bieten.

Als nächste Spalte in der Tabelle hätten wir eine Spalte mit der Überschrift „Maßnahmen“ erwartet. Diese kommt aber

(Rainer Hinderer)

gar nicht. Wahrscheinlich fehlt diese Spalte, weil sie oft leer geblieben wäre, da der Landesregierung die guten Ideen für Maßnahmen, mit denen sie die Situation in der Pflege verbessern könnte, fehlen. Das Geld hatten Sie allerdings. Das haben Sie in die Nebenabreden zum Koalitionsvertrag, das Geheimpapier, eingepreist. 12 Millionen € sind dort für strukturelle Verbesserungen in der Pflege veranschlagt. Wir fragen Sie: Was passiert mit diesem Geld?

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Unerforscht!)

Es tut mir leid, Frau Staatssekretärin, aber wir sind mit dem Bericht nicht zufrieden. In der ergänzenden Tischvorlage schließen Sie mit dem Hinweis, dass die Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Enquetekommission „Pflege“ ein Generationenprojekt ist.

(Abg. Anton Baron AfD: Alles besser als die SPD!)

Frau Krebs hat darauf hingewiesen. Da haben Sie recht. Auch wir sind der Meinung, dass alle Generationen unserer Gesellschaft beteiligt sein müssen, um die Pflege zukunftsfähig und generationengerecht zu gestalten.

Wir dachten allerdings nicht, dass es mehrere Generationen von Sozialministern braucht, um die Handlungsempfehlungen umzusetzen. Dieser Eindruck entsteht aber bei der Lektüre des Berichts. Wir fordern hier deutlich mehr Initiative und Nachdruck und, wenn erforderlich, auch mehr Geld.

Wir, die SPD-Fraktion, bleiben an diesem Thema dran. Mit diesem Bericht hat sich für uns die Arbeit der Enquetekommission längst noch nicht erledigt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – Abg. Anton Baron AfD: Es könnte einmal etwas von der Bundesregierung kommen!)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Kollegen Haußmann.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist immer wieder schön, wenn man nach dem Regierungswechsel den Grußworten des Sozialministers zuhört. Denn einer der Bausteine war immer wieder, dass er die Enquetekommission „Pflege“ als Meilenstein der letzten Legislatur gelobt hat. Da ich selbst in der Enquetekommission war, fühle ich mich natürlich auch immer besonders geehrt. Daher, denke ich, ist es auch ein richtiges Zeichen, dass wir diese Thematik durchaus regelmäßig hier im Landtag von Baden-Württemberg aufgreifen.

Die Regierung von Grünen und CDU hat sich ein sportliches Ziel in den Koalitionsvertrag geschrieben. Es hat sie niemand dazu gezwungen. Sie haben sinngemäß hineingeschrieben: „Wir setzen die 600 Handlungsempfehlungen um.“ Daran müssen Sie sich jetzt natürlich messen lassen, und umso genauer schauen wir hin. Ich empfand dies als eine sportliche Regelung im Koalitionsvertrag. Ich habe das Gefühl, dass auch Sie langsam feststellen, dass es in der Tat gar nicht so einfach ist, diese Handlungsempfehlungen so umzusetzen, wie Sie es sich vielleicht bei den Koalitionsvertragsverhandlungen vorgestellt haben.

Kollege Hinderer hat es gesagt: In den Nebenabreden des Koalitionsvertrags sind strukturelle Ausgaben von 12 Millionen € vorgesehen. Es wäre jetzt schon einmal an der Zeit, an dieser Stelle Informationen zu erhalten, wie sich die Landesregierung vorstellt, diese Mittel für die Umsetzung der Handlungsempfehlungen einzusetzen.

Der Drucksache 16/2000 entnehmen wir, dass bereits 180 Empfehlungen umgesetzt sein sollen. Es ist aber etwas unübersichtlich, etwas schwierig, nachzuvollziehen, was denn jetzt tatsächlich umgesetzt wird und was nicht. Fragezeichen sind da angebracht, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Ich will ein paar wenige Beispiele nennen. Es steht z. B. drin, die Übergangsregelung zur Landesheimbauverordnung sei umgesetzt, das sei alles erledigt. Weiter heißt es, ein Bürokratieabbau bei den Doppelprüfungen zwischen dem Medizinischen Dienst der Krankenkassen und der Heimaufsicht sei in Prüfung; man wolle jetzt einmal abwarten, was das PSG II bewirkt. Ich halte das für wenig ambitioniert. Da hätte man schon längst wesentlich mehr tun können, um die Pflege von Bürokratie zu entlasten. Sie haben da im letzten Jahr nichts getan. Das ist eine deutliche Kritik, die man hier an dieser Stelle einmal anbringen sollte.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD und der SPD)

Eine Handlungsempfehlung betrifft die Evaluation der Landesheimpersonalverordnung. Es gibt eine Orientierungshilfe, die man überarbeitet hat. Diese haben Sie enger ausgelegt als die Landesheimpersonalverordnung. Ich weiß nicht, ob es die Zielrichtung ist, in dieser Handlungsempfehlung noch über die geltende Landesheimpersonalverordnung hinauszugehen.

Insgesamt fehlt – so ist mein Eindruck – der rote Faden, wie man mit den Handlungsempfehlungen, mit den Ergebnissen der Enquetekommission „Pflege“ umgehen möchte.

Die Strategie „Quartier 2020“ wurde angesprochen. Dafür werden im Haushalt 3 Millionen € bereitgestellt. Dazu gibt es auch entsprechende Empfehlungen.

Aber es gibt noch eine ganze Menge anderer Themen, die man, denke ich, noch viel intensiver beleuchten sollte.

Es gibt einen Antrag des Kollegen Rapp, mit dem erhoben wird, wie viele ambulant betreute Wohngemeinschaften entstanden sind, seit das entsprechende Gesetz in Kraft getreten ist. Angesichts der Zahl von 56 Wohngemeinschaften bei 10,7 Millionen Einwohnern muss es ein Ziel des Sozialministeriums sein, zu überlegen und zu evaluieren, wieso es nicht mehr sind. Nach meiner Erinnerung hatten wir allein schon so viele Interessenten, als sich das Gesetz noch in der Entwicklung befand. Die Zahl von 56 ist ein Armutszeugnis. Daran wird deutlich, dass dieses Gesetz überarbeitet werden muss, damit dieses wichtige Ziel von ambulant betreuten Wohngemeinschaften in Baden-Württemberg umgesetzt wird. Hier besteht dringender Handlungsbedarf bei der Umsetzung dieser Handlungsempfehlung der Enquetekommission.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Weitere Stichworte sind Landesheimbauverordnung, Umsetzung des Pflegestärkungsgesetzes und insbesondere – was wir

(Jochen Haußmann)

uns wünschen würden – eine Initiative zur Weiterbildung, eine Fachkräfteinitiative, eine Initiative zur Ausbildung im Pflegeberuf. Da könnte die Landesregierung, denke ich, auch den Verbänden, den Leistungserbringern zur Hand gehen, damit in diesem Bereich eine Ausbildungsinitiative ergriffen wird. Nichts davon ist bei der Umsetzung der Handlungsempfehlungen bisher zu erkennen.

Nachdem wir bei der Enquetekommission „Pflege“ sehr viele externe Experten dabei hatten, regen wir an, noch einmal eine öffentliche Sitzung mit den Beteiligten durchzuführen, um die Umsetzung der Handlungsempfehlungen und den Fahrplan noch einmal in großem Stil öffentlich zu beraten.

Abschließend nenne ich noch das Stichwort Pflegekammer. Auch hier lag ein Ziel der Enquetekommission, wobei die CDU und die FDP/DVP seinerzeit gesagt hatten, man sollte erst einmal die Entwicklung in Rheinland-Pfalz abwarten. Jetzt startet eine Umfrage. Da darf ich mir schon eine Frage erlauben. Zum einen gibt es wohl nur eine repräsentative Auswahl. Mich würde interessieren, ob das stimmt.

Wenn ich die Struktur des Fragebogens sehe, muss ich feststellen, dass er tendenziöse Strukturen aufweist. So führen die Fragestellungen in der Fragengruppe 1 darauf hin, dass man bei Frage 4 nur noch ankreuzen kann: „Jawohl, ich bin für eine Pflegekammer.“

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Wer eine Umfrage so gestaltet, der hat die Sensibilität dieses Themas nicht erkannt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Ich erteile Frau Staatssekretärin Mielich für die Landesregierung das Wort.

Staatssekretärin Bärbl Mielich: Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Tat sind der Bericht der Pflegeenquete und die Handlungsempfehlungen der Pflegeenquete eine sehr ambitionierte Aufgabe, die wir in der neuen Landesregierung im vergangenen Jahr übernommen haben. Ich muss sagen, dass ich trotzdem sehr froh bin, dass wir diese Empfehlungen der Pflegeenquete haben, weil sie natürlich, wie ich finde, in der Tat ein sehr konkreter Kompass für die Arbeit sind, die wir in den nächsten Jahren zu leisten haben.

Sie alle haben jetzt hier unisono angesprochen, dass es darum geht, den demografischen Wandel zu bewältigen, und dass die Umsetzung der Empfehlungen insgesamt ein Generationenprojekt ist. Man kann es natürlich gutwillig oder auch sehr kritisch interpretieren. Es ist das gute Recht der Opposition, das auch kritisch zu machen. Dennoch ist klar, dass wir nicht innerhalb eines Jahres so massiv in die Umsetzung gehen können, dass bereits erkennbare Ergebnisse – in Ihren Augen sollten diese vielleicht deutlicher erkennbar sein – erzielt werden konnten.

Ich fange einmal hinten an. Hier sind ja schon einige Themen angesprochen worden, die ich auch in der Bewertung ziemlich kritisch finde und bei denen ich der Meinung bin, dass es wichtig ist, sich das noch einmal anders und auch genauer anzuschauen.

Kollege Haußmann, Sie haben die Pflegekammer angesprochen. Zum einen wundert mich sehr, dass Sie diesen Flyer, diesen Entwurf, kennen. Denn diesen Entwurf gibt es eigentlich nicht. Er ist sozusagen in der Abstimmung. Wenn Sie einen Entwurf haben, dann haben Sie einen Entwurf, der in keiner Weise das widerspiegelt, was jetzt vorgelegt werden soll und was auch mit dem Pflegebeirat diskutiert werden soll. Denn genau diese Abstimmung gibt es deshalb, weil es durchaus Kritik am ursprünglichen Entwurf gegeben hat.

Deswegen möchte ich Sie bitten, in dieser konkreten Frage nicht Äußerungen in die Welt zu setzen, die den Tatsachen nicht entsprechen, sondern vielmehr nachzufragen, was der Stand ist, und erst dann Ihre Kommentierung dazu abzugeben.

In der Tat – das wissen Sie alle – wird die Umsetzung der Empfehlung, eine Umfrage zum Thema Pflegekammer zu machen, überaus kontrovers beurteilt. Darüber wurde auch in der Pflegeenquete sehr kontrovers diskutiert. Wir haben uns im Koalitionsvertrag darauf verständigt, dass wir diese repräsentative Umfrage machen, dass das Ergebnis dieser Umfrage dann für uns bindend ist und das Ergebnis – Pflegekammer, ja oder nein? – auch umgesetzt werden soll. Genau das werden wir auch tun.

Das Ganze ist durchaus problematisch. Zwar lässt sich immer sagen: „Dann macht doch mal; dann kommt doch mal in die Puschen; das dauert uns alles viel zu lange“, aber in dem Moment, in dem man das dann tatsächlich umsetzen muss und umsetzen soll – und auch gut umsetzen soll, sodass es im Konsens tragbar ist –, ist es manchmal viel schwieriger, als es sich der eine oder die andere vorstellt. Da kann ich nur sagen: Wir sind auf einem guten Weg, was die Umsetzung der repräsentativen Umfrage angeht. Wir haben einen ambitionierten Zeitplan; wir wollen bis Ende des Jahres mit der Umfrage fertig sein. Wir wollen jetzt das Institut aussuchen und sind in der Endabstimmung über den Text und die Art und Weise der Gestaltung des Fragebogens, damit das dann wirklich auch im Konsens auf den Weg gebracht werden kann.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Frau Staatssekretärin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Haußmann?

Staatssekretärin Bärbl Mielich: Sehr gern.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Bitte schön.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Vielen Dank, Frau Staatssekretärin, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Sie haben es gerade angesprochen: Der Flyer wird überarbeitet. Jetzt ist dies ja auch Bestandteil der Enquetekommission „Pflege“, bevor man entscheidet, diese Umfrage zu machen. Können Sie sich vorstellen, dass Sie, wenn der Flyer so weit fertig ist, den Mitgliedern des Landtags oder zumindest den Mitgliedern des Sozialausschusses diesen Flyer zur Verfügung stellen?

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist doch logo!)

Staatssekretärin Bärbl Mielich: Ja, das ist überhaupt kein Problem, Kollege Haußmann. Wenn er abgestimmt ist und wenn er auf den Weg gebracht wird –

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Natürlich bevor er verschickt ist.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Der Herr Haußmann möchte eine persönliche Widmung drauf!
– Abg. Karl Zimmermann CDU: Einen Korrekturabzug will er haben! – Glocke des Präsidenten)

Staatssekretärin Bärbl Mielich: Was möchte er haben?

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Er will den Korrekturabzug haben! – Weitere Zurufe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Frau Staatssekretärin, antworten Sie jetzt bitte mit Ja oder Nein, und dann fahren Sie fort. Wir sind kurz vor dem Ende der Sitzung.

(Heiterkeit)

Staatssekretärin Bärbl Mielich: Vielen Dank für Ihren Hinweis, lieber Herr Präsident. – Selbstverständlich werden Sie den Fragebogen, aber auch den Flyer, der dazu gemacht wird und der den Fragebogen begleitet, ausgehändigt bekommen – in einer der nächsten Sozialausschusssitzungen –, sobald das mit dem Beirat abgestimmt ist. Das ist aber insgesamt Voraussetzung. – Dies zur Einrichtung der Pflegekammer.

Kollegin Krebs hat schon sehr deutlich gemacht, dass es insgesamt darum geht, nicht nur den demografischen Wandel konstruktiv zu gestalten, sondern auch zu schauen: Was sind denn die vielen Baustellen, die wir zu bewältigen und zu beseitigen haben?

Eine der großen Baustellen ist in der Tat, die Wertschätzung in der Pflege deutlich zu verbessern. Das sagt sich immer so leicht, und wir sagen auch immer an allen möglichen Stellen: Pflege hat ihren Wert, Pflege muss unterstützt werden.

Aber die Frage ist: Wie wird das gemacht, und wie kann das gemacht werden? Da muss ich schon sagen und auch selbstkritisch anmerken, dass alle Initiativen und alle Kampagnen, die auch z. B. in der letzten Legislaturperiode vonseiten des damaligen Sozialministeriums durchgeführt worden sind, letztlich nur eine sehr, sehr begrenzte Wirkung und eine sehr, sehr begrenzte Aufmerksamkeit hatten. Das heißt, wir sind noch nicht am Ende der Weisheiten, wenn es darum geht, diese Frage tatsächlich tragfähig zu beantworten.

Eine zentrale Antwort ist: Wir müssen die Attraktivität der Pflegeberufe stärken, indem wir die Arbeitsbedingungen sowohl in der Altenpflege als auch in der Akutversorgung deutlich verbessern. Wir müssen die Kompetenzen in der Pflege ausweiten, indem Pflegekräfte, die wirklich gut ausgebildet werden, auch in der Ausübung ihrer Tätigkeit viel mehr Kompetenzen haben. Das ist das Stichwort „Bildung von multiprofessionellen Teams in der Pflege“.

Das Ganze bedeutet auch – das ist uns ebenfalls wichtig; das war auch in der Pflegeenquete ein großer Punkt –, zu sagen: Wir brauchen die Akademisierung der Pflege, und zwar nicht

als eine Stattdessen-Ausbildung, sondern als eine Sowohl-als-auch-Ausbildung. Das heißt, wir wollen die Säule der Akademisierung zusätzlich zu den anderen Ausbildungsgängen einrichten. Dazu brauchen wir aber z. B. das Wissenschaftsministerium. Wir brauchen auch die Abstimmung mit den entsprechenden Universitäten und den anderen Hochschulen.

Das alles sind Prozesse, die in Gang gesetzt werden. Sie brauchen aber ihre Zeit.

Sowohl Herr Haußmann als auch Herr Hinderer haben eben angesprochen, dass in den Nebenabsprachen 12 Millionen € vorgesehen sind. 3 Millionen € – das wissen Sie – fließen in diesem Jahr in die Umsetzung des Ideenwettbewerbs Quartier.

Es bleiben noch 9 Millionen €. Wohin fließen die? Das war eine Ihrer konkreten Fragen und einer Ihrer Kritikpunkte. Dazu kann ich nur sagen: Wir forcieren im Moment zusätzlich den Ausbau der Kurzzeitpflege, der Tages- und Nachtpflege, ganz besonders, weil wir darin ein entscheidendes Angebot sehen, das ausgebaut werden muss, wenn wir das Ziel erreichen wollen, das wir hier alle miteinander verfolgen, dass Menschen so lange wie möglich in ihrer gewohnten sozialen Umgebung bleiben können und gleichzeitig z. B. auch pflegende Angehörige entlastet werden, indem etwa die Tagespflege ausgebaut wird. Das heißt, pflegende Angehörige können berufstätig bleiben und wissen, dass ihre zu pflegenden Angehörigen trotzdem kompetent und gut betreut werden. Das heißt, in den Ausbau der Kurzzeit- und Tagespflege wird auch ein großer Teil fließen.

Dann haben wir ein jährlich wechselndes Innovationsprogramm – Pflege als Förderprogramm –, das aber eine jährlich wechselnde Zielsetzung hat. Eine Zielsetzung ist, dass wir z. B. in diesem Jahr Strukturen, auch Supervision für pflegende Angehörige und Angebote, die eingerichtet worden sind, fördern. Das ist in der Tat ein ganz wichtiger Punkt, denn wenn wir wollen, dass Menschen so lange wie möglich in ihrem häuslichen Umfeld bleiben können, müssen wir die Strukturen verbessern, damit dies auch möglich ist.

Ein anderer Punkt, der mir auch sehr wichtig ist, den Sie, Herr Haußmann, angesprochen haben: Warum gibt es so wenige Wohngruppen? Die Einrichtung der ambulant betreuten Wohngruppen oder auch der selbst verwalteten Wohngruppen ist ja ein Kernelement des Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetzes von 2014. Ich finde auch, 56 Wohngruppen sind jetzt nicht die pralle Masse. Das kann man wirklich sagen. Aber es ist erst einmal ein Anfang, und wir müssen uns in der Tat genau anschauen: Was bedeutet das? Ist die Genehmigungspraxis zu kompliziert? Gibt es zu viele Barrieren auf der kommunalen Seite? Ist das Gesetz zu wenig eindeutig? Genau das wird die Evaluation leisten, die ja Teil des Gesetzes war und die wir im nächsten Jahr auf jeden Fall angehen werden.

Wir wollen, dass ambulant betreute Wohngruppen, vor allem die selbstverantworteten Wohngruppen, deutlich gestärkt werden, dass die Genehmigungsverfahren deutlich erleichtert werden, auch als Signal, das wir unsererseits an die Kommunen geben. Dies ist auch als ein Element im Zusammenhang mit dem Ausbau der Quartiersentwicklung zu sehen. Wenn wir die Quartiere entwickeln wollen, ist es von zentraler Bedeutung – auch beim Ideenwettbewerb sowie bei der Öffentlich-

(Staatssekretärin Bärbl Mielich)

keitsarbeit, die wir damit verbinden –, dass Pflegewohngruppen ein fester Bestandteil des Lebens im Quartier sein sollen. Das wollen wir, und das wird von uns ja auch so transportiert. Wir wollen dies deutlich verstärken. Dazu brauchen wir natürlich auch – das ist ganz klar – das deutliche Engagement und die Überzeugung der Kommunen sowie der kommunalen Heimaufsichten. Das ist unser Ziel. Wir wollen die Wohngruppen verstärken und wollen die Wohngruppen auch verstärkt ausbauen.

Wir sehen natürlich, Kollege Hinderer, dass es wichtig ist, die stationäre Pflege nach wie vor zu behalten und diese auch qualitativ aufzuwerten. Dazu gehört – auch das ist eine Maßnahme, die wir bereits in der letzten Legislaturperiode mit verschiedenen Modellprojekten begonnen haben –, dass wir auch dort interdisziplinäre und multiprofessionelle Teams gebildet haben, damit die Arbeitsbedingungen in der stationären Pflege sich deutlich verbessern.

Mit all den vielen Themen, die wir auf Landesebene bestreiten können, stehen wir am Beginn des Umsetzungsprozesses. Wir werden Ihnen natürlich nicht nur diesen Bericht vorstellen und es dann dabei belassen, sondern es wird Folgeberichte geben, und der Ausschuss ebenso wie das Parlament werden, wenn gewünscht, laufend informiert. Denn es ist natürlich wichtig, dass wir gemeinsam mit den Fraktionen daran arbeiten, dass dieser Prozess der Umsetzung der Empfehlungen der Pflegeenquete ein gemeinsamer Prozess ist. Es ist ein parlamentarischer Prozess, aber es ist auch ein Prozess, bei dem wir, Exekutive und Legislative, miteinander arbeiten.

Die immer wiederkehrende Kritik, warum Minister Lucha nicht da ist, finde ich schon ein bisschen krass.

(Abg. Anton Baron AfD: Wo ist denn Herr Lucha?
Wo ist er denn?)

Beim letzten Mal war er bei der Jugendministerkonferenz.

(Abg. Anton Baron AfD: Sonst ist er immer der lauteste!)

Er ist heute und morgen – das wissen Sie auch, Herr Hinderer – bei der Gesundheitsministerkonferenz.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist auch in Ordnung!
Er fehlt aber auch aus anderen Gründen häufig! –
Abg. Anton Baron AfD: Er fehlt sehr häufig, und das geht nicht!)

Das sind nun wirklich Dinge, bei denen man nicht sagen kann – Sie sagen, das sei in Ordnung, aber erst mal kritisieren Sie das deutlich. Ich möchte einmal deutlich sagen: Wir arbeiten in diesem Ministerium im Team, und wir beide bilden gemeinsam die Amtsspitze.

(Abg. Carola Wolle AfD: Aber er ist der Minister! –
Abg. Anton Baron AfD: Er hat hier anwesend zu sein,
fertig!)

Es ist völlig in Ordnung, wenn ich jetzt hier stehe und er auf der Ministerkonferenz ist.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Abg. Reinhold Gall SPD: Heute ja!)

Sie können sicher sein, dass wir untereinander einen guten Austausch pflegen und dass es in unser beider Sinn ist, dass wir die Umsetzung der Empfehlungen der Pflegeenquete wirklich sehr konsequent und sehr verantwortlich durchführen werden.

(Abg. Anton Baron AfD: Bei so wichtigen Themen
ist er nicht da!)

Denn Sie wissen auch, dass wir in der letzten Legislaturperiode beide in herausragenden Positionen in der Pflegeenquete gearbeitet haben und dass es auch ein Stück weit unser Herzblut ist – mein Herzblut ist es ganz besonders –, dafür zu sorgen, dass sich die Situation der Pflegekräfte in diesem Land massiv verändert, dass sich gleichzeitig aber auch die Situation der Menschen, die hier gepflegt werden, so verändert, dass es Spaß macht, alt zu werden, und dass es keine Angst und keine Sorge bereitet, auf Unterstützung angewiesen zu sein.

In diesem Sinn baue ich auf die Fortsetzung der Arbeit und auf die konstruktive Begleitung Ihrerseits.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort Frau Kollegin Wolle.

Abg. Carola Wolle AfD: Sehr geehrter Herr Kollege Hinderer, ich denke, das Thema ist zu wichtig, als dass man hier mit böser Polemik arbeiten muss. Frau Dr. Baum hat mit keiner Silbe gesagt, dass Pflegebedürftige und Alte ins Altenheim abgeschoben werden sollen. Sie können es auch gern in dem Video prüfen oder im Protokoll nachlesen.

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen daher zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales und Integration, Drucksache 16/2065. Der Ausschuss für Soziales und Integration schlägt Ihnen vor, von den Mitteilungen der Landesregierung, Drucksachen 16/881 und 16/2000, Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen dem zu.

Damit ist Punkt 7 der Tagesordnung erledigt.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Plenarsitzung findet morgen, am 22. Juni 2017, um 9:30 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 18:05 Uhr